Donnerstag, 31. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 26 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Vermummungsverbot:** Mit seiner Forderung nach einem gesetzlichen Vermummungsverbot unternahm der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, einen neuen Vorstoß zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts. Spranger erklärte, es könne nicht länger hingenommen werden, daß „friedliche Bürger und Polizeibeamte von Schlägern und Extremisten an Gesundheit und Eigentum geschädigt werden".

**Genscher-Visite:** Bundesaußenminister Genscher fliegt heute zu zweitägigen Gesprächen mit der jugoslawischen Führung nach Belgrad. Im Mittelpunkt stehen Fragen der Ost-West-Beziehungen und der Rüstungskontrolle.

**NS-Prozeß:** Wegen Beihilfe zum Mord an Juden verurteilte das Bochumer Landgericht den Rentner Helmut G. Krizons aus Recklinghausen zu drei Jahren Haft. (S. 4)

**Volksbegehren:** Als verfassungswidrig lehnte das Innenministerium Baden-Württembergs das im Januar beantragte bundesweite erste „Volksbegehren für den Frieden" ab. Das Begehren sei zwar vorschriftsmäßig gestellt, doch verstoße es gegen die Landesverfassung, da die Stationierung von *Pershing-II-Raketen* Bundesangelegenheit sei.

**Geldstrafe:** Ein Bonner Amtsgericht verurteilte Walter Sauermilch und Dieter Burgmann, Bundestagsabgeordnete der Grünen, wegen Verletzung der Bannmeile bei der Demonstration am 11. November zu Geldstrafen von 1800 beziehungsweise 1200 Mark.

**Sendetermin:** Die ARD-Tagesthemen sollen vom 1. Januar 1986 an im Rahmen einer neuen Programmstruktur um 15 Minuten auf 22.15 Uhr vorgezogen werden.

**Öl-Preis:** Neun der 13 Opec-Mitgliedsstaaten einigten sich in Genf auf die Reduzierung des Höchstpreises pro Barrel Öl um 1,50 Dollar auf 29 Dollar. Der Mindestpreis bleibt – Venezuela ausgenommen – bei 26,50 Dollar. Algerien, Libyen und Iran stimmten dagegen, Gabun enthielt sich. (S. 11)

**Nominierung:** Einstimmig bestätigte der US-Senat die Nominierung des ehemaligen Stabschefs des Präsidialamtes, Baker, zum neuen Finanzminister.

**US-Verteidigungsetat:** Die Fronten in der Auseinandersetzung um die Reduzierung des US-Verteidigungsetats haben sich verhärtet. Im Senat lieferten sich Verteidigungsminister Weinberger und die auf Etatminderung pochenden *Senatoren der Republikaner* einen Schlagabtausch. (S. 5)

### ZITAT DES TAGES



» Die Technische Universität hat immer eine gute Reputation gehabt. Die Freie Universität hat inzwischen auch das Augenmerk auf die Bereiche gelenkt, wo sie jeden Vergleich mit anderen deutschen Universitäten aushält. «

Der Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig in einem Gespräch mit der WELT (S. 10) FOTO: KLAUS MEHNER

### WIRTSCHAFT

**Chemie:** Nach einer Umsatzsteigerung um rund elf Prozent auf 141 Milliarden Mark im vergangenen Jahr, das der Präsident des Verbandes der chemischen Industrie als „Spitzenjahr" charakterisierte, rechnet die deutsche Chemie 1985 mit einer „Stabilisierung auf hohem Niveau". (S. 11)

**Tourismus:** Die beiden Reiseveranstalter NUR und ITS wollen in Kürze aus Gründen des Wettbewerbs einen Antrag auf Zusammenschluß beim Bundeskartellamt in Berlin stellen, kündigte ITS an. (S. 12)

**Thyssen:** Im Geschäftsjahr 1983/84 verzeichnete die Thyssen AG bei einem Außenumsatz von 32,4 Milliarden DM nach Verlusten im Vorjahr einen Gewinn von 181 Millionen DM. (S. 13)

**Börse:** Massive Kaufaufträge aus dem Ausland führten an den deutschen Aktienmärkten zu Kurssteigerungen auf breiter Front. Der Rentenmarkt wartet auf die Entscheidung des Zentralbankrates. WELT-Aktienindex 167,3 (166,6). BHF-Rentenindex 102,008 (101,969). Performance-Index 99,746 (99,679). Dollarmittelkurs 316,70 (316,40) Mark. Goldpreis pro Feinunze 303,00 (303,25) Dollar.

### KULTUR

**Kunstpreis Berlin:** Der mit 30 000 Mark dotierte Große Kunstpreis Berlin wird als „Fontane-Preis" in der Sparte Literatur an Brigitte Kronauer vergeben. Die Jury ehrte die Autorin „für ein erzählerisches Werk, in dem die offenen Fragen der Literaturmoderne eingeholt sind in die Tradition des Erzählens".

**„Tristan und Isolde":** Einen eindrucksvollen Beleg für ihre künstlerische Leistungsfähigkeit erhielten jetzt die Opernhäuser in der Bundesrepublik Deutschland. Im Abstand von nur zwei Tagen brachten die Opernhäuser von London und Paris „Tristan"-Inszenierungen deutscher Opernchefs heraus. (S. 17)

### SPORT

**Motorsport:** Walter Röhrl hat wieder die Führung bei der Rallye Monte Carlo übernommen. Er löste den Finnen Vatanen ab, der acht Strafminuten auferlegt bekam. (S. 9)

**Ski Alpin:** Marina Kiehl konnte sich im letzten Training zur Weltmeisterschaft in Bormio für die Kombinationsabfahrt qualifizieren, mit der die Wettbewerbe heute beginnen. (S. 9)

### AUS ALLER WELT

**Scholz-Verfahren:** Im Verfahren gegen den früheren Box-Europameister Gustav Scholz fordert die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und acht Monaten wegen fahrlässiger Tötung seiner Ehefrau Helga und unerlaubten Waffenbesitzes. Die Anklagebehörde geht von verminderter Schuldfähigkeit aus. (S. 18)

**Nein aus Oxford:** Mit 538 gegen 319 Stimmen lehnten Professoren und Lehrbeauftragte der Oxford-Universität die Verleihung der Ehrendoktorwürde an die britische Premierministerin Margaret Thatcher ab. (S. 18)

**Wetter:** Bedeckt, morgens Regen. Bis 10 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Wider das Kompetenzdefizit – Woran die SPD krankt – Leitartikel S. 2

**„Reparation":** Die Verschleppung der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben S. 3

**Terrorismus:** Anzeichen für ein Zusammenspiel von RAF und Action directe – Von M. Schell S. 4

**Angola:** Unita: „Warum hilft der Westen Marxisten?" – Gespräch mit dem Generalsekretär S. 5

**Das politische Buch:** Unruhe vor Ende der Nachkriegszeit – Unterschätzter Kanzler Erhard S. 8

**Forum:** Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT – Wort des Tages S. 9

**Paris:** Aufstand in der KPF – Rigout und Juquin contra Marchais – Von A. Graf Kageneck S. 10

**Airbus Industrie:** Eine neue Spitze – Bernard Lathière und Roger Beteille scheiden aus S. 11

**Fernsehen:** Porträt Herbert Grönemeyer – Großstadtpoet mit Smog in der Kehle S. 16

**Mannheim:** J. Bosse inszeniert Peer Gynt – Ein unsteter Träumer – Von J. Frederiksen S. 17

# Thorn: Anwalt verwahrt sich gegen Angriff auf toten Priester

## Prozeß um Popieluszko-Mord hat Rückwirkungen auf den Polizeiapparat

DW. Thorn

In einer von scharfen Angriffen gegen prominente Persönlichkeiten der katholischen Kirche belasteten Atmosphäre hat gestern der Nebenkläger im Thorner Popieluszko-Prozeß, Rechtsanwalt Edward Wende, zentrale Thesen der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Wende, der in dem Verfahren den Popieluszko-Chauffeur Waldemar Chrostowski vertritt, wandte sich insbesondere gegen den Vorwurf, der im Oktober 1984 ermordete Priester habe durch „politischen Extremismus" selber seinen Tod herbeigeführt. Wende: *„Eine solche* Gleichsetzung zwischen Mörder und Opfer ist niemals zuvor in irgendeinem Gericht vorgekommen."

Die vier von der Familie des toten Priesters beauftragten Anwälte sprachen sich aus moralischen Gründen gegen die Verhängung der Todesstrafe aus. Sie beriefen sich darauf, daß Popieluszko stets gegen solche Urteile aufgetreten sei. Auch das Gericht sollte sich an die zehn Gebote und vor allem die Weisung „Du sollst nicht töten" halten. Am Vortag hatte Staatsanwalt Leszek Pietrasinski für einen der angeklagten ehemaligen Polizeioffiziere, Grzegorz Piotrowski, die Todesstrafe verlangt.

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Einmal die Todesstrafe – und dreimal je 25 Jahre Gefängnis: So lautet das Plädoyer des Staatsanwalts im Popieluszko-Prozeß von Thorn. Die mit Macht und Privilegien ausgestatteten Funktionäre des Regimes, die bisher niemandem Rechenschaft schuldig waren, werden somit in einer Weise bloßgestellt, wie es bisher in keinem kommunistischen Staat möglich schien. Wohl hat es bereits früher Inhaftierungen und Hinrichtungen von Geheimpolizisten gegeben – etwa in der Sowjetunion. Aber nie zuvor hat es einen halbwegs öffentlichen Prozeß gegeben, wie jetzt in Thorn.

Was beabsichtigte das kommunistische Regime mit diesem Verfahren und welche sind die möglichen Folgen? Zunächst sollte offenbar die Behauptung bekräftigt werden, wonach die vier Angeklagten auf eigene Faust handelten, also ohne Hintermänner. Auffällig, wie jeder geringste Versuch, das Umfeld der vier Angeklagten in Thorn auszuleuchten, vom Gericht sofort unterbunden wurde. Aber die Anklage, wonach die vier eine „Provokation" geplant hätten, muß angesichts des Fehlens von Hintermännern einige Zweifel nach sich ziehen. Wer etwas „provoziert", muß auch politische Ziele verfolgen. Kann man sich vorstellen, daß Geheimdienst-Oberst Pietruzka die Absicht hatte, Erster Sekretär der polnischen Kommunistischen Partei zu werden?

Offenbar hat in Thorn das Regime Jaruzelski die Quadratur des Kreises versucht: Den Sicherheitsdienst – der *womöglich gegen den General und* Parteichef intrigierte – zur Räson zu bringen, ohne den so kostbaren und lebenswichtigen Apparat ganz zu zerschlagen. Das hat zu den Absurditäten und verkehrten Frontstellungen der Thorner Verhandlung beigetragen, die manchmal den Eindruck entstehen ließ, der eigentliche Angeklagte sei nicht der Mörder, sondern der Ermordete – und nicht die Geheimpolizei, sondern die katholische Geistlichkeit habe sich zu rechtfertigen.

Ob das, was die vier Angeklagten

● Fortsetzung Seite 10

## DER KOMMENTAR

# *Zweiter Anlauf*

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Nach der Ostpolitik Willy Brandts fordert die SPD von Kanzler Kohl eine „zweite Ostpolitik". Ost-Berlin versteht das offensichtlich so, daß auch eine „zweite Deutschlandpolitik" am Platze wäre. Im Klartext: Mit der „Respektierung" einer separaten Staatsbürgerschaft will Honecker im zweiten Anlauf die uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" durch die Bundesrepublik Deutschland durchsetzen, die im Grundlagen-Vertrag offen geblieben ist.

Honeckers Postille „Neues Deutschland" listet akribisch auf, was Ost-Berlin unter der „Respektierung" versteht. Die Quersumme kann man mit einem einzigen Satz ziehen: „Respektierung" soll ohne jeden Abstrich die Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Demnach hätte die Bundesrepublik ihr Grundgesetz und alle Gesetze, die von der einen deutschen Staatsbürgerschaft des Grundgesetzes ausgehen, zu ändern. Ost-Berlin will für sich das internationale Recht in dem Sinn in Anspruch nehmen, daß Völkerrecht das Verfassungsrecht der Bundesrepublik breche.

Das ist ein parteiisch-formaler Standpunkt. Geht man auf das Inhaltliche des Völkerrechts ein, dann stößt man sofort auf die Menschenrechte. Das weihnachtliche Drama der Flüchtlinge in unserer Prager Botschaft ist noch in aller Erinnerung. Strangulierte Menschenrechte in der „DDR" führten zur vielfachen Flucht von Menschen, die Ost-Berlin „Bürger der DDR" nennt, in die Prager Botschaft und damit in den Geltungsbereich des Grundgesetzes. Die Bundesrepublik Deutschland stand den Flüchtlingen gegenüber in der Obhutspflicht, die aus der einen deutschen Staatsbürgerschaft des Grundgesetzes folgt, konnte sie aber auf Grund der machtpolitischen Konstellation *nur jammervoll ausüben.* Ost-Berlin versucht jetzt, seinen „Sieg" über die Obhutspflicht Bonns auszukosten, indem es mit dem Grundgesetz die staatlichen Fundamente der Bundesrepublik Deutschland diskriminiert.

Weil die SPD ihren Gesprächsfaden mit Ost-Berlin neu knüpfen möchte, überzieht sie Honeckers Geraer Forderungen mit einem irreführenden Grauschleier. Was die Frage der Staatsbürgerschaft betrifft, hat die „DDR" den Schleier brüsk weggezogen, so daß die harte Kontur deutlich zu sehen ist: Honecker redet von Staatsbürger*schaft und meint die vorbehalt*lose völkerrechtliche Anerkennung seines Sowjet-Zwangsstaates durch das freie Deutschland. Da wird nichts laufen, solange Helmut Kohl Bundeskanzler ist.

# Ungarischer Spitzenpolitiker bei Reagan

DW. Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan ist gestern im Weißen Haus zu einem Meinungsaustausch mit dem ungarischen Politbüro-Mitglied Ferenc Havasi zusammengetroffen. Einzelheiten über das Treffen wurden nicht bekannt.

Havasi, ein Wirtschaftsfachmann, gilt als möglicher Nachfolger des ungarischen Parteichefs Janos Kadar. Er hat sich als Vertreter einer aktiven und bemerkenswert „liberalisierten" Wirtschaftspolitik einen Namen gemacht und ist der bisher ranghöchste Besucher aus dem kommunistischen Ungarn in den USA. Der zweiwöchige „Privatbesuch" Havasis ist in den USA mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Nach Ansicht von Beobachtern steht dahinter die seit einiger Zeit spürbar differenziertere Haltung der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den Staaten des Ostblocks. Vermerkt wird die um gewisse Eigenständigkeit bemühte Außenpolitik Rumäniens und die freizügige Wirtschaftspolitik Ungarns. Am Dienstag war Havasi Gast von Außenminister Shultz. Am Vortag hatte er mit Vizepräsident Bush gesprochen.

# Geißler: Geschützt wird allein das Gewissen

## SPD-Kritik an Zivildienst vor Verfassungsgericht zurückgewiesen

RÜDIGER MONIAC, Karlsruhe

Die Kritik der SPD-regierten Bundesländer und der SPD-Bundestagsfraktion an dem seit gut einem Jahr gültigen Gesetz über die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern ist von Bundesminister Heiner Geißler vor dem Bundesverfassungsgericht als nicht stichhaltig zurückgewiesen worden. In dem Normenkontrollverfahren, das vor dem Karlsruher Gericht von den Bundesländern Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und der Bonner SPD-Fraktion angestrengt worden war, wurden gestern die Prozeßbeteiligten gehört. Dabei erklärte Geißler als Vertreter der Bonner Koalition, die Reform der Kriegsdienstverweigerung sei der neuen Regierung 1982 als das vordringlichste Projekt überhaupt erschienen.

Die SPD-Politiker Koschnick, Emmerlich und Anke Fuchs erklärten, der Gesetzgeber habe die „schwierige Gratwanderung" zwischen dem Verfassungsauftrag der Landesverteidigung und dem Schutz des Grundrechts der Gewissensentscheidung in drei wesentlichen Punkten verfehlt. Koschnick sagte, die Dauer des Zivildienstes von 20 Monaten sei verfassungswidrig, ebenso die „Kumulation" – die Belastung aus Dauer des Zivildienstes und zusätzlicher Überprüfung der Gewissensentscheidung – sowie schließlich der Wegfall einer aufschiebenden Wirkung des Anerkennungsantrages für den Zeitraum des erklärten Spannungs- und Verteidigungsfalles.

Geißler betonte, die Koalition habe als Leitlinie für die Novellierung die „Probe aufs Gewissen" genommen und die Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate eingeführt. Geschützt werde nicht „die Ablehnung einer politischen Position, sondern ausschließlich und allein das Gewissen".

Nach Darstellung des Regierungsbeauftragten für den Zivildienst, Hintze, wird das gegenwärtige Anerkennungsverfahren von den Betroffenen akzeptiert. Beim Zivildienst sei die Zeit des „massiven Unfriedens" vorbei. Auch stünden die Zivildienstleistenden nicht mehr im „Ruch der Drückebergerei".

# Bonn ist gegen Grundsatzstreit mit der „DDR"

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat Ost-Berliner Formel von der „Respektierung" einer „DDR"-Staatsbürgerschaft aufgrund eines Artikels im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" endgültig abgelehnt. Damit ist eine Debatte abgeschlossen, in deren Verlauf auch Mitglieder der Bundesregierung mehrfach den Wunsch geäußert hatten, Ost-Berlin möge den Begriff „Respektierung" im Unterschied zur „Anerkennung" der Staatsbürgerschaft erläutern, um eine Meinungsbildung darüber zu erleichtern.

Dazu erklärte das „Neue Deutschland" gestern, der Terminus „Respektierung" beinhalte, daß die Ausübung der Personalhoheit eines Staates sich ausschließlich auf eigene Staatsbürger beschränke. Daraus ergebe sich, daß die Bundesrepublik die „Inanspruchnahme" von Einwohnern der „DDR" als „deutsche Staatsangehörige" aufzugeben habe. Sie sei ferner verpflichtet, die Ausstellung oder Einziehung von Personaldokumenten für „DDR"-Einwohner zu unterlassen und die Ausübung von Schutzrechten für sie einzustellen. Durch diese Erläuterung, so stellte Regierungssprecher Peter Boenisch in Bonn fest, sei klar, daß die „DDR" mit der „Respektierung" ihrer Staatsbürgerschaft den Verzicht auf eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit verlange. Die Bundesregierung bleibe jedoch dabei, daß es für sie nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gebe. Eine Auseinandersetzung darüber führe nicht weiter. Man sollte sich stattdessen auf Machbares konzentrieren.

# In Berlin wieder Austausch von Kulturgütern

hrk. Berlin

Der „DDR" ist offenbar weiterhin an einem Mindestmaß guter Verbindungen zum Senat von Berlin gelegen: Heute übergeben Ostberliner Denkmalschutz-Experten die Gußform eines Taufbeckens der von Schinkel entworfenen Nazareth-Kirche im Westberliner Bezirk Wedding in die Obhut des Senats. Die westliche Seite revanchiert sich mit der Übergabe von vier Abdruckformen für Medaillons an den Figuren der Ostberliner Schloßbrücke.

Mit diesem Austausch wird der Versuch fortgesetzt, zumindest auf künstlerischem und stadtarchitektonischem Gebiet die Einheit Berlins zu wahren. Die Serie der wechselseitigen Gaben begann im Frühjahr 1982, als der damalige Regierende Bürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD), seinerzeit noch gegen einen gewissen Widerstand der *CDU-Opposition*, die Übergabe der acht Schloßbrückenfiguren an den Magistrat im Ostteil Berlins veranlaßte. Die andere Seite revanchierte sich durch die Überlassung des wertvollen Archivs der ehemaligen Königlich-Preußischen Porzellanmanufaktur (KPM).

Zwei Jahre später entschied der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker, die in West-Berlin seit Jahrzehnten aufbewahrten Steine des ehemaligen von den Nazis abgerissenen Ephraim-Palais nach Ost-Berlin schaffen zu lassen. Im Rahmen der Wiederbelebung des alten Stadtzentrums baut Ost-Berlin das repräsentative Haus des Finanziers Friedrichs des Großen am Ursprungsort wieder auf.

# Löhne: Vorsichtige Prognose Blüms

pje. Bonn

Anders als die Bundesregierung in ihrem gestern vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht für 1985 geht das Bundesarbeitsministerium von pessimistischeren Prognosen der Einkommensentwicklung aus. Während der Jahreswirtschaftsbericht einen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um rund 3,5 Prozent prognostiziert, rechnet man im Arbeitsministerium mit einer Steigerung um maximal drei Prozent. Übereinstimmend wird dagegen die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten bewertet (plus 0,5 Prozent). Der Pessimismus des Hauses Blüm wird mit der Abhängigkeit der Rentenfinanzierung von diesen Daten begründet: Man wolle sie bei schlechterer Entwicklung nicht laufend korrigieren müssen.

Seite 2: Bericht zur Wiedervorlage
Seite 11: Steuerreform angekündigt

# Rätsel um Anwalt Vogel

W.K. Bonn

Die Deutsche Dienststelle zur Registrierung von Gefallenen und Vermißten der ehemaligen Wehrmacht (WASt) in Berlin untersucht den rätselhaften Fall eines möglicherweise unter dem Namen eines prominenten SED-Juristen bestatteten Soldaten. Bei einer Aktenprüfung hat sich herausgestellt, daß die Personalien eines anhand der bei ihm gefundenen Erkennungsmarke als „Wolfgang Vogel" identifizierten Wehrmachtsangehörigen der Identität des international bekannten Ost-Berliner Anwaltes und „DDR"-Unterhändlers Wolfgang Vogel entsprechen.

*WASt-Leiter Günter Bogdanski* will sich zu dem rätselhaften Fall erst nach Abschluß der laufenden Untersuchungen äußern.

Seite 3: Der Mann für Grenzfälle

# Kernenergie wird positiv bewertet

gba. Bonn

Etwa 68 Prozent der Bevölkerung stehen der Kernenergie positiv gegenüber, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, in einem Interview der WELT. Nach Umfragen wächst die Zahl derer, die Atomstrom für ausgesprochen umweltfreundlich halten. 1979 waren dies noch 25 Prozent, heute sind es 40 Prozent. Zu der für den kommenden Montag erwarteten Entscheidung der Gesellschafterversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), wann und wo die von der Bundesregierung befürwortete Wiederaufarbeitungsanlage gebaut werden soll, sagte Spranger: „Dies ist eine rein unternehmerische Entscheidung."

Seite 7: Mehrheit positiv eingestellt

# *„Mitläufer" erobert das Weiße Haus*

FRITZ WIRTH, Washington

Sie waren auf das Schlimmste gefaßt im Weißen Haus. Auf Angriffe aus der Luft – und sie hatten zu diesem Zweck Abwehrraketen im Garten installiert. Auf Frontalangriffe zur Erde und auf Versuche, mit Brachialgewalt die Tore zu stürmen – und sie hatten zu diesem Zwecke Betonklötze in der Erde versenkt. Auch auf Attacken aus der Tiefe – und sie hatten zu diesem Zweck alle Kanaldekkel in der Nähe des Weißen Hauses zugeschweißt.

Doch die Generalstabsplaner wider den Terror im Weißen Haus hatten eines vergessen: Sie hatten sich nicht auf Robert Latta aus Colorado, auf das Simple und Naheliegende eingerichtet. Und so nahm dieser Robert Latta, der im Zivilberuf in Denver Wasseruhren abliest, auf die denkbar natürlichste Weise jene Festung, die der amerikanische Geheimdienst als für Unbefugte uneinnehmbar hielt: Er ging just hinein.

Und nun gibt es sehr viele rote Gesichter. Denn es geschah am 20. Januar, dem Tag, an dem Präsident Ronald Reagan im Weißen Haus vor geladenen Gästen den Amtseid leistete. Man hatte zur Inauguration Millionen für die Sicherheit des Präsidenten ausgegeben. 6000 Polizisten und Soldaten befanden sich mehr oder minder sichtbar in der Stadt.

Sie alle wurden vom 45jährigen Robert Latta zum Narren gehalten. Und die Verlegenheit unter den Sicherheitsexperten war so groß, daß man zehn Tage lang dem Präsidenten die ganze Sache verschwieg. Er erfuhr erst davon, als eine Zeitung in Denver den erstaunten Robert Latta wie einen Helden feierte. Zur „Tatzeit" waren die Reagans gerade in der Kirche.

Das Schlimme war: Latta hat sich bei seinem Eindringen ins Weiße Haus gar nicht angestrengt. Er stand da an jenem bitterkalten Morgen nur so vor dem Osteingang herum, getrieben eigentlich nur von seinem Bedürfnis, dem Präsidenten nahe zu sein und dem Wunsch nach warmen Füßen. Da fügte es sich, daß die Marinekapelle erschien und sich durchs Tor drängte. Latta schloß sich kurzerhand an und wurde, obwohl ihn keine Uniform zierte, sondern nur ein schäbiger Mantel, eingelassen. Doch konnte er, entgegen anders lautenden Meldungen, nicht bis ins Privatquartier des Präsidenten vordringen.

Es dauerte sechs bis 15 Minuten, bis der Geheimdienst, ein paar Hausdiener und der Dirigent der Kapelle auf die Idee kamen: „Der Mann gehört nicht zu uns." Er wurde auf der Stelle verhaftet, fünf Tage hinter Gitter gesteckt, auf sein geistiges Wohlbefinden und sein Verhältnis zum Präsidenten überprüft und dann gegen eine Kaution von tausend Dollar wieder an die Denverer Wasseruhren entlassen.

Der Geheimdienst hat inzwischen versprochen, das Weiße Haus auch gegen Wasseruhren-Ableser aus Denver sicher zu machen. Larry Speakes, der Sprecher des Präsidenten, glaubt auch schon den Urfehler entdeckt zu haben: „Wäre die Musikkapelle durch das Eingangstor hineinmarschiert, wäre er sofort ertappt worden." Klare Sache: Ob Terroristen oder Wasseruhrableser – der mangelnde Gleichschritt entlarvt sie am Ende alle.

# Peking droht Hanoi mit einer „zweiten Lektion"

## Chinas Truppen an der Grenze zu Vietnam kampfbereit

DW. Peking/Hanoi

Die chinesischen Truppen an der Grenze zu Vietnam sind kampfbereit, erklärte gestern ein Sprecher des Außenministeriums in Peking. Er wollte allerdings nicht sagen, ob Verstärkungen an die Grenze verlegt worden seien. Zuvor hatte Außenminister Wu Xueqian in einer von der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua zitierten Erklärung gesagt, China behalte sich das Recht vor, Vietnam wegen seiner „zügellosen Provokationen" eine „zweite Lektion" zu erteilen.

Westliche Diplomaten vermuten, daß China verstärkte Aktionen Hanois in Kambodscha befürchtet. Ein thailändischer Militärsprecher berichtete gestern von einer „ungewöhnlichen und massiven" Konzentration vietnamesischer Truppen vor Stützpunkten der Roten Khmer.

Die Volksrepublik China hatte 1979 als Vergeltung für den vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha Truppen nach Vietnam geschickt. Die Vietnamesen hatten in Phnom Penh die von China unterstützte Regierung der Roten Khmer gestürzt.

Inzwischen hat Moskau sein Engagement für Vietnam bekräftigt und dem Regime in Hanoi erneut zugesagt, daß es seine Unterstützung der vietnamesischen Kambodscha-Politik nicht der Normalisierung seiner Beziehungen zu Peking opfern werde. In einem gestern vom Hanoier Partei-Organ „Nhan Dan" veröffentlichten Artikel zum 35. Jahrestag der Allianz der Kreml-Führung mit dem vietnamesischen KP-Begründer Ho Chi Minh betonte der sowjetische Vizeaußenminister Michail Kapiza: „Der Gedanke einer Abwertung unserer Beziehungen treuer Freundschaft als Preis für eine Normalisierung mit China ist für unsere beiden Länder nicht akzeptabel." Die Sowjetunion unterstütze weiterhin die Politik Vietnams in Südostasien.

Nach Ansicht politischer Beobachter will der Kreml mit der feierlichen Bündnisbekräftigung die Sorgen ausräumen, die bei den Vietnamesen durch die sowjetisch-chinesische Annäherung nach einem Vierteljahrhundert der Feindseligkeit ausgelöst wurden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Mal wieder Gewaltverzicht*

Von Bernt Conrad

Die Sowjetunion hat auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung (KVAE) den Entwurf eines Gewaltverzichtsvertrages vorgelegt, der ihr verhandlungstaktische und propagandistische Vorteile bringen soll, ohne den Konferenzberatungen zu nutzen. Denn der Auftrag der KVAE besteht darin, „konkrete und wirksame Schritte" zu beschließen, die der Pflicht der Staaten zum Verzicht auf die Androhung von Gewalt „Wirkung und Ausdruck verleihen". So haben es die Teilnehmer des Madrider KSZE-Folgetreffens beschlossen.

Deshalb erstrebt der Westen in Stockholm praktische und nachprüfbare Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung, die eine Konkretisierung des Gewaltverzichts darstellen würden. Welchen Wert hätte demgegenüber die formelle Bekräftigung eines schon mehrfach – vor allem in der UNO-Charta und der KSZE-Schlußakte – vereinbarten, aber von Moskau täglich in Afghanistan und anderswo ignorierten Verzichts auf Gewaltanwendung?

Um Moskau für praktische Maßnahmen geneigter zu stimmen, ist auf westlicher Seite allerdings schon seit einiger Zeit die Bereitschaft gewachsen, einen neuen Gewaltverzichtsvertrag grundsätzlich nicht auszuschließen – falls ein solcher Vertrag wirklich Neues brächte und er am Ende eines durch konkrete Vertrauensbildung untermauerten Entspannungsprozesses stünde. Davon kann jedoch bei dem sowjetischen Vorschlag keine Rede sein.

Einerseits ist er schon vom Text her unzulänglich; so enthält er nichts über den Verzicht auf Androhung von Gewalt und will den Genfer Verhandlungen über Weltraumwaffen vorgreifen. Andererseits kann kein Zweifel daran bestehen, daß Moskau bei Abschluß einer solchen Vereinbarung jedes Interesse an konkreten vertrauensbildenden Maßnahmen verlieren und den Standpunkt verträte, mit dem Gewaltverzicht sei das Ziel der KVAE ja praktisch schon erreicht.

Darauf kann sich der Westen nicht einlassen. Er muß darauf bestehen, daß die Sowjets in Stockholm von der Propaganda zur praktischen Arbeit übergehen.

## *Bericht zur Wiedervorlage*

Von Peter Gillies

Rückblick, Ausblick, Hoffnung, Selbstverpflichtung, Erfolgsbilanz, Verteilungsgschmerz – dies alles spiegelt der Jahreswirtschaftsbericht wider, den die Bundesregierung gestern vorlegte. Sie hat kein Horoskop zu stellen, sondern jene Pflichten zu markieren, die zur erwünschten Projektion führen: möglichst lang anhaltendes, inflationsfreies und arbeitsplatzschaffendes Wachstum.

Die Eröffnungsbilanz ist gut bis sehr gut, wiewohl die Beschäftigung nur zäh reagiert. Oft verkannt wird jedoch ein Erfolg, der noch vor Jahren für unmöglich gehalten wurde: die Verbindung von Wirtschaftwachstum und Geldwertstabilität. Jahrzehnte galt es als Naturgesetz der Ökonomie, daß eine blühende Wirtschaft steigende Inflationsraten im Kielwasser mitführe. Mehr noch, viele Wirtschaftspolitiker glaubten sogar, durch Inkaufnahme von Geldentwertung Wachstum stimulieren zu können.

Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, auch andere große westliche Industrienationen wie die USA haben diesen vermeintlich siamesischen Zusammenhang erstmals getrennt. Damit schwindet die Furcht vor einer Stabilisierungskrise, einer Rezession. Der Bundeswirtschaftsminister machte deutlich, wie mühsam die Beiträge sind, die der Staat zur Verstetigung des Aufschwungs zu leisten vermag: mehr Marktwirtschaft, weniger Bürokratie, niedrigere Steuern, Kampf für den Freihandel, Förderung der Kapitalbildung zu Lasten des Konsums und staatlicher Wohltaten.

Seine Predigt dringt nicht alle Ohren. Wie anders wäre es dann zu erklären, daß selbst im Koalitionslager schon Stimmen zu vernehmen sind, die Sanierung der Staatshaushalte sei bewältigt und man könne wieder zur Verteilung neuer Nettigkeiten an unruhige Gruppen schreiten. Zur Erinnerung: Das Jahr 1985 begann mit der Rekordverschuldung von rund 800 Milliarden Mark und weiter steigenden Zinsen dafür. Wer mehr produktives Kapital und damit mehr Arbeitsplätze will, sollte sich auf magere Zuwachsraten bei Einkommen, Renten und Transferleistungen einstimmen. Auch diese schmerzliche Botschaft gehört zum Jahreswirtschaftsbericht.

## *Erblicher Omnibus*

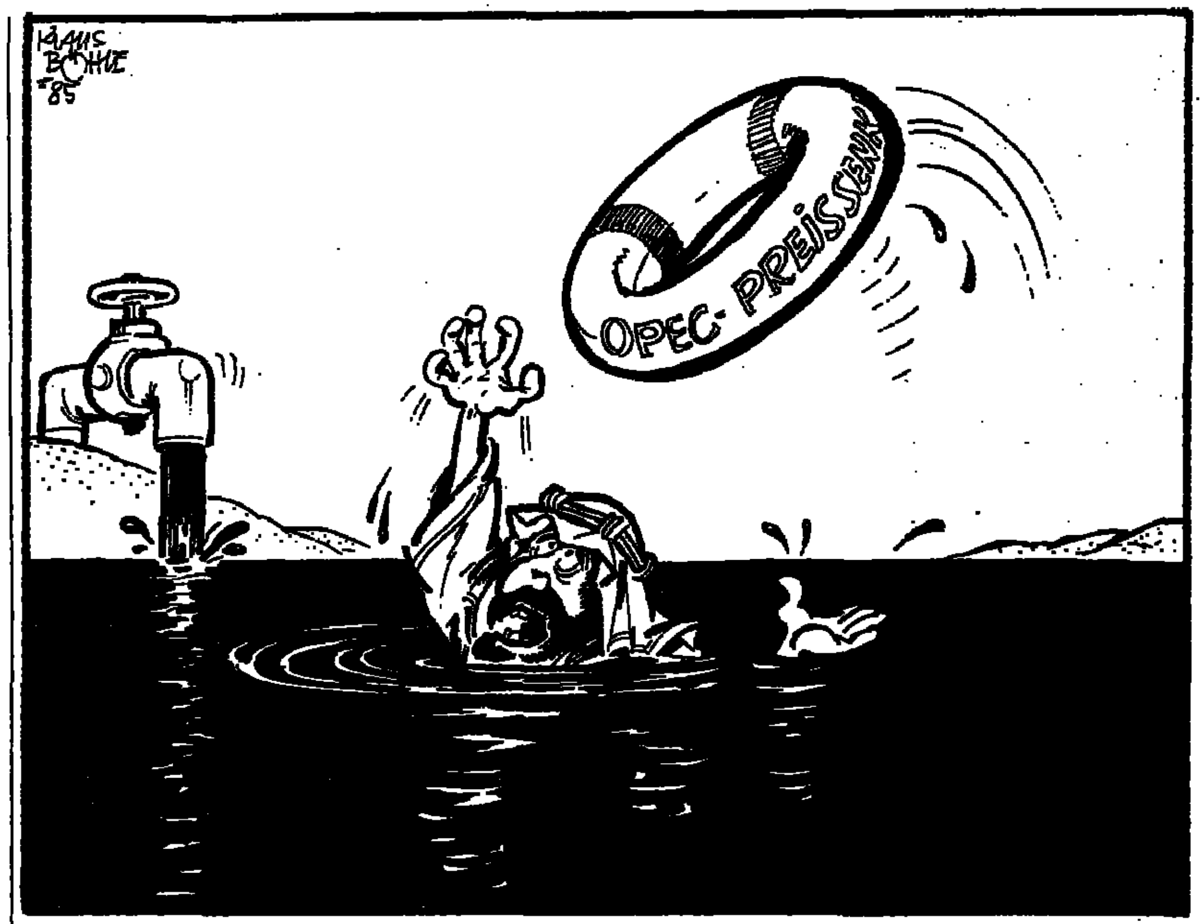
Von Friedrich Meichsner

In Rom streikten die Arbeitnehmer der öffentlichen Verkehrsbetriebe. In den letzten Tagen hatten sie in gewerkschaftlich organisierten Betriebsversammlungen die Forderungen diskutiert, die bei den Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag präsentiert werden sollen. Einige als besonders radikal geltende Diskussionsredner hatten sich dabei erstaunlich konservativ gegeben: Sie zögerten nicht, die volle Reaktivierung eines königlichen Dekrets aus dem Jahre 1931, also aus der Hoch-Zeit des Faschismus, zu verlangen. Dieses Gesetzesdekret Nummer 148 legt fest, daß bei Neueinstellungen in städtischen Verkehrsbetrieben im Falle gleicher Eignung denjenigen Bewerbern der Vorzug zu geben sei, deren Väter bereits dem Betrieb angehören.

Im Jahre 1931 herrschte in Italien noch – neben dem „Duce" – die Erbmonarchie. Das Volk, zu dessen fortschrittlichsten Kräften sich schon immer auch die römischen Straßenbahn- und Omnibusschaffner zählten, hat sie nach dem Krieg in einem Referendum hinweggefegt, und auf dem Capitol residiert heute als Garant des „Fortschritts" ein kommunistischer Bürgermeister. Daß einige seiner Wähler jetzt plötzlich das Erbfolgerecht neu entdecken, mag manchen, der auf historische Kontinuität hält, tröstlich stimmen – auch wenn es bei der Vererbung nicht mehr um den Platz im Quirinalspalast, sondern um denjenigen am Steuer eines Autobusses geht.

Den Kommunisten und der von ihr beherrschten Gewerkschaft kommt solches Traditionsbewußtsein freilich etwas unheimlich vor. Lucio De Carlini, Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes der Verkehrsbetriebe, sprach von „Verirrung". Er hütete sich allerdings, das von den traditionalistischen Kollegen herangezogene Gesetzesdekret Nummer 148, dem im übrigen schon in einigen betriebsinternen Vereinbarungen wieder Geltung verschafft worden ist, zu verdammen. Dieses Dekret, so meinte er nur, werde von den Verfechtern eines Erbanspruchs etwas „leichtfertig" interpretiert.

Unerwähnt blieben in der ganzen Diskussion die Fragen der Wirtschaftlichkeit und Effizienz der städtischen Verkehrsbetriebe. Sie ins Spiel zu bringen, wäre allen Beteiligten nun wohl doch als reichlich reaktionär erschienen.




„Hilfe!!" KLAUS BÖHLE

# Wider das Kompetenzdefizit

Von Peter Philipps

Die SPD leidet. Zwar hat sie sich in den Meinungsumfragen stabilisiert, scheint der Fall von den Höhen Schmidtscher Regierungsmacht aufgefangen zu sein, doch von einer Chance zur Regierungsübernahme in Bonn ist nichts zu sehen. Was immer die Bürger dieses Landes an der Koalition auszusetzen haben, es schlägt sich nicht in Aufwärtstrends für die größere Oppositionspartei nieder, im Gegenteil. Sprecher der rechten SPD-Fraktionsminderheit wiesen darauf hin: „Die allgemein günstigere Stimmung zum Jahreswechsel schlägt voll auf ein besseres Image der CDU durch" (Herbert Ehrenberg). Und was an Protest-Potential vorhanden ist, wandert zu den Grünen und nimmt noch etwas an den Rändern der SPD mit.

Die SPD leidet daran, daß sich ihr immer noch unumstrittener Vorsitzender stark auf Fragen der Dritten Welt und der allgemeinen Außenpolitik konzentriert hat, anstatt seiner Partei als Lotse zu dienen. Zusätzlich ist Willy Brandt, wiewohl in allen Schlichen erfahren, auch noch unversehens in die Rolle des Zauberlehrlings geraten. Er wird die Geister, die er rief, nicht mehr los:

Nach der Hessen-Wahl entdeckte er die „Mehrheit diesseits der Union" und signalisierte damit die Öffnung der SPD gegenüber den Grünen. Brandt trat damit eine Schneewehe los, die sich zur Lawine entwickelte, die über alle anderen Diskussionen der größeren Oppositionspartei hinwegfegte. Das Schielen auf die kleinere überlagert mittlerweile fast alle inhaltlichen Diskussionen, lähmt die Partei, lenkt sie von sich selbst ab.

Der zweite Geist sind die von Brandt mit Zuneigung und Vorschußlorbeeren bedachten politischen „Enkel", auf die er seine Zukunftshoffnungen öffentlich setzte: Lafontaine und Schröder, Engholm und Hauff. Damit rückte der Parteichef die Chancen zur Rückkehr an die Regierungsmacht in weite Ferne, stellte selbst die Chancen der vorerst einzig denkbaren Kanzlerkandidaten Vogel und Rau als gering dar.

Brandt hat dies inzwischen eingesehen. Auf der letzten Vorstandssitzung am Montag nannte er diese alles beherrschenden Diskussionen „unfruchtbar", man sei sie „eigentlich leid". Die „Enkel-Diskussion" würde er am liebsten „ungeschehen" machen. Aber während der Zauberlehrling noch seinen Meister im Hintergrund hatte, der die Besen mit dem richtigen Wort wieder in die Ecke stellen konnte, kann niemand Brandt aus der Klemme helfen.

Was die Partei benötigt, sind die Sachthemen und Personen, in denen sie sich dem Wähler als glaubwürdige und zugkräftige Alternative darstellen kann. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, zur Jahreswende von seinem Parteichef mehrfach öffentlich wegen mangelhafter Attraktivität seiner Kärrnerarbeit gescholten, hat dies erkennt, beginnt Pflöcke einzuschlagen. Nachdem er zuerst seine vordringliche Aufgabe darin gesehen hatte, die Fraktion als eine Art Syndikus erst einmal zusammenzuhalten, beginnt er nun Wege zu weisen, die von der Fraktionsplattform aus auch der gesamten SPD begehbar gemacht werden sollen.

In seinem „Liebe Freunde"-Brief, mit dem er vor wenigen Tagen selbst die Grundsatzdebatte in der Fraktion über die künftigen Arbeits-Schwerpunkte angestoßen hatte, wurde dies deutlich – wobei er sich fast wie ein Steuerzahler verhielt, der in seiner Einkommensteuer-Erklärung extra ein paar „Bolzen" einbaut, damit das Amt über die versteckten Einspar-Versuche um so eher hinweggeht: An dem Knochen „Grüne" nagten die Genossen öffentlich herum, die anderen, vorsichtiger markierten Pflöcke schlugen ohne Streit eher unterschwellig in die Köpfe durch. Da ist die Forderung nach den „neuen Perspektiven über die Wahlperiode hinaus", die von der Partei entwickelt werden müßten. Er schreibt von den für zusätzliche Wählergruppierungen wichtigen Zunahme „inhaltlicher Berührungen und Übereinstimmungen" mit den Kirchen, von den Gewerkschaften, die ihr Problem der „Verschiebungen vom sekundären zum tertiären Sektor" (vom produktiven in den Dienstleistungssektor) in den Griff bekommen müßten, und vom „wirtschaftspolitischen Gebiet", auf dem die vielen Einzelaussagen zu einem „Konzept zusammengefaßt" werden müßten.



Unumstrittender Vorsitzender einer verschwommenen Partei: Brandt, gemalt von Georg Meistermann FOTO: DIE WELT

Die SPD leidet unter dem Ruf, die „Schuldenmacherpartei" zu sein, unter den bei allen Umfragen festzustellenden Kompetenz-Defiziten in entscheidenden Fragen des Gemeinwesens. Sie wird sich nicht eher wieder in die Bonner Ministersessel setzen, als sie hier überzeugen kann – mit sachlichen Vorschlägen, aber auch personellen Alternativen.

In diese Rubrik gehört auch die Frage des Kanzlerkandidaten. Sie soll, so ist es zumindest geplant, erst zum nächsten Jahreswechsel beantwortet werden. Dabei wird das Abschneiden von Johannes Rau bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai eine entscheidende Rolle spielen. Dies könnte auch bedeuten, daß die Personal-Diskussion – so oder so – auch bereits im Sommer geklärt wird.

Rau oder Vogel – wer wird es sein? Über den nordrhein-westfälischen politischen Ziehsohn Gustav Heinemanns heißt es in der SPD, er sei „unser Helmut Kohl", der 1976 unverbraucht und mit strahlendem Optimismus nach Bonn kam. Aber trotz solcher, die Wähler ansprechenden Vorzüge spricht vieles eher gegen Rau und für Vogel als Kanzlerkandidat 1987: Er ist derjenige, der die Partei inhaltlich, wegweisend voranbringen kann. Warum sollen die Bürger eigentlich einen strahlenden Kandidaten wählen, wenn ein ebensolcher Optimist im Amt ist? Die sachlichen Alternativen, zu denen auch solide Finanzierungsideen gehören, sind eher von Vogel zu erwarten. Wenn er sich wirklich aus der Rolle des Fraktions-Syndikus – und aus dem Klischee des sauertöpfischen Moralisten, der er in Wirklichkeit nicht ist – löst und zum Oppositions-„Führer" wird, kann ihm niemand die Kanzlerkandidatur streitig machen.

## IM GESPRÄCH James A. Baker

# Kaut den roten Mann

Von Horst-Alexander Siebert

Ohne Gegenstimmen hat der Senat die Ernennung von James A. Baker, dem bisherigen Chef des Stabes im Weiße Haus, zum neuen Finanzminister der USA bestätigt. Obwohl der Kongreß dem Präsidenten grundsätzlich das Recht auf Mitarbeiter der eigenen Wahl zugesteht, ist dieses Votum ein seltener Vertrauensbeweis. Darin drückt sich die Hoffnung aus, daß der „perfekte Gentleman aus Texas", wie Baker häufig beschrieben wird, den Abbau des riesigen Haushaltsdefizits und die Vereinfachung des Steuersystems auf realistische Weise anpackt.

In den klassizistischen Treasury-Bau Ecke Pennsylvania Avenue und 15. Straße in Washington, nur einen Steinwurf vom Weißen Haus entfernt, zieht Baker am Montag ein. Sein Vorgänger Donald Regan wird zur gleichen Zeit sein Nachfolger. Dieser in der amerikanischen Geschichte einmalige Wechsel hat auch Konsequenzen für das westliche Ausland und die engsten Partnerländer, wenn es um den überbewerteten Dollar, den „Mix" von Fiskal- und Geldpolitik, die Entwicklungshilfe und die multinationalen Organisationen geht.

Das Schatzamt wird schon in wenigen Wochen nicht mehr wiederzuerkennen sein. Richard Darman, Bakers Assistent im Weißen Haus, wird stellvertretender Finanzminister und löst Richard McNamar ab. Der dritte Mann in der Treasury, Beryl Sprinkel, soll, wie es heißt, den seit Martin Feldsteins Weggang nicht besetzten Posten des Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Beraterstabes des Präsidenten übernehmen. Der dogmatische Monetarist aus Chicago wäre damit zur Erleichterung aller Notenbankchefs kaltgestellt. Mehrere Umbesetzungen stehen auf Unterstaatssekretärs- und Abteilungsleiter-Ebene bevor.

Baker, der „Jim" genannt wird, Millionär und 54 Jahre alt ist, wird der Treasury einen Stempel aufdrükken, der sich von dem des erratischen Regan diametral unterscheidet. Sein Stil ist es, den Konsens im stillen Kämmerlein und nicht in der Öffentlichkeit auszufechten. Er gilt als „Macher" und handelt pragmatisch. Dafür gibt es viele Belege aus seiner vierjährigen Tätigkeit als „Premierminister". Seine Strategie als Finanzminister wird es sein, die Haushaltskorrekturen und die Steuerreform gleichzeitig durch den Kongreß zu pauken, wobei die Investitionsanreize erhalten bleiben sollen. Das ist eine schwierige, kaum zu erfüllende Aufgabe.



Wechsel vom Weißen Haus ins Finanzministerium: Baker FOTO: CAMERA PRESS

Unter Jim Baker, der auch Regans Rolle als Wirtschaftssprecher der Administration übernimmt, wird sich Präsident Reagans wirtschaftspolitischer Kurs nicht ändern. Höhere Steuern bleiben mithin tabu. Aber als „progressiver Kapitalist", wie ihn seine Freunde bezeichnen, ist Baker wachstumsorientiert und tritt für niedrigere Zinsen ein. Er gehörte zu dem Kreis, der die US-Notenbank bedrängte, die Geldschleusen stärker zu öffnen. Ein Ingangsetzen der Notenpresse zur Monetisierung des Budgetdefizits käme für Baker jedoch nicht in Frage.

Jim Baker entstammt einer alten Houstoner Familie; sein persönliches Vermögen wird auf sechs Millionen Dollar veranschlagt. Er besuchte Princeton und ist von zu Hause aus Unternehmensanwalt. Der verheiratete Baker kaut Tabak Marke „Red Man" und jagt in seiner Freizeit wilde Truthähne.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Süddeutsche Zeitung

**Die Münchner Zeitung geht auf die Teilschließung von Sonnenschein ein:**

Warum denn erst jetzt? Das Ganze riecht nach einem handfesten Skandal. Hat die zuweilen bis zur Unkenntlichkeit parteipolitisch verfilzte zuständige Bürokratie aus Gründen politischer und wirtschaftlicher Rücksichtnahme Augen, Nase und Ohren gegenüber den Vorwürfen verschlossen, wie dies die Betroffenen behaupten? Nur widerwillig rückte die Verwaltung hartnäckig recherchierenden alternativen Abgeordneten bisher unvollständige Akten heraus. Jetzt aber sollte alles auf den Tisch, nicht nur, um weiteren Schaden an der Gesundheit von Bürgern abzuwenden.

### LES ECHOS

**Die Pariser Zeitung erwartet Tschernenkos Rücktritt:**

Kann sich ein so riesiges Land wie die Sowjetunion mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit dieser Anziehungskraft des modernen westlichen Lebens auf die sowjetische Jugend einen Niedergang der Macht erlauben, wie er seit Breschnews Krankheit zu beobachten ist? Die sowjetischen Kreise, die damals viel weniger gesprächig waren und auch über den Zustand von Andropow lange geschwiegen haben, unternehmen dieses Mal nichts, um die beunruhigenden Gerüchte, die in Moskau umgehen, zu korrigieren. Tschernenkos Rücktritt anläßlich der Sitzung des Zentralkomitees im Frühjahr ist deshalb eine Erwartung, die immer mehr an Boden gewinnt.

### WESER KURIER

**Die Bremer Zeitung schreibt zur Rotation:**

Mit ihren heftigen Attacken auf Angehörige der eigenen Partei, die in dem Vorwurf der versuchten Manipulation gipfeln, bestärkte Frau Kelly indirekt ... die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Rotation. Bundestagspräsident Jenninger wird sich nach der Lektüre des öffentlichen Kelly-Briefes an den Vorstand ihrer Fraktion zweimal überlegen müssen, ob er die von den meisten grünen Bundestagsabgeordneten angekündigte Mandatsniederlegung akzeptieren kann. Das Wort der Galionsfigur der grünen Bewegung zwingt die Präsidenten der bundesdeutschen Parlamente zu einer genauen Prüfung ihrer Haltung zur Rotation.

### NIN

**Das Belgrader Nachrichtenmagazin geht auf die jugoslawische Tageszeitung Politika ein, deren Bonner Korrespondent schrieb, die WELT untergrabe das jugoslawische Regierungssystem:**

Das Ansehen Jugoslawiens hängt nicht davon ab, was jemand in der WELT über uns schreibt – wer immer das auch sein mag –, sondern davon, was wir bei uns zu Hause machen, sowie von unseren inneren Einheit. Jeder hat das Recht auf seine Meinung über andere. Man muß nicht über jede kritische Bemerkung erzürnt sein. Auch kann die Kritik, etwa der WELT, nicht das jugoslawische System bedrohen. Wir können nicht von jedermann Gutwilligkeit und Verständnis für etwas erwarten, wofür wir selber nicht immer Verständnis aufzubringen vermögen ... Der Schlüssel liegt, wie immer, in unseren eigenen Händen.

# Schach in der Schule – ein sinnvolles Pflichtfach?

Eine gute Intelligenz-Förderung, aber geeignete Lehrer fehlen / Von Joachim Neander

Im August tagt in Hamburg der Weltkongreß für das hochbegabte Kind. Die britische Delegation hat den Wunsch geäußert, den traditionellen Themenbereich dieses Kongresses zu erweitern. Ins Blickfeld soll die Bedeutung des Schachspiels gerückt werden.

Daß Intelligenz und das Talent zum Schachspiel etwas miteinander zu tun haben, weiß man seit langem. Doch die psychologisch bedingte Kluft zwischen dem Ernst des Geistes und einem Spiel mit Holzfiguren hat verhindert, daß diese Beziehungen nutzbringend untersucht worden wären. Ein Spiegelbild für diese Unsicherheit bietet die Situation des Schachs in der Schule – also all der Versuche, das Schachspiel dort entweder als Pflichtfach oder als freiwillige Arbeitsgemeinschaft zu pflegen.

Die Lage ist unübersichtlich. In Frankreich, so wurde auf dem Internationalen Schulschachkongreß in Hamburg vergangenes Jahr berichtet, ist Schach an vielen höheren Schulen Pflichtfach mit Zensuren. In Österreich wird es als fakultatives Fach ohne Zensur gelehrt. In der Bundesrepublik gibt es an vielen Schulen Schach-Arbeitsgemeinschaften sehr unterschiedlicher Intensität, Beteiligung und Qualität. In der Hochburg Hamburg kämpfen Jahr für Jahr mehr als tausend Schüler ihren Kampf „rechtes gegen linkes Alsterufer", das größte Schachturnier der Welt, aus. In den Ostblockstaaten liegt das Schwergewicht der Schachförderung in den außerschulischen Jugendorganisationen. Die meisten sowjetischen Großmeister haben das Spiel bei den „Jungen Pionieren" gelernt.

Aber was man mit solchem Schachunterricht erreicht, erreichen will, bleibt weitgehend im Dunkel. Die einen sagen – und Untersuchungen scheinen es zu belegen –, daß Schüler mit Schacherfahrung höhere Intelligenzleistungen vollbringen, sich besser konzentrieren, logischer und objektiver an sich und die ihnen gestellten Probleme herangehen. Andere meinen demgegenüber, beim Schach als Schulfach solle nicht die direkte Verwertbarkeit für Lernen und Erfolg, sondern vielmehr das Spielerische gefördert werden. Wieder andere, wie zum Beispiel der sowjet-estnische Psychologe und Schachgroßmeister Nikolai Krogius, warnen vor Fehlentwicklungen, die durch eine frühe und zu heftige Begegnung mit dem Schachspiel entstehen können. Leichte Siege verleiteten gerade begabte junge Menschen zu Überheblichkeit und Blindheit gegenüber den eigenen Schwächen.

All dies soll nun international besser untersucht werden. Da wird viel Widersprüchliches ans Tageslicht kommen. Nahezu alle geistig hochbegabten jungen Menschen kommen von selber – aus eigenem Antrieb oder durch Anregung – schon in relativ frühem Alter mit den weißen und schwarzen Königen in Berührung. Allerdings gibt es nicht wenige Fälle, in denen wirklich große Begabungen für geistige Berufe sich im Schachehrgeiz verplempert haben, oft nicht einmal mit großem Erfolg. Allgemeiner Schachunterricht etwa schon in der Grundschule wäre im Prinzip wohl kein Fehler, sondern von Nutzen für die Intelligenz der großen Mehrheit. Aber er würde entsprechend ausgebildete Lehrer verlangen. Hier ist die Gefahr, daß ein relativ schwach spielender Lehrer sich gegenüber einem begabten Knirps vor der ganzen Klasse blamiert, noch viel größer als in Mathe oder Chemie.

Offen ist auch die Frage, ob obligatorischer Schachunterricht mit Zensuren für manche nicht eher abschreckend wirken würde. Zwar ist die Chance, daß auch Mädchen Schachspielen lernen, dann viel größer, als wenn man von ihnen später den Eintritt in einen Schachklub erwartet. Aber die Tatsache, daß an den deutschen Grundschulen weit mehr als die Hälfte aller Lehrer weiblich ist, läßt in absehbarer Zeit die nötige Qualifikation für einen allgemeinen Schachunterricht nicht erhoffen.

Wahrscheinlich ist es besser, wenn die vorhandenen Lehrer mit der entsprechenden Fähigkeit intensiver und vor allem besser unterstützt als bisher freiwillige Arbeitsgemeinschaften gründen. Auch pädagogisch begabte Schachspieler, etwa aus den Vereinen, könnten hier einspringen. Überhaupt scheint Freiwilligkeit einer der entscheidenden Faktoren zu sein. Daß in Großbritannien, wo es keinen obligatorischen Schulschach-Unterricht gibt, der schachliche Nachwuchs relativ besser ist als irgendwo anders in der Welt, während die Franzosen mit ihrem Schulfach Schach auf diesem Felde nicht durch große Erfolge glänzen, ist wohl kein Zufall.

Und nicht zuletzt dies: Ehe sich in Deutschland die elf Kultusminister auf ein neues Schulfach Schach (und an wessen Stelle?) und entsprechende Richtlinien für die Lehrerbildung einigen, müßte viel passieren. Womöglich gäbe es in CDU- und SPD-Ländern auch unterschiedliche Schachregeln.





# *Wolfgang Vogel – der Mann für Grenzfälle*

**Wann immer heikle innerdeutsche Probleme anstehen, wenn es um Ausreisewillige, Flüchtlinge oder Spione geht, heißt der Unterhändler auf Ostberliner Seite Wolfgang Vogel. Wer ist dieser Mann? Eine Frage, die durch eine neue Nachricht einen ganz aktuellen Bezug bekommen hat.**

Von WERNER KAHL

Sein Abgang von der Prager Bühne *hätte* von einem Shakespeare-Regisseur einstudiert sein können. „Mein Mandat ist abgelaufen", kündigte Wolfgang Vogel im Schlußakt des Flüchtlingsdramas in der deutschen Botschaft an. Am selben Tag konnte der Anwalt seinem Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker den erfolgreichen Abschluß der Mission melden: Alle 160 Pesonen aus Mitteldeutschland, die in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland eine Schleuse für den direkten Weg in den Westen gesehen hatten, *waren nach* zermürbenden Diskussionen zurückgekehrt.

Ob und zu welchen Zeitpunkt eine Ausreise genehmigt wird, bestimmt nun das Regime, das an diesem exemplarischen Fall demonstrieren kann, wer Herr im Haus hinter der Mauer ist. Der Ostberliner Mittelsmann, ein Vertrauter Honeckers genannt, gab sein Wort, daß die Zurückkehrenden nicht bestraft würden und wie andere Leute einen Antrag auf Ausreise stellen könnten.

Der hohe Bekanntheitsgrad des Anwalts und SED-Mitglieds Wolfgang Vogel dürfte nicht nur wegen des Prager Erfolges eine weitere Steigerung erfahren. Im Alltag seiner Praxis Reilerstraße 4 im Ostberliner Vorort Friedrichsfelde stellt Vogel jetzt fest, daß seine Vergangenheit aus dem Krieg ihn auf verblüffende Weise eingeholt hat. Die Behörden haben in den Akten über gefallene und vermißte Soldaten der deutschen Wehrmacht die übereinstimmende Identität eines Wolfgang Vogel, der in Italien auf einem Soldatenfriedhof begraben wurde, mit dem in Ost-Berlin lebenden Juristen festgestellt. Ort und Zeitpunkt des Todes sind in den Kriegsakten nicht vermerkt. Die ovale Erkennungsmarke, *die jeder Soldat* besaß, identifizierte den Toten jedoch für die deutschen Behörden als Wolfgang Vogel, geboren am 30. Oktober 1925 in der schlesischen Gemeinde Wilhelmsthal, Grafschaft Glatz. In Glatz ging dieser Wolfgang Vogel zur Schule. Während des Krieges war seine letzte Einheit vor der Kapitulation das Fliegerregiment 92. Heute ruht er auf dem großen Soldatenfriedhof in der Toskana unweit der Autobahn Bologna–Florenz am Futa-Paß. Die elterliche Adresse nach der Vertreibung aus Schlesien war Jena.

Zum Vergleich die biographischen Daten des „DDR"-Anwalts, die Munzingers internationales Biographisches Archiv 1984 herausgegeben hat: „Wolfgang Vogel, deutscher Jurist, (DDR), Dr. h. c. – Vogel wurde am 30. Oktober 1925 in Wilhelmsthal/Schlesien geboren und stammt aus einem katholischen Elternhaus. Er besuchte die Schule in Glatz, leistete Kriegsdienst und kam nach Verlust der Heimat in die SBZ/DDR. In Jena und Leipzig studierte er Jura und schloß mit glänzenden Examen ab."

Die steile Karriere, die Vogel nach der Gründung der „DDR" in das Ostberliner Justizministerium führte, wo *er Hauptreferent in der Abteilung I* (Strafrecht) wurde, endete abrupt nach dem Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Denn Justizminister Max Fechner (SED) hatte die Todsünde begangen, den „Werktätigen" in der Sowjetzone ein Streikrecht in Aussicht zu stellen. Dafür verschwand *der Funktionär zunächst* im Gewahrsam des Staatssicherheitsdienstes; Vogel durfte hingegen ein Jahr später eine Anwaltspraxis in Ost-Berlin eröffnen und erhielt 1957 auch die Zulassung als Anwalt in West-Berlin. Mit Mandanten aus Westeuropa und aus den USA, deren Interessen er im östlichen Machtbereich vertrat, begann seine neue Karriere. Sie machte ihn international als Austausch-Anwalt wie im Fall des U-2-Piloten Gary Powers, des Sowjetagenten Heinz Felfe und des Spions im Bundeskanzleramt Günter Guillaume zu einem der bekanntesten Anwälte.

Wen birgt aber das Grab am Futa-Paß, wenn der Schlesier Wolfgang Vogel augenscheinlich unversehrt aus dem Krieg heimgekehrt ist? Das soll durch eine Exhumierung geklärt werden.

Für diesen mysteriösen Vorgang, *der vielleicht in den Wirren der Front*auflösung in Italien eine Erklärung findet, dürfte jedoch gerade Wolfgang Vogel Verständnis aufbringen. In seiner 30jährigen Praxis hat er es zur Meisterschaft in puncto Spurenverwischung und Tarnung geheimer Missionen vor der Öffentlichkeit gebracht: als Einfädler und Protokollant von Spionen-Austauschaktionen seit Beginn der sechziger Jahre in Berlin und an der innerdeutschen Grenze, bei den Transporten freigekaufter Häftlinge – seit 1963 rund *25 000 Gefangene – und in vielen* anderen geheimnisumwitterten Missionen.

Die jüngste Prager Vermittlungsrolle nimmt schon deshalb einen besonderen Rang ein, weil sich die Gespräche monatelang im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit abspielten. Für die internationale Presse *war Vogel bis zu den Ausreisever*suchen über die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland „the third man in the cold war swaps" („Washington Post").

Als sich Mitte Januar dieses Jahres der Vorhang über das Drama in der Prager Botschaft senkte, war Vogel noch einmal ins Rampenlicht getreten. Mit Prag sei ein Meilenstein gesetzt worden. „Ich warne mit viel Ernst und Nachdruck vor jedwedem Wiederholungsversuch." Die „DDR" wolle sich nicht mehr unter Druck setzen lassen, erklärte Vogel *in* den westdeutschen Medien. Und niemand in der Bundesrepublik Deutschland zeigte sich verwundert, daß diese Erklärung an die falsche Adresse gerichtet war. Denn die als Drohung aufgefaßten Äußerungen des Anwaltes waren keinesfalls für die Deutschen in der Bundesrepublik *bestimmt, sondern vielmehr* für die zur Ausreise entschlossenen oder mit



**Honeckers Mann für West-Missionen: Wolfgang Vogel**
FOTO: KLAUS MEHNER

einem solchen Gedanken spielenden „DDR"-Bewohner.

Die Mikrofone des Ostberliner Rundfunks wurden Vogel für diesen Appell ebensowenig zur Verfügung gestellt wie der Bildschirm des staatlichen „DDR"-Fernsehens, obwohl dies nur eines Telefonanrufes durch den Staatsratsvorsitzenden bedurft hätte. Aber die SED-Führung weiß offenkundig auch Vogels Meisterschaft im Ritual der Kommunikation zwischen Ost und West zu schätzen. Dazu gehört, Drohungen des Ostberliner *Staatsapparates den* Bewohnern im eigenen Machtbereich, die bis ins letzte Dorf Radio und weitgehend auch Fernsehen aus dem Westen empfangen, via westliche Medien zu übermitteln.

Mit strikter Diskretion nimmt dagegen Vogel seinen Auftrag als Bevollmächtigter für „humanitäre Aktionen" wahr. So findet auch das Feilschen zwischen Bonn und Ost-Berlin über Freikäufe von Häftlingen aus „DDR"-Gefängnissen unter strenger Geheimhaltung statt. Das gilt auch *für die in der Regel jährlich stattfin*dende Pokerrunde um Agenten-Austausch.

Um einen verschwiegenen Ort für diesen Austausch zu finden, fuhren Vogel und sein damaliger westlicher Kollege in den sechziger Jahren alle Übergänge an der innerdeutschen Demarkationslinie ab. Die Wahl fiel *auf den hessisch-thüringischen* Grenzkontrollpunkt Herleshausen-Wartha. Im westlichen Dorf Herleshausen wurde das Anglerheim „Petri Heil" an der Werra die letzte Station des Agenten, bevor er die letzten Meter bis zur Grenze zurücklegte.

Über Austausch-Usancen, die an Polit-Thriller erinnern, stolperten drei langjährige Gesprächs- und Verhandlungspartner Vogels: der ehemalige Minister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke (SPD), dessen früherer Ministerialdirektor Edgar Hirt und der Berliner Anwalt Jürgen Stange. In dem vor dem Bonner Landgericht anstehenden Verfahren geht es um den ungeklärten Verbleib von fünfeinhalb Millionen Mark, die aus Sondermitteln des Bundeshaushaltes für „humanitäre Aktionen" bestimmt waren.

In der Filmsprache würde man das Privatleben des in zweiter Ehe verheirateten 59jährigen Rechtsanwaltes und Notars in seinem Reihenhaus eine Love-Story mit Happy-End nennen. Zu der Verbindung war es gekommen, als Vogel einen Essener Schwimmtrainer vertrat. Während der Sportlehrer wegen eines Briefes, den er auf Bitten eines Bekannten bei einem Besuch im Ost-Sektor in den Briefkasten werfen sollte, monate*lang in Untersuchungshaft verhört* wurde, bat dessen Braut Vogel, etwas für die Freilassung zu unternehmen. Dabei kam man sich näher. Nach der Haftentlassung des Trainers heiratete die junge Frau nicht ihren Schwimmlehrer, sondern dessen Anwalt.

Im innerdeutschen Bereich muß sich Mercedes-Fahrer Vogel in diesem *Frühjahr selbst gegen den Vor*wurf verteidigen, er habe an einer „Kindesentziehung" durch den SED-Staat mitgewirkt. Einem in der „DDR" aus politischen Gründen verhafteten Ehepaar war im Verhör ein Schreiben des Anwaltes vorgelegt worden, durch den es sich vor die Wahl gestellt sah, auf das Erziehungsrecht der Tochter zu verzichten, andernfalls es für weitere noch nicht verbüßte sieben Jahre ins Gefängnis zurückgeschickt würde.

In diesem Fall, der an die Rückkehr zur Zwangsadoption in den siebziger Jahren erinnert, müßte Vogel eigentlich auf seiten der Eltern gegen den Anspruch des kommunistischen *Staates auf „sozialistische Erzie*hung" auftreten. Darin sieht die Führung in Ost-Berlin nach allen Erfahrungen jedoch keineswegs die Rolle ihres Genossen auf dem innerdeutschen Parkett.



**Herleshausen, Februar 1969: Der ausgetauschte Sowjetagent Heinz Felfe steigt in den Wagen des Ost-Berliner Anwalts Vogel** FOTO: KARL-HEINZ MIETZ

# Unternehmen Katalysator belebt den Arbeitsmarkt

**Ob Katalysator oder Abgasrückführung – der Umweltschutz in Sachen Auto bringt Bewegung in den Arbeitsmarkt, besonders in Baden-Württemberg. Die Zulieferer sehen ihre Chance, obwohl viele potentielle Autokäufer noch ein wenig verwirrt auf klare Entscheidungshilfen warten.**

Von WERNER NEITZEL

Der Stuttgarter Bosch-Konzern, ein Riese unter den Zulieferfirmen und der Branchenführer speziell auch auf dem Gebiet elektronisch gesteuerter Komponenten für das Automobil, wartete mit der spektakulären Nachricht auf, seit Anfang 1984 mehr als 4000 Mitarbeiter ausschließlich für die Herstellung von Kraftstoff-Einspritzausrüstungen eingestellt zu haben. Zwar wird der Abgaskatalysator selbst von Bosch nicht *geliefert, wohl aber die anderen für* die Ausrüstung wichtigen Teile, nämlich die Komponenten einer Lambdasonden-geregelten elektronischen Benzin-Einspritzung. Diese wurde schon vor Jahren in Abstimmung mit den Fahrzeugbauern entwickelt.

Geradezu sprunghaft gestiegen ist nach Darstellung der Bosch-Gruppe, die auf diesem Spezialgebiet eine absolut dominierende Rolle spielte, in den letzten Jahren die Nachfrage nach Einspritzausrüstungen sowohl für *„Benziner"* als auch für umweltfreundliche Dieselmotoren. Im vergangenen Jahr war etwa jeder dritte in der Bundesrepublik produzierte Personenkraftwagen mit einer Benzin-Einspritzanlage ausgerüstet. Bosch nennt imposante Zahlen: Innerhalb von drei Jahren würde die Produktion von Benzin-Einspritzanlagen bei Bosch, die sich 1984 auf 2,2 Millionen Anlagen belief, mehr als verdoppelt.

Die Absicht, im laufenden Jahr die Produktion um eine weitere Million zu steigern, kennzeichnet das wachsende Nachfragetempo in diesem speziellen Bereich. Weltweit sind bis Ende 1984 von Bosch 13 Millionen Benzin-Einspritzanlagen ausgeliefert worden. Das Unternehmen wird auf diesem wichtigen Arbeitsgebiet allein im Jahre 1985 etwa 400 Millionen Mark in den mit diesen Produkten *befaßten Bosch-Werken* im In- und Ausland investieren. So entsteht hierfür auch in Salzgitter ein neues Werk mit Arbeitsplätzen für zunächst 880 Mitarbeiter.

Die auf dem Gebiet der Herstellung von Auspuffanlagen zu den führenden Unternehmen zählende Esslinger Firma Eberspächer hat, um ansteigenden Aufträgen aus der Autoindustrie für katalytische Abgasanlagen Rechnung tragen zu können, weitere 90 Beschäftigte allein im Stammhaus (daneben besteht ein Werk in Neunkirchen) eingestellt. Es handelt sich vor allem um Fachkräfte für Schweißarbeiten. Dabei stößt man bereits an die Grenzen des Angebots an *qualifizierten Arbeitskräften* in der engeren Region. Diese gehört nämlich traditionell zu den Bezirken mit der niedrigsten Arbeitslosenquote im Bundesgebiet.

„Was die nächste Zukunft angeht, stochern wir im dichten Nebel herum", meint man freilich auch bei Eberspächer im Hinblick auf die allzulang schon ausstehenden staatlichen Regelungen in Sachen Abgasentgiftung und die daraus entstehende allgemeine Verunsicherung. Hatte *die Firma Eberspächer im Jahre 1984* rund 200 000 mit Abgaskatalysator (hauptsächlich für den Export) versehene Auspuffanlagen produziert, so belaufen sich die angekündigten Aufträge derzeit auf etwa 400 000 Stück, eine Zahl, die sich durchaus auch noch erhöhen kann. Während Eberspächer (ein weiterer größerer Hersteller ist die Augsburger Firma Zeuna-Stärker) für die Blechummantelung des Katalysators sorgt, wird dieser selbst als Keramik-Rohling vor allem vom amerikanischen Konzern Corning Glass hergestellt.

Dessen deutsche Tochter, die in Wiesbaden ansässig ist, will in Kaiserslautern ein Werk errichten, das Mitte 1986 fertiggestellt sein soll und rund 100 Mitarbeiter beschäftigen wird. Die Beschichtung jener Keramikkörper mit dem Edelmetall Platin, das bei der Schadstoff-Reduzierung die katalytische Wirkung erzeugt, ist ein Arbeitsgebiet, das beispielsweise von Degussa wahrgenommen wird. Auch bei diesem Unternehmen bereitet man sich durch den Ausbau des Werkes Rheinfelden auf steigende Stückzahlen vor. Die Jahresproduktion, die derzeit noch unter einer Million Stück liegt, soll dort auf drei Millionen Stück erweitert werden. Dadurch werden bis Anfang 1986 75 bis 100 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Im Mai oder Juni dieses Jahres wird die Pforzheimer Firma Doduco (etwas später als ursprünglich geplant) ihr Abgasrückführungssystem auf den Markt bringen, das es auch bei der Verwendung bleihaltigen Benzins ermöglicht, Gebrauchtwagen zu einer Stickoxyd-Reduzierung um 50 bis 60 Prozent zu bringen.

Auch hier wird es zusätzliche Arbeitsplätze geben, deren Anzahl man vorläufig noch nicht präzisieren mag. Bei den Einstellungen werde man *schon deshalb vorsichtig vorgehen,* weil dieses Produkt nur ein zeitlich befristetes Geschäft verspricht, das – je nachdem, wie der staatliche Bonus greift – spätestens Ende der 80er Jahre ausläuft.

# Als die Verschleppung begann

Von CARL G. STRÖHM

Im Januar 1945 – vor vierzig Jah*ren – fand die erste große* Verschleppung einer deutschen Bevölkerung statt. Die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die durch den Frontwechsel Rumäniens am 23. August 1944 und durch das Vordringen der Roten Armee unter sowjetische Herrschaft geraten waren, wurden von der schwersten Katastrophe ihrer Geschichte heimgesucht. Sie wurden in die Sowjetunion verschleppt.

Die Sowjets forderten von der rumänischen Regierung, ihnen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung zu „Reparationszwecken" zur Verfügung zu stellen. Obwohl die Rumänien-Deutschen rumänische Staatsbürger und seit vielen hundert Jahren im Lande ansässig waren, war die damalige Bukarester Regierung weder willens noch in der Lage, ihre deutschsprechenden Bürger vor dem Zugriff des sowjetischen Siegers zu schützen.

Rumänisch-sowjetische Aushebungskommandos durchkämmten *die von Deutschen bewohnten Städte* und Dörfer Siebenbürgens und des Banats, nachdem die Ortschaften von der Polizei umzingelt worden waren. Alle Männer zwischen 17 und 45 sowie alle Frauen zwischen 18 und 30 Jahren wurden auf Grund vorbereiteter Listen aus ihren Häusern geholt, in Viehwaggons gepfercht und in die *Sowjetunion deportiert.* Auf Familienzusammengehörigkeit wurde keinerlei Rücksicht genommen. Frauen wurden von ihren Männern getrennt, Kleinkinder blieben unversorgt zurück, während die Mütter weggeschleppt wurden. Nur Frauen, die schwanger waren oder Kinder unter einem Jahr hatten, waren ausgenommen.

Die meisten Siebenbürger und Banater kamen zu schwerster körperlicher Arbeit in sowjetische Bergwerke des Donez-Gebietes oder in den Ural. Besonders in den ersten Jahren ihrer Deportation waren die Lebensbedingungen so hart, daß fast jeder fünfte *Verschleppte in der Sowjetunion an*

## *WIE WAR DAS?*

Hunger und Entbehrungen starb. Viele der Heimkehrenden, besonders die Frauen, trugen bleibende gesundheitliche Schäden davon. Etwa 75 000 Rumänien-Deutsche wurden auf diese Weise verschleppt. Damit waren die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die bereits durch den Kriegsdienst zahlreicher junger Männer *in der deutschen Wehrmacht oder* der Waffen-SS geschwächt waren, nun praktisch ihrer aktiven und arbeitsfähigen Bevölkerung weitgehend beraubt. Nur wenigen gelang es, sich zu verstecken oder Unterschlupf bei rumänischen Freunden zu finden. Die zurückbleibende deutsche Bevölkerung wurde unter der Beschuldigung, mit Hitler „kollaboriert" zu haben, rücksichtslos enteignet. Die deutschen Bauern verloren 98 Prozent ihres Grundes. Auch die Höfe und Wohnungen mitsamt lebendem und totem Inventar wurden konfisziert. Deutsche Geschäfte, Handwerksbetriebe, Fabriken – also das Rückgrat und Fundament der einstmals blühenden und wohlhabenden Städte – verfielen der Nationalisierung. Die bürgerlich-bäuerliche deutsche Bevölkerung Siebenbürgens wurde über Nacht proletarisiert. Wer irgendwie überleben wollte, mußte als Tagelöhner oder Fabrikarbeiter notdürftig seinen Lebensunterhalt verdienen. Der innere Zusam*menhalt der Rumänien-Deutschen* erhielt damals einen Schlag, von dem sich diese Volksgruppe nie mehr ganz erholen konnte.

Zwar blieb den Deutschen in Rumänien das Schicksal der totalen Vertreibung und der Ausrottung erspart. Aber nach dem Januar 1945 war Siebenbürgen, wo seit dem 12. Jahrhundert eine deutsche Bevölkerung lebte, niemals wieder das, was es vorher gewesen war. Gleiches gilt für das rumänische Banat, dessen deutsche Bauern im 18. Jahrhundert unter Kaiserin Maria-Theresia in das von den Türken-Kriegen verwüstete Land gerufen worden waren. Wer heute durch die Dörfer und Städte Siebenbürgens fährt, muß sich die Frage stellen, wie lange es hier überhaupt noch eine deutsche Bevölkerung geben wird.

Die deportierten und drangsalierten Siebenbürger waren die ersten Deutschen, welche die Folgen der Niederlage mit aller Härte zu spüren bekamen. Von Ostpreußen bis ins Sudetenland, von der Oder bis zur Donau folgten Vertreibung, Verschleppungen, Erschießungen, Vergewaltigungen und der Tod für Hunderttausende von Menschen.

**Geld muß arbeiten – für gute Erträge!**

**Nominalzins 6,75 %**
**Ausgabekurs 98,80 %**
**Rendite 7,04 %**
**Laufzeit 5 Jahre**
heutiger Stand

1 DEUTSCHE MARK 1983

Mit **Bundesobligationen** erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,– DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (069) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr" unter Tel. (069) 597 01 41 angesagt.




Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name

Straße

PLZ/Ort

# Rau: Kein Vorrang für die Kernenergie

DW. Düsseldorf

Auch nach dem Smog-Alarm im Ruhrgebiet vom 17. bis 20. Januar wird es in der von der SPD geführten nordrhein-westfälischen Landesregierung keine neuen Überlegungen über einen verstärkten Einsatz von Kernenergie geben. Dies unterstrich Ministerpräsident Johannes Rau gestern in einer Regierungserklärung vor dem Landtag in Düsseldorf. Rau: „Wir werden keinen Ratschlägen, die uns Kernenergie zu Lasten der Kohle empfehlen, folgen können. Ich bin nicht bereit, mir eine neue Kernkraft-Debatte aufschwatzen zu lassen." Der Regierungschef äußerte zugleich die Überzeugung, daß die Landesregierung mit der Auslösung des Smog-Alarms richtig gehandelt habe: „Der vorbeugende Schutz der Menschen ist wichtiger als ungestörter Autoverkehr und wirtschaftliche Interessen." Im Landtag zeichnete sich ab, daß zwischen Rau und Oppositionsführer Bernhard Worms (CDU) Übereinstimmung darin besteht, daß die Grenzwerte für die Auslösung von Smog-Alarm bundesweit einheitlich sein müßten. Allerdings warnte Worms: Die Verordnung sei in Nordrhein-Westfalen „mit der heißen Nadel genäht und sehr schnell eingeführt worden". Außerdem sei Rau zu spät „mutwillig verursachter Hysterie" entgegengetreten.

# Gegen Gesetz für Sprecherausschüsse

AP, Düsseldorf

Für die in den Bonner Koalitionsfraktionen diskutierten Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten in den Betrieben besteht nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, „kein akuter Handlungsbedarf". Er bezweifle, daß gegenwärtig eine gesetzliche Regelung notwendig sei, sagte Langmann in einem Interview der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit". Die Ausschüsse funktionierten auf freiwilliger Basis auch jetzt schon. Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung hatte auch die DGB-Führung in dem jüngsten Meinungsaustausch mit Bundeskanzler Kohl geäußert und war dabei auf Verständnis gestoßen.

# Pieroth will in Berlin bleiben

hrk. Berlin/Mainz

Der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) hat gestern Spekulationen des rheinland-pfälzischen SPD-Fraktionschefs Hugo Brandt zurückgewiesen, er strebe die Nachfolge von Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink in Mainz an. Pieroth zur WELT: „Völliger Quatsch." Der Senator fügte hinzu, er wolle „noch viele Jahre in Berlin bleiben, denn mir macht die Sache hier viel zu sehr Spaß". Brandt hatte vor dem Hintergrund der Rücktrittsabsichten von Holkenbrink, der sein Amt in diesem Jahr niederlegen will, ein Ende des nach seinen Worten „peinlichen Verwirrspiels" in der Landesregierung gefordert. Es gebe Hinweise, sagte Brandt, daß Pieroth als Nachfolger vorgesehen sei. Abwanderungsabsichten von Pieroth werden in Berlin als absurd bezeichnet. Der Wirtschaftssenator ist nach dem Weggang Richard von Weizsäckers zu einem der wichtigsten Politiker im Berliner CDU/FDP-Senat avanciert.

# Neuer Reisepaß soll im Juni kommen

dpa, Bonn

Das Bundeskabinett will in Kürze die Voraussetzungen dafür schaffen, daß von Juni an neugestaltete Reisepässe ausgegeben werden. Zugleich soll bis 1987 in der Bundesrepublik Deutschland ein Europa-Paß mit einem maschinenlesbaren und fälschungssicheren Einlegeblatt eingeführt sein. Dies bestätigte gestern der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Hans-Günter Kowalski.

# Drei Jahre Haft für früheren Scharführer

DW. Bochum

Wegen Beihilfe zum Mord hat das Bochumer Landgericht gestern den 68 Jahre alten Rentner Helmut Georg Krizons aus Recklinghausen zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Mit diesem Richterspruch endete der bisher längste NS-Prozeß gegen einen einzelnen Angeklagten: Er hatte sich in fünfeinhalb Jahren über 310 Verhandlungstage hingezogen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sich der Angeklagte als früherer Angehöriger des „Judenreferats" bei der Gestapo-Stelle im Konzentrationslager Lodz der Beihilfe des Mordes an mindestens 15 000 Menschen schuldig gemacht habe. Er sei an mehreren „Aussiedlungsaktionen" beteiligt gewesen, bei denen vor allem Kinder, Kranke sowie arbeitsunfähige Frauen zum Vernichtungslager Culm gebracht und dort vergast wurden. Die Staatsanwaltschaft hatte achteinhalb Jahre Haft, die Verteidigung Freispruch beantragt.

# Bonner Schützenhilfe für die SPD in Hessen

**Uran-Anreicherung soll auf 20 Prozent begrenzt werden**

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bonner Oppositionsführer und stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel will offenbar den hessischen Genossen bei ihrem Ringen um eine Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses Schützenhilfe leisten – und sei es nur durch ein Signal: Seine Fraktion bereitet einen Entschließungsantrag vor, der die Begrenzung der Uran-Anreicherung für *die Zukunft auf 20 Prozent fordert.* Genau dieser Anreicherungsgrad ist der entscheidende Streitpunkt zwischen hessischen Sozialdemokraten und Grünen, der an der Genehmigung für die Nuklearbetriebe NUKEM und ALKEM aufbrach und das Bündnis erst einmal platzen ließ.

Offiziell allerdings begründete Vogel vor Bonner Journalisten seinen Vorstoß mit dem Hinweis auf die bevorstehende dritte Überprüfungskonferenz der Signatarstaaten des Atomwaffen-Sperrvertrags. Die Herabsetzung des Grades an Uran-Anreicherung würde dazu führen, so Vogel, daß das für ausländische Kernkraftwerke bestimmte radioaktive Material nicht mehr mißbräuchlich für die Produktion von Atomwaffen genutzt werden könnte. Eine solche Beschränkung sei auch ein „Signal" für die in Genf wiederaufgenommenen Gespräche.

Ebenfalls auf den Hauptstreitpunkt, die Frage von Kernkraftwerken, bezieht sich ein parallel, ebenfalls von Vogel mitinitiiertes Hilfsunternehmen für die hessischen zerstrittenen Partner: Der ehemalige Atommanager Klaus Traube und der gemeinsam mit Vogel nach Berlin gewechselte ehemalige Energie-Spezialist der Bundestagsfraktion, Reinhard Überhorst, sollen in eine rot-grüne Kommission entsandt werden, die sich mit den Möglichkeiten eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernkraft in Hessen beschäftigen soll. Dabei muß Überhorst noch auf einer weiteren „Hochzeit tanzen", denn der saarländische Spitzenkandidat Oskar Lafontaine, der ein eigenes grünes Kontrastprogramm ohne Grüne Partei versucht, hat Überhorst zum Kanidaten für ein abgemagertes Wirtschaftsministerium in Saarbrükken bestimmt.

Mit diesen das eigentliche Ziel eher verschleiernden Aktivitäten wird die von Vogel aufgestellte Forderung jedenfalls noch nicht erfüllt, die vielen „Einzelaktivitäten" der Bundestagsfraktion in Zukunft deutlicher „Schwerpunkten" zuzuordnen. Denn zur Kritik an der Bonner Oppositionsarbeit – unter anderem durch Parteichef Brandt – gehört vor allem der Vorwurf des „Sich-Verzettelns". Zu den beherrschenden Abgrenzungsthemen, für die die SPD ihre Kompetenz in den Augen der Bürger erarbeiten und nachweisen müsse, gehört nach Vogels Vorstellungen vordringlich die Umweltpolitik.

Damit hessische Zustände in anderen Bundesländern möglichst nicht auf die SPD zukommen können, sollen in der Umweltpolitik ebenfalls die vielen Einzelaktivitäten zu einem „aus sich verständlichen Konzept" zusammengefaßt und zu „plakativer Darstellung genutzt" werden. Originalton Vogel an die Fraktion: „Gleichzeitig werden wir deutlich machen, daß die Union zur ökologischen Kontrolle wirtschaftlicher und technischer Macht, die Grünen hingegen zu einer kontinuierlichen und bruchfreien Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen in Richtung auf eine zunehmende Umweltverträglichkeit außer Stande sind."

Das zweite Schwerpunkt-Bein befaßt sich eher mit Vergangenheitsbewältigung: Das Geißler-Wort von der „Renten-Lüge" der alten sozialliberalen Koalition sowie die von den Wählern in Umfragen immer noch fast nicht gesehene Kompetenz der SPD beim Schuldenabbau sitzen Vogel tief in den Knochen. Vor der Fraktion hat er deshalb angekündigt, daß man eine „neue, auf Dauer tragfähige Bemessungsgrundlage der Arbeitgeberbeiträge zur Finanzierung des Sozialsystems" erarbeiten wolle. Wohin die Reise dabei gehen soll, hat er jedoch eher versteckt: In Richtung auf eine „Wertschöpfungsabgabe", die die bisherige Bemessungsgrundlage Lohn ersetzen soll. Und für alles, so Vogel, werde die Fraktion „die Finanzierbarkeit schlüssig nachweisen".

# SPD und AL: Senator Vetter soll zurücktreten

F. D. Berlin

Die umstrittene Berliner Batteriefirma „Sonnenschein", im Besitz der Familie von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, wird zum Berliner Wahlkampfthema. SPD und Alternative Liste wollen auf der heutigen Abgeordnetenhaussitzung, der letzten vor den Wahlen am 10. März, einen Mißtrauensantrag gegen den Berliner Umweltsenator Horst Vetter (FDP) stellen. Dem FDP-Politiker wird vorgeworfen, nicht frühzeitig genug gegen die Umweltverschmutzungen der Fabrik vorgegangen zu sein.

Der Berliner Senatssprecher Winfried Fest bezeichnete diese Vorwürfe als „ politische Umweltverschmutzung". Fest griff damit die Worte auf, die zuvor schon der Bundespostminister im Zusammenhang mit den Attacken gegen „Sonnenschein" benutzt hatte. Der Senatssprecher erinnerte daran, daß erst Umweltsenator Vetter die von der Firma Sonnenschein ausgehenden Umweltbelastungen unter Kontrolle gebracht habe, nachdem der frühere SPD-Senat die notwendigen Maßnahmen „verniedlicht hat".

Vetter hatte am Montag die Stillegung von zwei Luftfiltern angeordnet und die Firma zur Installierung einer ordnungsgemäßen Absauganlage aufgefordert. Gestern begann zusätzlich bei Anwohnern der Firma eine freiwillige Blutuntersuchung, bei der festgestellt werden soll, ob Schwermetall im Blut enthalten ist.

# SPD hält Koalitionsfrage in Hessen offen

Nea. Wiesbaden

Die hessische SPD sieht weiterhin sowohl die CDU als auch die Grünen als mögliche Partner einer längerfristigen Regierungskoalition. Dies machte Finanzminister Hans Krollmann bei der Einbringung eines Teilhaushalts für das Jahr 1985 im Hessischen Landtag deutlich. Nur die FDP scheide als Partner aus, da sie in den bisherigen Gesprächen „bedingungslose Forderungen" gestellt habe.

Den fast vier Milliarden Mark umfassenden Teiletat, der vor allem Mittel für die Kommunen enthalten soll, begründete Krollmann mit der Feststellung, eine Mehrheit für den geplanten Gesamthaushalt sei „nicht in greifbare Nähe gerückt". Weitere Gespräche mit CDU und Grünen seien vor der Kommunalwahl am 10. März nicht möglich.

CDU-Generalsekretär Manfred Kanther übte scharfe Kritik an der Regierung, die nun schon das dritte Jahr ohne fristgerechten Haushalt regieren wolle. Obwohl diese Politik „miserable Grundbedingungen" für die hessische Wirtschaft schaffe, werde die Union verfassungsrechtliche Bedenken zurückstellen, um die Mittel für die Kommunen nicht zu blokkieren. Die für heute geplante Verabschiedung des Teiletats hängt davon ab, wie weit Änderungsanträge der FDP und der Grünen Berücksichtigung finden. Die CDU will den Etat nur dann durch Stimmenthaltung passieren lassen, wenn er „politisch neutral" bleibt.

# Anzeichen für ein Zusammenspiel von RAF und Action directe

**BKA-Vizepräsident Boeden spricht von logistischen und personellen Verbindungen**

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundeskriminalamt (BKA) geht von einem Zusammenspiel zwischen der RAF und der linksextremistischen französischen Terrororganisation „Action directe" aus, die einen Mordanschlag gegen den General im Pariser Verteidigungsministerium, René Audran, unternommen hat. Der Vizepräsident des BKA in Wiesbaden, Gerhard Boeden, sagte gestern in einem WELT-Gespräch: „Das Bundeskriminalamt geht ersten Anzeichen nach, die auf eine personelle und logistische Verbindung zwischen der deutschen RAF und der französischen Terrorgruppe Action directe hindeuten. Ansatzpunkt für uns ist nicht zuletzt der beim versuchten Sprengstoffanschlag der RAF in Oberammergau am 18. Dezember 1984 verwendete Sprengstoff. Beschaffungsgleiches Material ist auch bei Aktionen der Action directe in Frankreich verwendet worden. Dazu kommt noch eine offensichtlich gemeinsam von RAF und Action directe im Januar 1985 herausgegebene politisch-ideologische Erklärung, die auch ein Indiz für eine taktische Gemeinsamkeit der beiden Organisationen sein kann."

**WELT:** Welche Schlußfolgerungen müssen aus Ihrer Sicht aus diesen Verbindungen gezogen werden?

**Boeden:** Würde die Gemeinsamkeit der beiden Gruppen tatsächlich zutreffen, würde dies eine Ausweitung der personellen und logistischen Kapazitäten auch für die jetzt laufenden Aktionen der RAF und ihrer Anhänger-Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland sein. Es wäre dann auch nicht auszuschließen, daß flankierende Aktionen in Arbeitsteilung im Ausland durchgeführt werden, die die Forderungen der RAF unterstützen könnten.

Die augenblickliche Serie von Anschlägen, vor allem gegen militärische Einrichtungen, muß nach Einschätzung von Boeden als Teil einer Gesamtstrategie der RAF-Terroristen gesehen werden. Boeden: „Zahlreiche Brand- und Sprengstoffanschläge, die augenblicklich in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden, sind Teil einer von der RAF im Rahmen einer „antiimperialistischen Front" initiierten Gesamt-Aktionsfolge. Zahlreiche Demonstrationen wollen die angeblich humanitären Anliegen der hungerstreikenden RAF-Mitglieder unterstützen. Hier wird allerdings verkannt, daß es den Hungerstreikenden im Grunde nicht um die Erfüllung der behaupteten Forderungen geht."

In Wirklichkeit werde, so sagte Boeden, eine andere Zielsetzung damit verfolgt. „Die Hungerstreikenden geben in ihren jeweiligen Erklärungen humanitäre Ziele an. In Wirklichkeit ist jedoch der derzeit laufende Hungerstreik eine Kampfform auf der Ebene der Häftlinge, die damit einen Solidarbeitrag für die derzeit ‚draußen' durchgeführten Anschläge – im Rahmen des Gesamtkonzeptes der RAF - leisten wollen."

Auf die Frage der WELT, ob es Anzeichen dafür gebe, daß es wieder Kommunikationsverbindungen zwischen Inhaftierten und dem terroristischen Umfeld draußen gebe, antwortete der BKA-Vizepräsident zurückhaltend. Boeden: „Eine Koordinierung zwischen den Hungerstreikaktionen innerhalb der Haftanstalten und den Aktivitäten der RAF und ihrer regionalen militanten Anhänger ist anzunehmen." Auf die Frage, ob er in diesem Zusammenhang Rechtsanwälte im Verdacht habe, antwortete Boeden so: „Diese Frage kann aus polizeilicher Sicht nicht beantwortet werden. Die Häftlinge befinden sich in Gewahrsam der Justiz."

# Gesucht: Der sanfte Steuertarif

**Reform-Vorstellungen Häfeles für die 90er Jahre / Internationaler Rückenwind**

PETER GILLIES, Bonn

Über eine Steuerreform mit kräftigen Senkungen der Steuersätze, dafür aber radikaler Streichung aller *Vergünstigungen denken Experten* der Bonner Koalition derzeit nach. Sie würde das Steuerrecht in den 90er Jahren grundlegend vereinfachen und sozial gerechter sein. Allerdings würde dieses Vorhaben ein Mehrfaches der 20 Milliarden kosten, die als Entlastung für die Jahre 1986 und 1988 beschlossen worden sind.

Die „Vordenker" und Finanzexperten aus FDP und CDU/CSU nähern *sich dem Thema nur sehr vorsichtig,* weil es politisch sensibel ist, Emotionen weckt und weil sich aus ihm in der Tagespolitik manche Funken schlagen lassen. Zu denen, die sich aus der Deckung wagen, ihr Konzept aber als „private Überlegung" bezeichnen, gehört Hansjörg Häfele (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanzminister. „Runter mit den Steuersätzen, aber dafür Streichung der zahlreichen Vergünstigungen", kennzeichnete er die Marschroute für die Zeit nach 1987.

Um die finanziellen Spielräume dafür zu gewinnen, ist ein sanierter Staatshaushalt nötig, der noch nicht erreicht sei, meint Häfele. Der CDU-Politiker stört sich daran, daß das Steuerrecht heute von Gruppeninteressen beherrscht sei, die für sich Privilegien erwirkten. Das kompliziere *das Steuerrecht und mache es ungerecht.* Gutverdienende könnten sich mit Hilfe (legaler) Ausnahmen der Besteuerung entziehen.

„Lieber niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen als hohe Steuersätze und viele Ausnahmen", lautet eine Vorgabe der anvisierten Reform. Gerade wer die sozial Schwachen fördern wolle, müsse diesen Weg gehen. Die zweistufige Entlastung 1986 und 1988 sei nur ein erster Schritt, die Steuern vor allem für jene zu senken, die etwas mehr verdienen, dann aber von der Progression erfaßt werden. Ziel ist ein linearer, sanft steigender Steuertarif, der motiviert und nicht – wie heute – die Schwarzarbeit fördert.

Ein Kernpunkt dabei ist der Spitzensteuersatz in der Lohn- und Einkommensteuer von derzeit 56 Prozent. „Es verstößt gegen die Natur des Menschen", meint Häfele, „wenn der Staat vom Leistungseinkommen mehr als 49 Prozent wegsteuert." In der Koalition wird offenbar sogar erwogen, den Spitzensteuersatz von 56 auf 40 Prozent oder weniger zu senken.

Familienpolitische Vorgabe ist, ein Ehepaar mit 3000 Mark monatlich und drei Kindern steuerlich nicht ebenso zu behandeln wie ein kinderloses Paar mit gleichem Einkommen. Für die Senkung der Unternehmenssteuern (Gesamtbelastung nicht selten 70 Prozent) und ihrer Eigenkapitalstärkung spüren die Reformer internationalen Rückenwind: In den USA, Großbritannien, Japan und Schweden werden Steuern gesenkt. Freilich dürften bei einer Verwirklichung der Reformpläne Wünsche der deutschen Wirtschaft nach Sonderabschreibungen, Investitionsrücklagen und anderen Vorteilen in Bonn auf taube Ohren stoßen.

Um die den Finanzämtern weitgehend verschwiegenen Zins- und Kapitaleinkünfte einzufangen, soll der Sparerfreibetrag verzehnfacht, dafür die Hinterziehungen schärfer verfolgt werden. Das Übel stetig steigender Steuern und zahlloser Vergünstigungen müsse endlich an der Wurzel gepackt werden, meint Häfele, „denn das geltende Steuerrecht ist in der Gefahr, statt zu mehr Gerechtigkeit zu Ungerechtigkeit, Zunahme von Schwarzarbeit und Bürokratie, Nachlassen von Leistungsbereitschaft und Wagemut zu führen."

# Parteilose basteln am Konzept mit

**Landesvorsitzender Echternach erläutert die CDU-Perspektiven „Hamburg 1990"**

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die hanseatische CDU setzt auf die Zukunft. Sie will nach den Worten ihres Landesvorsitzenden Jürgen Echternach „der pessimistischen Grundhaltung bei großen Teilen der jungen Generation eine Absage erteilen". Und das, obwohl für sie 1985 kein Wahljahr ist. Hinter dieser Zielsetzung steht mehr als ein Bündel von Wahl-Versprechungen: Die Union will mit ihrem Programm „Hamburg 1990" festmachen, was vor dem Hintergrund der Herausforderungen der nächsten sechs bis zehn Jahre zu geschehen hat, um Hamburg als lebenswerte und leistungsstarke Metropole zu erhalten.

Das Neuartige an dieser Konzeption ist die breite Mitarbeit von Bürgern, *die nicht parteigebunden sind.* Wenn die seit 28 Jahren in der Opposition befindliche CDU der Hansestadt „über den Tellerrand der nächsten Wahl" (Echternach) gucken will, dann gehört auch der Blick über den Rand der Mitglieder-Karteikästen dazu. Bürger, Verbände – von Sportbünden bis zum ADAC – und Kammern konnten ein Jahr lang ihre Anregungen einbringen.

Aus den unterschiedlichen Vorschlägen hat eine Kommission, die von Echternach geleitet wurde, einen Katalog gefiltert, der vom nächsten Monat an Diskussionsgrundlage für die Parteigliederungen – die Union zählt in Hamburg mehr als 14 000 Mitglieder –, aber auch für die fachkundige Öffentlichkeit bilden soll. Der 47jährige Parteichef, der seit elf Jahren an der Spitze der Christdemokraten steht, kündigte eine Reihe von Anhörungen an, zu denen jedermann willkommen ist, bei denen aber auch speziell geladene Experten Stellung nehmen sollen.

*Die Dimensionen* dieses *Langzeit-*Programmes reichen von den Themen Bauen und Wohnen in einem Ballungszentrum bis zur Ausländerpolitik, vom Freizeitangebot bis zum Problem Innere Sicherheit, von der Verflechtung Hamburgs im überregionalen Rahmen Norddeutschlands bis zum Stellenwert des Stadtstaates innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und seinen Verbindungen nach Übersee.

Pilotprojekt ist die CDU-Perspektive „Hamburg 1990" nicht nur von Thema und Timing, sondern auch von der Teilnahme her: Echternachs Kommission hat sich die Erfahrungen von Unionspolitikern aus der ganzen Bundesrepublik nutzbar gemacht. Die Oberbürgermeister Rommel und Wallmann, Bundeswohnungsbauminister Schneider, Bildungsministerin Wilms, Forschungsminister Riesenhuber und die Kultusminister der Union in den Ländern nahmen Stellung.

Bei *einem Parteitag im Herbst will* die Hamburger CDU das bis dahin diskutierte und ergänzte Programmpapier formell verabschieden und als Grundposition mit in ihren Wahlkampf für das zweite Halbjahr 1986 nehmen.

# *„Doppelt soviel Koffer aus der gleichen Menge Material"*

Von DIETER DOSE

Erst Kälte, Schnee und Eis – nun Tauwetter und Matsch. Das Thema Wetter und die im Kampf gegen die Witterungsunbilden erzielten Erfolge sind ein Schwerpunktthema der „DDR"-Presse dieser Tage. 19 000 zusätzliche Arbeitskräfte – Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVA), der Volkspolizei und Studenten – wurden „mobilisiert", um die Kohleversorgung zu sichern und das Transportwesen aufrechtzuerhalten.

„Für uns NVA-Angehörige ist es Ehrensache, unser Bestes bei diesem Einsatz zu geben", wird im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" Soldat Uli Storch zitiert. „Einer von vielen, *die mit einer Ehrenurkunde* und einer Prämie ausgezeichnet worden sind."

Letzlich, so die Berichterstattung, aber werden „mit Umsicht und hoher Einsatzbereitschaft" („Berliner Zeitung") nicht nur Probleme gelöst, sondern auch noch die Pläne übererfüllt. Eine von vielen der Erfolgsmeldungen liest sich in der „Berliner Zeitung" so: „Die Kumpel in den sechs Tagebauen des Bornaer Werkes (Anm. d. Red. Leipziger Braunkohlenrevier), dessen Anteil an der DDR-Kohleförderung rund 14 Prozent beträgt, erreichten mit 135 682 Tonnen einen neuen Förderrekord seit Bestehen des Werkes."

Eine Horror-Meldung zum Thema Winter verbreitete die „Neue Zeit", Organ der Ost-CDU. Überschrift: „Bereits 20 Menschen erfroren". Passiert angeblich in West-Berlin – „weil sie auf Parkbänken oder eisigen Dachböden schliefen". Ganz geheuer aber kam der „Neuen Zeit" diese Meldung wohl nicht vor. Deshalb der Zusatz im Text: „Schätzungen besagen".

Thema Nummer eins aber in den „DDR"-Publikationen ist (und bleibt es auch in den nächsten Monaten) der 40. Jahrestag der Kapitulation Hitler-Deutschlands. Chroniken der Kampfhandlungen in den letzten Monaten des Krieges findet man in vielen Blättern. Dabei wird allerdings der Eindruck erwecket, daß nur noch im Osten gekämpft worden ist und die Westalliierten kaum etwas in der Endphase getan haben. Siege und Vormärsche der Roten Armee nehmen breiten Raum ein.

## Aus der Presse von drüben

In der Zeitschrift „S und T", Untertitel „wehrpolitisches Jugendmagazin" heißt es über den 26. Januar 1945: „Truppen der 2. Belorussischen Front erreichen die Ostseeküste und schneiden die Hauptkräfte der faschistischen Truppen in Ostpreußen von den zentralen Gebieten Deutschlands ab."

In der „Zeittafel" der „Wochenpost" wird der westliche Beitrag zum Kriegsgeschehen lediglich so erwähnt: „3. Februar 1945: Mit dem bisher schwersten Bombenangriff auf Berlin leitet die anglo-amerikanische Luftwaffe die Vernichtung von Städten und Betrieben im Osten Deutschlands ein."

Ist jedoch von der sowjetischen Winteroffensive „auf einer 1200 Kilometer breiten Front zwischen der Ostsee und den Karpaten" die Rede, dann werden nur Siege, Vormärsche und vor allem Befreiungen registriert. Als ob dabei nichts vernichtet worden ist...

In der „Kampfchronik" des „Neuen Deutschland" finden immerhin die am 8. Februar begonnene Offensive der Westalliierten und die strategisch wichtige Einnahme der Brücke von Remagen durch die Amerikaner am 7. März Erwähnung. Im satirischen „Eulenspiegel" sind es in erster Linie Alltagsprobleme, die aufs Korn genommen werden. Zum Beispiel das eines „Herrn Haller", dessen nagelneuer Koffer aus dem VEB Kofferbau Hangenberg bei der ersten Benutzung aus allen Nähten platzte und nicht mehr zu gebrauchen war.

Der „Eulenspiegel" ironisch: „Fest steht, Haller war selbst schuld an der unheilvollen Entwicklung. Erst vorgestern stand in der Zeitung, die auch er täglich liest, ein langer Bericht mit vielen Bildern über die Hangenberger Kofferproduktion und ihr neues Produkt. Unter der zweizeiligen Überschrift ‚Doppelt soviel Koffer aus der gleichen Menge Material!' Also mußte Herr Haller damit rechnen, daß die Belastbarkeit dieses Koffers nur halb so groß ist."

Daß „zweistellige Versorgungsprobleme bei einzelnen Erzeugnissen" sich negativ auf die Einstellung der „DDR"-Bürger auswirken, wird in der in Ost-Berlin erscheinenden „Deutschen Zeitschrift für Philosophie" eingeräumt. Zugleich werden die „überhöhten Ansprüche und egoistischen Verhaltensweisen" kritisiert, die bei „DDR"-Bewohnern anzutreffen sind. Aber solche Einstellungen sind zu überwinden – „durch leistungsfördernde und leistungsfordernde Auseinandersetzungen im Arbeitskollektiv durch konsequente wirksame politisch-ideologische Arbeit".

Ob der Mann mit dem mißratenen Koffer auch zu denen mit „überhöhten Ansprüchen" gerechnet wird?

# Stehen die Trabantenstädte bald leer?

D. GURATZSCH, Essen

Führende Städtebau-Experten in der Bundesrepublik sagen für die Großsiedlungen in den Trabantenstädten beachtliche Leerstände und akute Verslumungsgefahr voraus. Auf der internationalen Baufachmesse Deubau 85 in Essen warnten sie gestern in einem Forum des Bundes Deutscher Architekten (BDA) vor der Propagierung neuer Leitbilder für andere Siedlungstypen. Dann nämlich, so der Karlsruher Soziologe Prof. *Hans-Joachim Klein, würden* die Trabanten- und Satellitensiedlungen der sechziger und siebziger Jahre die Leidtragenden sein.

Schon heute gibt es in diesen Siedlungen nach Klein verschiedentlich Leerstände von 15 bis zu sogar 20 Prozent. Mit weiter wachsenden Leerständen könne ein verhängnisvoller Kreislauf in Gang kommen. Auf den gewaltigen Imageverlust dieser Siedlungen werde ein Zustrom „sozial schwächerer Nachrücker" in die Großhaussiedlungen folgen.

Klein stützt seine Prognose auf Ergebnisse einer Befragung von tausend Umzugshaushalten in Karlsruhe und Dortmund, die im Auftrag des Bundesbauministers vom Institut für Soziologie der Universität Karlsruhe durchgeführt worden ist. Danach sei in den Satellitenstädten lediglich ein *hoher Anteil älterer Zuzüglicher* „heimisch" geworden. Für jüngere, expandierende Familien mit steigendem Einkommen stellten diese Wohnlagen hingegen abschätzig beurteilte „Verschiebebahnhöfe" auf dem Weg zum ebenerdigen Wohnen (meist im Eigenheim) dar. Während sich der Trend zum Einfamilienhaus mit Garten eher noch verstärkt habe, würden alle Großhausformen aus den *sechziger und siebziger Jahren, an* vorderster Stelle das Wohnhochhaus, mit der zum Schimpfwort geratenen Bezeichnung „Beton" abqualifiziert.

Die Wünsche der umzugswilligen Bevölkerungsgruppen richten sich, wie die Untersuchung ergeben habe, auf durchmischte Baustruktur von freiem und verdichtetem Flachbau mit stark gegliederten Geschoßbauten, die aber nicht mehr als drei bis vier Stockwerke haben sollen. Hochhäuser und Langzeilen würden abgelehnt.

# SPD gibt WDR zusätzliche Macht

fac. Bonn

Das von der Düsseldorfer SPD-Landtagsfraktion *vorgelegte* „Vorschaltgesetz" zum geplanten Landesmediengesetz provoziert eine neue Diskussion über die Machtposition des WDR. Mit der Vorlage soll zwar der Empfang privater Fernsehprogramme via Satellit auch im bevölkerungsreichsten Bundesland ermöglicht werden, der WDR hätte aber ein weitreichendes Entscheidungsrecht. Bei einer begrenzten Kapazität der Kabelanlagen sollen nach den WDR-Programmen zunächst die „ortsüblich empfangbaren" und dann erst die Satelliten-Programme eingespeist werden. Die Rechtsaufsicht bei der Einspeisung möchten die Initiatoren des „Vorschaltgesetzes" der Kölner Rundfunkanstalt übertragen.

Diese Kompetenz-Zuweisung an den größten Sender der ARD ist eine neue „medienpolitische Groteske", wie gestern der CDU-Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich kommentierte. „Denn das heißt nichts anderes, als daß ein Wettbewerber über das Hinzutreten eines Mitbewerbers entscheidet." Weirich, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, forderte Ministerpräsident Johannes Rau auf, schnell ein komplettes Mediengesetz vorzulegen, das zumindest dem Standard des Hamburger Gesetzesvorhabens entspricht.

Die SPD-Mehrheitsfraktion im Düsseldorfer Landtag hat die Absicht, das umstrittene „Vorschaltgesetz" erst nach der Novellierung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk im März vom Landesparlament verabschieden zu lassen. Das neue WDR-Gesetz soll der Kölner Rundfunk- und Fernsehanstalt auch eine weitgehende privatwirtschaftliche Betätigung garantieren – ein Vorhaben, das auf den entschiedenen Widerstand insbesondere der Zeitungshäuser stößt und gegen das namhafte Rechtswissenschaftler wie Professor Peter Lerche und Reinhart Ricker juristische Bedenken angemeldet haben. Offensichtlich zielen die Pläne der Regierung Rau darauf ab, vor der Rückkehr der Ministerpräsidenten an den Medien-Verhandlungstisch zusätzliche politische Fakten zugunsten Nordrhein-Westfalens und des WDR zu schaffen.

Die der CDU und der CSU angehörenden Länderregierungschefs haben ihren sozialdemokratischen Amtskollegen eine Entscheidungsfrist für ein einheitliches Medienkonzept gesetzt. Die Frist läuft Ende März ab.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# In Beirut sind Terrorarmeen billig zu haben

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Die schwere Wirtschaftskrise in Libanon, die Arbeitslosigkeit und die nicht kontrollierbare Bewaffnung der moslemischen Milizen beunruhigen israelische Regierungskreise. Sie befürchten, daß ausländische Geldgeber wie Libyen, Iran oder Saudi-Arabien mit Geld- und Waffen-Angeboten die arbeits- und zukunftslosen Jugendlichen in Beirut dazu bringen, sich als Terroristen gegen Israel einsetzen zu lassen. Tatsächlich ist es im moslemischen West-Beirut weder Polizei noch Armee gelungen, die schwerbewaffneten Milizen der verschiedenen moslemischen Gruppierungen unter Kontrolle zu bringen.

Die allgemeine Unsicherheit im moslemischen West-Beirut wird von Beobachtern nicht zuletzt auf die Wirtschaftskrise zurückgeführt. Während das christliche Ost-Beirut von der kriminellen Welle nicht erfaßt ist, da die Miliz Lebanese Forces innerhalb einer kohärenten Gemeinschaft lebt und besoldet wird, muß bei den Moslemmilizen jetzt jeder zusehen, wo er *bleibt. Die Bezahlung bei ihnen* reicht nicht aus, nachdem Syrien und die PLO die Zuwendungen drastisch gedrosselt hatten und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung erschöpft ist.

Dazu kommt, daß die Überweisungen aus dem arabischen Ausland drastisch zurückgehen, da die Öleinnahmen fallen und viele Libanesen etwa in Saudi-Arabien und am Golf arbeits*los werden und zurückkommen.* Die Familien in Beirut haben einfach kein Geld mehr und können die inflationsartig steigenden Preise nicht mehr bezahlen, berichten Libanesen in Israel. Außerdem würden Renten und Gehälter nicht ausreichend erhöht. Die Folge sei eine unbeschreibliche Kriminalität, da schon jeder Jugendliche über Waffen, vom Revolver bis zur Kalaschnikow, verfüge. *Wenn in dieser Lage ein arabischer* Freund als Spender auftrete, könne er schnell eine neue Terrorarmee aufstellen.

Die Unfähigkeit der Regierung Karame und von Präsident Amin Gemayel in Beirut, die Wirtschaftsnot zu meistern oder überhaupt nur anpakken zu wollen, führte zunächst auch zum Rücktritt des moslemisch-sunnitischen Erziehungsministers Selim *Hoss. Erst nach langem Drängen* nahm er das Rücktrittsgesuch zurück. Hoss ist Bankier und weiß, daß die Wirtschaftslage Libanons nach zehn Jahren Krieg, Abwanderung von Fachkräften und weitgehenden Zerstörungen oder Plünderungen vor allem durch die Syrer, die ganze Fabriken demontierten und über die Grenze schleppten, nahezu hoffnungslos ist.

*Die Gold- und Finanzreserven sind* praktisch erschöpft, ausländische Investitionen bleiben aus, und auch die arabische Geschäfts- und Banken-Welt hat kaum mehr Vertrauen in den einst blühenden Handelsplatz Beirut. Die Währung, das libanesische Pfund, ist gegenüber dem Dollar so stark gefallen, daß Finanzminister Camille Chamoun von einer „katastrophalen Entwicklung" spricht. Noch vor einem Jahr stand das Pfund bei 5,50 pro Dollar, inzwischen sackte es auf 14 Pfund pro Dollar ab und entwertet damit alle Pfundguthaben und Ersparnisse.

In dieser schlimmen Lage kommt als neues Alarmsignal der Entschluß des saudi-libanesischen Geschäftsmannes Rafiqu Hariri, alle Aufräumungs- und Reparaturarbeiten in Beirut einzustellen. Hariri, ein reicher Schwager des saudischen Königs Fahd, hat seit 1983 aus eigener Tasche über 40 Millionen Dollar für Schuttbeseitigung und den Wiederaufbau billiger Mietshäuser gezahlt. (SAD)

# Steht Iran hinter Pariser Attentat?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Polizei glaubt Hinweise darauf zu haben, daß der am vergangenen Freitag vor seinem Haus bei Paris ermordete Leiter der Waffenexport-Abteilung im französischen Verteidigungsministerium, René Audran, von einem Attentäter aus dem Nahen Osten umgebracht wurde, der möglicherweise der von Iran operierenden Terrororganisation „Dschihad Islamique" (Islamischer Krieg) angehört. Demnach soll Audran zum Ziel eines Anschlages gewählt worden sein, weil er unter anderem für die massive französische Waffenhilfe an Irak verantwortlich war. Der Generalingenieur soll nach unbestätigten Meldungen des Senders „Europa 1" in der Woche vor seinem Tode Drohungen erhalten haben, die auf den Nahen Osten hinwiesen. Die französischen Sicherheitsbehörden wußten angeblich, daß „irgend etwas in dieser Woche passieren werde", wußten aber nicht, von welcher Seite.

Audran wird heute mit militärischen Ehren in Gegenwart von Premierminister Fabius in Paris beigesetzt. Fabius hatte gestern Verteidigungsminister Hernu und Innenminister Joxe zu sich gebeten, um alle polizeilichen Suchaktionen nach den Attentätern in einer Hand zu vereinigen. Inzwischen sind 300 Beamte mit der Aufklärung befaßt.

# Wiedervereinigung nur in einem freien Europa

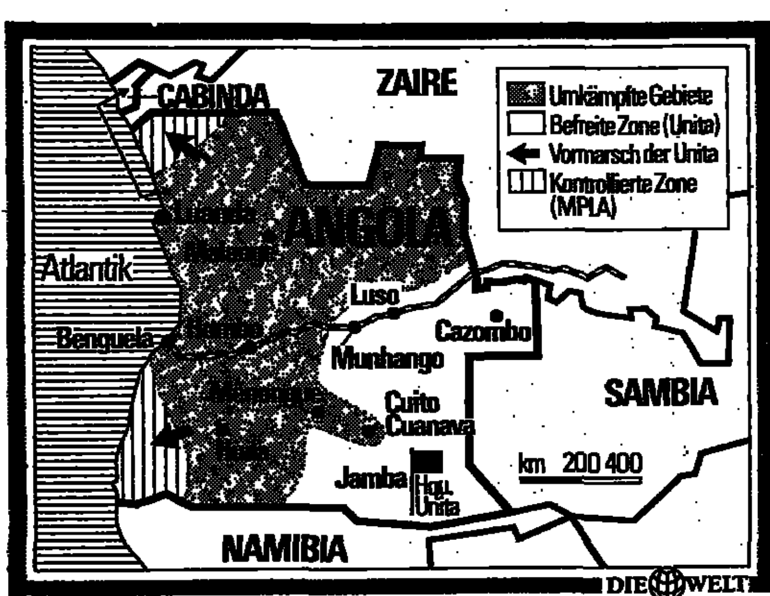
**Seminar in Paris zur deutschen Frage / Eckpfeiler „DDR"**

A. GRAF KAGENECK, Paris

Geheimnisse in der Deutschlandpolitik Bonns oder gar vor den westlichen Verbündeten geheimgehaltene Verhandlungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland, wie sie den Deutschen immer wieder unterstellt worden sind, gebe es nicht. Da aber bisher nur die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Freiheit und Selbstbestimmung genießen können, müsse die deutsche Frage offen bleiben. Trotz der von der „DDR" errichteten Mauer lebten auf beiden Seiten Menschen, die an dem Gefühl der Zusammengehörigkeit festhalten. Dies erklärte der Staatssekretär im Bonner Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, vor französischen Politologen und Journalisten in Paris. Hennig sprach auf einem ersten Studientag über die „DDR", der in der französischen Hauptstadt von Professor Joseph Rovan, Leiter des internationalen „Verbindungs- und Dokumentationsbüros", veranstaltet wurde. Rovan hatte zur Einführung *gesagt, daß* er angesichts des stark gewachsenen französischen Interesses für die „DDR", insbesondere als Folge der wechselhaften innerdeutschen Szene im Jahre 1984, in Zukunft jährlich einmal ein solches Seminar veranstalten werde.

Sowohl Hennig wie andere westdeutsche „DDR"-Spezialisten sahen keine Aussicht auf eine baldige deutsche Wiedervereinigung. Eine allein mögliche politische Lösung der deutschen Frage gebe es momentan deshalb nicht, weil die „DDR" sich im östlichen System inzwischen zum solidesten Partner der Sowjetunion, ja zum Eckpfeiler des gesamten sowjetischen Herrschaftssystems entwickelt habe. Auch sei die „DDR", trotz des inneren Widerstandes und der Resignation ihrer Bevölkerung, nach Staats- und Parteistruktur sowie Dynamik ihrer Wirtschaft eines der solidesten Regime in Osteuropa und könne schon von daher selbstbewußter als bisher sowohl Moskau wie Bonn gegenüber auftreten. Eine Wiedervereinigung sei nur möglich in einem Europa, das in seiner Gesamtheit seine Freiheit wiedergefunden habe.

Ähnlich hatte sich am Vortage der bayerische Ministerpräsident Strauß vor einem Gremium hoher Wirtschaftsführer, die ihn über Osthandelsfragen hörten, geäußert. Die Wiedervereinigung sei ein „langer historischer Prozeß". Es gebe keine „unter*irdischen deutschen Absprachen*". Die „DDR" sei integraler Bestandteil des Ostblocks. Von französischer Seite wurde auf das Paradoxon zwischen Abgrenzungsbemühungen der „DDR"-Führung und Gesprächsbereitschaft, zwischen Schießbefehl und Reisegenehmigung, zwischen Einfuhrverbot für Westzeitungen und dem Ausliegen französischer Blätter im Kulturzentrum Unter den Linden *hingewiesen.*




# Unita: „Warum hilft der Westen den Marxisten?"

**WELT-Gespräch mit Generalsekretär / Entscheidungsjahr 1985**

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Führung der prowestlichen nationalen Widerstandsbewegung Unita (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas) ist davon überzeugt, daß das Jahr 1985 Entscheidungen von erheblicher Tragweite für die Entwicklung im südlichen Afrika bringen wird. Die Überlegenheit der Unita in Angola gegenüber der vom Westen mit Entwicklungshilfe ausgehaltenen, aber politisch und militärisch von Moskau abhängigen Diktatur in Luanda werde immer offenkundiger. Mittlerweile kontrolliere die Unita die Grenzen nach Zaire und Sambia (siehe Karte) und ihre Kommandos operierten seit Dezember in der Hauptstadt des Landes und in der nördlichen Erdöl-Enklave Cabinda. „Das Jahr 1985 wird sehr ernst", sagt die Nummer zwei der Befreiungsbewegung, Tito Chingunji, in einem Gespräch mit der WELT.

Chingunji ist seit dem vergangenen November Generalsekretär der Unita, galt aber schon vorher als die rechte Hand ihres charismatischen Führers Jonas Savimbi. Auf dem jüngsten Kongreß habe man ein strategisch-militärisches Programm ausgearbeitet. Ziel sei ein Vormarsch im Nordzipfel des Landes, die Einkreisung Luandas und Kommandooperationen in den großen Städten sowie die Ausschaltung der Ölindustrie in Cabinda, der Haupteinnahmequelle des marxistischen Regimes der MPLA (Angolanische Volksbefreiungsbewegung).

Das Kräfteverhältnis beschreibt der junge Generalsekretär, der wie ein im Westen ausgebildeter Manager wirkt, so: „23 000 Mann halbregulärer Einheiten garantieren die Sicherheit in der befreiten Zone. 25 000 kämpfen im Untergrund, das heißt im Busch und in den Städten, gegen rund 40 000 kubanische Soldaten und die Truppen der MPLA. 1500 sowjetische Militärberater und 2000 Offiziere und Experten aus der DDR, vorwiegend für Geheimdienste zuständig, stehen Luanda zur Seite." Zum Kräfteverhältnis zählt Chingunji noch drei Faktoren: „Erstens das Staatsgebiet. Wir sind jetzt fast überall präsent und können jederzeit und an jedem Ort tätig werden. Zweitens das Volk. Es unterstützt uns. Wenn es heute freie Wahlen und die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts für das angolanische Volk gäbe, würden wir einen überwältigenden Sieg erringen. Drittens die Zeit. Sie arbeitet für uns. Die MPLA wird immer schwächer. Deswegen hat sie auch unser Verhandlungsangebot, das wir erstmals 1980 unterbreitet hatten, abgelehnt und sucht nun eine globale Lösung, die unsere Stärke relativieren würde."

In diesem Sinne komme den Vereinigten Staaten von Amerika und Südafrika eine besondere Bedeutung zu. Solange Washington und Pretoria an der Vorbedingung eines Abzugs der Kubaner festhalten, werde es kaum zu ernsthaften Verhandlungen kommen. Denn hier sei die Sicherheit Namibias, mithin also auch Südafrikas im Spiel. Chingunji: „Ich glaube nicht an den Willen der Südafrikaner, sich ohne Sicherheitsgarantien aus Namibia zurückziehen zu wollen. Aber wie dem auch sei, die Unita wird ihren Kampf mit oder ohne Unabhängigkeit für Namibia bis zum Ende fortsetzen, bis zur Unabhängigkeit Angolas."

Zur Zeit kämpfe die Unita auch gegen Einheiten der Swapo in Zentralangola. Daraus könne man schließen, daß die geplante Offensive der MPLA nicht nur gescheitert sei, sondern daß Luanda jetzt alle verfügbaren Kräfte mobilisiere, um zu überleben. Ohne die Hilfe aus dem Ausland wäre das marxistische Regime längst am Ende. Chingunji weiß die Hilfe auch zu lokalisieren. Die westlichen Erdölfirmen in Cabinda sorgten mit ihren Devisen für 80 Prozent des Haushalts. Ohne diese Devisen wären die Kubaner nicht zu bezahlen. „An dem Tag, da die ausländischen Unternehmen ihre finanzielle Hilfe für das Regime einstellen, bricht Luanda zusammen." Es handele sich hier auch um die Frage westlicher Solidarität *mit einem unterdrückten Volk.* Chingunji: „Das Volk fragt uns, warum der Westen, der die kommunistischen Regime doch verurteilt, in Angola ein kommunistisches Regime unterstützt. Vor allem die Missionare haben einen schweren Stand, wenn sie erklären müssen, warum christdemokratische Regierungen ein atheistisches, ja antichristliches Regime unterstützen, das in den Augen des Volkes illegal, illegitim und minoritär ist." Möglicherweise seien diese Regierungen aber nicht immer vollständig und umfassend über die wirklichen Zustände in Angola informiert.

Chingunji bereist an der Spitze einer Delegation seiner Befreiungsbewegung zur Zeit mehrere Länder Europas, um interessierte Politiker über die Verhältnisse in Angola aufzuklären oder wenigstens Kontakte zu knüpfen. Dem Vernehmen nach ist die Delegation im Auswärtigen Amt in Bonn nicht empfangen worden.

# Weinberger hat beim Kampf um den Verteidigungsetat wenig Freunde

**Aber Reagan stellt sich hinter den Minister / Hinweis auf Gespräche mit Moskau**

FRITZ WIRTH, Washington

Der Kampf des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger um seinen Etat für das Haushaltsjahr 1986 entwickelt sich allmählich zu einer offenen Feldschlacht. Nachdem er vor vier Wochen das erste Gefecht innerhalb der Administration gewonnen hatte und mit einer mehr oder minder freiwilligen Streichung seines Etats um 8,7 Milliarden Dollar davon kam, hat jetzt die wesentlich schwierigere Aufgabe begonnen, diesen Etat durch den Kongreß zu boxen.

Weinberger hat in diesem Kampf wenig Verbündete, dennoch ist seine Position bemerkenswert stark, denn zu diesen wenigen Bundesgenossen gehört Präsident Reagan selbst, der sich noch am Wochenende ausdrücklich gegen weitere Kürzungen im Verteidigungsetat wandte. „Dieser Apfel ist bis zur Neige ausgepreßt", sagt er.

Was den Kampf Weinbergers so delikat macht: viele seiner Gegner im Kongreß kommen aus der eigenen Partei, angeführt vom Mehrheitsführer im Senat, Robert Dole. Dole und mit ihm zahlreiche republikanische Senatoren, haben ein Junktim zwischen dem Verteidigungsetat und Budgetkürzungen in anderen Bereichen, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, hergestellt.

Kürzungen in diesem Bereich seien unrealistisch und unglaubwürdig, so argumentieren sie, wenn der Verteidigungsetat ungeschoren *bleibt.* „Wir bekommen wirklichen Ärger, wenn wir beim Verteidigungs-Haushalt nicht zu vernünftigen Ergebnissen kommen", warnte Dole.

Am Dienstag kam es im Senat dann zur offenen Konfrontation zwischen Weinberger und den republikanischen Senatoren. Beide Seiten teilten erste Hiebe aus, Ergebnisse jedoch wurden nicht erzielt. Die Fronten haben sich eher versteift. Der Kampf wird noch über Monate hinaus andauern. Weinberger gab sich nach diesen Diskussionen zuversichtlich. Er ist ein erfahrener und geschickter Kämpfer an der Budgetfront. Obwohl er in den letzten drei Jahren jedes Mal seine eigenen Budgetvorstellungen reduzieren mußte, ging er dennoch stets als moralischer Sieger aus diesen Duellen hervor. Bisher jedenfalls *ist keines der bedeutsamen amerikanischen* Verteidigungssysteme während der Amtszeit Weinbergers im



Caspar Weinberger hat viele Gegner in der eigenen Partei
FOTO: JUPP DARCHINGER

Kongreß angetastet oder gar gestrichen worden.

Auf der anderen Seite befinden sich die renitenten republikanischen Senatoren in einem Dilemma. Viele von ihnen würden nur zu gerne Weinberger *in die Knie zwingen.* Seit Reagan sich jedoch so voll hinter Weinberger gestellt hat, bedeutet eine Niederlage Weinbergers zugleich einen Rückschlag für den Präsidenten.

Andererseits können viele von ihnen sich selbst keine spektakuläre Niederlage leisten, denn für 22 republikanische Senatoren stehen im Jahre 1986 Neuwahlen bevor und Senator John Heinz machte sich am Diens*tag zu ihrem Sprecher. „Ich hoffe,* der Präsident und Caspar Weinberger verstehen, daß wir von ihnen einige Zugeständnisse brauchen, um jene Senatoren zu schützen, die in zwei Jahren in die Wahl ziehen."

Weinberger zeigte sich von dieser Argumentation nicht beeindruckt: „Wir haben unseren Verteidigungshaushalt den Bedrohungen unseres Landes von außen anzupassen. Wir *haben noch einen weiten Weg zurück*zulegen, um das militärische Gleichgewicht mit den Sowjets wieder herzustellen." Außerdem würden Reduzierungen im Verteidigungshaushalt ein zufriedenstellendes Ergebnis in den bevorstehenden nuklearen Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets „praktisch unmöglich" machen. Weinberger zitierte dabei George Shultz als Kronzeugen.

Zugleich traf Weinberger die Senatoren mit dem Argument an einer höchst empfindlichen Stelle, als er sagte, daß mit jeder Milliarde Dollar, die von seinem Verteidigungsetat gestrichen würde, 35 000 Arbeitsplätze in der amerikanischen Rüstungsindustrie verloren gehen und daß zugleich die Kosten der Regierung für die Arbeitslosenunterstützung steigen würden. Der Staat spare deshalb von jedem Dollar, der in seinem Etat gestrichen werde, in Wahrheit nur 50 Cent.

Obwohl Weinberger mit Ronald Reagan einen starken Verbündeten hat, ist die Verteidigung seines Etats im Kongreß dieses Mal wesentlich schwieriger als in früheren Jahren. Er kann im Senat nicht mehr auf die hundertprozentige Unterstützung des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses rechnen, die ihm sicher war, solange John Tower dieses Amt besetzte.

Towers Nachfolger Barry Goldwater ist zu einer schwer kalkulierbaren Größe geworden. Er hat vor vier Wochen noch eine Einfrierung des Etats auf den Vorjahrsstand gefordert und für eine Verschrottung des MX-Raketenprogramms plädiert, scheint inzwischen jedoch diese radikale Position revidiert zu haben.

Noch schwieriger ist seine Situation im Repräsentantenhaus, seit Les Aspin den bisherigen sehr kooperativen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Melvin Price abgelöst hat. Aspin wird den Forderungen Weinbergers wesentlich härteren Widerstand entgegensetzen.

Insgesamt steht in diesem Gefecht keine Reduzierung, sondern nur eine Bremsung der geplanten Erhöhung des Verteidigungsetats von 259 Milliarden Dollar im Jahre 1985 auf 286 Milliarden im Haushalt des nächsten Jahres zur Debatte. Weinberger hat diese geplante Erhöhung bereits um 8,7 Milliarden Dollar auf 277,3 Milliarden Dollar gekürzt. Das würde bedeu*ten, daß sein Verteidigungsetat* real im nächsten Jahr immer noch um 5,5 Prozent anwachsen würde.

# Die Partei schwört „freiem Quebec" ab

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Der Traum von der Unabhängigkeit Quebecs ist endgültig ausgeträumt. Die Parti Quebecois, die 1968 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet wurde, die französischsprachige Provinz Quebec aus dem Staatsverband Kanadas herauszulösen und zur Unabhägigkeit zu führen, hat diesem Ziel auf einem außerordentlichen Parteitag abgeschworen.

Der Partei blieb keine andere Wahl, wenn sie nicht Selbstmord begehen wollte. Die Wähler von Quebec sind zwar stolz auf ihr französisches Erbe, das sie intensiv pflegen, aber von Unabhängigkeit wollen sie nichts wissen. Bei einer von der Provinzialregierung 1980 veranstalteten Volksbefragung lehnte eine klare Mehrheit der Wähler die Unabhängigkeit ab, und nach jüngeren Umfrageergebnissen wird eine solche heute nur noch von vier bis fünf Prozent der Wähler befürwortet.

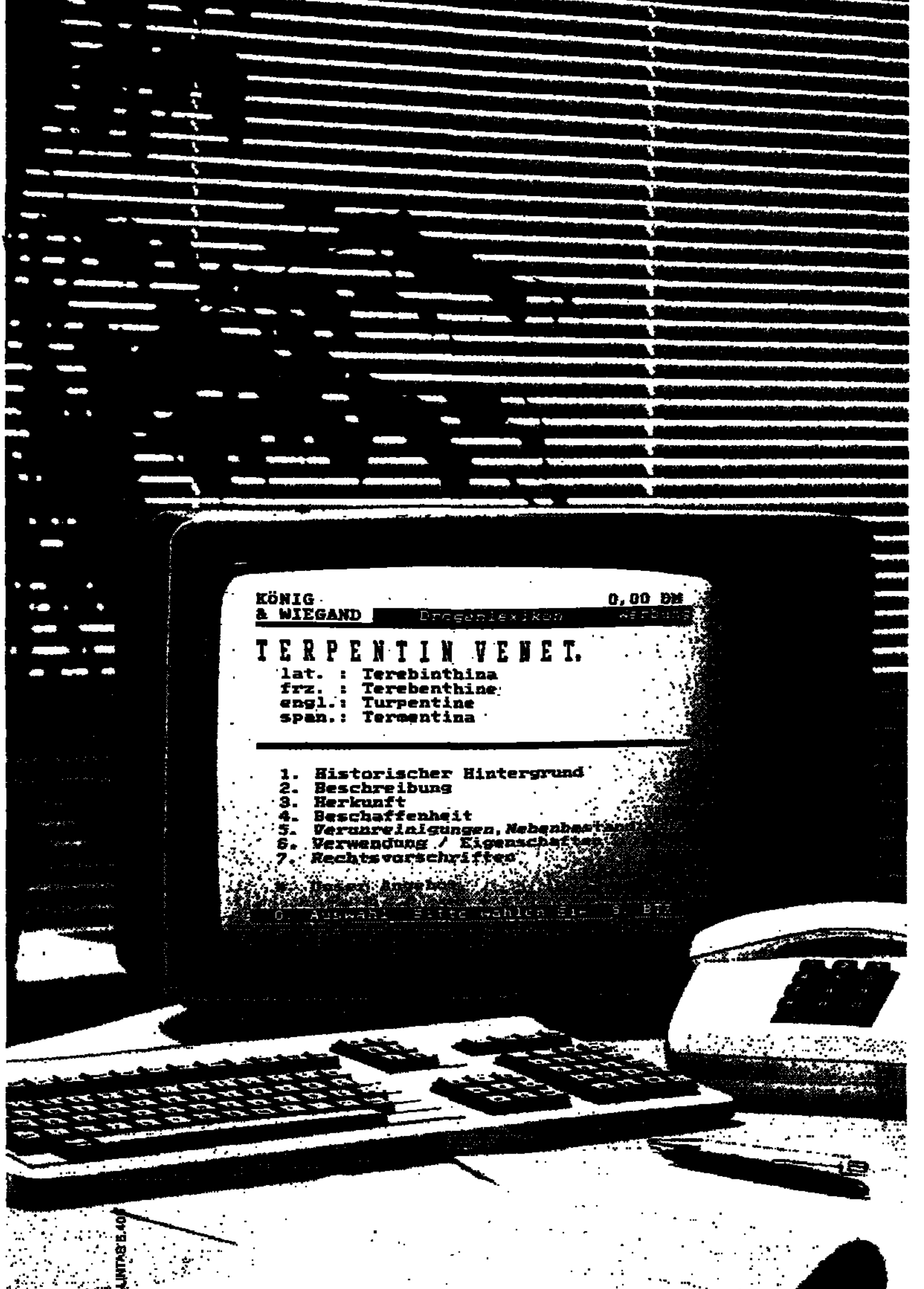
Provinz-Premier René Levesque, der gleichzeitig Chef der Parti Quebecois ist, *erkannte die Zeichen* der Zeit: Der von der Partei gepredigte Separatismus paßte nicht mehr in die politische Landschaft. Auf dem letzten regulären Parteitag hatten die Radikalen eine Resolution durchsetzen können, in der proklamiert wurde, eine Stimme für die Parti Quebecois bei dem nächsten Provinzialwahlen sei gleichbedeutend mit einer Stimme für die Unabhängigkeit.

Levesque wußte, daß diese Resolution viele Wähler abschrecken mußte. Er berief deshalb einen außerordentlichen Parteitag ein, um diese Resolution für ungültig erklären zu lassen. Die Delegierten wischten die Resolution mit Zweidrittel-Mehrheit vom Tisch und verabschiedeten eine abgeschwächte Version, in der die Unabhängigkeit vage als „grundsätzliches Ziel" der Partei gezeichnet wird.

Angeführt vom ehemaligen Minister Camille Laurin stürmten die Radikalen daraufhin unter Protest aus dem Saal, wobei sie Transparente mit dem Motto „Notre Pays – Le Quebec" (unser Land – Quebec) schwenkten. Dies löste sofort Vermutungen über eine Spaltung der Partie aus. Laurin bezeichnete sie als verfrüht. „Wir haben noch nicht entschieden, ob wir bleiben oder ob wir uns trennen", sagte er auf einer Pressekonferenz.

(SAD)

**Btx: Die Essenz der Essenzen.**




Bildschirmtext wendet sich nicht nur an den privaten Nutzer. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen bietet Btx die Chance, kostengünstig in die Datenfernverarbeitung einzusteigen. Auch für freie Berufe wie zum Beispiel Ärzte, Apotheker und Handwerker, *die Daten- und Informations*systeme nur gelegentlich nutzen, ist Btx eine preiswerte Alternative.

Bildschirmtext bietet neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Dialogverarbeitung. Und das rund um die Uhr. Schnell, bequem – und sicher.

*Hier ein Beispiel aus der* Praxis:

Das Importhaus König & Wiegand betreibt ein rechnergestütztes Btx-System für den Handel mit Rohstoffen. Interessenten können sich jederzeit aktuell informieren: Das sogenannte 'Drogenlexikon' gibt z.B. Auskunft über Beschaffenheit, Verunreinigungen, Verwendungsmöglichkeiten von Rohstoffen und Essenzen. Genauso kann man per Btx Rechtsvorschriften, die bei der Verarbeitung zu beachten sind, überprüfen. Natürlich können Kunden auch per Btx Bestellungen eingeben.

Auch hier hat sich Btx als unentbehrlich erwiesen. Man braucht *kein spezielles* Know-how, spart Zeit, Wege und Geld.

**Bildschirmtext – damit Sie's leichter haben.**




Post

# Wer sagt denn, daß Sie Bayreuth, Hof, Münster/Osnabrück und Saarbrücken nur über die Autobahn erreichen?




„Ein dichteres Flugnetz bringt vor allem den Geschäftsleuten erhebliche Erleichterungen" (FAZ vom 11. 7. 1984).
Deshalb versucht Lufthansa in Zusammenarbeit mit der DLT ständig die Zahl der Verbindungen zu erhöhen und das Streckennetz immer dichter werden zu lassen. Um ein flächendeckendes Flugangebot zu erreichen, bietet DLT Ergänzungsflüge zwischen allen wichtigen deutschen Flughäfen und dem nahen Ausland.

Auch der Komfort und Service an Bord können sich sehen lassen. Durch die Umrüstung auf moderne Fluggeräte hat die DLT Lufthansa-Standard erreicht.
Wenn Sie also zum Beispiel von einer Auslandsreise zurückkommen, braucht Ihr Flug nicht in Frankfurt zu enden.
Die DLT bringt Sie bequem in den Heimat-Flughafen.

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.







Sie finden uns in Halle 9, Stand 9.18.

# Das Prinzip der mehrfachen Barrieren sorgt für die Sicherheit im Reaktor

## Im Störfall wird die Kontrolle des Atomkraftwerks durch Notstromaggregate ermöglicht

Von GÜNTHER BADING

Was geschieht, wenn ein Transportfahrzeug mit einem Behälter für abgebrannte Kernbrennstäbe auf dem Weg von einem Atomkraftwerk zur Wiederaufarbeitungsanlage verunglückt? Antwort der Experten: „Ein Autounfall. Sonst nichts." So banal dies auch klingen mag, es ist keine Verniedlichung von Gefahren. Die Sicherungsvorkehrungen für die friedliche *Nutzung* der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland sind auf so hohem, international anerkanntem und teilweise beneidetem Niveau, daß ernste Stör- oder gar Unfälle ausgeschlossen werden können.

Die Castor-Behälter für den Transport von gebrauchten Brennelementen sind eine deutsche Entwicklung, an deren *Ankauf auch* die Sowjets schon Interesse gezeigt haben. Die 70 Tonnen, in anderer Version 115 Tonnen, schweren Ungetüme nehmen jeweils vier Brennelemente mit zusammen 400 Brennstäben zum Transport und zur Zwischenlagerung bis zur Wiederaufarbeitung auf. Sie sind so bruchsicher, daß sie selbst einen freien Fall aus zehn Metern Höhe auf einen befestigten Boden (Beton) unbeschadet überstehen. Außerdem sind sie hitze- und auch beschußbeständig. „Selbst ein Flugzeugabsturz kann ihnen nichts anhaben", versichern die Experten.

Bei den rund 60 Transporten dieser Art jährlich – derzeit noch nach Cap La Hague in Frankreich – hat es bisher nie Probleme gegeben. Daß die Routen festgelegt werden, die Polizei Bescheid weiß und der Fahrer der Spezialfahrzeuge Funkverbindung hat, versteht sich von selbst.

Was für den Transport gilt, ist ebenso für das Sicherheitssystem aller Kernkraftwerke richtig. *Hier wie dort* gilt das „Mehrfach-Barrieren-Prinzip". Jede Einwirkung, die zu einer Störung führen könnte, muß auf verschiedenen Wegen abgeblockt werden können. Wenn eine Sicherungskomponente versagt oder – etwa durch Sabotage oder einen Anschlag – zerstört wird, dann müssen die restlichen Elemente dafür sorgen, daß der Reaktor nicht zur Gefahr wird.

Am Beispiel des Kernkraftwerks Krümmel an der Elbe, wo am vergangenen Freitag ein Sprengstoffanschlag auf einen nahegelegenen Strommasten verübt wurde, läßt sich die Wirkungsweise der Sicherungen darstellen: *Die Sprengladung* detonierte morgens um 4.06 Uhr. Der Mast knickte um, die vom Kernkraftwerk gelieferte Energie hatte keinen „Abfluß" mehr. Der Reaktor wurde automatisch abgeschaltet.

Im Kraftwerk geschah folgendes: Da die Ursache der Störung von außen zunächst nicht bekannt war, die normale Abführung des mit Vollast arbeitenden Kernreaktors aber nicht möglich war, setzten die automatischen Sicherheitsvorkehrungen im Werk ein „Herabfahren" des Reaktors in Gang – ohne den Eingriff eines Mitarbeiters. Daß der Reaktor schließlich ganz abgeschaltet wurde, geschah nicht aus Gründen der Reaktorsicherheit, sondern um den Stromerzeuger (Generator) zu schützen.

Der erzeugte Strom wird in drei Phasen ans Netz geliefert. Da sich beim Umstürzen des gesprengten Strommasten offenbar eine zeitliche Verzögerung des Kurzschlusses in den verschiedenen Leitungen ergeben hatte, entstand eine „Schieflage", in der aus einer oder zwei Phasen noch Strom hätte entnommen werden können, während die dritte schon unterbrochen war. Dies führte zum „Schnellschluß", dem sofortigen Abschalten des Reaktors.

Wird der Reaktor heruntergefahren, um keinen Strom mehr ans Leitungsnetz nach draußen abzuführen, so wird er normalerweise nicht völlig abgeschaltet. Denn das Kraftwerk braucht selbst Strom, um die zahllosen Schalt- und Kontrollvorgänge, so über die Reaktortätigkeit, zu steuern.

Bei einem „Schnellschluß" wird allerdings überhaupt kein Strom mehr vom Kernkraftwerk erzeugt. Aber selbst wenn von außen kein Strom aus dem öffentlichen Netz übernommen werden könnte, würde der Reaktor mangels Steuermöglichkeit noch nicht außer Kontrolle geraten. In Krümmel gab es keinen Strom mehr, dennoch ging der Betrieb dort weiter.

Im Kraftwerk stehen sechs Notstrom-Dieselaggregate; in den modernen, sogenannten Konvoi-Anlagen sogar acht. Sie werden nach dem Ausbleiben der Stromversorgung – aus welchen Gründen auch immer – mit Druckluft gestartet und liefern dann Elektrizität für den Eigenbedarf des Kraftwerks. Ein einziges dieser Aggregate ist in der Lage, den gesamten Strombedarf (auf Monate) zu decken. Die Spanne zwischen Stromausfall und Anspringen der Notstromaggregate wird durch Batterien überbrückt, die ebenfalls mehrfach vorhanden sind. Mindestens zwei der Notstromaggregate sind im übrigen besonders gegen Sabotage und Einwirkungen von außen geschützt, so daß sie den vielzitierten Flugzeugabsturz mitten auf das Kraftwerk überstehen und den Reaktor auf Null schalten würden.



**Sicherheit hat Gewicht: Rund 70 Tonnen wiegen die riesigen Stahlbehälter, in denen die abgebrannten Brennelemente transportiert und bis zu zehn Jahre zwischengelagert werden** FOTO: DPA

# Spranger: Mehrheit hält Kernenergie für positiv

DW. Bonn

**Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, nahm im Gespräch mit der WELT zu Fragen der Sicherheit und der Umweltverträglichkeit der Kernenergie Stellung. Die Fragen stellte Günther Bading:**

**WELT:** Die Smog-Situation im Ruhrgebiet vor wenigen Tagen hat erneut vor Augen geführt, welche Umweltbelastungen unter anderem von Kohlekraftwerken ausgehen. Erwarten Sie jetzt eine größere Akzeptanz der Kernenergie?

**Spranger:** Im Grunde ist es sehr zu bedauern, daß es erst solcher spektakulären Aktionen wie der Ausrufung von Smog-Alarmen bedarf, um manchen Politikern und auch Teilen der Öffentlichkeit bewußt zu machen, welchen Umweltbelastungen wir unterliegen und welch hoher umweltpolitischer Stellenwert der Kernenergie deshalb zukommt. Aktuelle Umfrageergebnisse haben ergeben, daß bereits heute etwa 68 Prozent der Bevölkerung der Kernenergie positiv gegenüberstehen. Die Diskussion um die Kernenergie hat sich in den letzten Jahren erfreulich versachlicht. Deshalb erwarte ich, daß einige von denen, die sie bisher ablehnen, nach der erwähnten Smog-Erfahrung doch nachdenklicher werden.

**WELT:** Mit der für kommenden Montag erwarteten Entscheidung über Bau und Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe werden wir erstmals im eigenen Land einen vollen *Zyklus* von Herstellung, Nutzung und Wiederverwendung von Brennstäben haben. Wie sicher ist diese Technologie?

**Spranger:** Die Kernenergie ist sicher; insbesondere bei dem hohen Stand der Technik in der Bundesrepublik Deutschland. Die friedliche Nutzung der Kernergie bei uns ist jetzt 25 Jahre alt. Sie ist auf dem besten Weg in die Normalität. Die strengen Sicherheitsanforderungen bei uns haben im internationalen Vergleich Spitzenniveau. Das wird im übrigen auch durch den jährlichen Bericht des Bundesinnenministers an den Bundestag belegt, in dem über besondere Vorkommnisse in den Kernkraftwerken berichtet werden müßte, der aber im Grunde kaum nennenswerte Ereignisse aufführt.

**WELT:** Der letzte Bericht, für 1983, wurde im August vergangenen Jahres vorgelegt...?

**Spranger:** Auch die Meldungen für 1984 zeigen, daß zu keiner Zeit Personen in der Umgebung oder in den Kernkraftwerken selbst durch Radioaktivität gefährdet waren.

**WELT:** Wie *groß* ist *heute* der Anteil der Kernergie an der gesamten Stromerzeugung? Wie stark ist das Preisgefälle gegenüber konventionellen Kraftwerken?

**Spranger:** Nach Inbetriebnahme weiterer Kraftwerke 1984 liegt der Anteil der Kernenergie in der öffentlichen Stromerzeugung bei nunmehr 27 Prozent. Der Preisvorteil der Kernenergie beträgt unter Einbeziehung der Entsorgungskosten gegenüber Stromerzeugung aus deutscher Steinkohle etwa drei bis fünf Pfennig pro Kilowattstunde. Dies gilt für Steinkohlekraftwerke, die teil-entschwefelt, aber nicht ‚entstickt' sind. Das heißt, wenn die zusätzlichen Auflagen durch die Großfeuerungsanlagenverordnung vollzogen werden, erhöhen sich automatisch die Kosten für die Kohle-Energie.

**WELT:** Wie sieht die Zielplanung für die künftige Nutzung der Kernenergie aus? Ist Frankreich, wo man voll auf den Ausbau der Atomenergie setzt, ein Beispiel für uns?

**Spranger:** Die Franzosen haben uns in Gesprächen über die Bekämpfung der Waldschäden gesagt: Wenn ihr nicht so viele Kohlekraftwerke hättet, dann hättet ihr wesentlich weniger Schwefeldioxid in der Luft. Eure geringe Nutzung der Kernenergie ist im Grunde eine Umweltbelastung, die *ihr Deutschen allein zu verantworten* habt. Wir sehen dann kaum ein, daß wir europaweit Regelungen übernehmen sollen wie eure Großfeuerungsanlagenverordnung. Zur Zielplanung: Wir wollen etwa einen Anteil von einem Drittel Kernenergie an der öffentlichen Stromerzeugung erreichen, also ein ausgewogenes Mischsystem der *Energieträger* Kernkraft, Kohle und Wasserkraft.

**WELT:** Am Montag soll über die von der Bundesregierung befürwortete Wiederaufarbeitungsanlage entschieden werden. Welche Kriterien haben hier zu gelten?

**Spranger:** Dies ist eine rein unternehmerische Entscheidung. Was die Frage der Sicherheit anbelangt, so erfüllen beide ins Auge gefaßten Standorte – Wackersdorf und Dragahn – alle Voraussetzungen.

## NOTIZEN

### „Umweltticket" für Busse

**Offenbach** (dpa) – Die Stadtverordnetenversammlung von Offenbach hat beschlossen, versuchsweise eine übertragbare Umweltmonatskarte für städtische Busse einzuführen. Die Stadt erhofft sich davon eine Verbesserung der rückläufigen Fahrgastzahlen und eine Minderung des Autoverkehrs. Dabei wurde unter anderem auf die Stadt Basel verwiesen, wo die übertragbare Dauerkarte zu vier Prozent Fahrgastzuwachs bei freilich zehn Prozent Mindereinnahmen geführt hat.

### Denkmalpflege bebildert

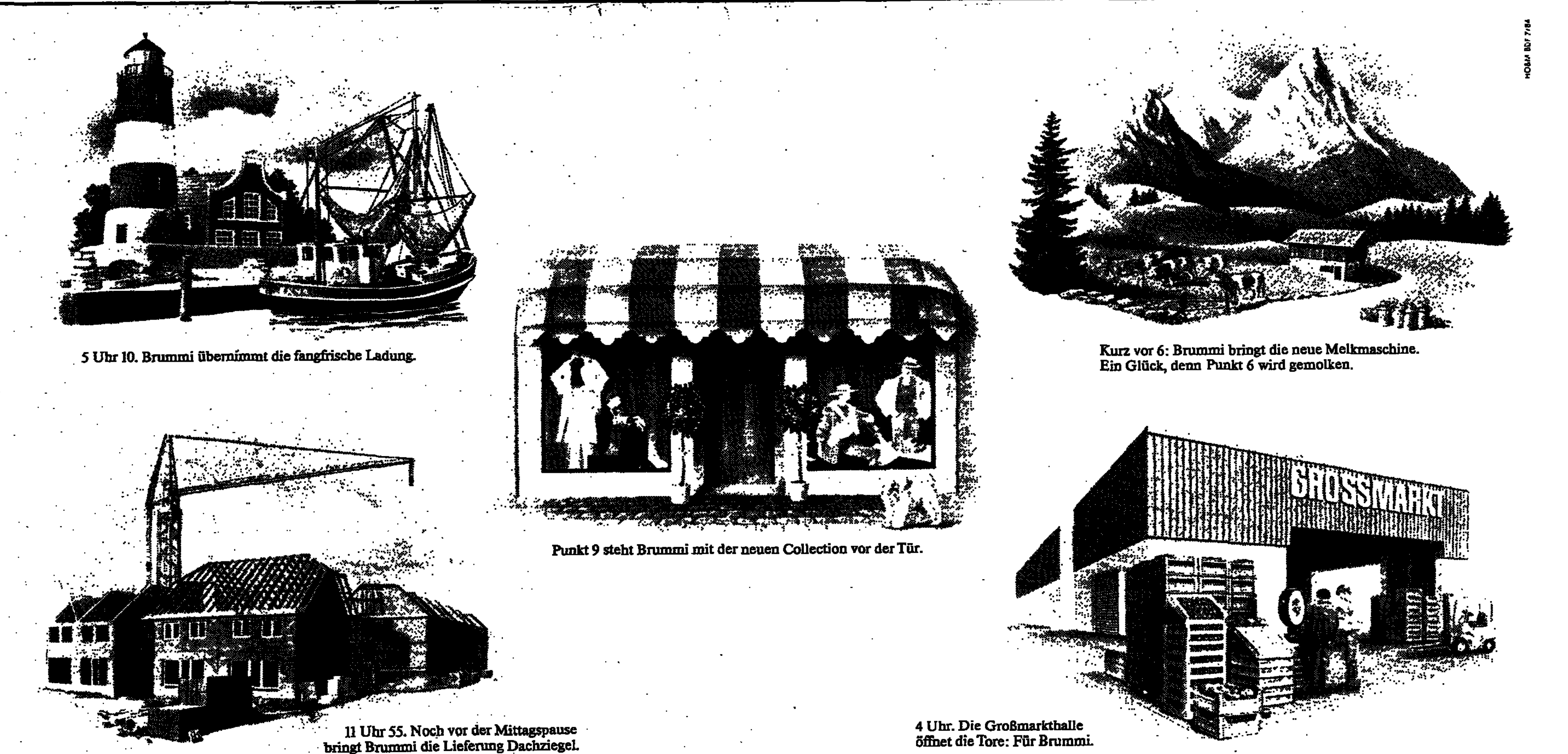
**Bonn** (dg.) – Mit einer Dokumentation über „Steinzerfall" hat das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz (Bundesministerium des Innern, Hohe Str. 67, 5300 Bonn 1) eine neue Faltblattserie zu Einzelthemen der Denkmalpflege gestartet. Der Text informiert über Ursachen und Ausmaße des durch Luftverunreinigungen beschleunigten Verfalls unersetzlicher Kulturgüter und ist mit eindrucksvollen Fotos versehen. Die Gesamtschäden beziffert Bundesbauminister Oscar Schneider auf drei bis vier Milliarden Mark jährlich.

### Datenbank-Kongreß

**Frankfurt** (wat) – Während in den USA Datenbankdienste regelmäßig von mehr als 500 000 Kunden in Anspruch genommen werden, steckt diese Entwicklung in Europa noch in den Anfängen. Auf dem Datenbank-Kongreß „INFOBASE '85" vom 7. bis 9. Mai in Frankfurt *wird deshalb erstmals in Europa* der neueste Entwicklungsstand auf diesem Sektor allgemein verständlich dargestellt.

### Naturschutzzentrum

**Stuttgart** (gur.) – Nach Bayern, Hessen und Niedersachsen wird jetzt auch Baden-Württemberg ein „Naturschutzzentrum" erhalten. Es soll am Hauptweg zum Feldberg im Schwarzwald errichtet werden und in erster Linie der Besucherinformation dienen. Dabei wird ein Schwergewicht auf die „erzieherische Komponente" zu einem „feldbergfreundlichen Verhalten" gelegt, *um die von zwei Millionen* Besuchern jährlich ausgelöste Erosion zu stoppen. Die Baukosten (400 000 Mark) trägt das Land.




**Bei Brummi macht der Kunde den Fahrplan.**

Brummi fährt, wann Sie wollen, macht Zwischenstation, wo Sie wollen, liefert, wohin Sie wollen. Auf dem schnellsten und direktesten Weg. Ohne bürokratische Umstände. Denn hinter Brummi stehen viele tausend Unternehmer. Und die richten sich nach den Wünschen ihrer Kunden. Jeder Auftrag wird von ihnen individuell und fachgerecht ausgeführt. So landet Ihre Ware sicher und pünktlich am Ziel. Und nicht auf dem Abstellgleis.

**Brummi. Da bleibt kein Wunsch auf der Strecke.**




Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF).

# Unruhe vor dem Ende der Nachkriegszeit

## Zum vierten Band der Geschichte der Bundesrepublik

Wohl für die meisten Zeitgenossen erscheinen in der Rückschau auf die selbst erlebte Geschichte der Bundesrepublik die sechs Jahre der Regierungen Erhard und Kiesinger als eine „*Periode des Übergangs*" zwischen der durch Persönlichkeit und Politik des ersten Bundeskanzlers scharf konturierten „Ära Adenauers" *und der Zäsur, die die Übernahme* der Regierungsverantwortung durch die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler *Brandt 1969 bedeutete.*

In welchem Ausmaß indessen tatsächlich den sechs Jahren des vermeintlichen bloßen „*Übergangs" nicht nur – wie jeder Epoche in*

Klaus Hildebrand:
**Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969**
Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher. Bd. IV der Geschichte *der Bundesrepublik Deutschland in fünf* Bänden. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, und F. A. Brockhaus, Wiesbaden. 531 S., Subskriptionspreis Halbleder 220 Mark, Leinen 168 Mark.

der Geschichte – ein Eigengewicht zukommt, sondern wie notwendig, ja, zum Verständnis der folgenden Jahrzehnte bis in unsere Gegenwart unumgänglich die genaue Kenntnis dieser *Zeit ist, um zu ermessen*, was die damals eingetretenen tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen Entwicklung, in der innenpolitischen Szene, in der internationalen Stellung der Bundesrepublik, vor allem aber im geistigen Klima und in der politischen Kultur Westdeutschlands mit sich brachten und welche Konsequenzen sie hatten, zeigt in anschaulicher Klarheit, begrifflicher Prägnanz und scharfsinniger Reflexion der vorliegende vierte Band aus der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland". Er schließt unmittelbar an die Bände 2 und 3 an, in denen Hans-Peter Schwarz die „Ära Adenauer" umfassend darstellte und interpretierte (s. WELT v. 26. Januar 1984).

Hildebrand war im Vergleich damit die ungleich schwierigere Aufgabe zugefallen, eine nicht so eindeutig durch eine überragende Gestalt geprägte Epoche darzustellen, die auch nicht durch ein einziges großes Thema – wie im Falle der sozialliberalen Koalition durch ihr ost- und deutschlandpolitisches Programm – zu charakterisieren ist, das sich quasi von selbst als Mittelpunkt der Darstellung und Analyse anbietet. Ungeachtet dieser Schwierigkeit und der Tatsache, daß es praktisch keine wenigstens leitfadenartige Skizze gab, an der sich der Autor im Groben hätte orientieren können, so daß er sich alles erst aus den einerseits zahlreichen, andererseits aber (wie es in der Zeitgeschichte oft der Fall ist) nur zum Teil „sprechenden" Quellen vor allem in den Archiven der Adenauer-, der Ebert- und der Naumann-Stiftung, in dem Archiv der Erhard-Stiftung und im Archiv Kurt Georg Kiesinger mühevoll erarbeiten mußte, ist – um das Entscheidende vorwegzunehmen – festzustellen, daß der Verfasser diese Aufgabe souverän gemeistert hat.

Entstanden ist nicht nur ein weit gefächertes Panorama des Geschehens der sechs Jahre, das in vielen Einzelheiten die zum Teil dramatischen Auseinandersetzungen in der *Innen- und Außenpolitik* der Bundesrepublik in die Erinnerung zurückruft, wobei es der Autor versteht, die Dinge stets auf *den entscheidenden Punkt hinzulenken*, sondern die Perspektive des Historikers, der die deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts voll überblickt, läßt das Ganze in die größeren historischen Zusammenhänge einfügen.

Oft sind es kleine Zwischenbemerkungen, Vergleiche und behutsam ausgezogene Kontinuitätslinien, die dem Leser die Augen dafür öffnen, worum es in den großen Konflikten, etwa in der Diskussion zwischen den auf die USA als Hauptschutzmacht der Bundesrepublik *blickenden* „Atlantikern" und den die enge Verbundenheit mit Frankreich betonenden „Gaullisten", ging. Hier holte das „Options"-Problem, das die Geschichte der deutschen Großmacht seit der Bismarck-Zeit durchzogen hatte, die Bundesrepublik ein, dem sie in den „besten" Jahren der „Ära Adenauer" 1955 bis 1958 entronnen zu sein schien.



**Führte Deutschland in die Moderne: Abgang des oft unterschätzten Kanzlers Erhard**
FOTO: SVEN SIMON

Überhaupt zeigt Hildebrand, wie in den sechziger Jahren zum einen die Vergangenheit, *und das hieß zunächst*: die nationalsozialistische Vergangenheit, die in der Zeit des „Kalten Krieges" schon fast als „bewältigt" gegolten hatte, wieder zur bedrückenden Gegenwart wurde, wie aber auch die von Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht" ausgelöste Diskussion um die Kontinuität einer expansiven deutschen Außenpolitik seit der Wilhelminischen Ära die historisch-politische Diskussion in viel *grundsätzlichere Dimensionen vorantrieb*, als dies in den fünfziger Jahren der Fall gewesen war.

Hildebrands Darstellung ist um historische Gerechtigkeit in einem heute selten anzutreffenden Maße bemüht. Dies gilt in besonderem Maße für das Urteil über die Kanzlerschaft Ludwig Erhards. Unter Abwägen aller Vorzüge und Schwächen dieser kurzen „liberalen Ära" kommt er zu dem Fazit, daß „Überzeugungskraft und Wirkungen seiner gesellschaftspolitischen Botschaft ... Erhard in die Reihe derjenigen *nicht zahlreichen Politiker (rücken)*, die Deutschland bewußt und mächtig in die Moderne geführt, ja gestoßen haben".

Den Leistungen der Regierung der „Großen Koalition", vor allem der Überwindung *der Rezession 1966/67 (ein Kapitel, das* demonstriert, in welchem Maße sich der Autor in die ihm an sich ferner liegende Materie der Wirtschaftspolitik eingearbeitet hat), den sozialen Reformen und den Bemühungen um außenpolitische Balance wird Hildebrand in einem ähnlichen Maße gerecht, wie er die allmähliche Formierung eines neuen ost- und deutschlandpolitischen Konzepts in der oppositionellen FDP und – zunächst in Teilen – der SPD in ihren einzelnen Etappen umreißt.

*Erwecken in den genannten Hauptteilen* die Sachkundigkeit des Verfassers, seine Ausgewogenheit und die Treffsicherheit des Urteils, sein Bemühen um historisches „Verstehen" und zugleich das Beziehen von Positionen, die weithin konsensfähig sind, den Gesamteindruck, es handele sich hier bereits um ein „klassisches" Werk, das wohl im Detail, aber kaum mehr in den Grundzügen korrigiert oder modifiziert werden kann, so spürt man in einem Kapitel, dem nach Auffassung des Rezensenten wichtigsten, welch ungeheure Anstrengung es den Autor gekostet *haben muß*, hier in gleich disziplinierter Weise zu schreiben. Gemeint ist das letzte Kapitel (vor den resümierenden Schlußbetrachtungen „Rückblick auf die sechziger Jahre"): „Vom Geist der Zeit: Zwischen *‚juste milieu'* und neuer Unruhe".

Hier geht es um die geistige „Gezeitenwende" in der Mitte der sechziger Jahre, die die eigentliche „*Nachkriegszeit" ablöste und* in der „der Grundkonsens zu zerbrechen drohte, auf den die Bonner Demokratie sich stützte". Dabei erteilt der Verfasser allen heute immer noch (oder schon wieder) grassierenden Verklärungen dessen, was als „fruchtbare Unruhe der kritischen Jugend" in gespielter Naivität umschrieben wird und in Wahrheit einen ganz tiefen, den Rückfall in die Primitivität markierenden „kulturrevolutionären" Einschnitt mit verheerenden Auswirkungen – über die Universitäten hinaus – in vielen Lebensbereichen bedeutete, *eine schneidende Absage.*

Mit solcher Klarheit ist noch nirgends über die von hier ausgehende vernebelnde „Faschismus"-, „*Kapitalismus*"- und „System"-Kritik gehandelt worden. An diesem Kapitel werden sich zweifellos die Geister scheiden. Dem Verfasser aber gebührt nicht nur für sein Werk insgesamt, sondern gerade auch für diesen Teil, der in stärkstem Maße das enthält, was von den sechs Jahren der scheinbaren „Periode des Übergangs" heute noch weiterwirkt, aufrichtiger Dank.

ANDREAS HILLGRUBER

# Pioniere, Feldschere, Freikorps

## Zwei neue Arbeiten über das altpreußische Heer

Das heutigen Zeitgenossen geläufige Bild der Armee des größten Preußenkönigs ist von einem einzigen Künstler und seinem Werk „Die Armee Friedrichs des Großen, gezeichnet und erläutert von Adolph Menzel", geschaffen worden. So sehr der nicht nur bei militärischen Sujets brillante Künstler sich auch um akribische Genauigkeit bei der Darstellung bemühte, konzentrierte sich sein Interesse doch fast ausschließlich auf Infanterie und Kavallerie. Was zwar weniger spektakulär, aber auch schon damals für die Kriegsführung unverzichtbar war – Artillerie, Pioniere, Nachschub, Sanitätswesen, Militärseelsorge etwa –, wurde von ihm nur sehr begrenzt beachtet und dargestellt.

Diese Lücke füllt nun Hans Bleckwenn, ein international anerkannter Kenner der preußischen Armee, der schon



**Preußischer Generalquartiermeister**

mit anderen Werken (etwa dem herrlichen Bildband „Unter dem Preußen-Adler") auch einer breiten Öffentlichkeit bekanntgeworden ist. Unter ausgiebiger Verwertung und gegenseitiger Abwägung der Genauigkeit alter Darstellungen und Texte zeigt er die Uniformierung der friderizianischen Armee, wie sie wohl gewesen ist. Dabei werden erstmalig auch die technischen Truppen und Versorgungseinheiten ebenso wie die kurzlebigen, malerischen Freikorps, *Garnisonseinheiten und „Landwehrtruppen"* komplett bildlich dargestellt.

Was hier vorliegt, ist das Ergebnis von *rund fünfzig Jahren Beschäftigung* des Autors mit dem Stoff. In der Reihe „Das altpreußische Heer – Erscheinungsbild und Wesen" stellten die bisher 13 Textbände über praktisch jeden Aspekt des Themas ebenso wie die drei Uniformbände das Optimum dar, obgleich bewußt nicht auf die künstlerische Darstellung, sondern auf die genaue Zeichnung Wert gelegt wurde.

Angeboten werden die Uniformbände in zwei Varianten. Die eine, großformatige, bietet der Biblio Verlag, Osnabrück, an. **„Uniformen der Infanterie 1753–1786"** kostet 1200 Mark. **„Uniformen der Kavallerie, Husaren und Lanzenreiter"** und **„Die Uniformen der preußischen Technischen Truppen. Rückwärtige Dienste und Kriegsformationen 1753–1786"** kosten je 920 Mark.

Für den schmaleren Geldbeutel ist die Ausgabe der drei Werke in einer vierbändigen Taschenausgabe (Verlag Die bibliophilen Taschenbücher, Dortmund) zu 128 Mark gedacht. Bei etwas gerafftem Text *ist auch in ihr das gesamte Bildmaterial* (rund 300 farbige Abbildungen) des in dieser Art einmaligen Werks enthalten.

HENK OHNESORGE

# Zwischen Norm und Moral

## „Das Recht und die soziale Gruppe" von Wolfgang Hirsch

Auf mit 1615 Anmerkungen versehenen, eng bedruckten Seiten legt der Jurist, Historiker und Sozialwissenschaftler Wolfgang Hirsch ein Buch vor, das sich wohl als sein Lebenswerk bezeichnen läßt. Weit ausholend, jede Aussage nachweislich belegend, keine der grundlegenden Theorien bedeutender Soziologen von Giambattista Vico über Hegel und Marx bis Max Weber übergehend, versucht er, eine Synthese zwischen Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie herzustellen.

Diese so einfach klingende Feststellung könnte entweder meinen lassen, es handele sich um ein Werk von rein partikularem

Wolfgang Hirsch:
**Das Recht und die soziale Gruppe**
*Versuch einer Rechtssoziologie auf der* Grundlage empirischer Philosophie. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart. 472 S., 39 Mark.

Interesse oder um eine kämpferische Auseinandersetzung zwischen Philosophie und Soziologie, wie sie seit dem Aufkommen der Soziologie bereits mehr als oft unternommen und seit geraumer Zeit ad acta gelegt *wurde. Doch dem* ist nicht so, weil Hirsch das dem Recht, beziehungsweise den Rechtsnormen unterliegende Philosophische und Soziologische nicht an diese heranträgt, sondern die normative Natur des Rechts wie des Gesetzes aus der Sache selbst heraus als gegeben hinnimmt.

Damit eröffnet er sich den Weg zur Analyse des philosophischen Hintergrunds von Weltanschauungen, von denen diejenigen kleineren oder größeren Gruppen beeinflußt waren, die hier oder dort ein Rechtswesen begründet haben. Indem er diesem dreistufigen Weg das unumgängliche Evolutionäre des *Geschichtlichen hinzufügt*, erreicht er den Nachweis einer Interrelation, bei der das Recht beziehungsweise die jeweiligen Gesetze in Beziehung zu bestimmten Gruppen stehen und das Recht beziehungsweise die jeweiligen Gesetze selbst wiederum das Entstehen bestimmter Gruppen oder Gruppierungen fördern.

Damit erhebt sich die Frage, inwieweit *historische Realitäten, wie beispielsweise* Religion oder Staat, in der Lage sind, neben äußerem auch inneres Gruppenverhalten durch erkennbare Imperative, sei es direkt oder indirekt, zu regeln. Zwar kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine derartig ausgerichtete Regelung immer wieder versucht worden ist; allerdings in einer Weise, bei der durch die Bindung an das Normative (und seine Sprache) Inneres und Äußeres nicht mehr erkennbar voneinander zu unterscheiden sind, was jenen sozialen Gruppenzusammenhalt schwächt, der so oft zur Er*haltung von Religion oder Staat* heraufbeschworen wurde und stets noch wird.

Genau an diesem Punkt setzt der Autor in seinen fast die gesamte Rechtsgeschichte in bezug auf Religion und Staat durchlaufenden Überlegungen an. Ist es letztendlich doch sein Ziel, Erkenntnis darüber zu erlangen, wo die Abgrenzungen zwischen ge-



**Wolfgang Hirsch**
FOTO: WILHELM PREIM

setzlichen Normen gegenüber moralischen Akten, Äußerungen bloßer Moral sowie der gruppenspezifischen Verinnerlichung von Moral gelegen sind. Dieser, vor allen Dingen für das Wissen um die Alltagsmoral und ihren Wandel bedeutungsvoller Suche haben sich seit Jahrhunderten Rechts-, Religions- und Staatsphilosophen gewidmet – jedoch meist aus einer über der Sache schwebenden Sicht.

Wolfgang Hirsch ist das Verdienst zuzusprechen, diesbezüglich den gewiß mühsamen, dafür aber auch klärenden Weg von der Philosophie über das Historische und Soziale zurück zur Philosophie gegangen zu sein: Er relativiert das Abstrakte ins Menschenbezogene.

ALPHONS SILBERMANN

# Einheit nur auf dem Papier

## Rudolf E. Bollinger über die Lage der Jemen-Staaten

Nach *zahlreichen Reisen erweist sich* Bollinger als ein guter Kenner der beiden Jemen-Staaten, deren politische Machtkämpfe mit Quer- und Winkelzügen bis zu Attentat und Mord von außen schwer einzusehen sind. Der Kampf um die Positionen im strategisch wichtigen Südarabien wird zudem von auswärtigen Mächten wie Saudi-Arabien und der Sowjetunion geführt, die ihre Karten gern bedeckt halten.

Als Mittelsmann hat Bollinger an der Entscheidung der Regierung in Aden (Volksrepublik Südjemen) mitgewirkt, die fünf nach der Lorenz-Entführung 1975 freigelassenen Terroristen aufzunehmen. Auch auf Seiten der Republik im Norden spielte er

Rudolf E. Bollinger:
**Revolution zur Einheit**
*Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg.* 352 S., 36 Mark.

eine aktive Rolle, was einen profunden Kenntnissen von Land und Leuten zugute kommt.

Allerdings irrt der Verfasser, wenn er den Zeitpunkt des ägyptischen Eingreifens nach der Revolution im Nordjemen 1962 um zwei Jahre hinausschiebt. Schon im Oktober 62 stand das ägyptische Expeditionskorps mit Panzern und Flugzeugen im Kampf gegen die Bergstämme der Royalisten. Und ob die Besetzung der großen Moschee in Mekka 1979 ein „von allen Schichten des arabischen In- und Auslandes getragener Staatsstreich" *gegen das Königshaus der Saudis war*, ist sehr zweifelhaft.

*Optimistisch sieht der Jemen-Spezialist* die beiden so verschiedenen Republiken schon „auf der Zielgeraden zur Wiedervereinigung", von der man nach einer jahrhundertelangen Trennung eigentlich kaum sprechen kann. Ein Jemen-Staat, vielleicht föderativ gegliedert und gelöst aus dem Einfluß der Saudis (Nordjemen) und der Sowjets (Südjemen), wäre der bevölkerungsreichste und fleißigste Staat der arabischen Halbinsel und ein neutraler Garant für die Zugänge zum Roten Meer und Indischen Ozean.

Zweifellos, doch gerade deshalb bleiben die Vereinigungspläne seit 1979 Papier, auch wenn schon eine Staatsflagge und Sanaa als *Hauptstadt bestimmt sind. Die Sowjetunion* läßt eine Wiedervereinigung doch nur mit kommunistischer Machterweiterung und Beibehaltung ihrer Stützpunkte wie in Vietnam zu, während die Saudis und die Stämme im Nordjemen auf einer islamischen Republik Jemen ohne Sozialismus bestehen und das Risiko sowjetfreundlicher Unterwanderung fürchten. Zu Recht macht der Autor den Saudis einen Vorwurf, daß sie das enge Bündnis zwischen Aden und Moskau nicht verhindert haben.

Es trifft sicherlich zu, daß im Südjemen die Ablehnung der Sowjets wächst, daß man dort die Vereinigung mit Nordjemen ohne kommunistische Kader sucht. Doch bislang *haben es die Sowjets in Aden noch immer* verstanden, ihre Machtbasis in Regierung und Staatspartei zu sichern. Die Einheit des ganzen Jemen bleibt vorerst ein Traum.

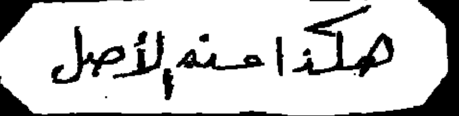
PETER M. RANKE

**Der Herr auf Reichmannsdorf**

Wie lebt es sich heute eigentlich in einem Barockschloß? Wie wohnt man mit feudalen Raumfluchten, repräsentativen Galerien und überdimensionierten Treppenhallen? Freiherr von Schrottenberg, Herr auf Schloß Reichmannsdorf in Franken, schloß für uns sein Schloß auf. Nehmen Sie doch an dieser exklusiven Führung teil. Im neuen Architektur & Wohnen.
Und natürlich bietet Ihnen das Journal für internationalen Lebensstil noch einiges mehr. Auf höchstem Niveau:

- Interieurs, Häuser, Architektur: Klassische Landhäuser in England · Besuch bei Jeanne Moreau Zürich: Alter Rahmen für junges Design ...
- Garten, Gastlichkeit, Lebensstil: Golfen im Gutspark · Kleines Fest für 6 Personen · Gartenhäuser: Nostalgie im Grünen ...
- Das besondere Thema: Häuser in freier Natur.
- Design und Innenarchitektur: Baderäume für Sportliche · Magazin: Ideen und Produkte · Ausstellungskalender ...
- Kunst und Antiquitäten: Die fabel-haften Möbel des Malers Rigot · Hohe Schule der Textilrestaurierung · Trends und News ...
- **Neu! Architektur & Wohnen jetzt mit exklusiven Immobilienangeboten.**



# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Bonn und die Schlesier

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

zunächst möchte ich Axel Springer ein großes Kompliment aussprechen für seinen Artikel „Schlesien" in der WELT vom 21. Januar. Alles darin Ausgesprochene kann man nur uneingeschränkt bejahen. Wenn unsere Politiker alle nach diesen Grundsätzen handeln würden, hätte man nicht soviel Charakterlosigkeit zu bedauern.

Ganz im *Gegensatz dazu* stehen jetzt leider die maßlosen Rundumschläge des SPD-Fraktionsführers Hans-Jochen Vogel zum Thema Schlesiertreffen. Auch als Nicht-Heimatvertriebener kann man nur – milde gesagt – staunen über Vogels These, Deutschland habe Schlesien verspielt.

Hier habe ich unwillkürlich die Deutschlandkarte der SPD des Jahres 1964 vor Augen unter dem Motto „Verzicht ist Verrat". Damals, unter der Riege Ollenhauer/Erler, wurde noch nicht auf die Ostgebiete verzichtet, deren Zugehörigkeit ja auch erst in einem Friedensvertrag endgültig geregelt werden soll. Aber diese SPD ist ja auch nicht mehr diejenige Kurt Schumachers. Politiker wie Brandt, Bahr, Ehmke, Eppler, Lafontaine, nicht zu vergessen unser „famoser" Bundesaußenminister Genscher, der die Ostpolitik Brandt/Bahr fortsetzt, bestimmen heute den Kurs der SPD.

Kurt Schumacher würde sich im Grabe umdrehen, wenn er diese Tragödie seiner Partei miterleben würde!

*Mit freundlichen Grüßen*
*W. Kühn,*
*Düsseldorf*

*

*Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,*

der Herr Bundeskanzler hätte seine „nachgeschossene" Rüge an Herrn Dr. Hupka und an die deutschen Heimatvertriebenen besser unterlassen sollen. Sie ist meines Erachtens vom deutschen Standpunkt aus würdelos, und ähnliches wäre zum Beispiel bei Polen in gleicher Lage völlig undenkbar. Herr Dr. Kohl braucht uns Heimatvertriebenen, die wir gerade in die Union immer noch vom deutschen Standpunkt aus eine gewisse Hoffnung setzten, auch nicht immer wieder mit erhobenem Zeigefinger den Wunsch nach Verständigung und Aussöhnung mit den polnischen Nachbarn anzuempfehlen. Das ist seit jeher für uns gegeben, zumindest der Wunsch nach Verständigung.

Zur Aussöhnung gehört jedoch die Anerkennung der vollen Wahrheiten, auch bei den Polen: Nämlich, daß die von ihnen besetzt gehaltenen und gegen das Völkerrecht fremdbesiedelten deutschen Ostprovinzen nach Geschichte, Kultur und Aufbauleistung nun einmal rein deutschen Charakter haben und daß, solange die Erinnerungen an die NS-Verbrechen ständig und weiterhin kultiviert werden, auch die polnischen Untaten seit 1939 und erst recht nach 1945 nicht einfach ungeschehen gemacht werden können.

Unserem Kanzler, der in Zukunft scheinbar gern auf die Stimmen Hunderttausender aufrechter Deutscher verzichten will, seien in einer stillen Stunde einmal die erschütternden Einzelberichte aus der nun wieder für jedermann zugänglichen (von der Brandt/Scheel- und der Schmidt/Genscher-Regierung unter Verschluß gehaltenen) Dokumentation der Vertreibungen zur Zeit der Adenauer-Regierung (Deutscher Taschenbuchverlag) zur Lektüre empfohlen, ebenfalls eine Reise durch Schlesien.

*Mit freundlichen Grüßen*
*W. v. Koerber,*
*Eckernförde*

*Sehr geehrte Redaktion,*

unser Bundeskanzler, Herr Dr. Helmut Kohl, hat in seiner Amtszeit viele unglückliche Positionen durchstehen müssen. Jedoch mit dem Streit um das Motto „Schlesien bleibt unser" dürfte er Millionen Vertriebene, die an ihrer Heimat hängen, vor den Kopf gestoßen haben. Es kann doch nicht Revanchismus sein oder zu Mißverständnissen führen, wenn ein Oberschlesier sagt: Schlesien bleibt mein.

Wie schwach ist denn der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesiens? Mit unserer Veranstaltung rufen wir jedes Jahr nur das wach, was eigentlich seit Jahrzehnten an unseren Schulen hätte wachgehalten werden müssen und rücksichtslos vernachlässigt wurde.

Ich fasse die Änderung des Mottos als ein Diktat auf, nur um den Bundeskanzler als Sprecher zu gewinnen. Sind wir in Deutschland schon wieder so weit, daß wir an den Lippen eines Vorbeters kleben? Herr Kohl hat der Sache nicht gedient.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Ch. Weidlich,*
*Berlin 15*

## Nur Publicity?

**„Länder-Minister stellen Smogverordnung in Frage"; WELT vom 22. Januar**

*Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,*

es ist wirklich „atem-beraubend"! Bei der Behandlung des Smog-Problems im Ruhrgebiet demonstriert uns die SPD-Landesregierung, wie einfach es ist, „alle Räder stillstehen zu lassen", wenn man nur auf vordergründige Publicity setzt. Orwell '84 ist tot, es lebe Farthmann '85.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen, aber auch die Länderumweltminister jedweder Couleur sollten einmal tief „durchatmen", ihre Show-Veranstaltungen abblasen und sich endlich klar werden, daß eine wirkungsvolle Umweltpolitik keine „Buchhalter-Mentalität" verträgt.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. G. Wolff,*
*Icking*

## Mit Empörung

**„Symbol der Versöhnung in Schutt und Asche"; WELT vom 22. Januar**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

mein Zorn und meine Empörung über die Sprengung des Mahnmals der Versöhnungskirche – ich habe mehrere Male bei Berlin-Besuchen dort an der Mauer gestanden – richten sich auch auf die Versöhnungskirchengemeinde in West-Berlin.

Ohne ihre großzügige Schenkung an das Ostberliner Konsistorium der evangelischen Kirche wäre es wohl nicht zu dieser Sprengung gekommen. *Das Mahnmal der Versöhnungskirche* stand für mich weniger zur Versöhnung mit Gott als vielmehr für die Versöhnung der Menschen zwischen Ost und West.

Ohne Hintergründe und Motive der Schenkung zu kennen, frage ich mich: Welcher Teufel hat die Westberliner Versöhnungskirchengemeinde geritten?

*Mit freundlichen Grüßen*
*H. Herbst,*
*Hamburg 73*

## Nicht abgeraten

**„Lehrstück"; WELT vom 18. Januar**

Am Ende des Artikels ist mir die Wut hochgekommen: Es ist unglaublich, fahrlässig und jeder guten journalistischen Tradition widersprechend, wie hier einseitig und mit unvollständigen Informationen einem Vorurteil gegenüber arbeitslosen Lehrern Vorschub geleistet wird!

Falsch ist, daß die Lehrer schon vor ihrem Studium die Entwicklung hätten erkennen können. Richtig ist: Als einige Kollegen und ich 1973 in Düsseldorf mit dem Lehrerstudium (Deutsch/Philosophie) begannen, wurde uns weder von der Fachberatung an der Uni noch von der Arbeitsberatung des Arbeitsamtes von diesem Studium abgeraten. So ist es nicht nur in Düsseldorf gewesen.

Weiter: Der Autor verschweigt, daß es sich bei den angebotenen Ein- bis Drei-Jahres-Verträgen durchaus nicht nur um volle Stellen handelt, sondern zum großen Teil um halbe und Zweidrittel-Stellen. Einem Lehrer, der in Bielefeld wohnt und einen mittelfristig sicheren, einigermaßen gut dotierten Arbeitsplatz, wenn auch nicht als Lehrer, gefunden hat, kann man es kaum übelnehmen, wenn er es ablehnt, für ein Jahr eine halbe Stelle in Aachen anzunehmen, um danach wieder arbeitslos zu sein. Hier ist allerdings auch dem Kultusminister ein Vorwurf zu machen, weil er bei Stellenangebot und -vergabe nicht für die nötige Transparenz gesorgt hat.

So wird durch unvollständige Berichterstattung des Herrn Philipps aus der flexiblen Haltung und Eigeninitiative der Kollegen (sich andere Arbeit zu suchen und nicht nur von der Arbeitslosenhilfe zu leben) ohne viel Aufhebens eine fehlende Motivation für den Lehrberuf.

Weiter: Es gibt in der Tat Kollegen, die an der Volkshochschule Lehraufträge haben. Nur, und das wird wieder verschwiegen, handelt es sich in den meisten Fällen um Lehraufträge zwischen vier und acht Wochenstunden, wobei das verdiente Geld bis auf einen minimalen Freibetrag auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird. Viele Kollegen haben neben der Volkshochschule noch zwei oder drei andere Jobs, um über die Runden zu kommen. Und Nachhilfestunden? Wem ist denn hier der Vorwurf zu machen? Den arbeitslosen Kollegen oder den Verantwortlichen der Bildungspolitik, die dafür sorgen, daß immer mehr Schüler Nachhilfe benötigen, so daß die kommerziellen Nachhilfe-Institute immer prächtiger gedeihen?

Zum guten Schluß: Ich lade Herrn Philipps im Namen der „Initiative arbeitsloser Lehrer Mönchengladbach/Viersen" ein, sich am 16. 3. 1985 auf dem landesweiten Kongreß „Lehrerarbeitslosigkeit '85" in Mönchengladbach umfassend zu informieren, um in Zukunft kompetente und sachgerechte Diskussionsbeiträge liefern zu können. Dieser Artikel war ein Lehrstück, wie es nicht gemacht werden sollte!

*Mit freundlichen Grüßen*
*M. Klosak,*
*Mönchengladbach 1*

### Wort des Tages

„Der Beherzte ist auf die Erfüllung ähnlich bedacht, wie der Dachdecker sich vornimmt, ein Dach zu decken: Beide trachten nicht danach, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, und lassen sich doch durch die Gefahr nicht abschrekken."

**Jean de La Bruyère; französischer Moralist und Autor (1645–1696)**

# Personalien

### EHRUNGEN

Der Musiker **Helmut Zacharias** (65) hat aus der Hand des Regierenden Bürgermeisters **Eberhard Diepgen** das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Die Ehrung war dem weltbekannten Violinvirtuosen aus Berlin für seine „besonderen Verdienste um die gehobene Unterhaltungsmusik" und für seine Teilnahme an vielen Wohltätigkeitsveranstaltungen zuteil geworden.

*

Der „Große Kunstpreis Berlin 1985", der für ein Lebenswerk in Anerkennung überragender künstlerischer Leistungen zuerkannt wird, ist an die 44jährige Schriftstellerin **Brigitte Kronauer** aus Hamburg verliehen worden. Die mit 30 000 Mark dotierte Auszeichnung wird alljährlich am 18. März in Erinnerung an die Gefallenen der März-Revolution von 1848 überreicht. Die Jury für den diesjährigen Großen Berliner Kunstpreis, der in der Sparte Literatur als „Fontane-Preis" vergeben wird, bestand diesmal aus **Hans Bender, Helmut Heißenbüttel** und **Heinrich Vormweg**. Die Jury würdigt Brigitte Kronauers „Werk von authentischer Menschlichkeit, das einen Weg zeigt, heute und von heute zu erzählen".

*

Der R[illegible] Nürnberger T[illegible]stalt für Arbeit in Nürnberg wird für das Jahr 1984 für drei Bücher zu gleichen Teilen vergeben. Die Preisträger sind **Klaus Fütterer** für sein Buch „Streit um die Arbeit", **Elisabeth Noelle-Neumann** und **Burkhard Strümpel** für „Macht Arbeit krank? – Macht Arbeit glücklich?" und **Udo Ernst Simonis** für „Mehr Technik – weniger Arbeit?". Präsident **Heinrich Franke** wird den mit 15 000 Mark dotierten Buchpreis am 5. März in Nürnberg überreichen. Die Jury begründete ihre Entscheidung für die Preisträger 1984 vor allem mit dem Verdienst, eine hochaktuelle gesellschaftspolitische Fragestellung aus der wissenschaftlichen Diskussion hinaus an breitere Leserschichten herangetragen zu haben. Damit werde den Absichten des Buchpreises besonders entsprochen. Der „Nürnberger Trichter", der das „Lesen für den Beruf" fördern will, wurde zum 50jährigen Bestehen der deutschen Arbeitsverwaltung 1977 gestiftet. Bisher wurde der Preis an 18 Autoren verliehen.

### VERANSTALTUNG

Mit einem Bonn-Krimi stellte sich in der Bundeshauptstadt der frühere Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium **Georg Cordts** der Öffentlichkeit vor. Der Beamte war zehn Jahre lang als Ministerialdirektor für die Bereiche Personal, Haushalt und Management tätig, ehe er beim letzten Bonner Regierungswechsel und dem Wechsel von Landwirtschaftsminister **Josef Ertl** zu Minister **Ignaz Kiechle** in den Stand des hochbezahlten „Bonner Spaziergängers", nämlich in den einstweiligen Ruhestand, versetzt wurde. Cordts schrieb den Krimi unter dem Pseudonym **Georg R. Kristan**. Der Titel seines ersten Kriminalromans lautet „Das Jagdhaus in der Eifel".

In der Bonner Buchhandlung Bouvier stellte Cordts seinen Erstling vor: Der Buchinhalt befaßt sich mit dem Schicksal einer Sekretärin in einem fiktiven Bonner „Europaministerium", die ermordet wird. Der leere Panzerschrank läßt zunächst einen Spionageverdacht aufkommen. Ein Kommissar Walter Freiberg wird später aufdecken, daß die Spuren des Mordes in die Eifel führen, wo angeblich in einem Jagdhaus lockere Partys gefeiert wurden. Die Kenntnis des Bonner Milieus soll dem kleinen Bonn-Krimi seinen besonderen Reiz verleihen. Der aufs vorläufige Altenteil geschickte Ministerialdirektor, der vor seiner Tätigkeit im Bonner Landwirtschaftsministerium im Bundesministerium der Finanzen tätig war, hat bereits ein zweites Buch dieser Art in Planung. Erschienen ist „Das Jagdhaus in der Eifel" im Wilhelm Goldmann Verlag.

FUSSBALL / 0:1-Niederlage gegen Ungarn – Das Sorgenkind ist der Angriff Völler/Rummenigge

# Die Wandlung des Erfolgsmenschen Beckenbauer: Ergebnisse von Freunschaftsspielen „wurscht"

ULRICH DOST, **Hamburg**

Es fällt schwer, einem wie Franz Beckenbauer, der doch für Erfolg und Aufstieg steht, abzunehmen, daß ihn eine Niederlage innerlich nicht fürchterlich erregen könne. Beckenbauer, der Erfolgsmensch, scheint sich aber eine eigene Welt aufgebaut zu haben, die er säuberlich in Kategorien aufgeteilt hat. Eine ganze Fußball-Gemeinde ist gezwungen, umzudenken, will sie das noch begreifen, was im deutschen Fußball passiert.

Also sprach der Teamchef, seit sieben Monaten im Amt, nach dem 0:1 gegen die Ungarn im Hamburger Volksparkstadion: „Freundschaftsspiele interessieren micht nicht, das Ergebnis ist mir wurscht. Die Freundschaftsspiele sind nur für Experimente gut, dies werden wir auch weiterhin tun. Wer nach diesem Spiel sein Selbstvertrauen verloren hat, der ist eh keiner." Wer sich demnächst also eine Karte kauft, um die besten deutschen Spieler in internationalen freundschaftlichen Vergleichen zu sehen, der sollte viel Duldsamkeit mitbringen.

Franz Beckenbauer kommt es nur darauf an, das große Ziel zu erreichen. Das hat er geschafft, wenn die Teilnahme an der nächsten Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko gesichert ist. Auf diesem Weg will er gewinnen gegen die anderen vier Gruppenteilnehmer (Portugal, CSSR, Schweden und Malta). Alles andere erscheint ihm überflüssig wie ein Kropf.

Sind das die Zeichen der Zeit? Leistung nur dann, wenn es darauf ankommt. Auch Jupp Derwall, Beckenbauers Vorgänger, hat so gedacht und die Augen zu oft zugemacht. Sein Schicksal ist bekannt.

Noch hat der neue Teamchef die besseren Argumente. Was er vorausgesagt hat, ist stets eingetroffen. Bei seinem ersten Auftritt in Düsseldorf gegen Argentinien (1:3) hatte er eine Niederlage eingeplant. Beckenbauer: „Für das Qualifikationsspiel gegen die Schweden in Köln habe ich dann aber gesagt, daß nur wir gewinnen werden. Das trat ein. In Malta haben wir gar nicht erst über den Sieg gesprochen. Der war selbstverständlich. In Hamburg habe ich schon vorher gesagt, daß bei diesen Verhältnissen alles möglich ist. Der Wert dieses Spiels ist sicherlich gleich Null." Zwei Niederlagen, aber 4:0 Punkte.

Und es geht sofort weiter. Beckenbauer irritiert noch mehr. Soeben 0:1 im eigenen Land verloren, sagt er frisch von der Leber, daß er für das nächste Qualifikationsspiel am 24. Februar in Portugal einen Sieg gar nicht auf der Rechnung hat. Man wolle nur nicht verlieren, ein Unentschieden sei ein Erfolg. Ein kompakter Abwehrblock mit einem starken defensiven Mittelfeld soll das bewerkstelligen. Namen von Spielern nennt er nicht: „Was weiß ich, was in drei Wochen ist."

Nur dies weiß er heute schon sicher: Die Zeit des Experimentierens ist vorbei. Nun kennt Beckenbauer seine Möglichkeiten und Alternativen. Wer ihn heute schon auf eine Aufstellung für das Spiel in Portugal festlegen will, ist deshalb ein Narr. Er sagt: „Wir müssen sehen, was der Gegner macht, wir müssen sehen, wie die Form unserer Spieler ist. Danach werden wir entscheiden." Also sind auch die Zeiten vorbei, in denen sich die Deutschen um ihren Gegner wenig scherten und ihm das eigene Spiel aufzwangen. Heute sagt der Teamchef: „Sollen die sich etwas einfallen lassen."

Beckenbauer glaubt zu wissen, wie er zu reagieren hat. „Für einige, die wir getestet haben, ist es noch zu früh", sagt er und meint damit besonders Michael Frontzeck (Gladbach) und den Frankfurter Thomas Kroth, die in Hamburg in der zweiten Halbzeit gespielt haben. Kroths Teamkollege Thomas Berthold zog sich bei seinem Debüt als rechter Verteidiger immer besser aus der Affäre, je länger das Spiel dauerte. Er darf wiederkommen. Spielt der Gegner nur mit einer Sturmspitze, wie es die Portugiesen wohl tun werden, bilden Jacobs als Libero und Förster als Vorstopper die Innenverteidigung. Stammlibero Mathias Herget (Uerdingen) wird damit für das Mittelfeld frei.

An seinem früheren Hamburger Mitspieler Felix Magath will Beckenbauer auch weiterhin festhalten. „Der Felix war nicht überragend, aber er war gut. Wir wissen, daß er noch mehr kann", meinte Beckenbauer. Kann Magath das wirklich? In Portugal, beim Ernstfall, muß der Hamburger diesen Beweis nachdrücklich antreten, sonst steht wohl auch er zur Disposition, da mit Uwe Rahn (Gladbach) und dem Schalker Olaf Thon große Talente nachrücken.

Das Sorgenkind bleibt der Angriff, das hat nicht nur dieses Spiel gegen die Ungarn erneut bewiesen. Karl-Heinz Rummenigge und Rudi Völler, von Beckenbauer einst als Weltklasse-Duo eingestuft, sind im Nationaltrikot harmlos. In den letzten zehn Spielen schafften sie von nur elf Treffern zusammen vier. Beide schossen in Hamburg jeweils nur einmal aufs Tor. Das ist viel zuwenig. Aber auch an diesen beiden hält der Teamchef fest: „Sie bleiben erst einmal die Nummer eins. Bald wird wieder ihre Leistung stimmen." Mit Klaus Allofs kann er auch bald wieder rechnen.

Aber wie gesagt: Festlegen läßt sich Beckenbauer jetzt noch nicht. Er kann nur auf Zeit spielen und will sich kurzfristig entscheiden. Kann man wirklich nur gewinnen? Franz Beckenbauer will den Beweis antreten.

## „Der Zweck ist erfüllt"

Initiator Wolfgang Klein, Präsident *des Hamburger SV, bewertete das* Benefiz-Spiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft als Erfolg, obwohl es einen Zuschauer-Minusrekord für Länderspiele gab. „Das Spiel hat seinen Zweck erfüllt. Wenn man die schlechte Jahreszeit berücksichtigt, dann muß man auch mit den 21 000 Zuschauern zufrieden sein", sagte Klein.

Ein Erlös von rund einer halben Million Mark wird dem Hilfsfond für die Hinterbliebenen des Hamburger Barkassenunglücks vom 2. Oktober *zufließen. „Es gibt viele Menschen,* die doch Anteil nehmen. Man hat die Solidarität der ganzen Stadt gespürt", sagt Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

Durch den Kartenverkauf flossen rund 500 000 Mark in die Kasse. Dazu kamen Fernseh- und Werbe-Honorare in Höhe von etwa 150 000 Mark. Vom Brutto-Betrag werden Reise-, Unterbringungs- und Organisationskosten abgezogen, die ebenfalls 150 000 Mark ausmachen.

## NACHRICHTEN

### Neuer Vorstand

**Düsseldorf** (sid) – Der von Krisen geschüttelte Fußball-Bundeligaklub Fortuna Düsseldorf hat eienen neuen Vorstand. Auf einer außerordentlichen Mitgliedervesammlung wurde Peter Förster (38), Inhaber eines Fleischerei-Großbetriebes, zum Präsidenten gewählt. Ihm zur Seite stehen Schatzmeister Norbert Hengstermann, Heinz Hessling und Frank Wickert.

### Thiele gewählt

**Tel Aviv** (sid) – Bernhard Thiele (57) wurde in Tel Aviv auf einer Sitzung der westeuropäischen Handball-Verbände für zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Thiele ist Präsident des Deutschen Handball-Bundes.

### Olga Nemes dabei

**Barcelona** (dpa) – Der Deutsche Tischtennis-Bund ist beim 15. Europa-Top-12-Turnier in Barcelona (1. bis 3. Februar) nur bei den Damen vertreten. Für den DTTB starten die 16 Jahre alte Exil-Rumänin Olga Nemes und Kirsten Krüger.

### Sieg für Karin Jäger

**Braunlage** (dpa) – Bei den deutschen Nordischen Ski-Meisterschaften in Braunlage gewann die Olympia-Teilnehmerin Karin Jäger (Hirschau) den Titel im 10-km-Langlauf in 39:31,5 Minuten vor Gerlinde Wilke (Villingen). Beim 30-km-Lauf der Männer siegte Joseph Schneider aus Grafenau. Jochen Behle wurde nur Sechster.

### Marina Kiehl qualifiziert

**Santa Caterina** (dpa) – Die Münchnerin Marina Kiehl hat sich beim Abschlußtraining in Santa Caterina für die Weltmeisterschafts-Kombination qualifiziert. Mit diesem Wettbewerb werden heute in Bormio (Italien) die Ski-Weltmeisterschaften eröffnet.

## ZAHLEN

**TENNIS**

**Turnier in Memphis** (315 000 Dollar), Herren, 1. Runde: Becker (Deutschland) – Fibak (Polen) 6:2, 6:1. – Damen-Turnier in Marco Island (140 000 Dollar), 2. Runde: Graf (Deutschland) – Burgin (USA) 6:2, 7:6.

**MOTORSPORT**

**Rallye Monte Carlo**, Stand nach 20 von 34 Sonderprüfungen: 1. Röhrl (Deutschland) Audi Quattro 6:07:14 Stunden, 2. Vatanen (Finnland) Peugeot 205 Turbo 6:10:57, 3. Salonen (Finnland) Peugeot 6:13:13, 4. Blomqvist (Schweden) Audi 6:21:31, 5. Toivonen (Finnland) Lancia 6:22:53.

**BASKETBALL**

**Pokal**, Viertelfinale, Männer: MTV Salzdahlum – Giants Osnabrück 55:98.

**FUSSBALL**

**Freundschaftsspiele:** Uruguay – „DDR" 3:0, Raja Casablanca – Bayern München 1:4.

**SKI NORDISCH**

**Deutsche Meisterschaften** in Braunlage, *10-km-Langlauf der Damen:* 1. Jäger (Hirschau) 39:31,5 Min., 2. Wilke (Willingen) 41:54,4, 3. Baumgarten (Altenau) 42:11,9, 4. Gerhardinger (Willingen) 42:16,0, 5. Buhl (Sonthofen) 42:30,6, 6. Schmölz (Missen) 42:39,1. – **30 km, Herren:** 1. Schneider (Grafenau) 1:45:28,5 Std., 2. Zipfel (Kirchzarten) 1:48:12,9, 3. Haas (Fischen) 1:48:30,2, 4. Gebel (Hirschau) 1:48:42,5, 5. Benedikt (Oberammergau) 1:50:12,7, 6. Behle (Willingen) 1:51:17,6.

RALLYE

## Walter Röhrl im Glück

dpa, **Le Chaffaut**

Walter Röhrl entwickelt sich bei der 53. Rallye Monte Carlo zum Glückspilz. Der Regensburger profitierte gestern schon zum zweiten Mal vom Pech des Finnen Ari Vatanen und geht nach Abschluß der dritten Etappe mit einem Vorsprung von 1:58 Minuten in die letzten elf Sonderprüfungen. Ein Vorsprung, der Röhrl zum fünften Sieg reichen könnte.

Vatanen steuert mit dem Peugeot 205 Turbo in diesem Jahr zwar das überlegene Fahrzeug, doch der Finne büßte durch ein Mißgeschick seine *Führung ein. In der Nacht zum* Mittwoch kostete ein Fehler seines britischen Beifahrers Terry Harryman acht Strafminuten. Die Startzeit zur 18. Sonderprüfung war für Vatanen kurzfristig um vier Minuten verschoben worden, doch Harryman hatte diese Änderung offenbar übersehen und seine Karte zu früh stempeln lassen. Gegen die Entscheidung legte Vatanen, der zuvor bereits 3:19 Minuten Vorsprung auf Röhrl hatte, sofort Protest ein.

Bis zur Ankunft im Ziel Monte Carlo wurde nach diesem Zwischenfall aus dem Jäger Röhrl, dem die Strafe für Vatanen einen vorübergehenden Vorsprung von fast vier Minuten eingebracht hatte, der Gejagte. In jeder Sonderprüfung zwackte Ari Vatanen dem Deutschen wieder einige Sekunden ab und häufte Bestzeit auf Bestzeit. Dazu brach bei Röhrl in der letzten Sonderprüfung der dritten Etappe die Innenlenkung, wodurch er allein 59 Sekunden verlor.

STAND · PUNKT

## *Eins auf den Hut*

Der Name Behle steht für enttäuschte Hoffnungen im nordischen Skisport. Die Weltmeisterschaft hat es bewiesen. Dort trat Jochen Behle auf, als interessiere ihn allein die deutsche Meisterschaft, als müsse er sich in Seefeld auf Braunlage im Harz vorbereiten. Was dieses „Trainingslager" gebracht hat, ist ein sechster Platz, mehr nicht. Der Läufer spricht von Kreuzschmerzen. Athleten, die mit sich selbst nicht mehr klarkommen, finden immer eine Entschuldigung. Wichtig ist, was Sportwart Dietrich Martin sagt: „Das Ergebnis ist gut, denn es ist an der Zeit, daß der Jochen endlich einen auf den Hut bekommt." Gerade ein Funktionär wie Martin hätte das auch schon *vorher in klaren Gesprächen tun können.* Doch immerhin sollte Behle jetzt endlich merken, daß er am Scheideweg seiner Karriere steht: Entweder harte Arbeit ohne Wenn und Aber oder Rückzug. Die Zeiten, in denen der Ski-Langlauf in der Bundesrepublik hoffnungsfroh mit dem Namen Behle identifiziert wurde, sind vorbei.

DW

Anzeige

**Sichern Sie sich Ihren Platz**
Sonderflug mit der Lufthansa am 24. 2. 85 zum WM-Qualifikationsspiel nach Lissabon zum Superpreis von DM 883,- inklusive Flug ab Frankfurt, Eintrittskarte (Sitzplatz), Stadtrundfahrt und Abendessen. Telefonische Sofortbuchung: 0 89 / 29 90 04 od. 05.
Tour Concept Reisen
Westenriederstr. 29, 8000 München 2

SKI ALPIN / Beruf Rennläuferin – Das Beispiel der für die WM nicht qualifizierten Heidi Wiesler

# Ein Leben als Hetzjagd, elektronisch kontrolliert

MARTIN HÄGELE, **Bormio**

Zwei Tage lang lief Heidi Wiesler wütend durch die Gegend. Zwei Tage lang glaubte sie, ihre Skier nie mehr sehen zu wollen. Am dritten Tag griff sie wieder zu ihren Brettern, trainierte im Schwarzwald ganz für sich allein und stellte mit Erstaunen fest: „Plötzlich hatte ich wieder Spaß." Nein, so einfach wirft man seinen Job als Rennläuferin des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) nicht weg. Auch wenn man an einem Ziel gescheitert ist. Heidi Wiesler ist es schon zum zweitenmal passiert, daß ihr Name von der DSV-Reiseliste gestrichen wurde. 1980, vor den Olympischen Spielen in Lake Placid, bekam Pamela Behr den Platz, der ihr zuzustehen schien, diesmal, bei der WM, wurde ihr Sonja Stotz vorgezogen.

„22 Hundertstel", sagt Heidi, „dann hätte es keine Debatte um mich gegeben." Beim Riesenslalom in Mégève war sie 21. geworden, eben mit 0,22 Sekunden Rückstand auf die 15. Ein 15. Rang in einem Weltcup-Rennen war als Qualifikationsnorm festgesetzt worden. „In unserem Leben orientiert man sich nur noch nach Hundertstelsekunden und Weltcup-Punkten", sagt Heidi Wiesler.

Rennläuferin – das ist ein knallharter Beruf. Alles geht auf Zeit. Die ständige Hast von einem Weltcup-Rennen zum anderen, mit heißen Reifen über Pässe, dann die Hetze zwischen den Toren auf der Piste. Ab und zu mal, es wirkt makaber, eine Verletzungspause im Krankenhaus, gefolgt von der Angst, sich nicht mehr an die Risikogrenze heranzutrauen. Und bei all diesem Streß fast nur auf sich selbst gestellt, kontrolliert durch elektronische Uhren.

Die Mädchen mit dem Mannequin-Lächeln, die von den Plakaten ihres Ausrüsters mit der schicksten Kleidung aus Sonne und Pulverschnee grüßen – das ist nur Gaukelei, Scheinwelt der Werbung. Auch Heidi Wiesler besaß einmal solche Illusionen. Als sie 17 Jahre alt war und in den Skizirkus reinschnupperte, sagte sie: „Ich will wie die Rosi Mittermaier werden". Heute, 24 Jahre alt, sieht sie ihre Welt nüchterner: „Man fährt für sich selbst, für die eigene Persönlichkeit, die Vorbilder verblassen." Heidi Wiesler hat immer nur kleine Schritte nach oben gemacht, aber ihr blieb auch der große Absturz erspart. Ihr Wunsch und die Forderung an sich selbst: „Ich will immer unter die ersten 15 kommen." Von diesem Kriterium Platz 15 macht sie es abhängig, wie lange sie noch weiter tingelt.

Sie habe sich an das Fernfahrerdasein gewöhnt, sagt sie, an das Nomadenleben, Koffer ein- und auspacken ist zur Routine geworden. Die abendlichen Telefonate mit Freund und Familie genauso wie das Autofahren. Auf den 50 000 Kilometern im Jahr wechselt sie sich hinterm Steuer mit Regine Mösenlechner und dem Servicemann Hans ab. „Immer Vollgas, so heiß, wie es mit einem Mercedes-Diesel eben geht."

Bei Marina Kiehl, dem neuen Star im DSV-Team, ging alles steiler und schneller. Sie sei im Sauseschritt in die Weltelite gedüst, notierte die „Welt am Sonntag" schon im Dezember 1983. Marina Kiehl (20), kein Mädchen aus den Bergen, aufgewachsen in der Großstadt München, redet frei von der Leber weg über die Problematik ihres Berufs. Zum Glück stehe sie im Elternhaus nicht unter Druck. Die Familie habe es nicht nötig, sich im Ruhm der Tochter zu sonnen, sagt Marina Kiehl. Und über ihr Zusammenleben mit den Kolleginnen: „Natürlich knistert's bei uns, vor allem am Ende eines Winters. Wir haben uns ja nicht prüfen können, wie wir menschlich zusammenpassen, wir sind zusammengewürfelt worden." *Daß da keine der anderen ein Auge* auskratzt, müssen Cheftrainer Willi Lesch, seine Assistenten, Serviceleute und nicht zuletzt Traudl Münch, die Masseurin und Ersatzmutter der Truppe, irgendwie arrangieren.

Generationskonflikte, die unterschiedlichen Interessen einer 16- und einer 27jährigen (Irene Epple), das Ständig-auf-Achse-Sein, all das sei nicht so schlimm, sagt Willi Lesch. „Schlimm wird es nur, wenn der Erfolg ausbleibt." In diesem Fall helfen nur lange Gespräche. Lesch: „Oder man schickt eine für ein, zwei Tage heim zu ihrem Freund."

Vor vielen, mit denen er zu arbeiten hat, kann der Trainer nur den Hut ziehen. „Ein Mädchen, das mittelmäßig ist, verdient doch nichts", sagt Lesch. „Und wenn ich bei den absoluten Weltklasseläuferinnen das Verletzungsrisiko einkalkuliere, dann sind sie auch unterbezahlt in der Relation zu Spitzenkönnern in anderen Berufen."

Irene Epple hat zu ihren Glanzzeiten angeblich 160 000 Mark pro Jahr verdient. Aber die anderen, der Großteil jener hübschen jungen Mädchengruppe, die heute und in den nächsten Tagen in die enge Haut ihrer weißen Rennanzüge schlüpfen, kann später nur dieses Fazit ziehen: Viele Leute kennengelernt, viele Hotels, *die halbe Welt gesehen und, so drückt* Willi Lesch das aus, „etwas fürs Leben gelernt". Und Bormio, wo heute die Weltmeisterschaft mit der Kombinationsabfahrt der Damen beginnt, ist nur eine Station auf dieser Tour.

# Anwalt gegen Angriff auf Popieluszko

● Fortsetzung von Seite 1

geleistet haben, nicht auch von den Hunderten und Tausenden anderer Funktionäre des Sicherheitsdienstes in Zukunft zu erwarten ist, fielen in Thorn ebenso unter den Tisch wie der ganze Komplex der politischen Verantwortung. Immerhin ist eines geblieben: Ein deutliches Unbehagen auf der Ebene der politischen Polizei. Die Geheimpolizisten wissen ganz genau, daß ihre Kameraden nicht aus eigenem Antrieb, sondern durch Dekkung wahrscheinlich sogar auf direkten Befehl höherer Stellen handelten. Die Tatsache, daß nun in Thorn vier Polizisten geopfert wurden, um den Rückzug anderer, bisher nicht bekannter Anstifter zu decken, wird sich auf die Moral der Sicherheitskräfte gewiß nicht positiv auswirken. Polnische Sicherheitsbeamte und Geheimpolizisten, die in Zukunft irgendeinen delikaten Auftrag erhalten, werden sich fragen müssen, ob man im Falle eines Fehlschlages nicht ebenso wie Pietruszka & Co. im Regen stehen läßt.

Bemerkenswert ist, daß sowohl der Prozeß selber wie auch die gesamte begleitende regimetreue Publizistik den Anlaß zu kritischen Angriffen der katholischen Kirche benutzten. Das bringt Verwirrung ins Bild der polnischen Volksrepublik. Das bisherige Szenario ging davon aus, daß ein „gutwilliger" Jaruzelski den inneren Bürgerkrieg und Belagerungszustand im Lande beheben wollte, um eine nationale Versöhnung zu erzielen. Der erste Schritt in diese Richtung war demnach die Amnestie für politische Gefangene. An dieser Absicht wurde Jaruzelski durch den Popieluszko-Mord gehindert. Der General aber machte den verantwortlichen Geheimpolizisten unerschrocken den Prozeß. Am Ende des Dramas von Thorn müßte demnach die dem General stets zugeschriebene „nationale Versöhnung" empfohlen werden.

In Wirklichkeit ist alles ganz anders. Der Prozeß von Thorn wurde zu einer Anklage gegen die Kirche und die Sicherheitskräfte. Zugleich steigerte sich die Polemik gegen die katholische Hierarchie – obwohl Primas Glemp sich äußerst maßvoll verhalten hat.

# Bonn an Warschau: Stets vertragstreu

Co./DW. Bonn

Der gegenwärtige Austausch von Erklärungen zwischen Bonn und Warschau sollte nach Ansicht der Bundesregierung in eine konkrete Zusammenarbeit einmünden. Darauf wies Staatssekretär Peter Boenisch gestern in Beantwortung einer Stellungnahme des Warschauer Regierungssprechers Jerzy Urban hin. Urban hatte am Dienstag in Warschau den Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl an den Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft, Herbert Hupka, vom 23. Januar als ein Zeichen dafür begrüßt, daß sich Bonn im Verhältnis zu Polen an Geist und Buchstaben des Warschauer Vertrages von 1970 halten wolle.

Kohl habe sich auf Artikel 1 des Vertrages bezogen, in dem beide Seiten eindeutig die Grenzen als „jetzt und in Zukunft" unantastbar betrachteten, sagte Urban. Warschau sehe dies als Ausdruck des Willens, daß Bonn „zur einzig möglichen Basis für die gegenseitigen Beziehungen" zurückkehren wolle. Der Bundeskanzler werde, so Boenisch, seine im Brief an Hupka dargelegte Auffassung zum deutsch-polnischen Verhältnis auch gegenüber der schlesischen Landsmannschaft vertreten.

Für die Bundesregierung sei die Einhaltung des Warschauer Vertrages nie eine Frage gewesen. Vor den Mitglieder des Europarats bekräftigte auch Außenminister Genscher die „unbedingte Vertragstreue" Bonns.

Urban hatte die Bundesregierung auch aufgefordert, im Interesse der Entwicklung der deutsch-polnsichen Beziehungen die „gefährlichen Aktivitäten" der Landsmannschaften einzuschränken und den geplanten Auftritt Kohls auf einer Veranstaltung der Schlesier kritisiert.

Unterdessen hat der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Führung der CDU die Angriffe Hupkas und Czajas auf Genscher nicht zurückgewiesen habe. Das geänderte Motto des Schlesier-Treffens „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft – in einem Europa freier Völker" nannte Baum in einem gestern erschienenen Interview mit dem „General-Anzeiger" eine „Zumutung", weil es „rechthaberisch" und „nach allen Seiten ausdeutbar" sei.

# Aufstand in Frankreichs KP

**Rigout und Juquin contra Marchais / Gegenoffensive des Apparats**

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wenige Tage vor Beginn des 25. Parteikongresses am 6. Februar enthüllt sich immer deutlicher eine unerwartet starke Protestbewegung innerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen den Führungsapparat. Bisher haben drei der 95 Lokalverbände der Partei in jedem der Departements den von der Parteiführung im September 1984 verabschiedeten „Entschließungsentwurf" zum Parteitag abgelehnt. Dies ist ein bisher einmaliger Vorgang in der 65jährigen Geschichte der Partei. In zehn weiteren Verbänden wurde der Entwurf nach erregter Diskussion erst angenommen, nachdem er mit Zusatzanträgen versehen worden war, die stark vom Papier der Führung abweichen. Unter den noch verbleibenden Verbänden, die am Wochenende über den Entwurf abstimmen müssen, vermuten Beobachter einen weiteren „Dissidenten".

Die Führung der KPF hat die Gefahr offenbar erkannt und ist zum Gegenangriff übergegangen. Im Parteiorgan „L'Humanité" wurde gestern in einer großkalibrigen Balkenüberschrift von einer „immensen Mehrheit der Kommunisten" gesprochen, die zum Resolutionsentwurf ja gesagt hätten. 82 von 85 Departementsverbänden hätten das Papier „mit Zusatzanträgen" angenommen, nur drei hätten es abgelehnt. „Damit ergibt sich eine große Zustimmung, nach außergewöhnlichen langen und demokratischen Diskussionen, wie sie nur die Tradition der KPF kennt, zur Antikrisenstrategie, wie sie im Resolutionsentwurf festgelegt ist", schließt die Zeitung.

Gerade diese Strategie aber wird an der Basis heftig in Frage gestellt. Symptomatisch für den Protest, der etwa beim Regierungswechsel im letzten Sommer mit der Ausbootung der Kommunisten aus dem Kabinett einsetzte und sich seitdem immer deutlicher artikuliert, mag die Diskussion im Bezirk Haute-Vienne in Mittelfrankreich sein. Er steht unter dem Vorsitz des früheren Ministers für die Beamtenausbildung Marcel Rigout, der nach seinem Austritt aus dem Kabinett sofort die „doktrinäre Unbeweglichkeit der Parteiführung" kritisierte und vorher auf einem Besuch in Rom sogar unmißverständlich die Ablösung des Parteichefs Marchais verlangt hatte. Die Partei brauche, sagte Rigout damals, „eine Kulturrevolution".

Auf eine solche liefen auch die Debatten in seinem Verband hinaus. Vor allem vier Punkte des Parteitagsentwurfs wurden zurückgewiesen: seine Interpretation des Stimmenverlusts der KPF, die Strategie einer „neuen Mehrheit der Linken", in der nach dem Willen der KPF-Führung die Sozialisten keinen Platz mehr haben, der beispielhafte Charakter des gesellschaftlichen Modells der sozialistischen Länder und der „demokratische Sozialismus", mit anderen Worten: die streng hierarchische Beschlußfassung innerhalb der Parteistrukturen. All dies war schon in einem vielbeachteten Diskussionsbeitrag kritisiert worden, den der frühere Parteisprecher Pierre Juquin Anfang Januar im zentralen Parteiorgan veröffentlicht hatte.

Der Rigout-Verband hat mit überwältigender Mehrheit einen Gegenentwurf verabschiedet, der in den vier angezogenen Punkten von dem der Führung abweicht. Ähnliches ereignete sich auch in den beiden übrigen „Dissidenten"-Verbänden Hochalpen und Südkorsika. Marcel Rigout verwahrt sich dagegen, ein „fraktionistisches" Papier veröffentlicht zu haben; er habe nur Zusatzanträge eingebracht, damit die Partei sich auf diese Weise von Grund auf erneuern könne.

# Wirtschaft will weiter spenden

DW. Stuttgart

Die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland haben es nach den Worten des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH, Hans Merkle, für ihre Verpflichtung gehalten, den Parteien mit Spenden „die Erfüllung ihrer staatspolitischen Aufgaben zu ermöglichen oder zu erleichtern".

In einem ARD-Interview wies Merkle den Verdacht zurück, die Wirtschaft habe im Zusammenhang mit einer Spende Wünsche, Erwartungen oder Forderungen an den Staat, die Regierungen oder die Parteien gestellt. Merkle betonte, er gehe davon aus, daß die Parteien auch künftig Spenden erhalten werden. Diese Einschätzung teilt auch Friedrich Karl Flick. In einem Interview des „Stern" betonte er, die Unionsparteien und die FDP könnten weiterhin mit ihm rechnen.

# Belegschaft steht hinter Spender

rtr, Bochum

Mit einer öffentlichen Erklärung hat sich die Belegschaft der Textilgruppe Klaus Steilmann hinter ihren Unternehmenschef gestellt, der sich heute vor einem Bochumer Schöffengericht wegen Steuervergehen in Zusammenhang mit Parteispenden verantworten muß. In einer Presseerklärung der 6735 Beschäftigten der Gruppe heißt es, sie empfänden den Strafbefehl „als beleidigend und in höchstem Maße ungerecht gegenüber unserem Unternehmen". Die Anklage wirft Steilmann in Verbindung mit Parteispenden von insgesamt 170 000 Mark „Einkommensteuerverkürzung" von rund 91 000 Mark vor.

In der Erklärung wird der 55jährige Steilmann als sozialer „Wohltäter" bezeichnet, der in der Vergangenheit mehrere Millionen Mark für gemeinnützige Zwecke gespendet habe.

# Weiterer Terrorist in der Klinik

dpa, Hannover/Celle

In der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) sind jetzt zwei der in Celle einsitzenden und am 15. Dezember 1984 in den Hungerstreik getretenen Häftlinge der Rote Armee Fraktion (RAF) in fachärztlicher Behandlung. Nachdem am frühen Dienstag morgen Knut Folkerts (33) nach einem Schwächeanfall auf eigenen Wunsch in die MHH gebracht wurde und zugleich seinen Hungerstreik abbrach, ist in der Nacht zum Mittwoch nach Angaben des Sprechers des Justizministeriums auch Lutz Taufer (40) nach einem „plötzlichen Verwirrtheitszustand" in die Intensivstation gekommen.

Bereits kurz nach der Verlegung von Folkerts wurden am Dienstag rund um das Klinikum der MHH starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

# Kewenig: Guter Ruf der Berliner Hochschulen

**WELT-Gespräch mit dem CDU-Wissenschaftssenator**

PETER PHILIPPS, Bonn

Für den Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig (CDU) ist die „Veränderung der Studentenpopulation insbesondere an der Freien Universität eine der wichtigsten Fragen" seiner Politik überhaupt. In einem Gespräch mit der WELT betonte er: „Ich bin zwar einerseits der Meinung, daß Berlin der richtige Platz ist für Leute, die einmal anders sein wollen und auch anders denken wollen als normalerweise. So etwas gehört in einen Universitätsbereich hinein und, wir wollen deshalb immer alternativ denkende Menschen auf allen Ebenen im städtischen Bereich haben. Aber auf der anderen Seite möchte ich gerne zunehmend auch eine Studentenpopulation haben, die sagt, Berlin ist auch deshalb so attraktiv, weil in meinem Fach, das ich studieren will, besonders interessante Lehrer, besonders interessante Forscher vorhanden sind."

Trotz einer Abschwächung früherer Tendenzen, vor allem deshalb in Berlin zu studieren, weil die „jungen Leute den Wehrdienst verweigern wollen, weil sie auch insgesamt so etwas die Brücken abbrechen wollen zu ihrer bisherigen Lebensart", sei in diesem Bereich noch viel zu tun.

Insgesamt aber haben nach Kewenigs Einschätzung die Berliner Universitäten heute einen guten Ruf: Die TU habe „immer eine gute Reputation gehabt", auch durch die „sehr gute Arbeit des jetzt ausscheidenden Präsidenten" Jürgen Starnick.

## FU hat aufgeholt

Die FU habe „in vielen Feldern aufgeholt und es insbesondere geschafft, das Augenmerk nicht unbedingt immer auf die Bereiche zu lenken, die von dem Angebot her nicht so besonders überzeugend sind", sondern auch auf diejenigen, in denen sie „immer schon oder neuerdings jeden Vergleich mit anderen deutschen Universitäten aushalten" könne.

Kewenig geht auch nicht davon aus, daß die Konsolidierung gerade an der TU unter dem Streit über die Präsidentschaftswahl leiden könnte, deren dritter und entscheidender Wahlgang heute ansteht: Als „undemokratisch" hätten ohnehin nur diejenigen das mit Hilfe von Verwaltungsgerichts-Entscheidungen durchgesetzte Wahlverfahren empfunden, „die mit dem vorhergehenden Verfahren deshalb zufrieden waren, weil dann Ergebnisse herauskamen, die ihnen politisch paßten".

Im übrigen, sagte der Senator gegenüber der WELT, sei ihm die jetzige, unnötig „dramatisierte" Auseinandersetzung an der TU fast lieber als der reibungslose Wahlakt an der FU kurz zuvor, weil für diesen Kompromiß „in alle Richtungen Preise gezahlt werden mußte". Er sei zwar „ganz hoffnungsvoll", daß „man sich auf der Ebene der zur Wahl anstehenden Vizepräsidenten" noch einigt, aber ansonsten „müssen eben mal die Mehrheitsverhältnisse entscheiden".

## Kein Rektor für alle

Nicht nur auf Universitäten bezogen, betonte Kewenig: „Es ist doch ganz normal, daß nicht nur immer alles mit Konsensen verkleistert wird, sondern daß sich in bestimmten Situationen auch klare Mehrheiten herstellen, die dann ihre Mehrheiten auch deutlich dokumentieren."

Gerade mit dem immer wieder eingeflochtenen Hinweis auf die Verdienste des bisherigen TU-Präsidenten Starnick erklärte der Wissenschaftssenator: „Dieses Odium des Verlierers, das mit Nichtwiederwahl verbunden wird, ist doch geradezu untypisch für das, was sich normalerweise abspielt." Jeder, der versuche ein Präsident oder Rektor für alle an einer Universität zu sein, „setzt sich auf die Dauer zwischen alle Stühle". Insofern sei der Wahlkampf an der Hochschule mit dem anstehenden Wechsel an der Spitze auch „ein Zeichen dafür, daß wir immer weiter in die Normalität laufen, nicht etwa, daß die alten schlechten Zeiten zurückkommen".

Im übrigen ärgere es auch ihn selbst, daß durch die „mit den verantwortlichen Politikern unseres Koalitionspartners in den letzten vier Jahren zu häufig zu schließenden Kompromisse auch das Bild der von mir zu verantwortenden Politik so etwas unscharf erschien". Auch er würde „gerne meine Handschrift kräftig deutlich machen und deshalb mit einem Koalitionspartner regieren, der bereit ist, kräftig zu schreiben".



## Schneiders Kompetenz

[illegible] – Bundesbauminister Schneider hätte es besser wissen müssen: Wieder hat er der Bauwirtschaft Hilfe versprochen, und prompt mußte er sich ein weiteres Mal von Finanzminister Stoltenberg korrigieren lassen. Der wunderte sich lediglich über Schneiders Spekulation während der Deubau, daß das Kabinett im Februar die steuerliche Neuregelung für selbstgenutztes Wohneigentum ein Jahr früher in Kraft setzen könnte. Und sagte nein.

*Natürlich* kann die Bauwirtschaft ein Vorziehen dieser Neuregelung auf 1986 gebrauchen; schließlich hat sie einen massiven Rückgang im Wohnungsbau zu verkraften. Und natürlich ist es schön, wenn ein Bauminister für einen notleidenden Wirtschaftszweig Verständnis hat. Doch er kann nicht Mittel verteilen, über die er nicht verfügt.

Gestern mußte Schneider den Rückzug antreten, und er tat dies mit dem artigen, wenngleich völlig belanglosen Spruch, daß er „alles unterstützen wird, was der Bauwirtschaft hilft". Gesteht er damit nicht öffentlich ein, daß er eigentlich überhaupt nichts ausrichten kann?

Was soll denn die Branche davon halten? Rein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln – damit ist diesem Wirtschaftszweig ein schlechter Dienst erwiesen. Durch sein voreiliges Entgegenkommen hat Schneider sich jedoch selbst keinen Gefallen getan: Die Bauwirtschaft wird ihm nun gar nichts mehr glauben und sich in Zukunft gleich an den Finanzminister wenden. Auf dessen Absagen kann sie sich jedenfalls verlassen.

## Verfehlte Preispolitik

Von *HANS-JÜRGEN MAHNKE*

Die diesjährige Preisrunde in der Europäischen Gemeinschaft bringt vor allem die deutschen Agrarpolitiker in Verlegenheit. Sie haben Erwartungen geweckt, die so nicht erfüllt werden können. Die Frage stellt sich immer deutlicher, ob die Preispolitik als Mittel der Einkommenssicherung nicht längst ihre *Grenzen erreicht hat.*

Konzipiert wurde das gegenwärtige System, als die EG noch Importeur bei fast allen Agrarprodukten war. Damals erschien es möglich, über steigende Garantiepreise die landwirtschaftliche Produktion anzuregen. Dadurch – sowohl über höhere Preise als auch über wachsende Mengen – konnten die Einkommen der Landwirte gesteigert werden. Jetzt produziert *die EG bei allen* relevanten Produkten mehr, als ihre Bürger verbrauchen können. Die Verwaltung der Überschüsse bringt die EG dem finanziellen Kollaps nahe. Hinzu kommt, daß von jeder Mark, die in diesem System zusätzlich ausgegeben wird, allenfalls ein Drittel bei den Landwirten ankommt.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, gäbe es die Möglichkeit, allein den Wettbewerb entscheiden zu lassen. Betriebe, die kostengünstiger produzieren, würden andere verdrängen und so für ihr Wachstum sorgen. Dieser Weg scheidet aus, weil er po[illegible] gewünscht ist.

Wei[illegible] Einigkeit besteht aber [illegible] das Mengenwachstum zu be[illegible]. Dies kann, wie bei der Milch[illegible] ein Quotensystem gesche[illegible] Jahreswirtschaftsbericht wird [illegible] dirigistische Weg für andere [illegible], und in diesem Jahr geht [illegible] allem um Getreide, abgelehnt. [illegible] bleibt nur die Einflußnahme [illegible] Preis.

Der neue EG-Agrarkommissar [illegible] Andriessen hat deutlich gemacht, daß für eine Preispolitik, die s[illegible] den Marktverhältnissen – sprich [illegible] den Überschüssen – und an der [illegible] der Gemeinschaft orientieren muß, die Grenzen eng gezogen [illegible]. Im Kern eine Nullrunde also, [illegible] mit Abweichungen hier und [illegible] oben und unten, garniert mit [illegible] Elementen wie Änderungen der Zahlungsziele, wobei jeder Eingriff immer stärker die Gefahr kaum noch abschätzbarer Folgen mit sich bringt. Der Protest der Landwirte formiert sich schon. Sind sie damit eigentlich gut beraten? Wer den Verdrängungswettbewerb nicht will, muß der nicht auch anerkennen, daß die Hilfen über den Preis bei umsatzschwachen Betrieben kaum greifen und sie in höhere Mengen nicht mehr ausweichen können? Kann diesen Betrieben mit anderen *Mitteln nicht* besser *geholfen* werden, wenn die bäuerliche Struktur erhalten bleiben soll?

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr nicht nur die Mittel für die Sozialversicherungen der Landwirte kräftig aufgestockt, was die Ausgaben der Betriebe senkt, sie hat auch den Kreis der benachteiligten Gebiete weiter gezogen, in denen Ausgleichsbeträge gezahlt werden *können. In diesem Jahr sollen die* Beträge weiter erhöht werden. Nicht nur viele Experten, sondern auch von der FDP wird die Abkehr von der aktiven Preispolitik hin zur aktiven Einkommenspolitik favorisiert. Auch in der EG mehren sich die Anhänger der Vorstellung, kleineren Betrieben könne besser über sozialpolitische Maßnahmen geholfen werden.

In anderen Ländern stoßen die deutschen Maßnahmen, wobei die kräftige Erhöhung der Vorsteuerpauschale im Vordergrund steht, auf Kritik, weil sie einen Alleingang bedeuten. Es wird die Gefahr der Renationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik beschworen. Da ist sicher etwas dran. Nur: Eine solche Politik ließe sich über die EG durchsetzen.

Der Einwand, das Einkommensniveau, an dem sich die Maßnahmen orientieren müßten, sei in Griechenland ein anderes als beispielsweise in Holland, zieht nur zum Teil. Die EG-Hilfe könnte auch – wie in anderen Bereichen – als prozentuale Beteiligung an Programmen konzipiert werden. Damit könnte den Landwirten auch die Furcht genommen werden, daß solche Beihilfen wieder gekürzt werden, wenn es die nationale Finanzpolitik erforderlich machen würde. Jedenfalls würden solche direkten Hilfen den Landwirten in voller Höhe zugute kommen. Für Steuerzahler und Verbraucher insgesamt wären sie auch billiger.

Aber die Zeit scheint leider noch nicht reif. Der Erwartungsdruck ist noch zu hoch, obwohl immer wieder betont wird, die Überproduktion solle nicht mehr belohnt werden.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT / Bangemann warnt vor Leitzins-Erhöhung

## Bonn kündigt weitere Steuerreform für nächste Legislaturperiode an

HANS-J. MAHNKE, Bonn

*Bundeswirtschaftsminister* Martin Bangemann hat sich vor der heutigen Sitzung des Zentralbankrates gegen eine Änderung der Leitzinsen ausgesprochen. Bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung, der für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von real „rund 2,5 Prozent oder mehr" voraussagt, betonte er, dafür bestehe keine Notwendigkeit. Gleichzeitig kündigte er weitere steuerliche Entlastungen für die nächste Legislaturperiode an.

Bangemann, der sich über die weitere Entwicklung ausgesprochen optimistisch gab, meinte, der gegenwärtige Dollar-Kurs sei nicht überbewertet, da ihn der Markt hergebe. Bisher sei der Einfluß auf die Inflationsrate gering gewesen. Dies könne sich ändern, wenn der Spielraum für Preisüberwälzungen größer werde.

Der Jahreswirtschaftsbericht, so Bangemann, sei geprägt durch den festen Willen der Bundesregierung, allen Widerständen zum Trotz den Weg der marktwirtschaftlichen Erneuerung konsequent weiterzugehen. *Die bisherigen Erfolge seien dadurch* entscheidend beeinflußt worden.

In der Steuerpolitik liege der Schwerpunkt bei der zweistufigen Tarifreform 1986 und 1988. Darüber hinaus kündigt die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht an, bei der anhaltenden Gesundung der Staatsfinanzen in der kommenden Legislaturperiode weitere Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer anzustreben sowie in diesem Zusammenhang die Unternehmensbesteuerung neu aufzugreifen.

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik wird sich nach Ansicht Bangemanns in den kommenden zwölf Monaten gegenüber 1984 noch ein wenig beschleunigen und sich auf dem Arbeitsmarkt auswirken. Folgende Entwicklung hält die Bundesregierung für 1985 für wahrscheinlich:

- Das Wirtschaftswachstum dauert im Jahresverlauf an. Das Bruttosozialprodukt überschreitet im Jahresdurchschnitt das Niveau von 1984 real um rund 2,5 Prozent oder mehr.
- Die Beschäftigung steigt. Die Arbeitslosenzahl sinkt im Jahresdurchschnitt auf eine Quote von unter neun Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen oder unter acht Prozent aller Erwerbspersonen. Sie bleibt damit erstmals hinter dem Vorjahresniveau zurück. Nach Angaben Bangemanns bedeutet dies einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 60 000 und im Jahresverlauf um 100 000.
- Der Anstieg der Verbraucherpreise kann im Jahresdurchschnitt auf rund zwei Prozent begrenzt werden, was zum letzten Mal 1969 erreicht wurde.
- Die Überschüsse im Außenhandel nehmen weiter leicht zu.

Waren es 1984 vor allem die Ausfuhren, die das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum stimulierten, so dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte in diesem Jahr auch von den Unternehmensinvestitionen ausgehen. „Die Bedingungen für eine Expansion der Unternehmensinvestitionen waren lange nicht mehr so günstig wie zur Zeit: Nachlassender Kostendruck, vor allem von Seiten der Lohnstückkosten, erheblich verbesserte Erträge und anhaltend positive Ertragserwartungen haben im Zusammenwirken mit nachgebenden Zinsen die absolute und relative Rentabilität von Sachanlageinvestitionen erheblich gesteigert", so der Bericht. Überdies werde mit Kapazitätserweiterungen gerechnet.

Der nominale Anstieg der Anlageinvestitionen, einschließlich des Wohnungsbaus und die des Staates, wird auf fünf bis sechs Prozent nach 3,2 Prozent im Vorjahr veranschlagt.

CHEMIEINDUSTRIE

## Die Branche plant für 1985 wieder Neueinstellungen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach zwei Jahren mit hohen Zuwachsraten hat sich die deutsche Chemie für 1985 auf eine „Stabilisierung auf hohem Niveau" eingestellt, so Heinz-Gerhard Franck, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI). Dennoch soll es zu einer weiteren Erhöhung der Beschäftigtenzahlen kommen. Hier machte die Chemie schon 1984 erstmals wieder deutliche Fortschritte: Nach 10 000 Neueinstellungen kam sie wieder auf 550 000 Mitarbeiter, wobei besonders auf die Bereitstellung neuer Ausbildungsplätze (plus sieben Prozent) geachtet wurde.

Angesichts einer Exportquote, die 1984 erstmals die 50-Prozent-Marke überschritten hat (Franck: „Damit hängt praktisch jeder zweite Arbeitsplatz vom Auslandsgeschäft ab."), ist die erfreuliche Entwicklung aber nicht frei von Risiken. Die Chemie *sieht sie im Nachlassen der Konjunkturbelebung* in den USA, in nachhaltigen Wechselkursänderungen sowie in den Zahlungsbilanzdefiziten und der Verschuldung wichtiger Abnehmerländer. Nennenswerte zusätzliche Impulse aus dem Inland seien dagegen trotz des absehbaren gesamtwirtschaftlichen Wachstums nicht zu erwarten, zumal der Zyklus der Lageraufstockung seit Mitte vergangenen Jahres abgeschlossen scheint.

Die Branche dürfte 1984 ihren Umsatz nach ersten Schätzungen insgesamt um elf Prozent auf 141 (127) Milliarden DM ausgeweitet haben. Darin sind die Umsätze ausländischer Produktionstöchter noch nicht enthalten, die 1984 auf 57 (52) Milliarden DM (plus zehn Prozent) geschätzt werden.

Das lebhaftere Geschäft blieb nicht ohne Wirkung auf die Ertragslage. Dazu trug wesentlich die verbesserte Kapazitätsauslastung bei, die im Grundstoffbereich (nur dort, in den Massenproduktionen, ist sie meßbar) 85 (80) Prozent im Jahresmittel und fast 90 Prozent gegen Jahresende erreichte. Aber auch die Maßnahmen zur Rationalisierung und zur Umstrukturierung der Betriebe, hin zu Produkten mit höherer Wertschöpfung, schlugen sich in höheren Gewinnen nieder.

Die Netto-Umsatzrendite der Chemieunternehmen, die schon 1983 über die Zwei-Prozent-Marke geklettert war, sei spürbar weiter gestiegen, *ohne allerdings in die Nähe der 3,4* Prozent des Spitzenjahres 1973 gelangt zu sein. In absoluten Ertragszahlen allerdings sei 1984 als ein neues Spitzenjahr anzusehen, wenn es auch Teilbereiche gebe, die in den roten Zahlen geblieben sind.

Ihre Zuversicht bekundet die Branche auch wieder mit Investitionsplänen, die für 1985 ein Gesamtvolumen von 7,3 (7) Milliarden DM vorsehen. Schon im vergangenen Jahr hatten die Erweiterungsvorhaben daran wieder einen größeren Anteil als die Rationalisierung oder Ersatzinvestitionen gehabt.

## AUF EIN WORT

„Der Ölmarkt hat sich völlig auf den Kopf gestellt. Da hilft kein Lamentieren. Jetzt muß gehandelt werden."

Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorsitzender des Vorbandes der Deutsche BP AG, Hamburg. FOTO: JUPP Darchinger

ZENTRALBANKRAT

## Doch höherer Lombard

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Auf der heutigen Sitzung des Zentralbankrates steht eine Erhöhung des Lombardsatzes von derzeit 5,5 Prozent zur Diskussion, die mit der Absicht begründet werden dürfte, das bisherige Konzept einer flexiblen Geldmarktsteuerung fortzuführen. Den Befürwortern dieser Strategie geht es darum zu verhindern, daß der Lombardkredit, der eigentlich nur der Liquiditätsspitzenfinanzierung dienen soll, zu einer Dauerrefinanzierungsquelle der Banken wird, an deren Preis sich die Geldmarktzinsen orientieren.

Die Bundesbank will Liquidität – in den nächsten Monaten fehlen dem Kreditgewerbe an die 18 Mrd. DM – lieber über Wertpapierpensionsgeschäfte (ebenso wie der Lombardkredit eine Wertpapierbeleihung) zu Zinsen zur Verfügung stellen, die unter dem Lombardsatz liegen und die geräuschloser und ohne die Signalwirkung einer Veränderung des Lombardsatzes variiert werden können.

Das war der Bundesbank bis Ende 1984 zeitweilig gelungen. Doch wegen des Dollarkursanstiegs glaubt ein Teil der Zentralbankratsmitglieder, Wertpapierpensionsgeschäfte nicht mehr zu so niedrigen Zinsen wie damals anbieten zu dürfen. Da befürchtet wird, solche Liquiditätsangebote *würden zu einem über dem Lombard*satz liegenden Zins nicht akzeptiert, wird nun für eine Erhöhung des Lombardsatzes plädiert. Im Zentralbankrat sind aber die Meinungen geteilt, ob der Zeitpunkt für eine Lombardsatzverteuerung jetzt richtig ist, weil sie als allgemeines Zinssteigerungssignal aufgefaßt werden kann.

OPEC

## Einigung auf Olpreissenkung

zü/AP, Genf

Die Mehrheit der in der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) zusammengeschlossenen Länder hat sich gestern auf eine Senkung des Ölpreises geeinigt. Dies teilte der saudiarabische Ölminister Achmed Saki el Yamani am Schluß einer dreitägigen Sonderkonferenz mit. Nach Yamanis Angaben bleibt der Preis pro Barrel (159 Liter) der billigsten Sorte, schweres Golf-Öl, unverändert bei 26,50 Dollar. Der Barrel-Preis für das teuere afrikanische Leichtöl werde *2,40 Dollar darüber festgesetzt.* Dieser Preis wird also von 30,50 Dollar auf 28,90 Dollar herabgesetzt. Arabian Light kostet in Zukunft 28 Dollar pro Barrel.

Der Ölminister der Vereinigten arabischen Emirate, Mana Said Oteiba, erklärte, Libyen, Algerien und Gabun seien der Abmachung nicht beigetreten. Unklar ist, ob Iran der Mehrheit angehörte. Dessen ungeachtet vertrat *Oteiba die Auffassung, daß die* Preisentscheidung in die Tat umgesetzt und zur Stärkung des Ölmarktes beitragen werde. Der Ölminister gab darüber hinaus bekannt, daß Nigeria den Ölpreis wieder um 65 Cent pro Barrel auf 28,65 Dollar anheben werde. Erst im Oktober letzten Jahres hatte Nigeria den Ölpreis um zwei Dollar je Barrel gesenkt.

Die Opec ist offenbar von dem alten System abgewichen, weil sie sich nicht durchringen konnte, den Richtpreis offiziell zu senken. Allerdings: Mit der neuen Preisskala bleibt Opec-Öl immer noch zwischen ein und zwei Dollar teurer als das Öl, was an den freien Spotmärkten verkauft wird. Die Gesamtfördermenge bleibt bei 16 Millionen Faß pro Tag.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Wieder höhere Rendite für Bundesobligationen

**Bonn** (AP) – Einen Tag vor der Sitzung des Zentralbankrats, der möglicherweise den Leitzins erhöht, hat der Bund gestern die Rendite der Bundesobligationen erstmals wieder auf über sieben Prozent erhöht. Ab heute wird der Ausgabekurs der 6,75prozentigen Bundesobligationen, Serie 52, *von 99,20 auf 98,80* herabgesetzt, so daß die Rendite von 6,94 auf 7,04 Prozent steigt. Die neue Bundesanleihe, die derzeit zur Zeichnung aufliegt, hat bei zehnjähriger Laufzeit eine Rendite von 7,21 Prozent.

### Planungen abstimmen

**Bonn** (hg) – Alle Bundesministerien werden künftig ihre Planungen und Maßnahmen, soweit sie Bedeutung für die Raumordnung haben, mit dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau abstimmen. Diesen Beschluß hat das Kabinett gestern gefaßt. Wie Bundesbauminister Oscar Schneider dazu erklärte, soll damit eine bessere Koordinierung der Raumordnung mit der Umwelt- und Strukturpolitik sichergestellt werden. Raumordnung sei eine Aufgabe, bei der alle politischen *Ebenen und Instanzen zusammen*wirken müßten.

### Signal für steigende Zinsen

**Frankfurt** (cd.) – Die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) würde bei einer Erhöhung des Lombardsatzes, die Vorstandssprecher Thomas Wegscheider für nicht richtig hält, versuchen, die Kreditzinsen (z. B. für neue Ratenkredite, Dispositionskredite und *Baufinanzierungen) heraufzuset*zen, soweit es die Wettbewerbslage zuläßt. Weil eine Lombardsatzerhöhung den in Erwartung einer solchen Maßnahme bereits vorweggenommenen Zinsanstieg zementiere, sieht Wegscheider auch eine steigende Tendenz bei den Einlagenzinsen.

### Neuer Rekord

**Flensburg** (rtr) – Der Handel mit Gebrauchtwagen in der Bunderepublik hat nach der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes im vorigen Jahr einen neuen Rekord erreicht. 1984 wurden 6 235 981 Kraftfahrzeuge auf neue Halter umgeschrieben; das waren 112 654 oder 1,8 Prozent mehr als 1983. Allein die Besitzumschreibungen bei gebrauchten Personenwagen stiegen um 71 321 oder 1,3 Prozent auf 5 595 829, wie das Bundesamt am Mittwoch bekanntgab.

### Gute Exportaussichten

**London** (fu) – Die britischen Unternehmen beurteilen ihre Exportaussichten so günstig wie seit sieben Jahren nicht mehr. Dieser Optimismus, der aus der jüngsten Umfrage des Industrieverbandes CBI hervorgeht, läßt sich zum großen Teil mit der verbesserten Wettbewerbsposition aufgrund der Pfundschwäche erklären. Außerdem wird erwartet, daß das Investitionsvolumen in der verarbeitenden Industrie in den ersten drei Monaten dieses Jahres um zehn Prozent über dem in der gleichen Vorjahreszeit liegen wird. Die ausgeprägte Zuversicht geht allerdings von der *Erwartung aus, daß sich* das rasch gestiegene Zinsniveau bald wieder verringern wird.

### Umsatz stagnierte

**Köln** (dpa/VWD) – Der Umsatz der Fachgeschäfte des deutschen Einzelhandels hat sich 1984 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Real ergab sich gegenüber 1983 ein Rückgang von zwei. Nach einer Übersicht der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, ergaben sich die größten Minuszahlen in den Musikfachgeschäften (fünf Prozent) und im Tapeten-, Bodenbelag- und Farbenhandel (vier). Der Handel mit Radios und Fernsehern sowie Schmuck brachte um drei Prozent geringere Ergebnisse als 1983. Besonders gut lief das Geschäft im bürowirtschaftlichen Fachhandel (plus vier) sowie in Reformhäusern, bei Lederwaren und im Sortimentsbuchhandel mit jeweils plus drei Prozent. Der Umsatz im Textileinzelhandel stagnierte.

### Zigarillos gefragt

**Wiesbaden** (dpa/VWD) – Die Raucher in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr weniger Zigaretten aber mehr Zigarillos verqualmt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sind 1984 insgesamt Tabakwaren für 24,3 Mrd. DM versteuert worden. Das waren 416 Mill. DM oder 1,7 Prozent weniger als 1983. Die Abnahme ist vor allem auf den um 287 Mill. DM (minus 1,3 Prozent) geringeren Kleinverkaufswert bei Zigaretten zurückzuführen, der sich auf 22 Mrd. DM belief und damit 90 Prozent aller Tabakwaren ausmachte.

### Mehr Öl importiert

**Frankfurt** (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik hat 1984 ihre Rohölimporte leicht erhöht und dafür deutlich mehr bezahlen müssen als 1983. Die Rohölrechnung verteuerte sich nach Mitteilung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, um fast 3,8 Mrd. DM auf 41,5 Mrd. DM. Auf die Tonne Rohöl umgerechnet erhöhte sich der Preis im Jahresdurchschnitt um 7,5 Prozent auf 622,44 DM. Insgesamt wurden mit 66,7 Mill. Tonnen Rohöl 2,3 Prozent mehr eingeführt. Fast 31 Prozent der Importe stammten aus britischen, norwegischen und dänischen Nordsee-Ölquellen.

„DDR"

## Wachstum stärker als geplant – Energieverbrauch zu hoch

ot. Berlin

Das Wachstum des produzierten „DDR"-Nationaleinkommens hat mit *5,5 Prozent 1984 das Plansoll* übertroffen. Jedoch wurde das Ziel, sparsamer mit der Energie umzugehen, nicht erreicht. Das schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, im jüngsten Wochenbericht. Im Gegenteil: Der Energieverbrauch ist fast gleichmäßig mit dem Wachstum um vier bis fünf Prozent angestiegen. Das stellt die „DDR" vor erhebliche Probleme in der Zukunft.

Doch werde die „DDR" auch in diesem Jahr ihren auf die Ausschöpfung der heimischen Rohstoff- und Energiequellen konzentrierten Kurs fortsetzen und wiederum den Außenhandel, der 1984 um acht Prozent zugenommen hat, an die Spitze der Wachstumsskala stellen. Allerdings stehen bei den Investitionen real nicht mehr so viele Mittel zur Verfügung. Nach Meinung des DIW bedeuten *die vorgesehenen* Investitionen von 56 Mrd. DM wohl einen Rückgang um rund fünf Prozent.

Problematisch sei auch, daß sich die Investitionstätigkeit immer stärker auf die Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie richtet. Damit baue die „DDR" neue Umweltbelastungen auf, für die keine Mittel bereitgestellt werden.

Nach einer Konsolidierung im Außenhandel komme jetzt der Versorgung der Bevölkerung wieder mehr Priorität zu, was aber zu Lasten der Investitionen gehe. Im Westhandel hat die „DDR" 1984 einen Überschuß von 6,4 (8,0) Mrd. Valutamark erzielt (ohne innerdeutschen Handel). Probleme mit der Auslandsverschuldung sollen nicht mehr bestehen.

AIRBUS INDUSTRIE / Bernard Lathière und Roger Beteille scheiden aus

## Neue Spitze französisch-deutsch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Verkehrsflugzeuge zu verkaufen, ist heute schwieriger als sie zu bauen. Diese Regel gilt auch für den Airbus. Daß das Flugzeug so stark von den internationalen Luftverkehrsgesellschaften geordert wurde, hat das europäische Flugzeugbaukonsortium Airbus-Industrie zu einem guten Teil dem ungewöhnlichen Verkaufstalent seines Generaldirektors Bernard Lathière zu verdanken.

Nun aber soll der joviale 56jährige nach Auslaufen seines zweiten Fünfjahresmandats Ende Februar abtreten. Das verkündete, wie die WELT in ihrer gestrigen Ausgabe berichtete, in Paris der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender des Airbus-Konsortiums nach einer Unterredung mit dem französischen Premierminister Laurent Fabius. Wie zu hören ist, geht der Wechsel auf einen Wunsch der Regierung in Paris zurück.

Schon Mitte letzten Jahres hatte sie eine Ablösung Lathières erwogen. Aber der damals von ihr als Nachfolger genannte Air France-Präsident Pierre Giraudet schien der deutschen Seite wegen seiner technokratischen Vergangenheit nicht ganz zu gefallen.

Auch Lathière ist von Hause aus als ehemaliger Generalinspekteur der Finanzen als „Technokrat" anzusprechen. Jedoch hat er in seinen zehn Airbus-Jahren beachtliche unternehmerische Leistungen vollbracht. Seine Verdienste um den Airbus werden von niemanden in Frage gestellt.

Lathières Nachfolger heißt wahrscheinlich Jean Pierson. Der erst 45jährige ist seit einem Jahr Direktor der Flugzeugabteilung der staatlichen französischen Aerospatiale, nachdem er zuvor deren Toulouser Werk, dem wichtigsten Zubringer für den auf dem gleichen Terrain montierten Airbus, geleitet hatte. Damit vereinigt Pierson industrielle Kenntnisse mit kommerziellen Erfahrungen.

Seiner langjährigen Freundschaft mit dem als Airbus-Vize vorgeschlagenen MBB-Mann Johannes Scheffler dürfte sich außerdem für die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden wichtigsten Airbus-Partnern günstig auswirken. Schefflers Vorgänger Roger Beteille hat das Pensionsalter erreicht und scheidet auf eigenen Wunsch bei Airbus-Industrie aus.

Daß Frankreich nicht mehr die beiden ersten Posten der Airbus-Industrie stellt, wäre als Normalisierung anzusehen. Am Kapital der Gesellschaft sind Aerospatiale und die deutsche Airbus (sprich MBB) gleichermaßen mit 37,9 Prozent beteiligt. Den Rest des Kapitals halten British Aerospace mit 20 und die spanische Casa mit 4,2 Prozent.

**Das große WELT-Prämien-Angebot**

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Stereo-Radiorecorder, 4-teiliges Patchworkleder-Reiseset, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

**Bitte anfordern!**

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien, die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Vorw./Tel.:

01-944

KABELMETAL / Großes Plus im Auslandsgeschäft

## Flaute am Bau macht Sorgen

D. SCHMIDT, Osnabrück

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, rechnet für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) zwar wieder mit einem „ausschüttungsfähigen Ergebnis"; konkretere Prognosen aber sind nach den Worten von Vorstandschef Jörg Stegmann derzeit nicht möglich. Auf der Hauptversammlung verwies Stegmann auf die unterschiedliche Entwicklung wichtiger Abnehmerbranchen. Während das Geschäft mit Industriekunden zufriedenstellend verlaufe, bringe der drastische Einbruch in der Bauwirtschaft erhebliche Probleme. Es sei nicht auszuschließen, daß im Bereich der Preß-, Zieh- und Walzfabrikate Ende Februar Kurzarbeit eingeführt werden müsse.

In der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres lagen die Auftragseingänge mit 331 Mill. DM auf dem Niveau des Vorjahres. Einem Auftragsrückgang aus dem Inland um 4,6 Prozent stand die Zunahme der Auslandsaufträge von 9,6 Prozent gegenüber. Der Auftragsbestand erreichte Ende 1984 93 (81) Mill. DM. Der Umsatz nahm im Berichtszeitraum geringfügig auf 338 (335) Mill. DM zu. Ebenso wie bei den Auftragseingängen wurden die Einbußen im Inland (3,5 Prozent) durch die Steigerung des Exports um 10,3 Prozent überkompensiert.

Die Besserung bei der Berliner Tochter Kabelmetal Messing GmbH hält nach den Worten Stegmanns an. In den ersten sechs Monaten lagen die Auftragseingänge um 8,5 Prozent, der Umsatz um 13,3 Prozent über den Daten der gleichen Vorjahreszeit. Nachdem 1983/84 noch ein Verlust ausgewiesen werden mußte, sei das Ergebnis nunmehr ausgeglichen.

Günstiger sei zugleich die Entwicklung bei der Schaltbau GmbH in München, die bei einem um sieben Prozent erhöhten Umsatz ein positives Ergebnis erwirtschaftete. Dagegen führten Anlaufkosten bei der Neumeyer Fließpressen GmbH, Nürnberg, zu einem negativen Halbjahresergebnis. Die Hauptversammlung stimmte den Vorschlägen der Verwaltung, darunter der auf fünf (2,50) DM erhöhten Dividende, zu.

TOURISTIK / NUR und ITS wollen zusammenarbeiten – Antrag an das Kartellamt

## Ein neuer Gigant am Reisemarkt

HANNA GIESKES, Bonn

In der Touristik-Branche steht eine Großfusion bevor: Die beiden Reiseveranstalter NUR Touristik GmbH, Frankfurt, und ITS International Tourist Services Länderreisedienste GmbH, Köln, wollen künftig zusammmenarbeiten. ITS teilte gestern in Köln mit, daß ein entsprechender Antrag beim Bundeskartellamt in Berlin in Kürze gestellt werde. Die Begründung ist karg: Beide Partner brauchten dies, um im Wettbewerb bestehen zu können.

NUR-Reisen, nach TUI Touristik Union International Nummer zwei am deutschen Reisemarkt, war 1976 mit der Übernahme des sanierungsreifen Versenders Neckermann durch Karstadt an den Essener Warenhauskonzern gekommen. Bei der Fusion war NUR ein profitables Unternehmen, doch inzwischen soll Karstadt, wie Branchenkenner vermuten, an seiner Reisetochter einen dreistelligen Millionenbetrag verloren haben. Im abgelaufenen Touristik-Jahr erlöste NUR, die seit Jahren in den roten Zahlen steckt, mit Neckermann-Reisen, gut-Reien, Club 28, Terramar und Club Aldiana rund 1,13 Mrd. DM, zwei Prozent weniger als im Vorjahr.

ITS ist der drittgrößte Anbieter am deutschen Reisemarkt, mit einem Umsatz von rund 422 Mill. DM jedoch wesentlich kleiner als der zukünftige Partner. Im vergangenen Jahr wurde ein Umsatzplus von drei Prozent erzielt, und nach Mitteilung eines ITS-Sprechers „schreiben wir seit Jahren schwarze Zahlen". Das Unternehmen ist eine Tochter des Warenhauskonzerns Kaufhof. Das Angebot umfaßt Kaufhof-Reisen, Hertie-Reisen, ADAC-Reisen, Glücksreisen und Prima-Reisen.

Wie die geplante Kooperation aussehen soll, ist einstweilen offen. Nach Angaben eines NUR-Sprechers wird es „wahrscheinlich" zu einer Fusion kommen mit der Konsequenz, daß sich der neue Reisegigant als gemeinsame Tochter der Warenhauskonzerne Karstadt und Kaufhof präsentieren würde. Zwar erreicht man auch dann noch nicht die Dimensionen des Branchenriesen TUI, der im vergangenen Jahr rund 2,2 Mill. Reisegäste hatte, aber NUR und ITS kämen gemeinsam immerhin auf 1,6 Mill.

Beide versprechen sich Wettbewerbsvorteile aus einer Zusammenarbeit: NUR könnte vom wesentlich kostengünstigeren Vertrieb der ITS profitieren, während sich für ITS die Zahl der Reiseziele und der Anflughäfen erhöhen würde. Ob dies allerdings ausreichen wird, um wettbewerbsrechtliche Bedenken in der Kartellbehörde auszuräumen, steht einstweilen dahin.

Zwar handelt es sich um eine „Aufholfusion" gegenüber TUI; in solchen Fällen sind die Maßstäbe meist nicht so streng. Aber dann gäbe es nur noch zwei große Reiseveranstalter, und der Verbraucher hätte das Nachsehen.

Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß kleine Spezialveranstalter in den letzten Jahren immer wieder für Wettbewerb am Reisemarkt gesorgt haben. Währen die Großen kaum oder gar nicht mehr wachsen, können Spezialisten nach wie vor gute Zuwachsraten verbuchen. Dies könnte vielleicht die Kartellbehörde überzeugen; es bleiben indes Zweifel, ob ein weiterer Gigant diese Entwicklung wird aufhalten können.

NORSK DATA / Antrag auf Börsenzulassung

## Hohes Wachstum geplant

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Norsk Data A. S., Oslo, hat jetzt die Zulassung ihrer Aktien zur Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse beantragt. Bereits seit Oktober letzten Jahres wird die Aktie im ungeregelten Freiverkehr gehandelt; der Kurs (Nennwert 20 norwegische Kronen) liegt bei 122 DM. Das Papier ist in Oslo, Stockholm, London und New York börsennotiert.

Bei der letzten Kapitalaufstockung, die in New York plaziert wurde, hatte die Deutsche Bank, die auch jetzt die Börseneinführung begleitet, nach Angaben von Norsk-Data-Präsident Rolf Skår rund 200 000 Aktien für Kunden erworben.

Das kontinuierlich aufgestockte Aktienkapital von Norsk Data beträgt gut 227 Mill. norwegische Kronen (rund 78 Mill. DM), eingeteilt in gut elf Mill. Aktien, davon sieben Mill. mit Stimmrecht (A-Aktien), an denen Unternehmenspräsident Skår und sein Stellvertreter die Mehrheit halten.

Die 1967 gegründete Norsk Data gehört zu den schnell wachsenden Computeranbietern. Schwerpunkte liegen im wissenschaftlich-technischen Bereich, dazu kommen in wachsendem Umfang kommerzielle Anwendungen und Büroautomation. Weltweit wurden bisher rund 3300 Rechner installiert. Seit 1980, so Skår vor der Presse in Frankfurt, sind Umsatz und Gewinn im Schnitt um 44 und 79 Prozent pro Jahr gestiegen.

Für 1984 wird ein Umsatzplus von 53 Prozent auf 1360 Mill. nkr (rund 470 Mill. DM) genannt; der Gewinn vor Steuern stieg um 60 Prozent auf 230 Mill. nkr (79 Mill. DM). Aus dem Nettogewinn von 66,5 (44) Mill. DM errechnet sich eine Umsatzrendite von 14,2 Prozent.

In der Bundesrepublik Deutschland ist Norsk Data seit 1983 mit der Übernahme von Dietz Computer präsent. An der deutschen Tochter mit Sitz in Bad Homburg ist Norsk Data nach einer Kapitalaufstockung auf 7 (1) Mill. DM mit 97 Prozent beteiligt. Mit 400 (350) Beschäftigten wurden im vergangenen Jahr gut 45 (39) Mill. DM umgesetzt. Ziel ist, in den nächsten vier Jahren 200 Mill. DM Umsatz zu erreichen.

ROHSTAHL / US-Produktion auf dem Niveau von 1958

## Kapazitätsabbau erwartet

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA produzierten im vergangenen Jahr, einschließlich der Mini-Mills, 94 Stahlfirmen an 145 verschiedenen Orten 82,4 Mill. Tonnen Rohstahl. Das entsprach dem Niveau des Jahres 1958. Damit ist die Erholung bescheidener als erwartet ausgefallen, nachdem der Ausstoß 1983 nur 76,2 Mill. Tonnen erreicht hatte. Die Produktionskapazität verringerte sich von 135,5 auf 121,8 Mill. Tonnen. Das war auch ein wesentlicher Grund, warum sich die Auslastung von 56,2 auf 67,6 Prozent erhöhte. Die Konjunktur verlief im ersten Halbjahr 1984 steiler, im zweiten schwächte sie sich stark ab.

Die Masse des Rohstahls stammt nach wie vor aus den zwölf amerikanischen integrierten Stahlunternehmen; der Anteil der Mini-Mills ist jedoch auf 16 Prozent gewachsen. Verstärkt hat sich der Trend in Richtung elektrische Öfen und Stranggießverfahren. Gegenüber 1983 erhöhten sich ihre Anteile an der Stahlerzeugung von 31,5 auf 33,2 sowie von 32,1 auf 39 Prozent. Sie spiegeln die erheblich beschleunigte Modernisierung der Stahlwerke wider.

Im einzelnen erzeugten die USA im letzten Jahr 71 (1983: 66,4) Mill. Tonnen Kohlenstoffstahl, 9,8 (8,2) Mill. Tonnen Legierungsstahl und 1,6 (1,57) Mill. rostfreien Stahl. Auf das L-D-Verfahren entfielen 47,5 (46,8), auf elektrische Öfen 27,3 (24) und auf Siemens-Martin-Öfen 7,5 (5,4) Mill. Tonnen. Der meiste Stahl wurde in Indiana (17,8), Ohio (13,8) und Pennsylvania (12,9 Mill. Tonnen) produziert.

Nach Schätzungen des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts in Washington wird sich die Produktionskapazität in diesem Jahr weiter verringern, und zwar auf 121,6 Mill. Tonnen. Der höchste Stand wurde im Jahre 1977 mit 144 Mill. Tonnen erreicht. Von 1974 bis Mitte 1984 sind in den USA insgesamt mehr als 500 Stahlfazilitäten, darunter ganze Werke, stillgelegt worden.

FOTO-QUELLE / Die Wende im Fotobereich blieb aus – Wieder schwarze Zahlen

## Horten öffnet Türen für die Augenoptik

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

„Einen Großteil dessen, was wir uns vorgenommen haben, wurde erreicht, so daß wir mit Optimismus der Zukunft entgegensehen können." Reduziert man diese Aussage der beiden Geschäftsführer der Nürnberger Foto-Quelle Schickedanz & Co., Benno Janßen und Hans-Joachim Bels, auf die von ihnen vor einem Jahr eingeleitete Umorientierung und konsequente Hinwendung zu Videogeräten, Heimcomputern und Augenoptik, trifft dies sicherlich zu. Mit plus 16,3 Prozent auf 135,7 Mill. DM in der Augenoptik und plus 35,6 Prozent auf knapp 40 Mill. DM im Video/Computer-Bereich fielen die Zuwachsraten recht beachtlich aus.

Dieser Trend wird sicherlich auch im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (31. 1.) anhalten. Zumal Foto-Quelle vor wenigen Tagen mit der Düsseldorfer Horten AG ein Kooperationsabkommen schließen konnte, in deren Warenhäusern eigene Brillen-Fachgeschäfte einrichten zu können. Die ersten drei Studios „von vielleicht 20 und mehr" sollen bereits in den nächsten Wochen eröffnet werden. Für Foto-Quelle, die schon 1984 etwa 800 000 Brillen in ihren inzwischen 68 Studios verkaufen und damit einen Marktanteil von rund acht Prozent erreichen konnte, sind dies „besonders attraktive Standorte".

Ganz anders sieht es dagegen im traditionellen Geschäft des „größten Fotohauses der Welt" aus. Statt der lang ersehnten Wende schrumpfte der Umsatz mit Fotoapparaten und -zubehör 1984/85 noch einmal um 10,5 (12,2) Prozent auf rund 275 Mill. DM (Branche: minus 5 Prozent) und im Laborbereich um 11,9 (4) Prozent auf 112 Mill. DM. Unter dem Strich führte dies letztendlich wieder zu einem Rückgang des Gesamtumsatzes von 3,2 (5,4) Prozent auf rund 560 Mill. DM. Dabei hatte man vor Jahresfrist noch „mit Sicherheit" ein Plus von sechs Prozent erwartet.

Mit Prognosen vorsichtig geworden, meint Janßen jetzt, daß man „schon glücklich sein wird, wenn 1985/86 wenigstens eine kleine Zuwachsrate erreicht werden kann". Nachhaltige Impulse verspricht er sich von der Erweiterung des Quelle-Hauptkatalogs um Fotoapparate und -zubehör. Und im Laborgeschäft erhofft man sich zusätzliche Aufträge durch die Einrichtung von Minilabors an 15 Standorten.

Seinen Optimismus begründet Janßen zudem damit, daß man allmählich die Kostenstruktur in den Griff bekommt. Nach Angaben von Konzernchef Hans Dedi konnten aber auch 1984/85 schwarze Zahlen (ein bis zwei Mill. DM) erreicht werden. Und dies, obwohl das Frankreich-Geschäft (Umsatz: rund 30 Mill. DM), inzwischen weitgehend liquidiert, noch einmal mit einem Verlust von knapp 3 Mill. DM belastete. Bis Mitte 1985 will man sich nun auch aus dem negativen Italien-Geschäft (Umsatz: 10 Mill. DM) zurückziehen. Viel Freude hingegen bereite die österreichische Tochter.

KAPITALANLAGEN / Pläne der Regierung Thatcher

## Aufsicht wird verbessert

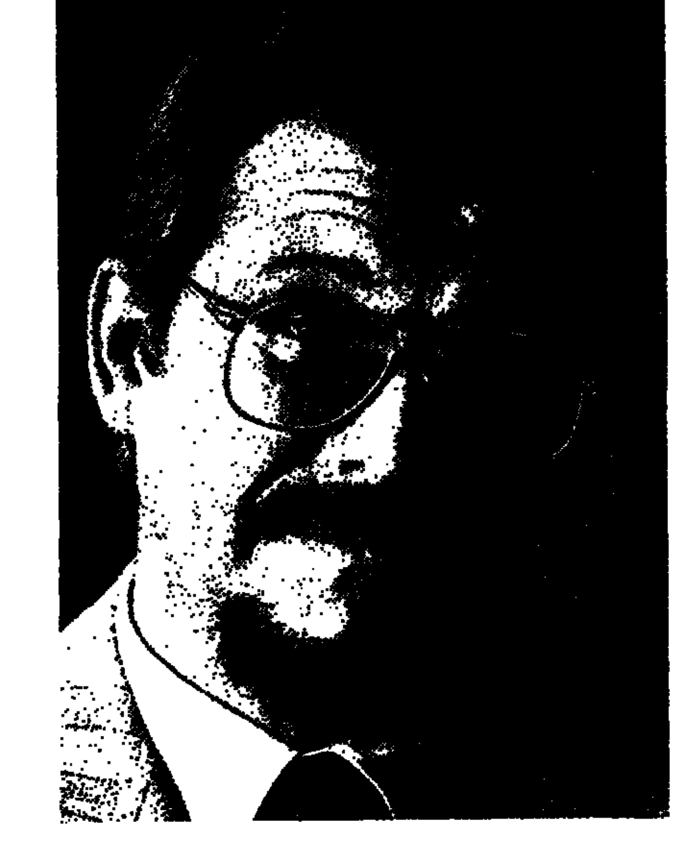
WILHELM FURLER, London

Anleger in Großbritannien sollen künftig durch eine verschärfte Aufsicht besser geschützt werden. Entsprechende Vorschläge sind jetzt von Industrie- und Handelsminister Norman Tebbit in einem 44seitigen Weißbuch vorgelegt worden. Danach werden Firmen, die als Anlage-Berater oder Investment-Broker tätig sind, eine offizielle Zulassung benötigen. Darüber hinaus sollen zwei Aufsichts-Gremien geschaffen werden.

Das eine würde den Vertrieb, also Marketing und Verkauf von Investment- und Lebensversicherungen regeln und überwachen; das andere den Wertpapierhandel im weitesten Sinn, also alles, was kommerziell mit Handel, Beratung und Anlage von Aktien, Anleihen, Optionen oder Waren-Terminen zu tun hat. Das erste Gremium würde unter der Bezeichnung „Marketing of Investments Board" arbeiten, das andere unter „Securities and Investments Board".

Die Vorschläge des Ministers gehen zwar von der Schaffung dieser beiden Aufsichts-Organe aus, wobei die Gremien-Mitglieder vom Minister selbst in Zusammenarbeit mit der Bank von England aus der Finanzwirtschaft bestellt werden sollen. Allerdings hat sich Norman Tebbit bereit erklärt, auch eine Zusammenfassung beider Organe zu einem Aufsichts-Gremium zu erwägen, falls dies von der überwiegenden Mehrheit der im Bereich Finanz-Dienstleistung arbeitenden Unternehmen gewünscht werden sollte.

Die zu schaffenden Aufsichts-Organe (oder gegebenenfalls das eine) sollen verhindern, daß Anleger durch Betrug und Vergehungen im weiten Finanz-Dienstleistungsbereich – also von Merchant-Banks über Stockbroker-Firmen bis hin zu Anlage-Beratern – geschädigt werden. Die Aufstellung praxisnaher Geschäftsbedingungen und die Überwachung der Einhaltung kann nach Ansicht des Ministers weit besser durch „Insider" als durch Regierungsvertreter oder Staatsbeamte gewährleistet werden.

Herrn Kenner sind wir zu unbekannt.

Das stimmt. Vor dem Krieg war die ADCA eine der größten Regionalbanken Deutschlands. Diese Zeit hat Herr Kenner nicht erlebt. So groß und so bekannt wie seinerzeit ist die ADCA heute nicht. Unsere Kunden sehen darin keinen Nachteil. Weil nicht Größe zählt, sondern Leistung. Die ADCA kümmert und bemüht sich um jeden einzelnen Kunden. Darin liegt unser Ehrgeiz. Unsere Kunden spüren das und profitieren davon. Unternehmer, Private, Aufsteiger und Fortschrittliche genießen es, mit einer Bank zu arbeiten, die so „handlich" ist wie die ADCA-BANK.

Vielleicht suchen Sie so eine „handliche" Bank. Bitte sehr, wir sind für Sie da.

ADCA-BANK

PS. Übrigens: Wir sind in Berlin, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.


## NAMEN

**Martin Dürbaum**, Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit des ADAC, Chefredakteuer der ADAC-Motor-Welt und langjähriger Präsident der DPRG - Deutsche Public-Relations-Gesellschaft, feiert heute seinen 60. Geburtstag. **Karl-Heinz Wrasmann**, Bereichsleiter für Ausbildung und Personalentwicklung bei Hertie, geht zur Jahresmitte als Personaldirektor zur Kaufring e.G., Düsseldorf.

**Paul Labatzki** scheidet zum 31. März aus dem Vorstand der Internationales Immobilien-Institut AG, München, aus und tritt am 1. April in die Geschäftsführung der Adig Investment-Gesellschaft mbH, München-Frankfurt, ein.

**Peter J. Grell** wurde zum 1. April 1985 mit dem Aufgabenbereich Öfentlichkeitsarbeit und Werbung für die Unternehmen Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH, Hapag-Lloyd Flug GmbH- Hapag-Lloyd Kreuzfahrten GmbH und Hapag-Lloyd Tours GmbH, Bremen, betraut. Nachfolger von Grell, der bisher die Nordamerika-Direktion der Reisebüro-Organisation leitete, wird **Jürgen Weinroth**, bisher Geschäftsführer der New World Travel, Inc., New York.

**Wolfgang Blumberg**, (37), bisher Verkaufsdirektor der PEPSI-COLA GmbH, Offenbach, wurde zum Geschäftsführer ernannt. Er ist Nachfolger von **Bernd Rothfuß**.

FRANKREICH / Freie Preisgestaltung bei Ölprodukten

## Billigeres Benzin in Aussicht

JOACHIM SCHAUFUß, Paris

Die in Frankreich seit 60 Jahren bestehende Reglementierung des Ölmarktes wurde jetzt wesentlich gelockert. Für Benzin und Dieselöl gilt seit gestern das Prinzip der Preisfreiheit. Für Heizöl wird das bisherige System der behördlichen Preisfestsetzung zumindest noch für die Dauer des Winters fortgeführt. Die übrigen Ölproduktenpreise waren schon vor einigen Jahren liberalisiert worden. Die Regierung ist damit weitgehend dem am Dienstag verkündeten Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg nachgekommen, welches den französischen Ölpreisdirigismus für EG-vertragswidrig erklärte.

Von der Liberalisierung unberührt bleiben allerdings die seit 1928 erlassenen grundsätzlichen Kontrollbestimmungen zur Sicherung der Ölversorgung. Sie erschweren vor allem den Import von Rohöl und begünstigen Absprachen unter den sieben in Frankreich tätigen Mineralölkonzernen. Die Importeure, Raffinerien und Grossisten dürfen aber ihre Produktpreise frei bestimmen – unter der Auflage allerdings, daß die Differenz der Abgabepreise an ihre Tankstellen auf 14 Centimes je Liter begrenzt werden.

Die Preisfreiheit der Tankstellen selbst geht weiter, ist aber ebenfalls nicht vollkommen. So können die Departementspräfekten gegen den Mißbrauch von Preiserhöhungen jederzeit einschreiten. Dies gilt insbesondere für Tankstellen, die ihre Monopolstellung – auf Autobahnen oder in abgelegenen Regionen – zu sehr ausnutzen. Sie dürfen um nicht mehr als zehn Prozent teurer sein als ihre Konkurrenten in einem bestimmten Umkreis.

Bei der derzeitigen Lage am Mineralölmarkt ist zunächst mit Preissenkungen zu rechnen. Bereits in den letzten Wochen haben immer mehr Tankstellen die auf den behördlichen Höchstpreis zulässigen Rabatte von beispielsweise 18 Centimes für den Liter Super voll ausgenutzt und ihren Kunden in Erwartung des Luxemburger Urteils (illegal) Nachlässe von bis zu 40 Centimes gewährt.

Dieser Kampf mit den Rabatten ist jetzt beendet. Ob es zu einem Preiskrieg kommt, ist schwer abzuschätzen. Die meisten Tankstellen wollten sich erst einmal vorsichtig an die neue Marktlage herantasten, nachdem sie ihre Margen bereit stark reduziert hatten. Jetzt kommt es darauf an, wie sich die Abgabenpreise der Raffinerien entwickeln. Diese hatten 1984 immerhin Verluste von sieben Milliarden Franc verbucht.

CHINA / Gespräche in Bonn Anfang Februar – Investitionsanreize sind ein Thema

## Fortschritte im bilateralen Handel

JOHNNY ERLING, Bonn

Die Außenwirtschaft der Volksrepublik China macht Fortschritte: Der Handel mit der Bundesrepublik umfaßt inzwischen fünf Millionen DM – nach einer Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums. Das wäre das bisher beste Ergebnis im beiderseitigen Handelsverkehr. Der Warenaustausch, der bis November 1984 um 11,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum wuchs, schließt für die Bundesrepublik mit einem Überschuß von 400 Mill. DM ab. Dennoch nahmen die chinesischen Exporte 1984 stärker zu (21,6 Prozent) als die Importe aus der Bundesrepublik (3,9 Prozent).

Der Ausbau der Handelsbeziehungen bietet gute Voraussetzungen für das vierte Treffen der Deutsch-Chinesischen Gemischten Wirtschaftskommission vom 4. bis 6. Februar in Bonn. Zum ersten Mal wird Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die deutsche Delegation mit hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft und Banken bei den Gesprächen leiten. Der für Juni 1985 bevorstehende Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in der Bundesrepublik verleiht dabei der „Routinetagung" besonderes Gewicht in der Vorbereitung einer engen Zusammenarbeit im Bereich der Telekommunikation sowie der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Chancen stehen günstig, daß während des Staatsbesuches die Lieferung von zwei Kernkraftwerken unterzeichnet werden kann.

Der unter Vorsitz von Außenhandelsministerin Chen Muhua stehenden chinesischen Delegation gehören nach den jüngsten Reformen in der chinesischen Außenwirtschaft neben Vertretern der Zentralregierung nun auch verstärkt Repräsentanten der chinesischen Provinzen, so aus Zhejiang und Anhui und Vertreter der mit erweiterten Außenhandelsrechten versehenen chinesischen Reformstädte wie etwa Chongqing an. Von der dreitägigen Sitzung versprechen sich die deutschen Vertreter neue Impulse für eine erweiterte betriebliche Zusammenarbeit bei der Modernisierung Chinas. Von der Unterzeichnung des Gemeinschaftsvertrags mit VW während der Kanzler-Reise im Oktober 1984 wird allgemein eine Signalwirkung erwartet. Nach der Unterzeichung des Investitionsförderungsvertrages, der inzwischen auch vom Bundestag ratifiziert wurde, fehlt allerdings noch der Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens. Ein System, daß beispielsweise eine mögliche zweifache Besteuerung eines ausländischen Anlegers verhinderte, besteht also noch nicht.

Angesichts der ausgewogenen und raschen binnenwirtschaftlichen Entwicklung Chinas wird die Kommission erörtern müssen, wie sich die Rahmenbedingungen für deutsche mittelständische Unternehmen in China weiter verbessern lassen. Die deutsche Seite möchte dabei Peking bewegen, die Eröffnung von Gemeinschaftsbüros für mittelständische Unternehmen zu genehmigen. Gerade für einzelne mittelständische Unternehmer, für die der China-Markt besonders interessant ist, sind offenbar die Arbeits- und Lebensbedingungen in Peking inzwischen immer schwieriger und kostspieliger geworden.

PHOENIX / Dividende für 1984 ist nicht in Gefahr

# Ein Jahr der Wechselbäder

J. BRECH, **Hamburg**

Für die Ertragsrechnung lägen zwar noch keine sicheren Zahlen vor, jedoch hätten die Wechselbäder des Geschäftsjahres 1984 den Gewinn geschmälert. Dies, so erklärt der Vorstandsvorsitzende der Phoenix AG, Hamburg, Peter Weinlig, werde bedeutsam für die notwendige Rücklagenbildung sein. Die Dividende, deren Zahlung Phoenix nach langer Abstinenz für 1982 zum ersten Mal mit 6 Prozent wieder aufgenommen und 1983 auf 7 Prozent erhöht hatte, sei aber nicht in Gefahr. Nach Angaben von Weinlig können die Aktionäre sicher mit einer Ausschüttung rechnen; die Höhe sei noch offen.

Das Jahr 1984, so betont Weinlig, sei für Phoenix auch nach der drastischen Umstellung der Produktion auf Zulieferungen für die Automobilindustrie und technische Gummiwaren (Reifen gibt es im Phoenix-Programm nicht mehr) keine „fröhliche Wanderung" über einen Höhenweg, sondern eine ziemlich anstrengende Partie über Berg und Tal gewesen. Der Umsatz von 600 Mill. DM, der gegenüber dem Vorjahr nominal um zwei Prozent und real um 4 bis 5 Prozent zurückgegangen ist, habe hart erkämpft werden müssen. Der hochgesteckte Jahresplan für das Gesamtunternehmen sei vor allem durch den Streik in der Metallindustrie ins Wanken geraten.

Nach Angaben von Weinlig hat Phoenix durch den Streik in der Automobilindustrie allein 38 Mill. DM Umsatzausfall erlitten. Von Ende Mai bis in den Juli habe kurzgearbeitet werden müssen. Der Gewinn, den das Unternehmen bis zum Streikbeginn in allen Sparten erzielt hatte, wurde durch den Arbeitskampf restlos aufgezehrt. Der Ertrag für das ganze Jahr 1984 stammt ausschließlich aus der zweiten Jahreshälfte.

Verschärfte Preiskämpfe im Förderbandgeschäft, begleitet von einem erheblich geringeren Bedarf bei Stahlseiltransportbändern sowie ein unausgelastetes Baugewerbe hätten zugleich verhindert, so Weinlig, daß der Bereich allgemeine technische Gummiwaren, der nach wie vor rund 40 Prozent zum Gesamtumsatz beisteuert, die zeitweiligen Einbrüche im kraftfahrzeugabhängigen Geschäft hätte auffangen können.

Fortschritte hat Phoenix bei der seit Jahren notwendigen Reorganisation der französischen Tochter erzielt, die stark auf die Produktion von Schuhen ausgerichtet ist. Sie erzielte bei einem Umsatz von 230 Mill. Franc ein seit dem Sommer 1984 ausgeglichenes Ergebnis. Die Belegschaft ist nach langwierigen Auseinandersetzungen mit staatlichen Stellen um rund ein Drittel auf 350 Mitarbeiter abgebaut worden. Die Firma stehe nun auf einer solideren Basis. Sollte jedoch ein ernsthafter Interessent auftauchen, schließt Weinlig einen Verkauf nicht aus. Vom Herstellprogramm passe dieses Unternehmen nicht mehr zu Phoenix.

Für dieses Jahr erwartet Weinlig eine stetige Weiterentwicklung des Unternehmens bei gleichmäßigerer Auslastung. Die Rationalisierung der letzten Jahre würde sich positiv auswirken. Zur Modernisierung der Anlagen und zur Erweiterung der Produktion von Spezialartikeln wahre Phoenix zudem das hohe Investitionsniveau. Das Volumen von 30 Mill. DM im Berichtsjahr soll in diesem Jahr noch überschritten werden.

THYSSEN / Fast eine Milliarde Mark Ertragsbesserung im Konzern bescherte wieder einen Jahresüberschuß

# Im Startloch für eine kräftige Kapitalerhöhung

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Was drei Jahre lang ein unerreichbares Wunschziel blieb, rückt nun der Realisierung näher. Wenn die Entwicklung des Börsenkurses zur Entwicklung des Unternehmens passe, dann werde die Thyssen AG, Duisburg, die sehnlichst erwünschte Eigenmittelstärkung mit kräftiger Kapitalerhöhung vornehmen. Das ist die erste Botschaft, die Vorstandsvorsitzender Dieter Spethmann den 220 000 Eigentümern von 1,3 Mrd. DM Aktienkapital dieses im Stahl größten privatwirtschaftlichen Konzerns Europas mit dem nun vorgelegten Abschluß für 1983/84 (30. 9.) vermittelt.

In dem seit einigen Monaten anhaltenden Aufwärtstrend des Thyssen-Aktienkurses könnte da der Theorie schon bald die Praxis folgen: Aus genehmigtem Kapital (320 Mill. DM) eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 5:1 mit 90 DM Emissionskurs und 0,47 Mrd. DM Zufuhr für ein Eigenkapital, das mit 2,6 Mrd. DM in Thyssens Weltbilanz jetzt nur noch die dürftige Quote von 13,6 Prozent stellt.

Seine zweite und von diesem Kapitalerhöhungsplan natürlich untrennbare Botschaft will Spethmann den Aktionären erst in der Hauptversammlung am 22. März bieten: Nach dem nochmals dividendenlosen Abschluß des „Konsolidierungsjahres" 1983/84 nun eine „freundliche" Prognose zur Dividendenrückkehr für 1984/85.

Solche „Freundlichkeit" kann dem Konzernchef offensichtlich nicht schwerfallen. Denn schon 1983/84 hat Thyssen aus einem Weltumsatzplus von gut vier Mrd. DM rund 900 Mill. DM an Ertragsbesserung gewonnen: Sichtbar im Umschwung vom hohen Vorjahresverlust in einen (thesaurierten) Jahresüberschuß und quasi unsichtbar in einer „erhebliche über 100 Mill. DM" liegenden Rückstellungsdotierung, um alle noch zu erwartenden Verlustauftrags-Abwicklungen aus dem bisherigen Eisenbahnsektor der großen US-Verarbeitungstochter The Budd Corp., Troy, endgültig aus künftigem Konzernertrag herauszuhalten.

Einschließlich dieser Risikovorsorge hat Budd den Konzern im Berichtsjahr aus 4,1 (3) Mrd. DM Umsatz nochmals mit 139 (452) Mill. DM belastet. Bei diesem 1978 für damals 0,6 Mrd. DM begonnenen Engagement betragen im Saldo mit anfangs guten Erträgen die kumulierten Verluste nunmehr 839 (700) Mill. DM plus 248 (200) Mill. DM Finanzierungskosten des Erwerbs.

Doch nun ist die Wende da. Der dominierende Budd-Bereich (Autoindustrie-Zulieferungen) lag schon im Berichtsjahr mit 100 Mill. DM im Gewinn (vor Steuern) und läßt für 1984/85 aus circa 3,6 Mrd. DM Umsatz weitere „deutliche" Ertragsbesserung erwarten. Der Eisenbahn/Nahverkehrssektor wurde per 1. Januar 1985 in die „Transit America Inc." verselbständigt und über eine US-Zwischenholding direkt an die Thyssen AG angehängt. Seine Zukunft hängt auch von politischen Entscheidungen in den USA ab, die solche Produkte ansonsten nur aus Importen beziehen könnte. So oder so soll es für Thyssen keine unangenehmen Überraschungen aus diesem Bereich mehr geben.

Angenehmes dagegen gibt es nun aus praktisch allen Bereichen dieses Weltkonzerns. Der Konjunkturaufschwung hält an und hat den Umsatz im ersten Quartal von 1984/85 um 8,4 Prozent höher als vor Jahresfrist ausfallen lassen. Der vorwiegend inländische Verarbeitungsbereich (Thyssen Industrie) rechnet für das laufende Jahr mit „mindestens" sechs (4,4) Mrd. DM Auftragseingang und deutlicher Besserung seiner im Berichtsjahr schwachen Rendite. Die beiden Konzerntöchter im Massen- und Edelstahlbereich, deren beachtlicher Ertragsbesserung im Berichtsjahr der Umschwung des Konzernertrages hauptsächlich zu danken war, rechnen mit weiterem (allerdings nun moderatem) Anstieg ihres Mengengeschäfts bei weiterer Preiserholung. Der große Handel/Dienstleistungsbereich (Thyssen Handelsunion) liegt in Umsatz und Ertrag weiterhin verläßlich auf der Sonnenseite.

Der restlichen Stahl-Strukturanpassung werden 1984/85 noch etwa 3000 Arbeitsplätze der im übrigen konstant bleibenden Konzern-Belegschaftszahl zum Opfer fallen. Aufwärtstrend zeigen auch die nun bis zu 20 Prozent auf etwa 1,1 Mrd. DM steigenden Investitionen. Die Innenfinanzierungskraft dafür hat der Konzern schon im Berichtsjahr mit mehr als verdoppeltem Cash-flow (nach Steuern) überreichlich geschaffen. Den günstigen (Börsen-)Zeitpunkt für die Kapitalerhöhung kann der Vorstand auch in dieser Hinsicht mit Gelassenheit abwarten.

| Thyssen-Welt | 1983/84 | ±% |
|---|---|---|
| Umsatz (Mill. DM) | 32 430 | + 14,3 |
| Auslandsanteil (%) | 51 | (49) |
| Belegschaft (30.9.) | 131 030 | - 4,7 |
| davon Stahl*) | 65 643 | - 6,9 |
| Verarbeitung | 53 392 | - 1,5 |
| Gesamtinvestitionen | 986 | + 2,4 |
| Cash flow | 1459 | + 117,0 |
| Ergebnis v. Steuern | 339 | (- 384) |
| davon Stahl *) | 238 | (- 227) |
| Verarbeitung | - 101 | (- 317) |
| Jahresergebnis | 181 | (- 550) |

*) mit Edelstahl

BERLIN

# Interglas baut neues Werk

ot. **Berlin**

Die Interglas-Textil GmbH, Ulm, baut in Berlin eine neue Fabrik. Wie Hauptgesellschafter Walter Deschler in Berlin mitteilte, werden auf einem vom Land bereitgestellten Grundstück rund 50 Mill. DM investiert und bis 1987 etwa 200 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wirtschaftssenator Elmar Pieroth wertet die neue Fabrik als den bisher größten Erfolg der Berliner Ansiedlungspolitik, denn es würden Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung geschaffen.

Interglas ist nach den Worten von Deschler keine Textilfirma im herkömmlichen Sinne mehr. Das Glasgewebe dient vor allem als Basisprodukt für die Herstellung von Leiterplatten für die Elektronikindustrie oder in der Flugzeugfertigung. Interglas habe schon vor fünf Jahren Berlin als Standort analysiert. Wenn die Entscheidung jetzt für Berlin gefallen sei, so habe das auch mit der unkonventionellen Hilfe der Behörden und dem geänderten Berlin-Bild zu tun.

Deschler verdeutlichte dies mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, zum Start 30 bis 40 Mitarbeiter von Ulm nach Berlin zu schicken. 35 hätten sich schon gemeldet. Die Deschler-Gruppe zählt etwa 2000 Mitarbeiter. Rund 500 sind davon bisher bei der Interglas-Tochter beschäftigt, die im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) 194 Mill. DM umsetzte. In diesem Jahr sollen es 250 Mill. DM werden.

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 6

**Für den sicherheitsorientierteren Anleger: DekaTresor* – das gemanagte Renten-Depot.**

Die Thesaurierung der Erträge stärkt die Substanz und verstetigt die Anteilpreisentwicklung dieses SparkassenFonds.

Mehr über DekaTresor erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Deka

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Baden-Baden:** Ulrich Erath GmbH & Co. Hotel- u. Gaststättenbetriebe KG; Ulrich Erath; **Bad Homburg:** Ekkehard Schulz, Bad Homburg v. d. Höhe; **Bergisch Gladbach:** WEVA Anzeigen- u. Verlagsges. mbH, Odenthal-Blecher; **Berlin Charlottenburg:** Udo Irrgang; Anna Marquardt geb. Möser; **Coburg:** Hermann Fischer, Schreinermeister, Wilhelmstahl-Steinberg; Nachl. d. Friedel Akkermeier, Lügde-Rischenau; **Essen:** Eisenhoch- u. Brückenbau Strop GmbH & Co. KG; Storp GmbH; **Gummersbach:** Nachl. d. Dr. Hans Reimer, Hückeswagen; **Hannover:** Heinz Meyder, Langenhagen; **Idar-Oberstein:** Bernd Rieth („Holiday-Reisebüro"); **Kiel:** Nachl. d. Irmgard Dora Ammon geb. Wrobel, Kronshagen; **Kleve:** Franz Tenhaef GmbH, Tiefbauunternehmen – Spezialbetrieb f. Kabelverlegungsarbeiten, Kleve-Rindern; **München:** Schulkü-Wärme- u. Kälteschutz GmbH, Dachau; **Norden:** Baugeschäft Gummels GmbH, Osteel/Ut Enden; **Recklinghausen:** Petra Dogan, Marl; Hochlarmarker Fliesenhandel GmbH; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Fa. Otto P. Braun GmbH & Co.

**Anschlußkonkurs eröffnet: München:** Elegance Schuh-Salon Kurt & Harry Dorsemagen GmbH & Co. KG; **Neustadt:** Volker Hetebrügge, Alleininh. d. Fa. Autohaus Hetebrügge.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Schachtel an Volksfürsorge

**Hamburg** (Py) – Die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt, beteiligt sich mit einer Schachtel (25 Prozent plus 1 Aktie) am 150 Mill. DM Grundkapital der ebenfalls gemeinwirtschaftlichen Volksfürsorge Lebensversicherung AG, Hamburg. Mit diesem Schritt soll nach den Worten des Volksfürsorge-Vorstandsvorsitzenden Werner Schulz die seit Jahren bestehende enge Kooperation ausgebaut werden, nachdem die Volksfürsorge seit 1962 zehn Prozent des BfG-Kapitals hält. Hintergrund für diese Zusammenarbeit ist der Ausbau von Finanzdienstleistungen sowie Nutzung und Erschließung des gemeinsamen Kundenpotentials in allen Finanz-, Versicherungs- und Bausparleistungen. Die engere Verzahnung, für die ein „bedeutender" Preis gezahlt worden ist, soll überall da stattfinden, wo die Unternehmen präsent sind. Ab Mai werden in Eutin, später auch in Süddeutschland, gemeinsame Stützpunkte errichtet, in denen Angestellte beider Gesellschaften gemeinsam ihre Produkte anbieten.

### Aufwärtstrend gebremst

**München** (dpa/VWD) – Die Aufwärtsentwicklung in der Caravanbranche ist 1984 abgebremst worden. Wie der Geschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, Gerd vom Hövel, in einer Vorschau auf die 16. Ausstellung Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt (CBR) sagte, wurden im vergangenen Jahr 28 496 Caravans neu zugelassen nach 30 250 im Vorjahr. Der Gesamtumsatz bei Caravans und Motorcaravans einschließlich Zulieferer stagnierte auf Vorjahrshöhe von 1,4 Milliarden DM. In der Zeit vom 2. bis 10. Februar werden 561 Unternehmen aus 39 Ländern ihre Angebote auf dem Münchener Messegelände vorstellen.

### LVM ist Beitragsmilliardär

**Düsseldorf** (Py.) – Erstmals in seiner Geschichte hat das Beitragsvolumen des Landwirtschaftlichen Versicherungsvereins aG (LVM), Münster, die Marke von einer Mrd. DM überschritten. Mit einem Plus von 9 Prozent lag der drittgrößte deutsche Kraftfahrzeugversicherer im Wachstum zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Der Vertragsbestand erreichte rund 2,8 Mill. Policen (plus 6,4 Prozent). Die Schadenentwicklung hat sich nach ersten vorläufigen Angaben verbessert, was auf die Einführung des neuen Teilkaskotarifs mit Selbstbeteiligung zurückgeführt wird. Zufrieden ist die Gesellschaft mit dem Ergebnis des allgemeinen Geschäfts. Die Verzinsung der Kapitalanlagen lag bei 8,9 Prozent.

### Kooperation vereinbart

**München** (rtr) – Die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Dänemark wollen gemeinsam das neue Raketensystem „Ram" (Rolling Airframe Missile) für die Marine bauen, das zur Abwehr von Anti-Schiffsraketen dienen soll. Der Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) will zu diesem Zweck, wie das Unternehmen bekanntgab, zusammen mit der AEG-Telefunken AG, dem Nürnberger Rüstungsunternehmen Diehl GmbH und Co sowie der Bodenseewerk Gerätetechnik GmbH das Gemeinschaftsunternehmen Ram-System GmbH gründen. Es soll von den vier Partnern zu gleichen Teilen gehalten werden.

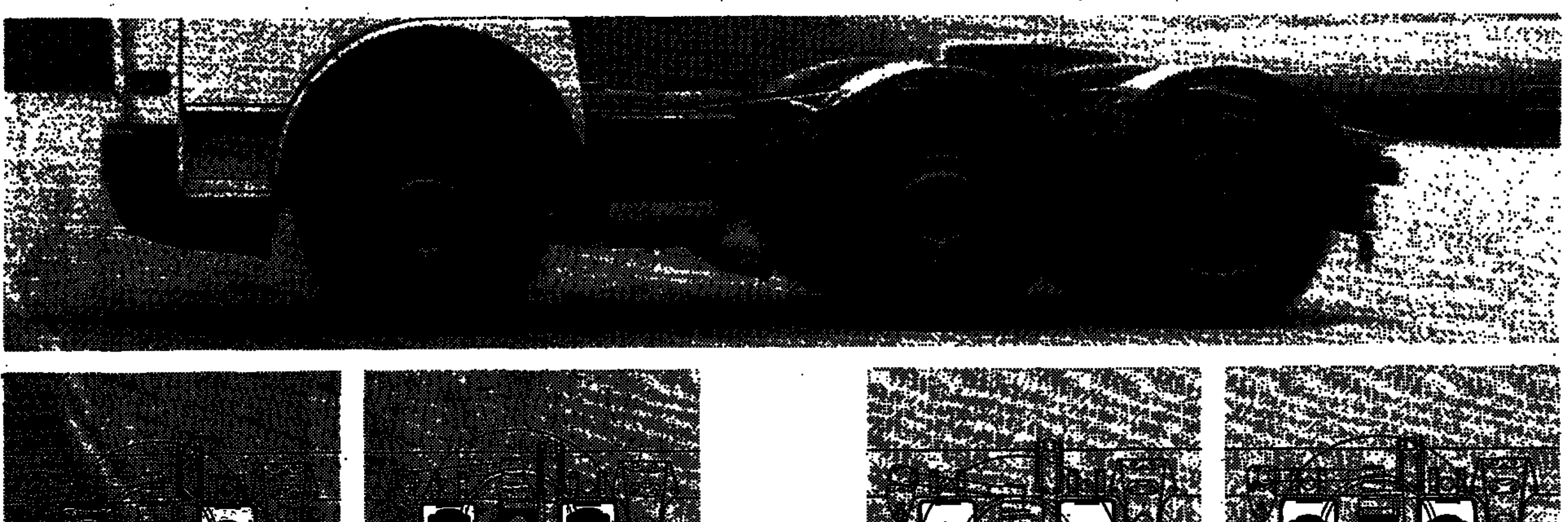
**Nur bei M.A.N.: Voll-Luftfederung**

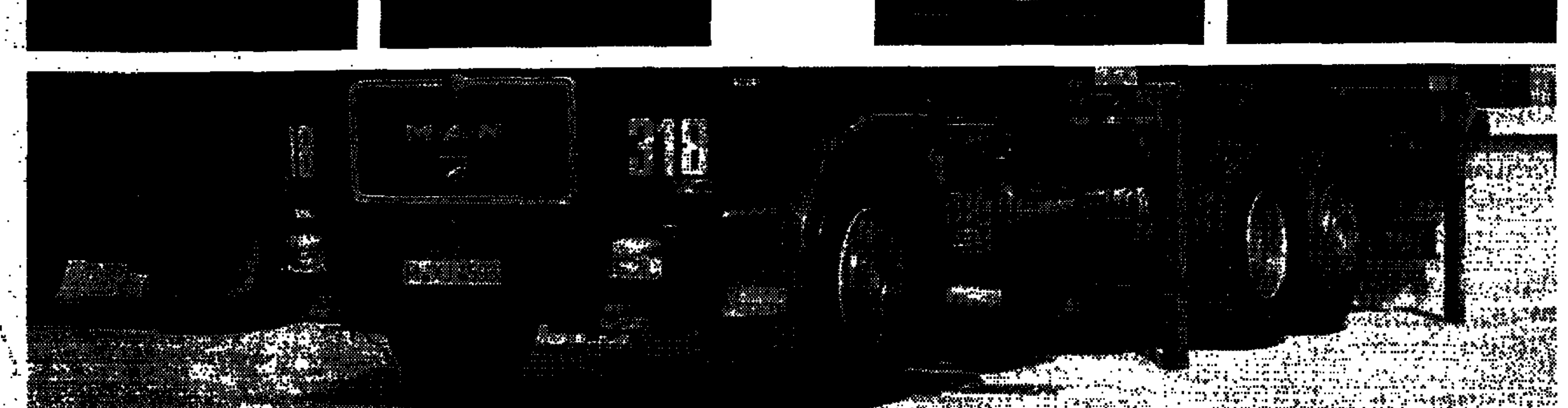
**Federungskomfort als Wirtschaftlichkeitsfaktor**

**Hochempfindliche Güter sicher transportieren**
Mit Luftfederung fahren heißt: fahren mit maximalem Federungskomfort. Mit Luftfederung fahren heißt genauso: hochempfindliche Güter sicher, schonend und wirtschaftlich transportieren. Luftgefederte Lastkraftwagen von M.A.N. sind automatisch höhenreguliert. Ob bei leerem oder beladenem Fahrzeug, die Luftfederung ist lastunabhängig und gewährleistet bei jedem Belastungszustand ein gleichbleibend hervorragendes Federungsverhalten sowie eine gleiche Ladeflächenhöhe.

**Technik für höhere Wirtschaftlichkeit**
Voll-Luftfederung ab Werk, also Luftfederung an allen Achsen, gibt es nur bei M.A.N. und das seit ca. 15 Jahren. Abgesehen davon, daß voll-luftgefederte Fahrzeuge Luftfederungskomfort auch an der Vorderachse haben, bieten sie noch einen zusätzlichen Vorteil: Die integrierte Hebe- und Senkeinrichtung ermöglicht zeitsparenden Aufbauwechsel bzw. besonders schnelles Auf- und Absatteln. Teure und schwere Zusatzeinrichtungen sind überflüssig.

**Wirtschaftlichkeit ist unser Konzept**





**M.A.N. – Das Programm für den wirtschaftlichen Fuhrpark**
Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, mit unseren Leistungen die optimale Wirtschaftlichkeit jedes Fuhrparks zu erzielen. Dazu gehört die Kenntnis aller branchenspezifischen Probleme, ein leistungsstarkes, breites Programm und das Know-how über Optimierungsfragen eines modernen Fuhrparks. Wie wir das im speziellen Einzelfall machen – *darüber sollten wir uns unterhalten.* Möchten Sie aber erst zu dem Anzeigenthema eine weiterführende Information, bitten wir Sie, das auf dem Coupon zu vermerken.




Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge



Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigenthema

M.A.N. Unternehmensbereich
Nutzfahrzeuge/VMK 15
Postfach 500620
8000 München 50

DW 2/85

Anschrift/Firmenstempel

# Ausländer ließen Kurse steigen

## Sonderbewegungen in PKI und IWKA

**DW. – Das Geschäft an der Mittwochbörse stand eindeutig im Zeichen massiver Kaufaufträge aus dem Ausland. Zinserwägungen spielten bei der Tendenzbildung keine Rolle. Vielmehr ließen sich die Ausländer durch die Kurssteigerungen an der New Yorker Börse inspirieren. Die Börsenkulisse lag zunächst ebenfalls auf der Käuferseite, nahm später jedoch Gewinnmitnahmen vor. Für sie war das Thema Leitzinsenerhöhung nicht vom Tisch. Mit einiger Sorge sieht der Berufshandel dem Ergebnis der Zentralbankratssitzung entgegen.**

Die Ausländer interessierten sich erneut für Siemens, Daimler und Deutsche Bank. Miteinbezogen haben sie in ihre Käufe aber auch BASF, Bayer, Hoechst und Versicherungswerte. PKI-Aktien wurden kräftig heraufgesetzt, man spricht davon, daß der holländische Philips-Konzern seine Beteiligung hier aufrunden soll. Aufkaufgerüchte waren es auch, die den IWKA-Kurs auf eine neue Spitze getrieben haben. Nach Ausscheiden aus der Quandt-Gruppe gilt IWKA offiziell als „ungebunden". Bei den Stahlaktien wurden die Meinungskäufe zu leicht anziehenden Kursen fortgesetzt. Im Schatten von Daimler konnten *sich auch Mercedes verbessern*, Porsche zogen ebenfalls an. Bei den Maschinenbauwerten erzielten Deutsche Babcock-Stämme einen überdurchschnittlichen Gewinn, da auch sie wieder in die Dividendenzahlungen einbezogen werden sollen.

**Düsseldorf:** Dyckerhoff St. sanken um 3 DM auf 156 DM, Bilfiner verminderten sich um 2 DM auf 177 DM und Cononia gaben um 8 DM auf 372 DM nach. Audi NSU erhöhten sich um 2 DM auf 425 DM und Schiess konnten sich um 3 DM auf 110 DM verbessern.

***Frankfurt:*** Braun Vz. sanken um 14 DM und Cassella um 13,50 DM. Ceag stiegen um 7 DM auf 118,50 DM und Frankfurter Hypo befestigten sich um 5 DM auf 540 DM. Holzmann fielen um 8,50 DM auf 395 DM und Kupferberg um 10 DM auf 840 DM.

**Hamburg:** HEW wurden mit *90,30 DM plus 0,40 DM bezahlt*, während NWK-Vz. auf 169 DM minus 1 DM nachgaben. Triton wechselten 2 DM fester zu 129 DM den Besitzer. Gut behauptet lagen Phoenix Gummi bei 116,50 DM.

**München:** Agrob Vz. stiegen um 2 DM, AKS um 3,80 DM und Deckel AG um 5 DM auf 170 DM. Dywidag konnten sich um 2 DM auf 155 DM befestigen. Erlus sanken um 5 DM auf 340 DM, Grünzweig gaben um 8,90 DM auf 110,10 DM nach und Leonische Draht verminderten sich um 9 DM auf 345 DM.

**Berlin:** *Berthold wurden um 6,80* DM und Detewe um 6 DM heraufgesetzt. Schering konnten sich um 3 DM, HerlitzVz. um 2,50 DM, Orenstein um 1,50 DM und Berliner Bank um 1 DM erholen. Berliner Elektro lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher. Bergmann und Berliner Kindl bröckelten um *je 0,50 DM ab.*

**Nachbörse: uneinheitlich**

**WELT-Aktienindex: 167,3 (166,6)**

**WELT-Umsatzindex: 2780 (2540)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

## Inland

## Ausländische DM-Anleihen

## Ausland

### New York

## Freiverkehr

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Inlandszertifikate

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Amsterdam

## Tokio

## Zürich

## Madrid

## Paris

## Toronto

## London

## Mailand

## Wien

## Brüssel

## Hongkong

## Singapur

## Sydney

## Kopenhagen

| | 30. 1. | 29. 1. |
|---|---|---|
| Den Danske Bank | 290 | 287 |
| Jyske Bank | 555 | 550 |
| Kopenh. Handelsbk. | 293 | 288 |
| Novo Industri | 334 | 323 |
| Privatbanken | 744 | 242 |
| Ostasiat. Komp. | 535 | 155 |
| Dan. Sukkerfabr. | 535 | 525 |
| For. Bryggerier St. | 805 | 800 |
| Kgl. Porc. Fabr. | 227 | 220 |

## Optionshandel

**Frankfurt: 30. 1. 85**

985 Optionen = 50 750 (46 350) Aktien

Davon 289 Verkaufsoptionen = 15 200 Aktien

**Kaufoptionen:** AEG 4-95/17,6, 4-100/13,5, 4-110/5,1, 4-130/2,5, 7-110/8, 7-120/4,5, 10-100/18,6, 10-110/12, BASF 4-159,65/22,8, 4-160/25, 4-170/15,5, 4-180/10, 4-190/2,4, 4-200/1, 7-169,65/19,2, 7-170/18, 7-180/13, 7-190/7,5, 7-200/3,5, 10-190/11,4, 10-200/7, 10-210/3, Bayer 4-190/5,9, 4-200/3, 4-210/1,5, 7-190/14, 7-200/7,1, 7-210/4, 10-200/13, 10-210/7,7, 10-230/2,7, BMW 7-410/9,4, Commerzbk. 4-170/7,9, 4-180/2,95, 7-170/12,4, *7-180/5,9, 7-190/3, 10-180/12,5*, Conti 4-120/5,8, 7-130/3,6, Daimler 4-600/37, 7-600/54, Dt. Babcock St. 7-160/11, 10-160/15,6, 10-180/3,4, Dt. Babcock Vz. 7-160/12, Deutsche Bk. 4-390/20, 4-400/12, 7-170/12,4, 7-180/5,9, 7-190/3, 10-410/22, Degussa 7-160/11,5, Dresdner Bk. 4-190/10,3, 7-180/19,4, 7-200/9,9, 7-210/4,2, 10-210/7, Hoechst 4-200/2, 7-190/10, 7-200/5, 7-210/2, 10-200/9, Hoesch 4-100/7, 4-110/4, 7-100/12,6, 7-110/5,7, 7-120/3, 10-110/7, 10-110/14,2, 10-120/4,5, Karstadt 7-250/5,9, Klöckner 4-70/8,6, 4-75/5,15, 4-80/2,5, 4-85/1,6, 7-65/17,5, 7-70/11,6, 7-75/8,1, 7-80/6, 10-75/11, 10-80/8,4, 10-85/4,6, MAN 7-170/6,6, Mannesmann 4-160/3, 7-160/8,35, 7-170/3,4, Preussag 4-260/4,5, 10-250/17, RWE Vz. 7-170/4,4, 10-170/6,1, Schering 4-460/34,2, Kali + Salz 7-290/5, 10-280/11, Siemens 4-420/80, 4-439/68, 4-440/60, 4-450/51,5, 4-470/32, 4-490/20,2, 4-500/14,2, 4-510/11, 4-538/5, 7-490/38, 10-520/21, 10-550/7, Thyssen 4-80/11,5, 4-85/8, 4-90/4,5, 4-95/2,6, 4-100/1,2, 7-85/11, 7-90/7,5, 7-95/4,2, 7-100/3,5, 10-85/13,8, 10-90/9,4, Veba 7-180/3,7, 10-180/7,9, 10-190/3,5, VEW 4-120/6, VW 4-190/13,5, 4-200/8,5, 4-210/4, 4-220/1,9, 7-200/13, 7-210/8,4, 7-220/5, 7-230/2,9, 7-240/1,9, 10-210/15, 10-220/9, 10-230/6,1, Alcan 4-85/14,5, 4-*90/9,5, 7-90/16,2, Chrysler 4-110/7,4, EH 7-75/7, IBM 4-*420/21, 7-420/25,8, 7-430/20, 10-430/27,6, Norsk Hydro 7-35/4,9, 7-40/2, Philips 7-55/3, 10-50/8,85, 10-55/3,9, **Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/1, 4-110/3, 7-100/2, 7-110/4,4, 10-95/1,6, 10-100/2,5, BASF 4-80/3, 7-180/4,5, 10-180/5,3, Bayer 4-190/3, 7-180/2,5, 7-190/4,6, 10-190/7, BMW 4-370/8,5, Commerzbk. 4-170/2,15, 7-170/3,4, 10-170/5, Conti 7-110/1,9, 7-120/3,35, 10-110/2,4, Dt. Babcock St. 4-160/3,5, Deutsche Bk. 4-380/2,1, 4-390/7, 7-370/2,7, 7-380/6,9, 7-390/8,4, 10-360/4,2, Dresdner Bk. 4-190/3,1, 7-370/2,7, 7-380/6,9, 7-390/8,4, 10-180/3,1, 10-190/7,5, Hoechst 4-180/0,90, 7-190/8,5, Hoesch 4-100/0,90, 7-100/2,4, 10-100/3,3, Kaufhof 4-220/10,5, Klöckner 7-75/3, 10-75/4, Mannesmann 4-150/1,2, 7-150/2, 10-150/3, RWE Vz. 4-170/6, Schering 7-440/6,8, Kali + Salz 4-250/1,6, Siemens 4-490/7,8, 4-500/15, 7-470/3,8, 7-490/11,4, Thyssen 4-90/1,2, 7-90/2,5, 10-85/2, Veba 7-170/1,6, VW 4-190/2,4, 4-200/7, 7-180/2, 7-190/3,8, 10-180/5,4, 10-200/9,4, 10-210/20.

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 8⅛– 8⅜ | 5⅞–6 | 5⅛–5¼ |
| 3 Monate | 8¼– 8½ | 5⅞–6⅛ | 5¼–5⅜ |
| 6 Monate | 8½– 8¾ | 6 –6¼ | 5¼–5½ |
| 12 Monate | 9¼– 9⅜ | 6⅛–6⅜ | 5¼–5½ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1510,00 | 1903,80 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1210,00 | 1471,25 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 500,00 | 694,00 |
| 1 £ Sovereign alt | 221,00 | 274,74 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II. | 217,00 | 270,18 |
| 20 belgische Franken | 166,00 | 216,60 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 228,00 | 287,28 |
| 2 südafrikanische Rand | 215,00 | 266,76 |
| Krüger Rand, neu | 960,00 | 1134,30 |
| Maple Leaf | 980,00 | 1134,30 |
| Platin Noble Man | 883,00 | 1046,52 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen*)** | | |
| 20 Goldmark | 238,00 | 298,68 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 178,00 | 226,86 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 179,00 | 228,00 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 888,00 | 1068,70 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 179,00 | 226,86 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 93,00 | 123,12 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 414,00 | 511,86 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 99,00 | 135,66 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 30. 01. 85 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfx.-Kurs⁴) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York³) | 3,1630 | 3,1710 | 3,1518 | 3,12 | 3,21 |
| London¹) | 3,552 | 3,566 | 3,484 | 3,47 | 3,62 |
| Dublin¹) | 3,104 | 3,118 | 3,048 | 3,02 | 3,17 |
| Montreal³) | 2,3845 | 2,3925 | 2,3690 | 2,33 | 2,44 |
| Amsterd. | 88,320 | 88,540 | 88,415 | 87,50 | 89,50 |
| Zürich | 118,480 | 118,680 | 118,70 | 117,50 | 120,25 |
| Brüssel | 4,989 | 5,009 | 4,943 | 4,89 | 5,09 |
| Paris | 32,635 | 32,795 | 32,335 | 31,75 | 33,50 |
| Kopenh. | 27,970 | 28,090 | 27,69 | 26,75 | 28,50 |
| Oslo | 34,520 | 34,640 | 34,055 | 33,50 | 35,25 |
| Stockh.**) | 34,955 | 35,115 | 34,375 | 34,25 | 36,00 |
| Mailand²) **) | 1,617 | 1,629 | 1,587 | 1,56 | 1,66 |
| Wien | 14,219 | 14,259 | 14,202 | 14,14 | 14,56 |
| Madrid**) | 1,801 | 1,811 | 1,774 | 1,74 | 1,96 |
| Lissabon**) | 1,820 | 1,840 | 1,732 | 1,43 | 2,25 |
| Tokio | 1,2440 | 1,2470 | – | 1,20 | 1,26 |
| Helsinki | 47,680 | 47,860 | 46,95 | 46,75 | 48,50 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 4,00 |
| Rio | – | – | – | 0,03 | 0,18 |
| Athen*) **) | 2,4140 | 2,4680 | – | 1,80 | 2,80 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,5765 | 2,5855 | – | 2,52 | 2,62 |
| Johannesbg.*) | 1,5930 | 1,6120 | – | 1,34 | 1,59 |

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Die Devisenmärkte vom 30. 1. 1985

Am Devisenmarkt kursierten Gerüchte, daß die amerikanische Notenbank gestern bei 3,1775 Dollar verkauft habe. Niedriger handelte man in Europa, doch konnte sich der Kurs im Tagesverlauf von seiner niedrigen Basis 3,1650 lösen und am Nachmittag 3,1735 erreichen, dazu trug das günstiger als erwartet ausgefallene Handelsbilanzdefizit der USA für Dezember bei. Beachtet wurde auch die Ankündigung das im Anschluß an die morgige Zentralbankratssitzung keine Pressekonferenz stattfinden würde. Meist ist dies ein Zeichen das keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt werden. Die amtliche Dollar-Notiz lag mit 3,1670 30 Punkte über Vortag. Die Bundesbank glich mit einem Verkauf in Höhe von 10,9 Mill. Dollar aus. Kräftig erholen konnte sich das englische Pfund aufgrund von Gewinnmitnahmen und Meinungskäufen. Der Tagesgewinn belief sich auf 6,8 Promille bei einer Notiz von 3,559. Nach der valutarischen Überwindung des Monatsultimos wurde der Schweizer Franken um 4,4 Promille niedriger mit 118,56 bewertet. US-Dollar in: Amsterdam 3,5815; Brüssel 63,3875; Paris 9,6810; Mailand 1954,73; Wien 22,3490; Zürich 2,6712; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,1230; Pfund/DM 3,559.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 30. Januar: In D-Mark 2,22241 (Parität 2,24184); in Dollar 0,701408 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 30. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

## Devisenterminmarkt

Pfund-Deports wurden am 30. Januar enger gehandelt, nachdem sich die Situation um die britische Währung beruhigt hat und ein leichtes Nachgeben der Pfund-Zinssätze eintrat.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,65/0,55 | 1,93/1,83 | 3,90/3,70 |
| Pfund/Dollar | 0,44/0,41 | 1,11/1,06 | 1,67/1,60 |
| Pfund/DM | 2,70/1,30 | 6,20/4,80 | 10,10/8,70 |
| FF/DM | 19/03 | 44/28 | 84/68 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 T Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,05 T Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

**Bundesschatzbriefe** (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,28) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,08) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,80, Rendite 7,04.

مكتبة الأصل

# Warten auf den Zentralbankrat

**Der sich versteifende öffentliche Widerstand gegen jede Art von Leitzinserhöhung hat Hoffnungen auf deren Verzicht geweckt. Im öffentlichen Bereich kam es deshalb zu ersten vorsichtigen Rückkäufen, die die Kurse teilweise um 0,20 bis 0,30 Prozentpunkte steigen ließen. Mit einer deutlichen Befestigung wird für den Fall gerechnet, daß der Zentralbankrat in seiner dieswöchigen Sitzung „keine Beschlüsse" fassen wird. Für eine gewisse Stimmungsbesserung sorgte die feste Tendenz der US-Bonds, deren Renditen weiter deutlich gesunken sind.**

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Länder – Städte

## Bankschuldverschreibungen

## Bundesbahn

| | | 30. 1. | 29. 1. |
|---|---|---|---|
| 7 dgl. 77 | 2/87 | 101,05 | 101,05bG |
| 6 dgl. 77 | 9/87 | 99 | 99 |
| 6 dgl. 78 II | 7/88 | 98,15 | 98,15 |
| 6½ dgl. 77 | 5/88 | 98,8 | 98,75 |

## Industrieanleihen

## Sonderinstitute

## Optionsscheine

## Optionsanleihen

## Wandelanleihen

## Währungsanleihen

## Düsseldorf

## Ausländische Aktien in DM

# Warenpreise – Termine

**Etwas schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Dagegen konnte Kupfer durchweg Gewinne verbuchen. Überwiegend niedriger notierte Kaffee, während Kakao allgemein höher bewertet wurde.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 29. 1. | 28. 1. |
|---|---|---|
| März | 348,25 | 345,50 |
| Mai | 342,25 | 340,50 |
| Juli | 332,50 | 331,75 |
| **Weizen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Wheat Board cif. | 29. 1. | 28. 1. |
| St. Lawrence 1 CW | 249,49 | 249,09 |
| Amber Durum | 248,99 | 248,99 |
| **Roggen Winnipeg (can. $/t)** | | |

| Kakao | | |
|---|---|---|
| New York ($/t) | 29. 1. | 28. 1. |
| Terminkontr. März | 2283 | 2220 |
| Mai | 2315 | 2244 |
| Juli | 2289 | 2224 |
| Umsatz | 4016 | 4658 |
| **Zucker** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Kontrakt Nr. 11 März | 4,42 | 4,58 |
| Mai | 4,71 | 4,92 |
| Juli | 5,04 | 5,24 |
| Sept. | 5,30 | 5,42 |

## Genußmittel

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Sojaöl | | |
|---|---|---|
| Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk | 234,50 | 226,00 |
| **Kokosöl** | | |
| Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif | 825,00 | 840,00 |
| **Leinsamt** | | |
| Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 291,50 | 292,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Seide Yokoh. (Y/kg) | | |
|---|---|---|
| AAA, ab Lager | 29. 1. | 28. 1. |
| Febr. | 12 115 | 12 115 |
| März | 12 147 | 12 122 |
| **Kautschuk** | | |
| London (p/kg) | 29. 1. | 28. 1. |
| Nr. 1 RSS loco | 64,00–68,50 | 64,00–66,00 |
| Febr. | 60,50–65,50 | 70,50 |
| März | 62,00–66,50 | 62,00–67,00 |
| April | 63,00–67,50 | 63,00–68,00 |
| Tendenz: ruhig | | |

## Zinn-Preis Penang

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

## Edelmetalle

## Westdeutsche Metallnotierungen

| | | |
|---|---|---|
| Runddbarren | 455,00–458,50 | 455,00–458,50 |
| Vorzehndraht | 464,00–464,50 | 464,00–464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler

## NE-Metalle

## Messingnotierungen

| | 29. 1. | 28. 1. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 426–428 | 425–427 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 461,00 | 461 |
| MS 63 | 460–465 | 460–465 |

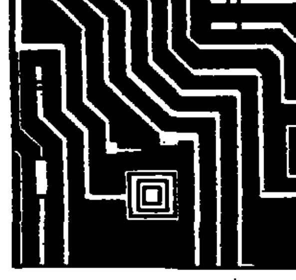
## Internationale Edelmetalle

| Silber (p/Feinunze) | | |
|---|---|---|
| London Kasse | 549,15 | 558,05 |
| 3 Monate | 565,95 | 576,45 |
| 6 Monate | 581,35 | 594,10 |
| 12 Monate | 612,45 | 628,95 |
| **Platin (£-Feinunze)** | | |
| London | 29. 1. | 28. 1. |
| fr. Markt | 244,95 | 241,20 |
| **Palladium (£-Feinunze)** | | |
| London 1. Händlerpr. | 112,65 | 110,05 |

## New Yorker Metallbörse

## Londoner Metallbörse

| | | |
|---|---|---|
| (Kupfer-Standard) Kasse | 1256,0–1257,0 | 1255,0–1256,0 |
| 3 Monate | 1274,0–1275,0 | 1273,0–1274,0 |
| Zink (£/t) Kasse | 735,00–736,00 | 742,50–743,50 |
| 3 Monate | 734,00–735,00 | 741,00–741,50 |
| Zinn (£/t) Kasse | 9750–9770 | 9770–9775 |
| 3 Monate | 9820–9830 | 9800–9805 |
| Quecksilber $/Fl.) | 295–305 | 295–305 |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | 65–70 | 65–70 |

**Berufs-Chancen in der Elektronik/EDV-Branche**

... unter diesem Titel erscheint in der WELT am

**2. Februar**

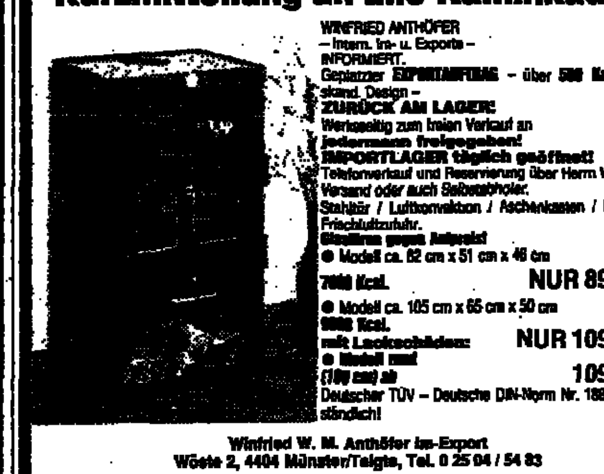
eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.

Sind Sie in diesem Bereich tätig? Dann sollten Sie diese Ausgabe der WELT unbedingt durchsehen – einerlei, ob Sie konkrete Veränderungsabsichten haben, oder sich einfach nur mal über die Angebote der Elektronik/EDV-Branche informieren wollen.

01-416

Wir übernehmen
**Auslieferungslager**
(Lager beheizt) für Raum Ulm – Stuttgart – Augsburg – Bodensee. Fahrzeuge mit Hebebühnen sind vorhanden.
**KOGLIN-Transporte KG**
Bad Waldsee/Ulm, Telefon: 0 75 24 / 76 33

**Kurzmitteilung an alle Kaminkäufer!**



WINFRIED ANTHÖFER – Intern. Im- u. Exporte – INFORMIERT.
Geplatzter EXPORTAUFTRAG – über 500 Kaminöfen im skand. Design –
ZURÜCK AM LAGER!
Werkseitig zum freien Verkauf an jedermann freigegeben!
IMPORTLAGER täglich geöffnet!
Telefonverkauf und Reservierung über Herrn Wolff.
Versand oder auch Selbstabholer.
Stahltür / Luftkonvektion / Aschenkasten / Flügeltüren / Frischluftzufuhr.
● Modell ca. 82 cm x 51 cm x 46 cm — NUR 899,– DM
● Modell ca. 105 cm x 65 cm x 50 cm — mit Lackschäden: NUR 1099,– DM
— 1099,– DM
Deutscher TÜV – Deutsche DIN-Norm Nr. 18891 selbstverständlich!
Winfried W. M. Anthöfer Im-Export
Wöste 2, 4404 Münster/Telgte, Tel. 0 25 04 / 54 83

Ihr Kapital wächst auf **ca. 600 % (und mehr) in 12 Jahren** durch unser EXCLUSIV-PROGRAMM
erstkl. Sicherheiten. Abw. ü. europ. Großbank, Beratungsgem., Pf. 50 11 24, 6072 Dreieich

**Baugrundstück**
in ruhiger Ortslage, 2 km BAB/HH-Marmstorf, 1125 m², DM 190 000,–.
Engfer, Vahrendorf, Tel. 0 41 08 / 68 89

**Wahrsagerin Virchow**
beherrscht erfolgreich die große Kunst der Magie, Chiromantie und Kartomantie.
Sprechzeiten Montag bis Freitag 10–19 Uhr. Terminvereinbarung ist nicht notwendig.
**Tel. 0 62 02 / 1 04 24**
Lessingstr. 40, 6830 Schwetzingen

**Aufstrebender Treppenbaubetrieb**
Marmor – Werkstein – Beton – mit Werkstatt – Ausstellung – Lager – im Großraum Hamburg möchte weitere Handelsware der Baubranche in sein Programm aufnehmen.
Ang. u. N 12 784 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Südost-Asien Internat. Kurierdienst**
Wichtige Geschäftspapiere? Eilige Terminsachen? Wöchentl. Flüge nach Bangkok, Singapur, Hongkong. Profitieren Sie von meiner 10jähr. Erfahrung. Ich garantiere Ihnen absolute Zuverlässigkeit und Diskretion.
Fa. Harry Bulgen, Kamper Feld 58, 43 Essen 1, Tel. 02 01 / 71 08 46

**Lizenz**
für neuartiges Gaststätten-Betriebs-System von Schweizer Firma zu vergeben.
Anfragen erbeten unter Chiffre J 10 990 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

**Anlageberater**
Wir, aus Luxemburg, haben das überzeugende Konzept. Hohe Sofortprovisionen.
Bewerbungen unter R 12 786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**REPUBLIK NIGER**
Generaldirektion des Post- und Fernmeldewesens
**Internationale Ausschreibung**
die die Erweiterung des über- und unterirdischen Fernsprechnetzes in Niamey zum Gegenstand hat.
Finanzierung durch: C.C.C.E. (Frankreich), B.O.A.D. (Lomé), FAC (Frankreich).
A) Materiallieferungen und durchzuführende Arbeiten
– Lieferung des Materials für das Fernmeldenetz sowie des nötigen Baumaterials
– Lieferung von Fernsprechapparaten
– Durchführung der Bauarbeiten, Kabellegung und Kabelanschluß
– Verlegung der vorhandenen Fernsprechanschlüsse auf das neue Netz
– Anschluß der vorhandenen Fernsprechanschlüsse sowie Einbau der Fernsprechapparate bei den Teilnehmern
B) Wartung des Fernmeldenetzes
– Lieferung des für die Wartung und den normalen Weiterausbau notwendigen Materials
Die Generaldirektion wird das gesamte Leistungspaket mit nur einem Unternehmen abwickeln.
Die in der Republik Niger ansässigen Bieter und Zulieferanten müssen offizielle Bescheinigungen beibringen, die ihre ordnungsgemäße Zahlung der in der Republik Niger üblichen Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge bestätigen.
Die Ausschreibungsunterlagen können werktäglich bei den nachstehenden Stellen angefordert werden:
1. Direction Générale de l'Office des Postes et Télécommunications de la République du Niger, Niamy, gegen Zahlung des Betrages von F.CFA 100 000.-
2. SOFRECOM, Ingénieur Conseil, 6 rue de Berri 75008 – Paris, gegen Zahlung des Betrages von FF 2000,-
Die in französischer Sprache abzufassenden Gebote sind per Einschreiben oder Abgabe gegen Quittung an die folgende Adresse zu richten: La Direction Générale de l'Office des Postes et Télécommunications du Niger, Niamey.
Die Gebote müssen der Direction Générale noch vor dem 16. April 1985 – 18.00 Uhr Ortszeit – vorliegen.

Uneitler Held im Showbusiness: Der Sänger und Schauspieler H. Grönemeyer

# Großstadtpoet mit Smog in der Kehle

Den „deutschen Plattenabräumer dieses Sommers" titulierte ihn ein Szeneblatt im letzten Jahr. Wochenmagazine und seriöse Tageszeitungen hoben ihn gleichermaßen in ihre Kolumnen. Er ist Anti-Typ und Kurzstarter, Chauvi und Seidenhaut, ewiger Student und Mann mit Portepée, Großstadtlyriker mit Smog in der Kehle, Schmachtfetzer und grienender Zyniker, alles das zugleich.

Herbert Grönemeyer (28), ist vor allem auf der Popmusikszene ein Unikum, ein schillernder Typ mit tiefliegenden Augen und ewig widerspenstigen Haaren, die er sich dauernd, fast linkisch, aus der Stirn wischt – ein Tennisschuh-Hipster, dessen Antlitz viele Kinogänger noch von seinem Part in Buchheims Giganto-Streifen „Das Boot" im Gedächtnis haben, als der Leutnant Werner, oder auch als Robert Schumann in der „Frühlingssinfonie".

Doch Schauspieler, die unter die *Popstars kommen, gibt* es bekanntlich eine Riesenmenge, mögen Skeptiker anmerken. Gemach, beim Grönemeyer, dem noch immer Jura und Musikwissenschaft studierenden Mehrgleiser, liegt der Fall tatsächlich anders. Zwei *Plattentitel* eigentlich sind es, die den Kraftstrotz aus Bochum in kürzester Zeit mitten ins Rampenlicht öffentlicher Aufmerksamkeit geschubst haben – eine ganz gegen den Strich gebügelte Liebeserklärung an seine Heimatstadt („Du bist keine Schönheit / Von Arbeit ganz grau") und, seit genau dem 11. *Mai 1984*, ein „Männer"-Song mit Zeilen wie: „Männer sind schon als Baby blau" oder „Männer baggern wie blöde" und: „Männer weinen heimlich, Männer brauchen viel Zärtlichkeit / Männer sind so verletzlich, Männer sind auf dieser Welt einfach unersetzlich."

**Känguru – ARD, 21.15 Uhr**

So an die anderthalb Millionen Deutsche Mark müssen, schätzen Kenner der Branche, mittlerweile auf seine Konten geflossen sein – in der Tat eine Rarität in der Szene, die den Ruhrpottler, der so singt wie Sebastian Haffner spricht, beispielsweise noch vor zwei Jahren mit Ignoranz strafte: Im Berliner Quartier Latin saßen „gerade mal 12 Leute da, und jetzt war der Saal zu klein. Erklären kann ich mir das auch nicht. Ich habe immer meine Musik gemacht, ohne darauf zu achten, daß sie besonders peppig ist."

Solches hat Grönemeyer auch nicht nötig. Seine Musik „geht" enorm „ab", wie man sagt, ist rockig und zugleich von in Bann schlagender Musikalität, über der seine gutturale Stimme, die ebenso von Liebe wie von der Macht des Alkohols singt, seltsam unwiderstehliche Spannungen erzeugt.



**Ein purer Music-Maniac: Herbert Grönemeyer** FOTO: TEUTOPRESS

Grönemeyer als Robert Schumann *in der „Frühlingssonate", Grönemeyer* als Grönemeyer in 2000 Zuschauer fassenden Rock-Tempeln: *Hier* wie dort *nimmt* seine Intensität unmittelbar gefangen, entlarvt sich der Bochumer als purer Musik-Maniac. Und die Musik auch war es, die ihn zu Schauspiel und Film brachte, womit er eigentlich soviel gar nicht am Hut hatte.

Der Regisseur Peter Zadek hatte den Abiturienten seinerzeit für sein Bochumer „Beatles"-Musical ins Theater geholt. Grönemeyer, klassisch geschulter Pianist, blieb. Für Zadek schrieb er und bearbeitete er diverse Bühnenmusiken, unter anderem für „Wintermärchen" und „Kaufmann von Venedig". Dann holte ihn Flimm ans Kölner Schauspiel – plötzlich stand er nun selber auf der Bühne, ohne auch nur eine Stunde Unterricht spielte er selber.

*Inzwischen* freilich hat ihn die Musik ganz, spricht er vom Theater in der Vergangenheitsform. Er will, sagt er, auf der Rockmusik-Schiene weiterfahren und sehen, was da noch alles zu machen ist.

*Erfolg und Publicity im herkömmlichen* Sinne jedenfalls sind ihm reichlich schnurz. Nun gut, man lerne *zwar, damit umzugehen, meint* er, aber das sei nun mal kein Lebensinhalt. Obwohl er eigentlich gar *kein „typischer" Ruhrgebietssohn* sei, weil er keinen Arbeiter-Hintergrund habe, muß gleichwohl die Mentalität *der Menschen dort auf* ihn kräftig abgefärbt haben: „Die Leute hier sind bodenständiger, da gibt es *überhaupt* keine Gelegenheit, seinen Erfolg großartig zur Schau zu stellen."

Ein Held des Showbusiness *ist* er ohne die üblichen Statussymbole und Marotten, Eitelkeiten und Routinen: „*Ich* bin ein Stiller. *Ich mag* keine Anmache und mag es auch nicht, wenn man mich anmacht."

ALEXANDER SCHMITZ





## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

*Nur über die Sender der ARD*

**10.00 heute**

**10.05 Der Henker von Venedig**
Italienischer Spielfilm (1963)

**11.30 Kirche der 1000 Hügel**
Basisgemeinden in Ruanda

**12.00 Umschau**

**12.10 Kennzeichen D**

**12.55 Presseschau**

**13.00 heute**

### ARD

**16.00 Tagesschau**

**16.10 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen**
Aus dem Guinness-Buch der Rekorde

**16.55 Zirkusgeschichten**
Sechs Löwen – sechs Temperamente

**17.15 Computer-Zeit**
Die Welt der Elektronenrechner

**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme

**20.00 Tagesschau**
Anschl. Der 7. Sinn

**20.18 Pro und Contra**
Pflegeversicherung für das Alter? Die Menschen in unserer Gesellschaft werden immer älter. In den letzten 20 Jahren stieg die Zahl der über 65jährigen um 50 Prozent; die Zahl der über 80jährigen hat sich sogar verdoppelt. 1990 werden es zwei Millionen sein. Gegen die Risiken Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit versichert seit langem der Staat. Für Rentner, die zum Dauerpflegefall werden, sieht die soziale Sicherung allerdings weniger günstig aus: Alles, was über die reinen Unterhalts- und Krankenkosten hinausgeht, müssen die alten Menschen selber zahlen. Die Rente reicht dafür nicht aus. Nach einem arbeitsreichen Leben wird der Rentner zum *Sozialhilfeempfänger* in einem Pflegeheim.

**21.15 Känguru**
Von der Oma bis zum Punker reicht *das Rollenangebot, mit dem der* jugendliche Fernsehkomiker Hape Kerkeling die Zuschauer zu unterhalten versucht. Als musikalische Gäste sind unter anderen Herbert Grönemeyer, Phil Collins, Paul Young, Kim Wilde und Foreigner eingeladen.

**22.00 Titel, Thesen, Temperamente**
Ein Kulturmagazin

**22.30 Tagesthemen**

**23.00 Der Schatz des Priamos (2)**
Film von Karl Fruchtmann
Schliemann erwirbt von Bauern Besitzrechte für ein Grundstück, *auf dem er den in den Dichtungen* Homers erwähnten Schatz vermutet. Seine Kollegen feinden den ungewöhnlichen Archäologen *wegen seiner Methoden immer* wieder an, doch Schliemann gibt nicht auf, und nach mehreren Jahren besessener Suche gelingt ihm schließlich ein großer Fund ...

**0.45 Tagesschau**

### ZDF

**10.55 Alpine Ski-WM**
aus Bormio
Kombinations-Abfahrtslauf der Damen
Reporter: Sepp Ortmeier

**15.25 Enorm in Form**

**16.00 heute**

**16.04 ... doch die Mode bringt's hervor**
Seide steht im Mittelpunkt der heutigen Ausgabe: In China war sie schon vor mindestens 3800 Jahren bekannt, aber erst vor 1500 Jahren gelangte das Geheimnis der Seidenherstellung von Byzanz nach Europa. Hier blieb der kostbare Stoff für lange Zeit dem Adel und kirchlichen Würdenträgern vorbehalten, doch auch heute noch sorgen hohe Preise dafür, daß sich nicht jedermann in Seide hüllen kann.
Anschl. heute-Schlagzeilen

**16.35 Die Höhlenkinder**
5. Folge: Feuer und Schnee

**17.00 heute / Aus den Ländern**

**17.15 Tele-Illustrierte**

**17.50 Tom und Jerry**
Anschl. heute-Schlagzeilen

**18.20 Ein himmlisches Vergnügen**
Prost, Helmut!
Ein Fernsehteam möchte den Ex-Sport-Star und jetzigen Gastwirt Hubert zu einem Interview bewegen. Als schließlich das Gespräch stattfindet, läuft alles ganz anders als geplant ...

**19.00 heute**

**19.30 Der Mann am Klavier**
Eine Paul-Kuhn-Show

**21.00 Kontakte**
Meinen Drachen füttern – Umgang mit der Angst
Moderation: Michael Albus

**21.45 heute-journal**

**22.05 5 nach 10**
8. Mai: (K)ein Grund zum Feiern? Eine Diskussion zum 40. Jahrestag der Kapitulation
Mit John C. Kornblum, Deutschlandexperte im amerikanischen Außenministerium in Washington, Karol Szyndzielorz, Publizist aus Polen, Frederic Hartweg, Germanistikprofessor an der Universität von Paris, Hans Mayer, Literaturwissenschaftler, Albrecht Schoenherr, ehemaliger Bischof der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Karl-Günther von Hase, ehemaliger Regierungssprecher und Botschafter in London u. a.
*Leitung: Klaus Bresser*
Anschl. heute



**Tatkräftige Unterstützung erhofft sich Hans Peter Kerkeling von seinem Moderationspartner (Känguru – ARD, 21.15 Uhr)** FOTO: RÖHNERT



### WEST

**18.30 Die Sendung mit der Maus**

**19.00 Aktuelle Stunde**

**20.00 Tagesschau**

**20.15 Der Richter von Colorado**
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Glenn Ford, William Holden, Ellen Drew u. a.
Regie: Henry Levin

**21.50 Länderspiegel**
*Als die Römer frech geworden ...*
Die Varus-Schlacht (1)
Zweiteilige Dokumentation von Herbert Cruel

**22.20 Nachtstudio**
Bildungswende
Eine Diskussion im Konrad-Adenauer-Haus

**23.05 Nachtstudio Spätausgabe**
Sydney an der Wupper – Dreamtime
*Film von Bettina Woernle*

**23.50 Tips für Leser**

**23.55 Letzte Nachrichten**

### NORD

**18.00 Die Sendung mit der Maus**

**18.30 Formel Eins**

**19.15 Bärengeschichten aus Alaska**

**20.00 Tagesschau**

**20.15 Ein Goldfisch an der Leine**
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Mit Rock Hudson u. a.

**22.15 Kultur aktuell**
Design
Anläßlich der Ausstellung „Alles *Plastik" im Hamburger Museum* für Kunst und Gewerbe präsentiert die Sendung u. a. eine Modenschau aus Plastik und die *Avantgarde-Möbel-Schau* „Möbel perdu".

**23.00 Jazz Fest Berlin 1984**
Jimmy Giuffre

**0.00 Nachrichten**

### HESSEN

**18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf**
Nicht zum alten Eisen

**19.05 Autoreport**

**19.20 Abbott und Costello auf Sherlock Holmes Spuren**
Amerikanischer Spielfilm (1951)

**20.40 Kulturkalender**

**21.20 Bild der Woche**

**21.30 Drei aktuell**

**21.45 El Salvador: Abseits der Front**

**22.30 Malu (5)**

### SÜDWEST

**18.30 Telekolleg II**

*Nur für Baden-Württemberg:*

**19.00 Abendschau**

*Nur für Rheinland-Pfalz:*

**19.00 Abendschau**

*Nur für das Saarland:*

**19.00 Saar 3 regional**

*Gemeinschaftsprogramm:*

**19.25 Nachrichten**

**19.30 Debüt im Dritten**
Der Weg in den Wald
Film von Gottfried Junker

**20.50 Anekdote**
aus dem letzten preußischen Krieg

**21.00 Der umworbene Mann**

*Nur für Baden-Württemberg:*

**21.45 Unser Mann in Bonn**
Wolfgang Schäuble, Bundesminister im Kanzleramt, im Gespräch mit Sibylle Krause-Burger

**22.15 Im Heim zu Hause**
*Alltag von Sozialwaisen*

**23.00 Nachrichten**

*Nur für Rheinland-Pfalz:*

**21.45 Die verwundete Landschaft**

**22.30 Landesspiegel**

*Nur für das Saarland:*

**21.45 TV-Club Saar 3**

### BAYERN

**18.00 Abc der Wirtschaft**

**18.45 Rundschau**

**19.00 Damals Tagesgespräch**
Die Friedhöfe
Fernsehfilm von Helmut Krapp

**20.45 „Das Sichtbare ist vergänglich – das Unsichtbare ewig"**

**21.30 Rundschau**

**21.45 Z. E. N.**

**21.50 Die Terrasse**
*Ital.-franz. Spielfilm (1980)*

**0.25 Rundschau**

**0.30 Actualités**



**13.30 Solid Gold**
(amerikanische Hitparade)

**14.00 Die Waltons**
Eine außergewöhnliche Person

**15.00 Siehste! Der blaue Fluß**
Ein dreiteiliger Dokumentationsstreifen über Zanskar, eine zu Indien gehörende westtibetische Provinz im Himalaja. Als erster Tourist dringt Ewald Ruf unter *extrem* winterlichen Verhältnissen durch Schnee und Eis und über gefährliche Hängebrücken in das von Buddhisten besiedelte Schneeland vor.

**15.30 Musicbox**
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen

**16.30 Perrine**
Erste Gäste

**17.00 Simon Templar**
riskiert Kopf und Kragen

**18.00 Fauna Iberica**
Die kleinen Räuber (Teil 2)
oder Regionalprogramm

**18.30 APF blick:**
Nachrichten und
*Quiz*

**18.45 Dr. med. Fabian – Lachen ist die beste Medizin**
Deutscher Spielfilm (1969)
*Mit Hans-Joachim Kulenkampff*, Martin Held, Elisabeth Flickenschildt, Agnes Windeck u. a.

**20.30 B. A. D. Cats (2)**
Drei Polypen auf dem Strich
Bei dieser Polizeitruppe hat keiner eine Chance – Verkehrssünder nicht und Autodiebe schon gar nicht. Wo diese Hüter des Gesetzes auftauchen, hinterlassen sie eine unübersehbare Spur von Autokarambolagen.

**21.30 APF blick:**
Aktuell,
Rundblick,
*Sport und Wetter*

**22.15 Fellinis Satyricon**
Italienischer Spielfilm (1969
Mit Martin Potter, Hiram Keller, Salvo Randone u. a.
Das gewaltige und oft verwegene Sittenbild, das Fellini uns hier nach einer Romanvorlage aus der Zeit des römischen Kaisers Nero malt, zielt unübersehbar auch auf unsere Zeit. In den erotischen und kulinarischen Ausschweifungen erkennen wir unsere Gegenwart ebenso wie in den Irrungen und Wirrungen, die seine gebeutelten Helden reichlich zu ertragen haben.

**0.00 APF blick:**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

SAT 3

**18.00 Bilder aus Deutschland**
*Ein Länder-Magazin*

**19.00 heute**

**19.30 Derrick**
Paddenberg
Von Herbert Reinecker
Robert Hofer scheint seinen Augen nicht zu trauen, als er zufällig seinen alten Kriegskameraden Goldinger trifft, mit dem ihn abenteuerliche Erlebnisse verbinden.

**20.30 Krebs – Schlüssel zur Heilung**
2. Auf der Suche nach neuen Verfahren
Eine Dokumentation von Marlene Linke

**21.15 Zeit im Bild 2**

**21.45 Rundschau**
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht

**22.30 denkmal**
Ein kulturelles Ratespiel
von und mit Helmut Greulich und Monika Moos
Ein neues Denk- und Ratespiel aus den Bereichen Literatur, Musik, Bildende Kunst und Spielfilm für Leute, die nicht alles wissen, aber alles wissen wollen.

**23.30 3SAT-Nachrichten**

## STUDIO

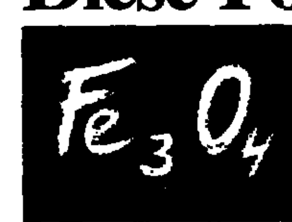
Die Zahl der Abonnenten des erst kürzlich in Frankreich eingeführten Pay-TV-Dienstes **Canal plus** geht zurück. Seit Januar fiel die Nachfrage von täglich eintausend Anträgen auf unter 300. Laut eigenen Angaben hatte „Canal plus" am 23. Januar 253 710 Abonnenten. Präsident Rousselet lehnt bisher noch jeden Gedanken an eine Umformung des Subskribentenfernsehens in ein allen zugängliches kommerzielles Fernsehen ab. Um künftig profitabler und konkurrenzfähig zu sein, schlägt Rousselet dem verantwortlichen Staatssekretär für Kommunikation, Georges Fillioud, vor, „Canal plus" kommerzielle Werbung zu erlauben, auf das Sponsorsystem zu verzichten und die Ausstrahlung des „Canal-plus"-Programms auf die Zonen zu beschränken, die am rentabelsten sind. Für den jetzigen Zeitpunkt hatten die Programmverantwortlichen mit mindestens 300 000 Abonnenten gerechnet. Die in den vergangenen Wochen immer konkreter gewordenen Diskussionen um Privatfernsehen in Frankreich und Liberalisierung der Gesetzgebung im Kommunikationsbereich, für die Staatspräsident François Mitterrand am 16. Januar in einer Fernsehansprache „grünes Licht" gegeben hatte, sind sicherlich neben dem sehr mittelmäßigen Programm des vierten Kanals mit ein Grund für das zunehmende Desinteresse. nm

*

Im Jahre 1984 haben die Bundesbürger wieder **mehr Zeit vor dem Bildschirm** verbracht als in den Jahren *zuvor*. Nach den Messungen der Teleskopie-Gesellschaft für Fernsehzuschauerforschung waren die Fern*sehgeräte an einem durchschnittlichen* Wochentag des vergangenen Jahres 187 Minuten lang eingeschal*tet – das sind acht Minuten mehr* als 1983 und drei Minuten länger als in den Jahren 1981 und 1982.

Dieser geringfügig größere Zeitaufwand für das Fernsehen verteilt sich relativ gleichmäßig auf die beiden bundesweiten Programme von ARD und ZDF: 81 Minuten pro Tag war demnach das erste, 79 Minuten das zweite Programm *eingeschaltet*. Weitere 19 Minuten entfallen auf die dritten, die restlichen acht Minuten auf die ausländischen Nachbarprogramme. DW


# Diese Formel




## macht aus großen Augenblicken kleine Ewigkeiten

Es ist die Formel für Magnetit, ein magnetisches Mineral mit dem höchsten Eisengehalt aller Erze (72,4 %). Pulverisiert und auf Kunststoffbändern bewahrt es die guten wie die schlechten Töne der Menschheit, hält es die flüchtigen Bilder eines Augenblicks magnetisch für alle Zeiten fest.

Magnetbänder, Magnet*platten und Mikro*prozessoren steuern Weltraumfähren und Satelliten, *Montagestraßen und* Roboter, Forschungsabläufe und Heilprozesse, Großrechner und Heimcomputer. Sie werden das Gesicht der Welt verändern.

Ein Industrieland wie unseres, in dem fast jeder dritte Arbeitsplatz vom Weltmarkt abhängt, muß in Wissenschaft und Technik vorn bleiben.

Siege haben auch in der Forschung viele Väter. Die Liste wissenschaftlicher Erfolge, die mit dem Namen von Burgern für immer verbunden sind, weil sie als Stifter ihr Vermögen zum Wohle aller eingesetzt haben, ist lang.

Auch heute stiften viele Mitbürger große und kleine Vermögen, um mit einer Stiftung die Wissenschaft zu fördern. Nicht immer sind es allein die Naturwissenschaften, die sie fördern wollen. Oft setzen sie mit einer Stiftung ein Lebenswerk fort, oder ihr persönliches Interesse für *ein Wissenschaftsgebiet wird* zum Anlaß, eine Stiftung zu errichten. Nicht selten ist es *auch nur der Wunsch, Sinn*volles zum Wohle aller zu tun.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft verwaltet zur Zeit 90 gemeinnützige, private Stiftungen. Fragen Sie uns, wenn Sie über die Errichtung einer Stiftung nachdenken. Schreiben Sie, rufen Sie uns einfach an oder lassen *Sie sich mit dem Coupon* zunächst einmal mehr Informationen schicken.

Sie werden sehen: als Stifter müssen Sie kein Millionär sein. Auch mit relativ kleinen Stiftungsbeträgen können Sie Großes bewegen. *In Ihrem Namen* oder im Namen eines geliebten Menschen. Für unser Land.

**Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.**
Brucker Holt 56 – 60 · Postfach 23 03 60 · 4300 Essen 1
Telefon 02 01/71 10 51 — Stiftungszentrum —

Bitte ankreuzen.
☐ Ich interessiere mich für gemeinnützige Stiftungen und Wege zu ihrer Errichtung. Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationsmaterial.
☐ Ich möchte mehr wissen über die Arbeit des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

**An den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.**
**— Stiftungszentrum —**
**Brucker Holt 56—60**
**4300 Essen 1**

Name
Straße
PLZ, Ort

**Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern**

VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL
POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 500 100 60

Die BAG Hilfe für Behinderte ist die Dachorganisation von 37 Behinderten-Selbsthilfeverbänden mit über 300.000 Mitgliedern. Sie vertritt die Interessen aller behinderten Menschen und arbeitet seit 15 Jahren parteipolitisch, konfessionell und regierungspolitisch unabhängig.

*Unser Leitmotiv:*

***Hilfe durch Selbsthilfe***

*Unser Ziel:*

***Ein gleichberechtigtes Leben behinderter Menschen in unserer Gesellschaft.***

Informationsmaterial erhalten Sie kostenlos:




BAG Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Kirchfeldstr. 149, 4000 Düsseldorf
Telefon: (0211) 340085

**Liebe ist ...** wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungernden Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

**CCF Kinderhilfswerk**
**Deutscher Patenkreis e.V.**
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postscheckkonto 1710-702 PSA Stuttgart. CCF ist eines der größten überkonfessionellen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 260.000 Kinder.



**DIE WELT**
**UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND**

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

*Chefredakteure:* Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

*Berater der Chefredaktion:* Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

## Latein für alle Fälle

P. D. – Mit einem Heftchen von der Art, die man gemeinhin Comics nennt, fing der Ärger an. „Michaël Musculus et ‚lapis sapientiae'" heißt es, zu deutsch „Mickey Mouse und der Stein der Weisen". Es mag sein, daß, wer sich diesen „Disney lingua latina" ausgedacht hat, beweisen wollte, daß Comics keineswegs Kost für Analphabeten sind. Denn ohne den Text bleibt da doch vieles unklar. Dem fanatischen Comic-Leser ist Latein sowieso keine lingua incognita. Wer seinen Asterix kennt, der *wird sich* nicht nur mit dem „beati pauperes spiritu" (Asterix in Spanien, S. 15) abfinden können, wenngleich ihm freundliche Fußnoten stets verraten, was diese Sätze bedeuten. Er erfährt auch – aus den „Lorbeeren des Cäsars" (S. 41) –, daß *effractores* Einbrecher, *raptores* Räuber und *sicarii* Meuchelmörder sind. Das ist immerhin schon ein zeitgemäßer Wortschatz. Aber den Anforderungen unserer Tage genügt er nicht.

*Diesem* Übel hilft nun endlich Herr Caelestis Eichenseer ab. Bei Langenscheidt gab er das schmale Bändchen „Latein aktiv" (48 S., 5,80 Mark) heraus. Nun können wir, wenn wir einem alten Lateiner begegnen, ihn mehr als nur „Quo vadis?" fragen. Wir können uns erkundigen, „ubi est in propiquo telephonum monetale?", was heißen soll, „Wo ist hier ein Münzfernsprecher?" Und bei der Telephonfrau vermögen wir Auskunft zu begehren: „Qui est numerus praeselectorius loci Buxtehude?", auch wenn sie die gutdeutsche Frage nach der Vorwahlnummer von Buxtehude wohl besser verstünde.

Nichts Modernistisches ist diesem Sprachführer fremd. Er verrät, wie ein Abteil erster Klasse (compartimentum primae classis) heißt und wie ein Zuschlag erster Klasse (anetarium primae classis) zu verlangen ist – die zweite Klasse wird offenbar gar nicht erst in Erwägung gezogen.

Als Leser von John Knittel erstaunt uns natürlich, daß „via mala" nur „schlechte Wegstrecke" heißen soll. Daß eine „statio benzinaria" eine Tankstelle ist, wird nicht verschwiegen, aber auf die Frage nach bleifreiem Benzin lautet die Antwort „ceteris cedo" (ich muß leider passen).

So findet man die Beschreibung des Unternehmens dann auch auf S. 16: „Es in via convenienti (inconvenienti)!" d. h., du bist auf dem richtigen (falschen) Weg.

Deutsche Regieexporte: Wagners „Tristan" unter Hampe in Paris und unter Friedrich in London

# Große Mutter und ihr toter Sohn

Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Exportartikels mag sich ja in engen Grenzen halten, seine Reklamewirkung für ein Deutschland, in dem noch immer Kunst, Kultur und Musik blühen, ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn die Opernhäuser von London (siehe nebenstehenden Bericht) und Paris im Abstand von zwei Tagen „Tristan"-Inszenierungen von zwei deutschen Theaterchefs herausbringen, dann ist das ein ganz eindrucksvoller Beleg für die künstlerische Leistungsfähigkeit, die man den deutschen Opernhäusern noch immer zutraut.

*Die Pariser Opéra* bringt Wagners „Tristan und Isolde" sogar als Koproduktion mit Köln heraus. Mit Köln: also keiner der drei schwerreichen Staatsopern im Lande, sondern „bloß" einem Stadttheater, wenn auch einem mit Ehrgeiz und gelegentlich herausragender Qualität. Diese Gemeinschaftsarbeit mit Paris bedeutet für die Kölner Bühne und ihren Chef Michael Hampe so etwas wie den Ritterschlag der Légion d'honneur.

Hampe inszeniert denn auch selbst in Paris, wie so oft in einer Ausstattung von Mauro Pagano. Dem sind die nordischen, keltischen Nebelwelten wohl nicht so ganz geheuer: Sein Bühnenhimmel ist hoch und hell, und auch, was man sonst so sieht an spärlicher Vegetation, deutet mehr aufs Mittelmeer hin als auf die sturmgegerbte Kanalküste. Ein „Tristan" jedenfalls der ganz sanften Bilder.

Ob der Schiffsbug des ersten Aktes oder die Idylle bei Markes Schloß im zweiten Akt: Eine gleichbleibende hohe, runde Umfassung (die erst im dritten Akt aufgesprengt wird) suggeriert, daß diese Plätze tief unten liegen, verborgen, geschützt, behütet. Wahrscheinlich soll dieser Ringwulst *gar ein vaginales Symbol sein:* „Tristan und Isolde" spielt im Mutterleib.

Wie die Mutter ihr totes Kind zieht Isolde am Schluß denn auch den toten Tristan an ihren Schoß. Sie streichelt ihm den Kopf, ihr langes rotes Haar fällt über ihn, er verschwindet fast in ihren üppigen Gewändern. Isolde ist die Große Mutter. Das ist Hampes freudianisch hieb- und stichfeste Exegese des ganzen „Tristan", und sie ist so plausibel, so augenfällig, daß man sich wirklich wundern muß, wieso unter all den neunmalklugen Wagner-Regisseuren nicht schon längst einer auf diese Idee gekommen ist.

Tristan singt ja von nichts anderem *als diesem Mutterleib*, aus dem er einst in die feindliche Welt entsandt worden ist und in den er sich todessüchtig zurücksehnt. Seine langwierigen und endlich nur durch Isoldes ja bloß symbolisch zu nehmenden Trank behobenen Schwierigkeiten, Isolde als Geliebte zu sehen, erklären sich daraus: Als Weib war sie für ihn eben nur Mutter, der man sich körperlich nicht nähern durfte.

Diese Perversion geht so weit, daß er Isolde seinem den Vater vertretenden *Onkel*, König Marke, als Frau geradezu aufzwingt, um sie dadurch wenn schon nicht zur leiblichen, so doch zur sozialen und symbolischen Stiefmutter zu machen. Hampes Deutung geht also ganz auf.

Sie auf der Bühne sinnfällig zu machen, nicht durch Seminaraufsätze im Programmheft, ist ein schwieriges Unterfangen. Hampe reduziert das Stück zunächst einmal aufs Kammerspiel, läßt allen äußerlichen Pomp weg. Er sucht die Konfrontation der *Figuren im eng begrenzten und* geschlossenen Raum. Damit ist immerhin schon gesagt, daß es in diesem Werk um die intimsten seelischen Konflikte geht, nicht um die äußeren Aktionen, mit denen Wagner hier ohnehin geizt. Aber auch die königlich hohe Gestalt, als die Isolde oft lange reglos dasitzt, deutet auf die Jungsche Archetypik der Figur hin.

Hampes Versuch freilich, auch die anderen Figuren durch sparsame, aber übertrieben pointierte Gesten zu Bedeutungsträgern zu machen, geht schief. Kurwenal und Melot werden da groteskerweise zu wandelnden Wegweisern. Wie überhaupt die Personenregie streckenweise noch ziemlich unfertig wirkte. Lediglich ein Darsteller wie René Kollo als Tristan brachte im dritten Akt genügend Rollenerfahrung mit, auch szenisch ein in Grenzen spannendes Schauspiel vorzuführen.

Spannend geht es, nach einigen lahmenden Episoden am Anfang, unter Marek Janowski, *Kölns künftigem* Generalmusikdirektor, im Orchester zu. Janowski treibt das Werk unerbittlich voran, mit einem schier ungeduldigen Tempo nach dem sehr gemessenen, wie aus Urnebeln erwachenden Vorspiel. Daß seine Schnelligkeit nicht immer von gleich hoher Intensität begleitet wird, steht auf einem anderen Blatt. Wie auch die geradezu groteske Orchesterbesetzung, die sich Paris für eine solche Partitur leistet: zwar drei Harfen, aber nur sieben Celli, sieben Bratschen. Die Mittelstimmen der Streicher klingen entsprechend mager.



**Konkurrenzlos: Ute Vinzing als Isolde in der Pariser Aufführung** FOTO: J. MOATTI

René Kollo als Tristan und Kurt Moll als König Marke, die beiden renommierten Recken, sangen so makellos und eindringlich, wie man es von ihnen zwar erwartet, wie es aber dennoch jedesmal aufs neue in höchstem Maße außerordentlich ist.

Die eigentliche Überraschung war daneben Ute Vinzing, die sich seit Jahren ganz langsam und stetig aus der deutschen Provinz hochgesungen hat an die ersten Adressen und heute tatsächlich im raren Fach des schweren, hochdramatischen Soprans kaum Konkurrenz hat. Neben den jugendlich-dramatischen Sopranen wie Behrens, Meyer und Ligendza, die heute als Isolden herumreisen, nimmt sich die Vinzing aus wie ein Erbstück aus den Zeiten großen Wagner-Gesangs, an den man sich von Nadine Denize (Brangäne) und Siegmund Nimsgern (Kurwenal) sicher nicht erinnert fühlt.

REINHARD BEUTH

# Liebestod auf der Raumstation

Aus purer Bewunderung und Hochachtung für den Dirigenten Reginald Goodall habe er sich dazu entschlossen, seiner – bis heute in England nachwirkenden – „Ring"-Inszenierung von 1974 in Covent Garden jetzt „Tristan und Isolde" an der English National Opera folgen zu lassen, versicherte der Intendant der Deutschen Oper Berlin, Götz Friedrich. Johanna Meier, die jüngste Bayreuther Isolde, sprang kurzfristig für die indisponierte Linda Esther Gray ein und lernte eigens Andrew Porters englische Textfassung, nur um mit Goodall zusammenarbeiten zu können. Als der 82jährige, der seit Jahresanfang Sir Reginald ist, in der Pause zum Pult getragen wurde, gab es bereits Ovationen.

Goodall nahm der „Tristan"-Chromatik alles Lastend-Schwüle. Er zielte entschieden auf Durchsichtigkeit und Klarheit. Zwar gab es gelegentlich etwas gedehnte Tempi, und der erste Aufzug wirkte fast kühl. Doch beim Duett „O sink hernieder, Nacht der Liebe" erreichte die Farbpalette eine unerhörte Strahlkraft. Mit gezielter Steigerung von Aufzug zu Aufzug sicherte Goodall die dramatische Linie, ohne darüber den liebevollen Blick für's Detail zu vernachlässigen. Eine im besten Sinne romantische Interpretation.

Zumal (auch dem heimischen) Publikum die englische Fassung weitgehend unverständlich blieb (da hätte die deutsche unbestreitbar Vorzüge gehabt), mußte die Musik alles sagen. Das Orchester, mit dem Goodall rigoros geprobt hatte, schien darauf versessen, seinem Dirigenten gerecht zu werden, dem Götz Friedrich die Energie und Jugendlichkeit Karl Böhms in seinen späten Jahren zusprach.

Die Inszenierung und das Bühnenbild von Heinrich Wendel waren zwar aus der Dose, erstmals aufgetischt vor elf Jahren an der niederländischen Oper. Doch über den Inhalt dieser Dose wird man in London noch lange sprechen. Immerhin gelang Friedrich damals eine der kühnsten „Tristan"-Inszenierungen seit Wieland Wagner.

Friedrich und Wendel nahmen die Selbstdeutung Tristans und seiner Geliebten als „Nacht-Geweihte" zum Angelpunkt ihrer Umsetzung in Bild und Aktion. Die Welt wird ganz aus der Perspektive von Tristan und Isolde geboten, die dann am klarsten sehen, wenn die Nacht um sie am schwärzesten ist. Diese auf Schwarz und Grau abgestellte Nachtwelt hat ihre eigene Logik, die diese Inszenierung folgerichtig herausarbeitete. Es ist die Schwärze des Weltalls.

Die Inszenierung tilgte bis zu den Kostümen Jan Skalickys und den sparsamen Requisiten jede Assoziation mit historischen Epochen. Die Handlung ist in einer abstrakten Zeit*losigkeit angesiedelt, in einem utopi*schen Niemandsland, in dem die Protagonisten überlebensgroße Gestalten der Science-fiction-Legende sind.

Während das Vorspiel erklingt, taucht aus dem Schwarz der Bühne allmählich eine in starrer Pose auf einem Podest hockende Gestalt: ein Raumfahrer auf einer exterrestrischen Station? Weltabgewandt, nach innen gekehrt, wie eine Figur aus dem Theater Becketts.

Schon im ersten Akt wölbt sich ein von neun Lichtstrahlen übernatürlich aufgefächerter Nachthimmel über dem Geschehen. Die Liebesseligkeit des Paares im zweiten Akt deckt ein Nachthimmel voll silbriger Sternbilder und Spiralnebel. Als es auch von unten zu leuchten und glitzern beginnt, wirken die Liebenden wie ein an den Himmel projiziertes (noch unbenanntes) Sternbild. Die Entrückten werden gleichsam an ihren Platz am Firmament gerückt.

Eine elliptische, quer über die Bühne *ansteigende Rampe*, die *im* Schlußakt die Form einer Spirale annimmt, bildet den Boden einer buchstäblich verrückten Welt, auf der die Figuren nicht im Lot sind, aus der sie ständig zu fallen drohen. Einen unerhört wirksamen Schockeffekt erzielt Friedrich, wenn er den Sternenhimmel bei der Entdeckung der Liebenden brutal wegreißt und zwei neunfach gebündelte Scheinwerfer wie bei einer ins Irreale gesteigerten Verhörszene auf sie richtet.

*Johanna Meier* ließ *anfangs mitteilen*, soeben eine schwere Erkältung hinter sich gebracht zu haben. Vielleicht klang ihr Schlußgesang deshalb, in den tiefen Lagen, außerordentlich verhalten. Dennoch konnte sie den bewährten Haustenor Alberto Remedios als Tristan an dramatischer Ausdruckskraft und Melos um Längen abhängen, wenn auch die Feinabstimmung im Duett des zweiten Aufzugs mustergültig war. Frenetischer Beifall, nicht zuletzt für eine wunder*volle Lina Finnie als Brangäne*.

SIEGFRIED HELM

## JOURNAL

### Polnischer Autor lehnt Staatspreis ab

**JGG. Warschau**

Mit Hinweis auf den Mord am Kaplan Popieluszko hat der polnische Lyriker Jan Twardowski die Annahme des Lyrikerpreises des Warschauer Kulturministeriums und des neuen polnischen Literatenverbandes abgelehnt. Twardowski ist selbst katholischer Geistlicher. Heftige Kritik übte in diesem Zusammenhang die Warschauer Polityka an der katholischen Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny". Der *Grund:* die Krakauer Zeitung veröffentlicht seit geraumer Zeit ständig Briefe von Schriftstellern, in denen diese gegen Veröffentlichungen, Ausstrahlen und Spielen ihrer Werke durch die staatlichen Medien protestieren. Sie hätten dies mit Hinweis auf den Priestermord strikt abgelehnt, heißt ihre Begründung. Der bekannte Schriftsteller Zbigniew Herbert muß sich von ihr sagen lassen, daß der Papst ja auch nichts dagegen habe, wenn seine Werke in Polen gedruckt oder gespielt würden. Diese Briefe seien im Grunde genommen „politische Idiotien", heißt es.

### Neues Kulturzentrum in Paris eröffnet

**M. S. Paris**

Der französische Staatspräsident Mitterrand hat das erste der kulturellen Großprojekte seiner Amtszeit eingeweiht. Mitten im Gelände der ehemaligen Schlachthöfe im tristen nordöstlichen Viertel La Villette besitzt Paris nun einen neuen Musentempel aus Glas und Eisen. Die riesige, 241 Meter lange Grande Halle soll Musik, Tanz, Theater, Kino, Ausstellungen, Messen und vieles mehr aufnehmen. 1867 von dem Baltard-Schüler Jules de Merindol erbaut, war die Halle über 100 Jahre lang der Rindergroßmarkt von Paris. Seit 1983 ist sie für gut 80 Millionen Mark nach Plänen der Architekten Bernard Reichen und Philip Robert zum Kernstück des zukünften Park de La Villette umgebaut worden. Zur Eröffnung von vielfarbigen Laserstrahlen und sphärischer Musik durchflutet, soll die Grande Halle von März bis Mai als erste Großveranstaltung die neue Pariser Biennale behergeben.

### Graphik von Corinth, Liebermann und Slevogt

**DW. Kaiserlautern**

Graphik des deutschen Impressionismus zeigt die Pfalzgalerie in Kaiserslautern noch bis zum 24. Februar. Sie stützt sich auf den beachtlichen Besitz von Arbeiten von Lovis Corinth, Max Liebermann und Max Slevogt. Zu der Ausstellung erschien der erste der Bestandskataloge, der den Besitz der Galerie an graphischen Arbeiten vorstellt.Der Katalog kostet 15 Mark.

### Regiepreis für „Paris, Texas"

**AFP, Brüssel**

Wim Wenders ist am Dienstag für seinen Film „Paris, Texas" bei den *Filmfestspielen in Brüssel mit* dem Preis für die beste Regieleistung des Jahres 1984 ausgezeichnet worden. Der Preis des besten Films ging an „Kaos", das jüngste Werk der italienischen Regisseure Paolo und Vittorio Taviani. Albert Finney und Nastassja Kinski erhielten die Preise für die besten Darsteller.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „L'Express"

# Literaturgötzen im Visier

Der Rezensent ist gefragt worden, weshalb er in seinem Bericht über Jean-Paul Arons Pamphlet gegen den Pariser Kulturbetrieb, „Die Modernen", nicht eines der mörderischen Porträts der Kulturpäpste zitierte. Das hat seinen guten Grund: Es handelt sich um raffiniert komponierte Gemälde, mehrere Buchseiten lang, aus denen kein Detail herausgebrochen werden kann.

Wie radikal solche Kritik in Paris sein kann, zeigt er darum am besten an einem anderen Beispiel: an der Reaktion auf die eben erschienenen Erinnerungen „Le miroir qui revient" („Der wiederkehrende Spiegel") des heute 62jährigen Alain Robbe-Grillet, des Papstes des „Neuen Romans" der 50er und 60er Jahre. Man erinnert sich dieser literarischen Schule, welche die uralte Erkenntnis der Romanciers, daß man auch indirekt erzählen kann (etwa über die Beschreibung eines Interieurs oder einer Landschaft), zu einem System ausarbeitete.

Einer der Pariser Starkritiker, Angelo Rinaldi, selber Romancier, hat diese „Schule des Blickes" im „Express" so definiert: „Keine Psychologie mehr, keine Story, keine Personen, kein Stil – nur unpersönliche Beschreibungen, das war das Programm dieser Schule." Aber nicht jeder hat das Genie von Adalbert Stifter, der im „Nachsommer" durch einen Blick in eine Landschaft den Leser die Tragödie erraten läßt, die hintergründig die erstarrten Schilderungen seines Romans belebt.

Den Robbe-Grillet, Butor, Pinget, Claude *Simon, die diese Schule aus*machen (die viel lebendigere Nathalie Sarraute ist längst über sie hinausgewachsen), ging dieser Zauber ab. Darum produzierten sie eine Literatur bloß für Kritiker. Selbst die Leibpostille der Pariser Intellektuellen, der „Observateur" (der den Mythos des „Neuen Romans" damals im wesentlichen geschaffen hatte), sagt heute über diese Bewegung, die rund um den Erdball Berge von Dissertationen provozierte: „Eine Literatur, die zwar nicht gelesen, aber kommentiert wird."

Eine *solche Literatur haben wir in* der Bundesrepublik seit drei Jahrzehnten. Aber keines der „tonangebenden" Blätter wagt das auszusprechen. In Paris jedoch stehen die Literaturgötzen nicht unter Naturschutz. In seiner bereits zitierten Kritik im „Express" sagt Rinaldi: „Wir sollten nicht diejenigen Künstler für modern halten, die durch ein System zu verblüffen suchen." Ein Proust, ein Céline gewännen uns durch ihr Können.

Der „Neue Roman" ist für *Rinaldi* „eine pedantische Aufreihung von Kratzern (couacs), welche Erschütterung simulieren sollen. Er verlieh seinen Vertretern automatisch den Status eines Schriftstellers verbunden mit dem Dispens von schöpferischer Tätigkeit – ein Kapitel mehr in der endlosen Geschichte jener Mondänliteratur, in der Pedanten, Faulpelze und Stümper bei der Befolgung von Rezepten sich Illusionen über ihr Künstlertum machen."

Nachdem der „Neue Roman" in Langeweile untergegangen sei, habe Robbe-Grillet die Chance gehabt, in seiner Autobiographie zu zeigen, daß hinter dem „verunglückten Theoretiker mehr als ein Beamter der Publizistik: ein Mensch" stecke. „Aber auch das hat er verpatzt." Für die Literaturpäpste der Bundesrepublik wäre es ein böses Erwachen, wenn sie ähnlich respektlos behandelt würden.

ANTON MADLER

Arbeiten von Stefan Wewerka im Kölner Kunstverein

# Ästhetik des Alltäglichen

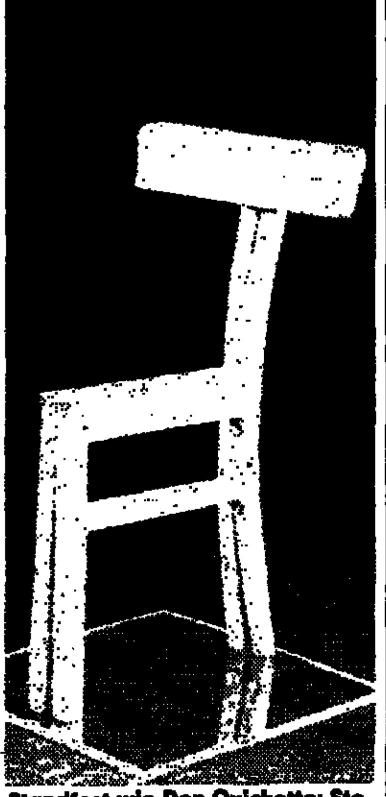
Bekannt sind vor allem seine Stühle. Schief, zerschnitten, verzerrt, zuweilen auch elastisch, sind sie in ihrer hilflosen Funktionslosigkeit und quichottesken Standhaftigkeit rätselhafte Objekte, Skulpturen vielleicht. Doch Stefan Wewerka ist kein Bildhauer, er ist gelernter Architekt und vieles mehr. Er scheint eine Art Trotzkopf zu sein, der alles selber machen möchte, alles kann: Er malt Bilder, zimmert Skulpturen, entwirft Möbel und Kleidungsstücke, zeichnet Architekturen, macht Bücher. Die Spannweite dieses Multitalents hat etwas Maßloses, ja Anmaßendes, jedenfalls *solange man nicht erkennt*, wie sich bei ihm eine Tätigkeit aus der anderen ergibt. Im kreativen Prinzip liegt seine Größe und nicht in der trainierten Handschrift, nicht in der Meisterschaft auf einem bestimmten Gebiet der Kunst. Eine beinahe zärtliche Liebe zu den Dingen des Alltags hat ihn stets bewegt, zugleich aber ist er ein unsentimentaler und scharfer Beobachter.

Die Ausstellung im Kölner Kunstverein konzentriert sich auf Wewerkas Schaffen der letzten Jahre sowie auf seine Wirkung als Lehrer an der Kölner Fachhochschule für Kunst und Design, die mit Arbeiten von zehn seiner Schüler belegt wird. Eine Mini-Retrospektive mit Leihgaben aus einer Privatsammlung ergänzt die Ausstellung in sehr geschickter Weise. Die Ironie, die Lust an der Verfremdung und Verzerrung, am Schrägen und Schiefen sind Wewerka – zur Zeit jedenfalls – vergangen. Die Kunstobjekte von einst sind *nun* funktionale Gebrauchsgegenstände geworden, wobei der Übergang zwischen „freier" und angewandter Kunst hier fließend ist.

Entscheidend für die Gewichtsverlagerung wurde die intensive Zusammenarbeit mit der Möbelfirma Tecta in Lauenförde, für die er nun keine bizarren Stuhlobjekte entwarf, sondern genial einfache, multifunktionale Serienstühle, Sessel, Sofas, Schreibtische, Lampen. Diese Möbel sind Klassiker im Sinne modernen *Designs und dennoch neu erfunden*, was vor allem daran liegt, daß Wewerka in der Asymmetrie eine völlig neue, plausible Funktionalität entdeckt. Ambitionierter ist das Projekt „Cella". Es ist eine komplette Wohneinheit, bei der das traditionelle Aufteilungsprinzip einer Wohnung in verschiedene Räume aufgegeben und umgekehrt wird. Wewerka denkt sich eine Art Großmöbel aus, das aus allen verschiedenen Einzelmöbeln zusammengestellt ist, eine „Wohnmaschine" mit Sitz-, Schlaf-, Eß- und Arbeitsgelegenheiten, die in ein ungegliedertes Gehäuse, ein Einraumappartement, zu stellen ist. Das Schönste an ihr dürfte der sogenannte Küchenbaum sein, an dessen Stahlstamm Ablagen, Spülbecken, Arbeitsfläche und Herd auf unterschiedlichen Höhen angebracht sind.

Wewerkas Möbel gehören zweifellos zum Besten, was es im zeitgenössischen Design gibt, weil sie ästhetisch wie funktional gleichermaßen geglückt sind. Dennoch, die jüngsten Entwürfe avisieren wieder die „freie" Kunst – so eine „baumhohe" Baumskupltur aus Stahl und Farbe, zu der eine ganze Wand voller Baumstudien gezeigt wird, und Entwürfe zu monumentalen Wandbildern. Das allerjüngste Großprojekt wiederum *ist mehr ein Wunderwerk der Tech*nik und Statik: eine zerlegbare, transportable Halle aus Stahl und Glas, deren Fundamente nicht unter-, sondern überirdisch liegen. Sie wird im kommenden Jahr in Paris aufgestellt. (Bis 10. Februar, Katalog 25 Mark)

MARIANA HANSTEIN



**Standfest wie Don Quichotte: Stefan Wewerkas „Objekt ohne Titel" (Sammlung Mautsch, Köln)** FOTO: LOTHAR SCHNEPF

Jürgen Bosse inszeniert in Mannheim Peer Gynt

# Ein unsteter Träumer

Henrik Ibsens große Ballade über Leben und Sterben des norwegischen Bauernsohnes Peer Gynt ist *ein einziger Geister- und Schama*nenspuk, aber einer, der nicht nur aus alten Mythen und Volksmärchen schöpft, sondern das Unbegreifliche und Flüchtige auch in der modernen Welt der Wissenschaft und des Geschäfts entdeckt. Nichts in Peers Umgebung hat Bestand: Das Reich der Trolle nicht, in das er vor den Anfeindungen seines Heimatdorfes flieht, das Afrika der Beduinenfrauen und Ägyptologen nicht, in dem er auf der Flucht vor seiner Vergangenheit *strandet, und auch die* Dorfgemeinschaft nicht, in deren kaum erkennbare Überreste er als alter Mann zurückkehrt. Am Ende war Peers ganzes Leben nichts als Flucht und Wankelmut – es ist unter äußerlichem Flitter dahingegangen. Nur eines hat sich hinter all dem Dahineilen und Auseinanderstieben als unverwüstlich erwiesen: die Liebe seiner Jugendfreundin Solveig. Sie hat auf ihren Geliebten gewartet, ein ganzes Leben lang, und als der Greis zu der Greisin nach Hause kommt, haben sich ihr alle Wünsche mit einem Schlag erfüllt. „Durch dich", sagt die Alte zu Peer, „war mein Leben ein selig Lied." So ist aus dem Traum ein Leben geworden. Und mit der so selig Träumenden kann schließlich auch der unstete Träumer Peer erlöst werden.

In „Peer Gynt" steckt ein geradezu provozierender Gegenentwurf zu all dem lässigen Getändel und den sogenannten „Beziehungskisten", mit denen man sich heute so gern die Zeit vertreibt. Doch wie bringt man das auf die Bühne – das Pathos und die Sentimentalität, die der Ibsenschen Schlußidylle anhaften? Wie überhaupt spielt man das: Mummenschanz mit Erdgeistern und unsichtbaren Kämpfern, wie läßt man ein ganzes Schiff vor den Augen des Publikums im Meer versinken, und wie setzt man ein temperamentvolles Techtelmechtel auf dem Rükken eines Pferdes mit den doch begrenzten Mitteln des Theaters in Szene? Das Stück, von Ibsen als Lesedrama konzipiert, stellt jeden Regisseur vor immense Aufgaben.

In Jürgen Bosses Mannheimer „Peer Gynt"-Inszenierung jedoch kann man fast vergessen, daß es je Probleme mit dem Werk gegeben hat, so selbstverständlich erwächst da ein Einfall aus dem anderen. Dabei vergißt Bosse nie, zwischen den drei großen Blöcken, in die das Stück stilistisch und handlungsmäßig zerfällt, Beziehungen herzustellen, sie enger zusammenzubinden. Wenn sich im *ersten Teil, der Peers Jugend* beschreibt, die Trolle mit ihren Schweinsmasken und grünrosanen Leibern zu einer bedrohlichen Pyramide um Peer aufbauen, dann findet sie in Mannheim im zweiten Teil, der sich um den Geschäftsmann und Weltenbummler Peer dreht, eine Entsprechung in der Meute der weiß bandagierten Irren, die mit fanatischem Geschrei aus einer Grube emporfahren, um Peer zu ihrem König auszurufen. Peers Wanderung durch die ver*schiedenen Lebensalter und* Kontinente, so zeigt Bosse in wunderschönen Bildern, führt immer wieder in die gleichen Abgründe. Der Teufel steckt in ihm selber, er schleppt ihn überall mit hin.

Doch er wird kein Raub des Teufels bleiben: Wenn Bosse ganz am Ende die hinfällige Solveig mit ihrem heimgekehrten Peer auf dem Schoß zur Schmerzensmutter, zur Pieta, erstarren läßt, dann ist das keine aufgesetzte Schlußapotheose, sondern ein wie beiläufig gegen die rastlosen Tagträume des Protagonisten gesetztes Sinnbild der Stille und Erfüllung. Das Gezappel der Namenlosen ist für immer gebannt – der Rest ist Ruhe.

Rudolf Kowalski als Peer Gynt: das ist ein Wolkengucker und Springinsfeld, schmal und agil, mit strubbeligen Haaren und Hosenträgern. Ein Höhepunkt ist die Szene, in der er, seiner todkranken Mutter zur Seite eilend, die Pfosten ihres Sterbebettes mit einem Tau umspannt und sie mit Hilfe einer ausladenden Phantasiegeschichte wie auf einem Wolkenschlitten in den Himmel kutschiert. Im Afrika-Teil dann bekommt dieser Peer etwas Gigolohaftes, und bei der Rückkehr nach Norwegen als gebeugter Greis hat er die Härte und Kälte eines vom Leben Enttäuschten. Ganz am Schluß aber fällt all das wie von selbst wieder von ihm ab, er ist fast wieder der Jugendliche des Beginns, und so klettert er zu Solveig auf den Schoß: sie ist die Mutter und Geliebte in einem.

Doch auch zahllose kleinere Rollen bleiben in der Erinnerung haften: Karin Schroeder etwa als ruppige, stimmgewaltige Mutter Aase, Bettine Franke als unschuldsblonder Engel Solveig und Viktoria Trauttmannsdorff als dralles Beduinenmädchen Anitra. In Mannheim ist ein herrlicher Vierstundenspuk zu sehen. Ein Theatertraum.

JENS FREDERIKSEN

## KULTURNOTIZEN

**Katharina Schmidt**, bisher Leiterin der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden, soll ab März an die Spitze des Städtischen Kunstmuseums Bonn treten. Der bisherige Direktor Dierk Stemmler geht demnächst an das Museum Abteiberg in Mönchengladbach.

***Zwei Autorinnen***, Robin McKinley und Trina Schart Hyman, erhielten die begehrtesten amerikanischen Auszeichnungen für Kinderbücher, die Newbery Medal und die Caldecott Medal.

**Schmuck** aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigt das Düsseldorfer Stadtmuseum *unter dem Motto* „Eisen, Gold und bunte Steine".

**Toshio Hosokawas** Konzert für Akkordeon und Orchester wurde in Kamen von Mie Miki und dem Westfälischen Sinfonieorchester unter Karl Anton Rickenbacher uraufgeführt.

**Das Moskauer Bolschoi-Ballett** zeigt Schostakowitschs „Das goldene Zeitalter" erstmals im Ausland; und zwar vom 3. bis 7. März in Duisburg.

## AUSSTELLUNGS-KALENDER

**Augsburg:** Im Glanz des Schwäbischen Kunsthandwerks – Zeughaus (bis 3. März)
**Baden-Baden:** Im Schatten hoher Bäume – Malerei der Ming- und Qing-Dynastien (1368–1911) – Kunsthalle (bis 10. März)
**Berlin:** Meisterwerke japanischer Buchillustration – Museum für Ostasiatische Kunst (bis 17. März)
**Bielefeld:** Palermo – Werke 1963–1977 – Kunsthalle (bis 17. März)
**Bonn:** Felix Droese – Städt. Kunstmuseum (März)
**Bremen:** Das Aquarell – Kunsthalle (bis 24. Februar)
**Braunschweig:** Worte in Bewegung – Moderne japanische Schreibkunst – Städt. Museum (15. Febr. bis 15. März)
**Düren:** Jiří Kolář – Leopold-Hoesch-Museum (bis 8. April)
Anthony Caro Skulpturen 1969–84 – Kunstpalast (bis 3. März)
Eisen, Gold und bunte Steine – Stadtmuseum (bis 3. März)
**Ettlingen:** Gabriele Grosse – Schloß (bis 24. Februar)
**Hamburg:** Christo – Surrounded Islands – Kunsthalle (8. Februar bis 7. April)
**Hannover:** Marc Chagall – Kestner-Gesellschaft (1. Februar bis 8. April)
Georg Baselitz – Zeichnungen 1958–1983 – Kunstverein (2. Februar bis 17. März)
**Hildesheim:** Anatol – Bilder 1979–1984 – Roemer-und-Pelizaeus-Museum (bis 17. März)
**Krefeld:** Johannes Itten – Kaiser-Wilhelm-Museum (bis 3. März)
Richard Serra – Museum Haus Lange (bis 24. März)
Auguste Rodin – Museum Villa Stuck (7. Februar bis 7. April)
**Stuttgart:** Russische und sowjetische Kunst – Tradition und Gegenwart – Staatsgalerie (9. Februar bis 24. März)
**Wilhelmshaven:** Manolo Valdés Bilder und Skulpturen 1983–1984 – Kunsthalle (bis 24. Februar)

# Selbst der Ankläger ließ Milde walten

*F. DIEDERICHS*, **Berlin**

Der Tod der Helga Scholz, die in der Nacht zum 23. Juli vergangenen Jahres durch einen Gewehrschuß aus der Hand ihres Mannes starb, soll nach dem einmütigen Willen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung als „fahrlässige Tötung" geahndet werden. Bei den gestern vorgetragenen Plädoyers nahm der Staatsanwalt den Totschlagsvorwurf zurück und äußerte die Überzeugung, daß der frühere Box-Europameister den tödlichen Schuß bei einem „aggressiven Durchbruch" abgefeuert habe, der von Alkohol und Tabletten begünstigt worden sei. Aus diesem Grund habe Gustav Scholz im Moment der Tat das Bewußtsein gefehlt, daß er seine Frau hätte töten können.

Die vom Angeklagten selbst immer wieder vorgetragene Version eines Unfalls beim Gewehrreinigen fand bei Staatsanwalt Willi Wiedenberg keinen Glauben. Auch die beiden Verteidiger Karlheinz Knauthe und Manfred Studier gaben in ihren Plädoyers zu bedenken, die Solidarität mit ihrem Mandanten erfordere es zwar, die Version eines Unfalls gründlich zu prüfen. „Wir neigen jedoch mehr der Version des Staatsanwaltes zu", sagte Verteidiger Studier, der zuvor in einem überraschenden Eröffnungswort dem Ankläger für dessen „objektives und mit großem Ernst vorgetragenen Plädoyer" gedankt hatte. Studier gab damit in seinem Verteidigungskonzept die Unfall-Version auf, die ohnehin bei allen in Betracht kommenden Geschehensabläufen der fraglichen Nacht als unwahrscheinlichste in Erwägung gezogen worden war.

Als Strafmaß forderte Staatsanwalt Willi Wiedenberg eine Haftstrafe von drei Jahren und acht Monaten. Diese Forderung enthält zusammengefaßt eine Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung, für die Wiedenberg drei Jahre gefordert hatte, und eine Verurteilung des ebenfalls zur Verhandlung stehenden Vorwurfs des unerlaubten Waffenbesitzes, den die Staatsanwaltschaft mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr gesühnt



**Kein Tötungsvorsatz? Gustav Scholz**

sehen will. Der Staatsanwalt wies darauf hin, dieser Antrag berücksichtige auch die verminderte Schuldfähigkeit des Angeklagten. „Ich gehe davon aus, daß Herr Scholz ohne den Vorsatz geschossen hat, seine Frau zu töten."

Großes Gewicht erlangte bei der Rekonstruktion der Tat die Äußerung des Angeklagten „Ich wollte sie doch nur da rausholen" (aus der Toilette, d. Red.). Dies hatte Scholz am Morgen nach dem Todesschuß einem Kriminalbeamten gesagt. Die Staatsanwaltschaft sieht hier den „Schlüsselsatz" zu einer Handlung, die „so hoch angesiedelt werden muß, daß sie schon fast an einen bedingten Tötungsvorsatz grenzt". Dies könne aber nicht nachgewiesen werden, betonte Wiedenberg und verwies auch hier auf die während der Verhandlung offen zu Tage getretenen Erinnerungslücken des ehemaligen Boxers. Wiedenberg: „Es ist das Recht jedes Täters, nichts zu sagen, zu verschleiern oder zu lügen. Je mehr er dies tut, desto näher kann er an den Grundsatz geraten: im Zweifel für den Angeklagten."

Beide Verteidiger appellierten an das Gericht, Gustav Scholz mit dem Urteil „eine Chance zu geben". Verteidiger Studier äußerte die Ansicht, die Folgen der Tat, der Verlust seiner geliebten Frau, seien so schwer, „daß eine Bestrafung für den Angeklagten keine Strafe mehr ist". Das Urteil müsse sich in diesem Fall ganz an dem Maß an Schuld, nicht aber an einem möglichen Abschreckungsgedanken orientieren. „Daß Herr Scholz in Zukunft ein straffreies Leben führen wird, ist uns allen hier klar", formulierte Studier. Seine Forderung: eine Gesamtstrafe von „nicht mehr als zwei Jahren", die zur Bewährung ausgesetzt werden sollte.

Die Verteidigung stellte hilfsweise den Antrag, bei einem höheren Urteil auch den Aspekt einer Haftverschonung zu prüfen. Schon den Gedanken, daß der Tod seiner Frau unabänderlich sei, habe der Angeklagte nicht überleben wollen – Studier bezog sich damit auf Scholz' Selbsttötungsversuch.

Gustav Scholz selbst ergriff gestern die Möglichkeit zu einem kurzen letzten Wort, bevor morgen das Urteil gesprochen wird: „Kein Urteil in der Welt kann mir diese Belastung, diese Selbstvorwürfe nehmen. Ich bereue, was da geschehen ist."

# *Staatsanwalt ist unnachgiebig*

*PETER SCHMALZ*, **München**

„In dem Angeklagten schlummert ein erhebliches kriminelles Potential", sagte gestern Staatsanwalt Dieter Schlögel über den Münchner „Donisl"-Kellner Rudi L. und forderte für den 40jährigen vier Jahre Freiheitsstrafe wegen Hehlerei, schweren Diebstahls und Betrugs. Tags zuvor hatte das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft bereits acht der 16 Anklagepunkte eingestellt, weil die dafür zu erwartenden Strafen im Verhältnis zu der zu erwartenden Gesamtstrafe nicht mehr ins Gewicht fielen. Das Urteil wird morgen verkündet.

Der Ankläger war nicht zu beneiden bei dem Versuch, Licht in das trübe Dunkel einer Bierschwemme zu bringen, die vom alten Traditionslokal zur Räuberhöhle verkommen war. „Jeder bestahl jeden da drin, und jeder schlug auf jeden ein", erinnerte sich der Stellvertreter des ehemaligen „Donisl"-Geschäftsführers als einer der Zeugen. Die verrücktesten Gesellen seien dort verkehrt, aber der Lokalboß sei sauer gewesen, wenn die Polizei gerufen wurde, weil die Uniformierten dem Ruf der Gaststätte hätten schaden können. „Da war", sagte der Zeuge mit Nachsicht für den Angeklagten, „schwer zu arbeiten."

Der grinste und nickte. Der fixe Rudi L. präsentierte sich dem Gericht als der einsame Kämpfer für Recht und Ordnung in einer verkommenen Gesellschaft, die ihm zwar einen stattlichen Monatsverdienst (mal sprach er von 6000, mal von 4000 Mark netto) gesichert hatte, für das er aber nur das abfällige Wort „Gschwerl" wußte.

Ein harter Ausdruck für Leute, die den Kellner während ihrer polizeilichen Vernehmungen wohl schwer belastet und mit zur Anklage wegen Hehlerei, Betrug und Raub beigetragen hatten, die aber im Zeugenstand fast ausschließlich nichts mehr gesehen haben wollten. Vom Hörensagen wußten sie etwas, aber konkrete Taten, nein, damit wollten sie nicht dienen. Genervt fragte der Staatsanwalt



**Erhebliches kriminelles Potential? Kellner Rudi L.**

einen von ihnen: „Haben Sie Gedächtnisschwund?"

Dem „einarmigen Sepp", der früher auf der Parkbank schlief, wenn er nicht im „Donisl" saß, wurde das Gedächtnis auf wundersame Weise wiedergegeben. Hatte er vor der Polizei berichtet, Rudi L. sei es gewesen, der einem jugoslawischen Gast mehrere tausend Mark aus der Tasche gezogen und ihm, dem Sepp, als Mitwisser 50 Mark Schweigegeld angeboten hatte, so wollte er davon vor Gericht nichts mehr wissen. Doch im Saal verhaftet wegen des Verdachts der Falschaussage gedieh hinter Gittern die Erinnerung wieder und so präsentierte er wieder die den Angeklagten belastende Version. Im Kreuzverhör sagte er einen Satz, dem mancher Prozeßbeobachter zustimmen konnte, angesichts der eigenartigen Zeugen: „Man wird ja ganz blöd hier."

Aber Rudi, der sich zwecks besserer Optik vom Verteidiger eine Krawatte umbinden ließ, mußte auch schwarze Stunden durchstehen. Wenn etwa eine 30jährige, die als Taschendiebin in der Schwemme gearbeitet hatte, aussagte, der Kellner habe stets einen Anteil der Beute gefordert.

Ähnlich hatte Rudis Kollege Peter T. ausgesagt, der durch sein Geständnis den Skandal ins Rollen gebracht und sich danach in seiner Zelle erhängt hatte. Seine Aussagen, die vom Gericht verlesen wurden, wiegen schwer. „Wenn ein Gast", war da zu hören, „ausgenommen wurde, hat L. immer seinen Anteil verlangt und bekommen. Sonst war er sauer." Auch von einer gestohlenen Rolex für 18 000 Mark war die Rede, die Rudi dem Kollegen für 3000 Mark abkaufen wollte und – als dieser zögerte – mit Prügel gedroht haben soll. Der Angeklagte, der jede belastende Aussage als „erstunken und erlogen" abqualifizierte, spielte sich auch in diesem Fall als Wohltäter auf: Er habe dem Kollegen nur geraten, die Uhr wieder zurückzugeben ...

Von unrechten Dingen wollte auch Ex-Geschäftsführer Engelbert M. mal „was gehört", aber nie etwas gesehen haben. Er muß ein besonders vorsichtiger Mensch sein; wie sonst hätte er sich von allen „Donisl"-Bediensteten eine Erklärung unterschreiben lassen, ihr Tun könne Konsequenzen haben, die sie selbst tragen müßten?

## Autobahnnetz wächst '85 um 179 Kilometer

dpa, **München**

Das Autobahnnetz in der Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Jahr um 179 Kilometer und damit um 60 Prozent mehr als 1984 wachsen. Bis zum Jahresende wird es danach nach Berechnungen des ADAC insgesamt 8267 Kilometer Autobahn im Bundesgebiet geben. Als wichtigste Streckenabschnitte nannte der Automobil-Club gestern:

- Auf der A 30 Rheine–Bad Oeynhausen 15,8 Kilometer zwischen Bentheim nahe der niederländischen Grenze und Schüttdorf.
- Auf der A 60 die ersten 36 Kilometer einer einspurigen Autobahn zwischen der deutsch-belgischen Grenze und Bitburg.
- Auf der A 66 Frankfurt–Fulda 11,4 Kilometer zwischen Hoechst und Salmünster.
- Auf der A 7 Würzburg–Ulm 42,4 Kilometer zwischen Uffenheim/Langensteinach und Haundorf.

## Ausgerechnet

AP, **Münster**

Das Klingeln eines vom Ladentisch entwendeten Weckers im unpassenden Augenblick ist einer 55 Jahre alten Ladendiebin aus Münster zum Verhängnis geworden. Aus dem Mantel der Kundin ertönte ein verräterisches Schellen, als sie gerade die Kasse des Geschäfts passieren wollte.

## Gute Partie

dpa, **Paris**

Tina Onassis hat mit ihrem Baby, das auf den Namen Alexandra getauft werden soll, gestern das amerikanische Hospital in Neuilly-sur-Seine verlassen. Beide wurden in das Pariser Krankenhaus Necker gebracht, wo das 2,8 Kilogramm schwere Mädchen, das gestern drei Wochen zu früh auf die Welt kam, gründlich untersucht werden soll. Auf rund 800 Millionen Dollar wird das Erbe der Onassis-Tochter geschätzt.

## Chinesen auf Rattenjagd

AFP, **Peking**

526 Millionen Ratten sind im vergangenen Jahr von chinesischen Bauern im Rahmen einer „Entrattungs"-Kampagne getötet worden. Dadurch – errechneten Statistiker – wurden 8,5 Millionen Hektar Land und fünf Millionen Tonnen Getreide vor der Vernichtung geschützt.

# Ufo über der UdSSR?

## Sowjetischer Pilot sah helle „flugzeugförmige" Wolke

dpa, **Moskau**

Die vierköpfige Cockpit-Besatzung eines sowjetischen Passagierflugzeugs glaubte morgens um 4.10 Uhr ihren Augen nicht zu trauen. Wie die Moskauer Gewerkschaftszeitung „Trud" gestern berichtete, tauchte vor ihnen am nächtlichen Himmel ein großer, strahlender Stern auf, von dem plötzlich ein dünner Lichtstrahl zur Erde fiel. Er habe sich auf dem Boden zu einem Lichtkegel entfaltet.

Die beiden Piloten, der Navigator und der Bordingenieur des „Aeroflot"-Fluges 8352 Tiflis–Rostow–Tallin hätten den Eindruck gehabt, daß das unbekannte Flugobjekt (Ufo) etwa 40 bis 50 Kilometer hoch über der Erde schwebte. Das auf die Erde geworfene Licht soll so hell gewesen sein, daß die Mannschaft des Flugzeugs vom Typ „TU-134 A" unter sich aus zehntausend Meter Flughöhe Häuser und Straßen sehen konnte.

Nach einer Schilderung von Flugkapitän Igor Tscherkaschin wurde der auf die Erde geworfene Strahl jäh auf die Maschine umgeleitet. Ein gleißender, von farbigen Ringen umgebener weißer Punkt habe die Männer in der Kanzel vorübergehend geblendet. Dieser habe sich dann plötzlich in eine „grüne Wolke" verwandelt. Tscherkaschin, einem mit 7000 Flugstunden äußerst erfahrenen Piloten, sei es dann so vorgekommen, daß das unbekannte Objekt blitzschnell auf die „TU-134 A" zugeschossen sei und ihre Flugbahn kreuzte, hieß es in dem „Trud"-Bericht. Diese „flugzeugförmige" Wolke habe die Maschine nach Aussagen eines der Piloten wie eine „Ehreneskorte" bis nach Tallin in Estland begleitet.

In dem Artikel hieß es auch, daß auch die Bodenkontrolle auf ihren Radarschirmen „Kleckse" beobachtet habe. Die „Wolke" sei auch den Piloten eines entgegenkommenden Flugzeuges aufgefallen.

# Eine ehrwürdige Institution muckt auf

## Die Universität Oxford verweigerte Margaret Thatcher die Ehrendoktorwürde

*REINER GATERMANN*, **London**

Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher erlitt eine herbe Abstimmungsniederlage. Sie wurde ihr nicht im politischen Bereich zuteil, sondern im akademischen. Das Parlament der Universität Oxford verweigerte ihr die Verleihung der Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät mit der Begründung, die von ihr geführte Regierung verursache mit ihren Sparprogrammen die Demontage von Wissenschaft und Forschung.

Damit bricht die Universität mit einer Tradition. Alle bisher in der Nachkriegszeit aus ihr hervorgegangenen Ministerpräsidenten – gleichgültig welcher Partei sie angehörten – erhielten diese Auszeichnung. Und was die Oxford-Chemiestudentin der Jahre 1943 bis 1947 besonders stark berühren muß, ist die Tatsache, daß außer ihr in den vergangenen 40 Jahren nur dem Präsidenten Pakistans, Ali Bhutto, wegen seiner Verstöße gegen die Menschenrechte diese Auszeichnung versagt wurde.

Die Thatcher-Gegner in Oxford sehen ihren mit 738 zu 319 über Erwarten hoch ausgefallenen Sieg als eine Mahnung an die Regierung, daß man „als akademische Institution die letzte Möglichkeit genutzt" habe, um „die Katastrophe aufzuhalten, der wir als Wissenschafts- und Bildungsnation entgegengehen". Die Befürworter der Verleihung hingegen betrachten diesen Beschluß als „Degradierung einer akademischen Würde zu einem politischen Preis".

Frau Thatcher war von der höchsten behördlichen Institution der Lehranstalt für die Auszeichnung vorgeschlagen worden. Im Normalfall ist die Zustimmung durch das Uni-Parlament eine Routinesache. Im Falle Thatcher erhob sich allerdings sofort eine Welle des Unwillens. Knapp 300 Mitglieder des Lehrkörpers und fast 5000 Studenten dieser immer noch als konservativ geltenden Universität setzten ihren Namen unter einen Protestbrief.

„Wir sollten stolz darauf sein, daß der erste weibliche Regierungschef Großbritanniens aus unserem College hervorgegangen ist", versuchte College-Direktorin Daphne Park, das Universitäts-Parlament zu überzeugen. Dieses aber zeigte mit dem Daumen nach unten, während es gegen die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den sozialistischen Präsidenten Italiens, Sandro Pertini, keine Einwände hatte.

Aus Downing Street 10, dem Amtssitz der abgeblitzten Regierungschefin, kam folgende Stellungnahme: Frau Thatcher habe es als „sehr wohlwollend" empfunden, vom Council nominiert worden zu sein, „wenn die Universität ihr jedoch die Ehre nicht zuteil werden läßt, ist sie die letzte, die sie zu erhalten wünscht".



**Oxford verweigerte ihr den Hut eines Ehrendoktors: Englands Premierministerin Thatcher**

FOTO: ABRAMSON/STUDIO X


Anzeige

Wenn Recht und Ordnung für Sie ein Thema ist:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten

Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

**Bestellschein**

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 26,50 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: ____

Straße/Nr.: ____

PLZ/Ort: ____

Beruf: ____

Telefon: ____

Datum: ____

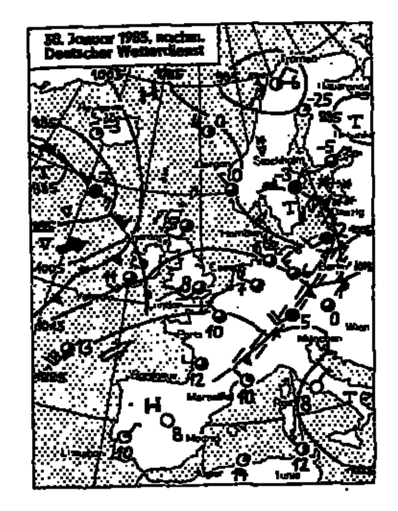
Unterschrift: ____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____


# WETTER: Unbeständig und mild

**Wetterlage:** Mit den Ausläufern eines Nordmeertiefs wird milde Meeresluft nach Mitteleuropa geführt.



**Vorhersage für Donnerstag:**

In den Morgenstunden Durchzug eines Niederschlagsfeldes, im Tagesverlauf bewölkt mit zeitweisen Auflockerungen. Tageshöchsttemperaturen 6 bis 10 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um West.

**Weitere Aussichten:**

Unter Zwischenhocheinfluß am Freitag niederschlagsfrei, am Samstag wieder regnerisch. – Weiterhin mild.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 6° | Kairo | 18° |
| Bonn | 9° | Kopenh. | 3° |
| Dresden | 4° | Las Palmas | 19° |
| Essen | 7° | London | 8° |
| Frankfurt | 9° | Madrid | 8° |
| Hamburg | 6° | Mailand | -2° |
| List/Sylt | 4° | Mallorca | 15° |
| München | 5° | Moskau | -5° |
| Stuttgart | 6° | Nizza | 12° |
| Algier | 14° | Oslo | -2° |
| Amsterdam | 8° | Paris | 10° |
| Athen | 8° | Prag | 2° |
| Barcelona | 14° | Rom | 8° |
| Brüssel | 7° | Stockholm | -3° |
| Budapest | 2° | Tel Aviv | 18° |
| Bukarest | -4° | Tunis | 12° |
| Helsinki | -5° | Wien | 0° |
| Istanbul | 5° | Zürich | 3° |

**Sonnenaufgang*** am Freitag: 8.00 Uhr, Untergang: 17.12 Uhr; **Mondaufgang:** 12.28 Uhr, Untergang: 4.54 Uhr

*In MEZ, zentraler Ort Kassel

# LEUTE HEUTE

## *Blauer Dunst*

50 Jahre lang hat er geraucht: Jetzt hat „Ol' Blue Eyes" **Frank Sinatra** (69) dem blauen Dunst abgeschworen. Statt dessen lebt er nun gesund: Schwimmen, Seilspringen und Punchingball-Boxen seien seine bevorzugten Freizeitaktivitäten, verriet Frankie-Boy, der sich „zehn Jahre jünger" fühlt.

## *Neue Pläne*

Mit einem Schlag berühmt wurde er 1938 durch die Rundfunkinszenierung von H. G. Wells „Krieg der Welten", ein Dokumentarstück, das Hunderttausende von Hörern für bare Münze hielten: **Orson Welles**, amerikanischer Filmschauspieler, Regisseur und Produzent zahlreicher Filme, unter anderen „Citizen Kane", hat neue Pläne. Er will Shakespeares Tragödie „King Lear" für das französische Fernsehen verfilmen. Er führt Regie und wird auch die Hauptrolle spielen. Mit dem französischen Kulturminister **Jack Lang**, der das Projekt fördern möchte, beriet sich Welles am Wochenende in Paris.

# Krümmel verhinderte die „Eiszeit"

## Erwärmtes Kühlwasser des Kernkraftwerkes rettete in der Elbe Tausende von Fischen

gur. **Geesthacht**

Das Kernkraftwerk Krümmel, das jüngst durch einen Sprengstoffanschlag auf einen Hochspannungsmast in die Schlagzeilen gekommen war, hat in der Januarfrostperiode vermutlich einigen tausend Fischen das Leben gerettet. Erwärmtes Kühlwasser aus dem Kraftwerk sorgte nach den Worten von Gerd Flügge, dem Leiter der Wassergütestelle Elbe in Hamburg, nämlich dafür, daß im Bereich der Staustufe Geesthacht eine vier bis fünf Kilometer lange und 300 Meter breite Strecke im Elbstrom eisfrei blieb. In diesem Abschnitt konnte das Wasser den für die Fische lebenswichtigen Sauerstoff „auftanken".

Schlimm sieht es freilich nach den Worten von Flügge für die Fische in dem 250 Kilometer langen Elbabschnitt stromaufwärts bis nach Magdeburg aus. In diesem Bereich hatte die Elbe zwischen dem 8. und 10. Januar von Lauenburg aus zuzufrieren begonnen. Nach Schätzungen Flügges dürfte der langsam stromauf wachsende Eisstau zwischen dem 15. und 18. Januar den Raum Magdeburg erreicht haben. In dem gesamten Bereich müsse es nach den Worten Flügges wegen Sauerstoffmangels zu einem „großräumigen Fischsterben" gekommen sein.

Zum Vergleich ziehen die Wissenschaftler den Eiswinter 1953/54 heran. Damals waren mehr als 90 Prozent des Fischbestandes der Elbe der Sauerstoffnot zum Opfer gefallen. Für die jetzt zu Ende gehende Vereisungsperiode rechneten die Wissenschaftler zunächst sogar mit einem hundertprozentigen Fischsterben in dem genannten Streckenabschnitt. Da jedoch um den 21. Januar Tauwetter einsetzte, hoffen sie, daß der traurige Rekord nicht gebrochen wird. Inzwischen haben wenigstens im westdeutschen Abschnitt Eisbrecher eine Fahrrinne gebrochen, so daß der Fluß in diesem Bereich wieder Sauerstoff aufnehmen kann.

Die dramatische Abnahme des Sauerstoffgehalts während der harten Frosttage hat die Wassergütestelle durch Messungen in Schnackenburg ermittelt, wo die Elbe 140 Kilometer unterhalb von Magdeburg die Grenze zur Bundesrepublik Deutschland überfließt. Hatten hier in den ersten Januartagen vor der Eisbedeckung die Sauerstoffwerte noch 8 bis 10 Milligramm $O_2$ pro Liter betragen, so sanken sie am 12. Januar auf 3, am 14. auf 2, am 17. auf 1 und am 18. auf 0,5 Milligramm. Der tiefste Wert (0,2) wurde weitere 110 Kilometer flußabwärts am gleichen Tag in Lauenburg gemessen. Selbst in ihrem winterlichen „Ruhezustand" benötigen die Fische jedoch einen Mindestsauerstoffgehalt von 1 Milligramm für das Überleben.

„Wie viele Fische wirklich gestorben sind, werden wir erst in einigen Wochen wissen", sagt Gerd Flügge. Für eine Abschätzung sei die Elbe noch zu stark vereist. Da viele tote Fische jedoch in die seitlichen Buhnenfelder getrieben würden, lasse sich die Zahl auch rückwirkend noch zuverlässig schätzen.

Für die Naturfreunde hat der Wissenschaftler einen Trost parat: Nach dem Eiswinter 1953/54 habe sich die „typische Elbfischfauna" in nur ein bis drei Jahren durch Einwanderung und Vermehrung wieder regeneriert.

## *ZU GUTER LETZT*

*Paris: Lagerfeld entschärft Matrosenanzug; Überschrift bei AP zur jüngsten Kollektion des deutsch-französischen Meisters aller Stoffe.*


**New age: Management im Umbruch.**

**Stellen Hippies die Chefs von morgen?**

**Gentechnologie**
Entwickelt sich ein Zukunftsmarkt an den Deutschen vorbei?

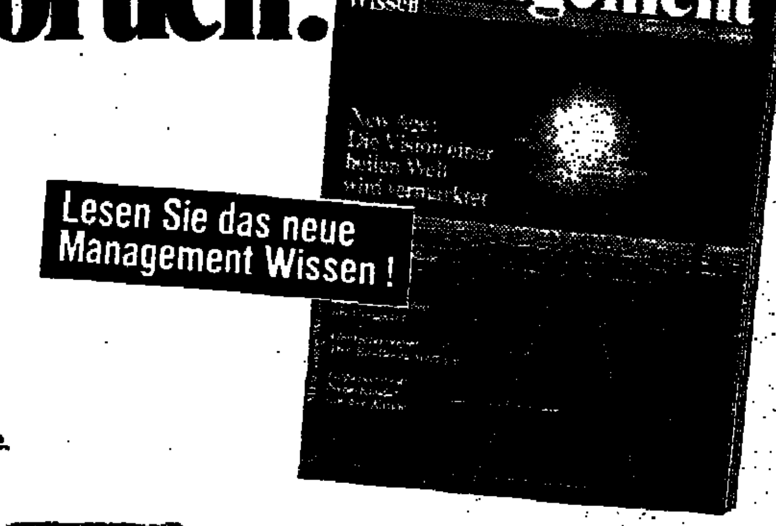
**Prognose**
So sieht die Weltwirtschaft 1990 aus

**Führung und Organisation**
Kritische Bestandsaufnahme aller gängigen Konzepte

**Gepäckverlust**
Was tun, wenn der Koffer eine andere Route nimmt als der Fluggast?

**Toshiba**
Ein Unternehmen revolutioniert die innerbetriebliche Kommunikation

**Management Wissen. Magazin der Führungskräfte.**




**Das neue Management Wissen gibt es ab sofort beim Bahnhofs-Buchhandel und bei ausgewählten Zeitschriften-Verkaufsstellen.**

Oder einfach anfordern bei: Vogel-Verlag, Postfach 6740, D-8700 Würzburg 1